DER SPIEGEL

C 7007 CX
Nr. 30
29. Jahrgang · DM 2,50
21. Juli 1975



50 atomkraftwerke in der bundesrepublik +
radioaktiver sprengstoff fuer 1000 atombomben

HAUSMITTEILUNG

Datum: 21. Juli 1975 Betr.: Brandt

Hat Brandt mit Breschnew über den Fall Guillaume gesprochen? Hat er den Eindruck gewonnen, Breschnew sei wegen dieser, die Kanzlerschaft Brandts beendenden Affäre unmutig gewesen? Ist der Protokollführer des Auswärtigen Amts, der das Gespräch dolmetschte, für einige Zeit gebeten worden, Gastgeber und Gast allein zu lassen?

Die „Frankfurter Allgemeine", die am vergangenen Montag auf ihrer ersten Seite eine Vorausmeldung über diese im SPIEGEL veröffentlichten Fakten aufnahm, mokierte sich: „Wie soll das zugegangen sein? Etwa so, dass Brandt sagte: Lieber Herr Breschnew, dass Sie mir so etwas antun würden, hätte ich nicht von Ihnen gedacht. Und dass Breschnew antwortete: Lieber Herr Brandt, glauben Sie mir, ich habe mit dieser unappetitlichen Sache nichts zu tun..." Die „Welt" fragte: „Sollte Brandt so leichtgläubig sein, Breschnew diese Legende abzunehmen?" Er hätte doch den Bericht des Bundesnachrichtendienstes über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) und dem KGB auch im Fall Guillaume kennen müssen. Ganz so wörtlich steht es allerdings in der „Führungs-Orientierung" des BND vom Juni 1974 nicht, sondern nur, „aufgrund einiger Meldungshinweise kann unterstellt werden", die Sowjet-Union sei auch nach 1958 über Guillaumes Aktivität unterrichtet gewesen.



Brandt, Breschnew, Dolmetscher (M.)

Das „Flensburger Tageblatt" wird ganz energisch: „Willy Brandt hat dringenden Anlass, den SPIEGEL der Lüge zu bezichtigen." Der Grund: Brandt habe in einem SPIEGEL-Interview (28/1975) angegeben, bei seinem Gespräch mit Breschnew sei ein Dolmetscher dabeigewesen, nun aber stehe im SPIEGEL, der Dolmetscher sei vor die Tür geschickt worden – eine Behauptung, von der „die Vertrauenswürdigkeit des SPD-Vorsitzenden aufs schwerste in Frage gestellt" worden sei. Ein Scheingefecht, offenkundig. Brandt hatte im SPIEGEL-Interview gesagt, ebenso wie 1971 und 1973 sei auch diesmal ein Dolmetscher dabeigewesen, mit keinem Wort: ohne jede Unterbrechung.

Die „Deutsche Zeitung" reimt: „Im Falle seines Falles glaubt Willy wirklich alles." Da gäbe es drei Erklärungen: „Entweder die Sache stimmt, oder sie stimmt nicht und wurde vom SPIEGEL erfunden, oder sie stimmt zwar so nicht, wurde aber von Brandt dem SPIEGEL so erzählt."

Eduard Neumaier, für die „Zeit" in Bonn und mit den ortsüblichen Pflichtübungen gut vertraut, schreibt denn auch: Auf die Frage, ob alles so war, wie es im SPIEGEL stand, „mochte Brandt nur mit einem Barzel-Wort erwidern ‚So nicht'". Auch die Sonthofener Rede, man erinnert sich, soll ja „so nicht" gehalten worden sein. Aber: Es war so.

IN DIESEM HEFT

DEUTSCHLAND

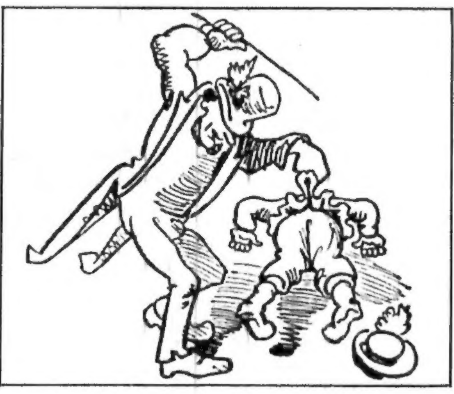
SPD: Sparen bei Bauern und Beamten — Seite 17

Mit der Forderung nach dem Abbau kostspieliger Privilegien für die traditionell CDU-freundlichen Beamten und Bauern wollen die Sozialdemokraten der Christenunion den Vorwurf heimzahlen, die SPD betriebe die Demontage des Sozial-Staates.

Der neue Mann im Verfassungsschutz — Seite 21

Bonn sieht eine neue Ära für den Bundesverfassungsschutz heraufziehen. Mit dem künftigen Amtschef Richard Meier, einem renommierten Geheimdienst-Manager aus dem BND, soll sie anbrechen: weniger Schlagzeilen und Pannen, mehr Effizienz.

Immer mehr Kindesmißhandlungen — Seite 47



Prügelszene aus Busch-Album

Unbeeinflußt von anti-autoritären Erziehungsidealen prügeln deutsche Eltern ihre Kinder weiter. Die Zahl der aufgeklärten Kindesmißhandlungen wächst, die Dunkelziffer ist beträchtlich. Die Peiniger sind arbeitsunwillige Alkoholiker, von Familie und Beruf überforderte Frauen, aber auch Sadisten und Ehrgeizlinge aus Mittel- und Oberschicht. Allen gemeinsam, so ermittelten Wissenschaftler, mangelt es an pädagogischem Grundwissen.

AUSLAND

Portugal: „Ungeheure Enttäuschungen" — Seiten 52, 53



Militär-Sympathisanten in Lissabon

Mit Massendemonstrationen haben Portugals Sozialisten erstmals offen gegen die Militärs Front gemacht, die seit vorigem Donnerstag ohne die Parteien herrschen. Bonn, Paris und Rom geben jede Hoffnung auf ein demokratisches Portugal verloren und weigerten sich, „Diktaturen zu finanzieren".

Volkswagenwerk im Kongo? — Seite 57

Zaïre-Staatschef Mobutu war der Vermittler in Idi Amins Affäre um den Engländer Hills. Mobutu in einem SPIEGEL-Interview: Er hält zu Amin, wünscht sich auch ein Kernkraftwerk und lobt die alten Bräuche.

KULTUR

Kein Kardinal, kein Märtyrer — Seite 76



Böll

Er will keine „moralische Autorität" sein, nicht „Kardinal und Märtyrer", und ist seinem Kritiker Schelsky „dankbar, daß er dieses Image zerstört"; den Schluß, den Schlöndorff für die „Katharina Blum"-Verfilmung erfunden hat, hält er für besser als seinen eigenen; Wehners Schimpfen findet er „menschlicher" als Carstens' „nasalen Herrenton": Neues von Heinrich Böll bringt ein Interview, das jetzt als Buch veröffentlicht wird.

Menschenversuche im Münchner Herz-Zentrum — S. 86

Um die Wirkung eines Herzmedikaments zu prüfen, wird am Deutschen Herz-Zentrum Studenten gegen Honorar eine Sonde bis ins Herz geschoben. Das Risiko, bei dem Eingriff zu sterben, schätzen Experten 1 zu 1000. In den USA ist dieses Verfahren bei Medikamentenprüfungen nur mit Sondergenehmigung der Arzneibehörde zugelassen.

WIRTSCHAFT

Konjunkturprogramm kommt — Seiten 19, 20

Der Export geht in diesem Jahr um über 30 Milliarden Mark zurück, die Bauwirtschaft auf dem Binnenmarkt arbeitet nur noch mit 55 Prozent ihrer Kapazität. Ein umfangreiches Konjunkturprogramm ist unabweislich, wenn nicht, wie Sparkassenpräsident Geiger sagt, „noch viele tausend Unternehmen über die Wupper gehen" sollen.

Wernher von Braun im Daimler-Aufsichtsrat — Seite 28



von Braun

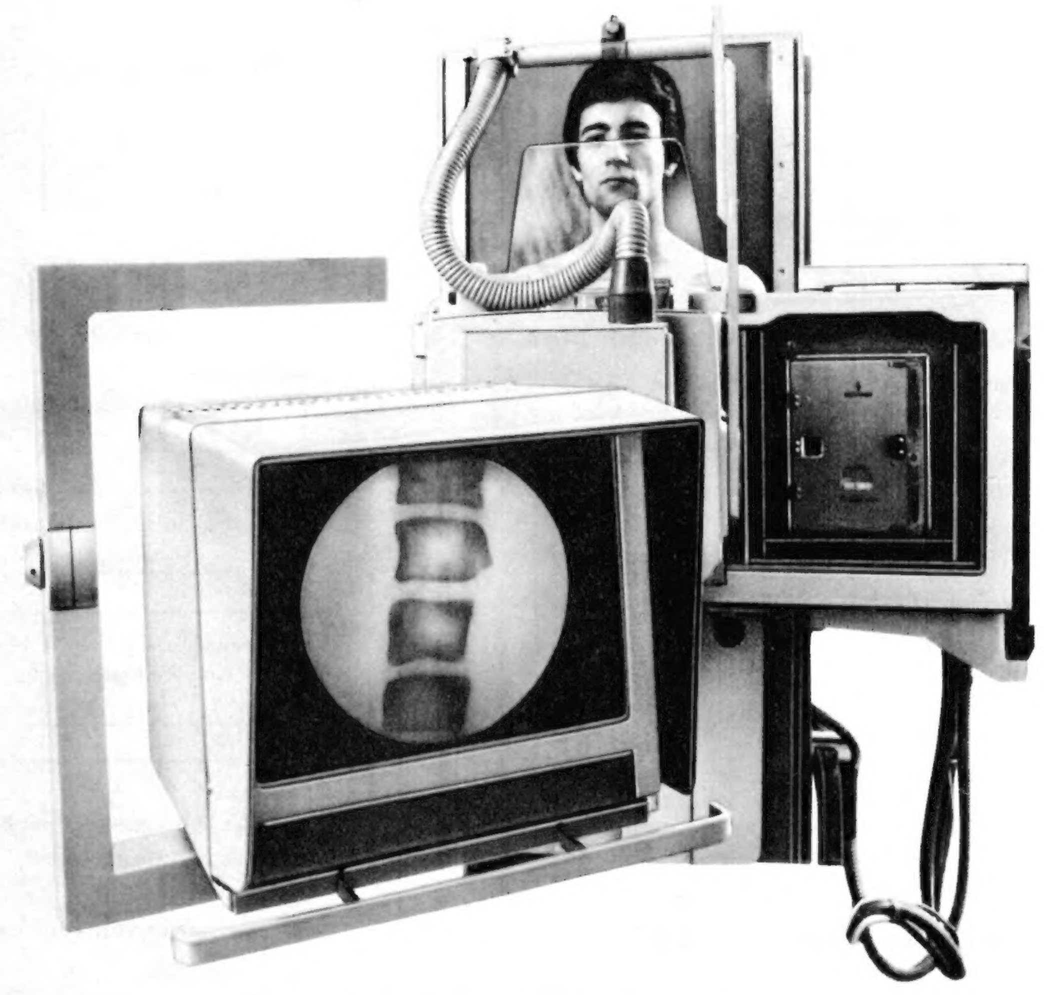
Seine Erfahrungen aus der Raketentechnik will Wernher von Braun in seinen neuen Job einbringen. In einem SPIEGEL-Interview erläutert der Ende letzter Woche zum Daimler-Benz-Aufsichtsrat gewählte Mercedes-Diesel-Fahrer seine Vorstellungen über das Automobil der Zukunft.

Viel Geld für Hund und Katz — Seite 47

Während Hausfrauen beim Lebensmitteleinkauf sparen, blüht das Geschäft mit industriellem Hunde- und Katzenfutter wie nie zuvor. Der westdeutsche Markt wird zwar von dem US-Konzern Mars („Kitekat", „Frolic") beherrscht, aber auch neue Konkurrenz dringt vor.

PLANSEE

FORTSCHRITT DURCH UND DURCH



Sie sind ihr sicher schon gegenübergestanden –
sie ist das Herzstück aller Röntgenröhren und ermöglicht wesentlich schärfere Bilder.
Sie wird mit Elektronen beschossen und sendet Röntgenstrahlen aus.
Damit sie das kann, ist sie aus besonderem Werkstoff: aus Wolfram. Sie dreht sich blitzschnell.
Höchste Güte und Präzision ist dazu nötig. Nicht zuletzt deshalb kommt sie meistens
aus unserem Haus. Wir arbeiten für den Fortschritt. Wir liefern, was heute gebraucht wird:
Produkte, die allen Ansprüchen gerecht werden (nicht nur für die Medizin).
In diesem Fall ist es unsere Röntgen-Drehanode.
Ein Beispiel unserer Leistung. Ein Beispiel von vielen.



Unser Verfahren: Die Pulvermetallurgie.
Unser Kundenkreis: Die fortschrittliche Industrie der Welt.



METALLWERK PLANSEE AKTIENGESELLSCHAFT & CO. KG. - A-6600 REUTTE - TELEFON: (0043 56 72) 22 41 - TELEX: 5505 PLANSE A
VERTRETUNG F. HOCHSCHMELZENDE METALLE: TEW-VERKAUF SONDERMETALLE - D-7 STUTTGART-FEUERBACH-HEILBRONNER STR. 305

BRIEFE

Kontrolle vorhanden

(Nr. 28/1975, Beamte: Schlendrian durch gleitende Arbeitszeit)

In diesem Bericht wird verschwiegen, daß mit Sicherheit die Mehrheit der Angehörigen des öffentlichen Dienstes (zum Beispiel alle mir näher bekannten Finanzämter) sich wegen des damit verbundenen erheblich besseren Freizeitausgleichs freiwillig für die Einführung der gleitenden Arbeitszeit mit Zeiterfassungsgerät, der Stechuhr, entschieden hat. Was Ihnen also als Hauptärgernis erscheint, nämlich die fehlende Kontrollmöglichkeit, gilt nur für wenige.

Ansbach (Bayern) HELMUT TEICHMANN

Ich bedanke mich für die gelungene Karikatur. Endlich bin auch ich mal in der Zeitung und nicht nur immer „Meiers" und „Schulzes". Meine Familie hat sich riesig gefreut, und nun hängt Ihre Zeichnung eingerahmt in unserm Flur.

München FREIHERR VON UCKERMANN



„Kollege Uckermann gleitet schon wieder, er möchte ausgeruht in seinen Garten"

Für das Versagen der gleitenden Arbeitszeit in öffentlichen Verwaltungen kann nicht die Arbeitsmoral unserer Beamten verantwortlich gemacht werden. Die Ursache der eingeschränkten Arbeitsleistung und fehlender Ansprechbereitschaft für die Bürger liegt allein im Mangel an Organisationsideen und dem objektiv nicht haltbaren Grundsatz, daß Beamte keiner Zeiterfassung unterliegen dürfen.

Mannheim CHRISTOPH BOELLING
Betriebswirt, grad.

Daß Spätgleiter in der Minderheit sind, ergibt sich schon aus den mangelhaften Verkehrsverbindungen; morgens nach acht Uhr und abends nach 18 Uhr werden die Fahrpläne so „verdünnt", daß die Arbeitswege etwa anderthalb mal so lange dauern. Außerdem haben die Läden oft morgens noch nicht geöffnet und sind abends wieder geschlossen. Daß „Frühaufsteher" mehr Ansehen genießen als Spätgleiter, die oft im Betrieb gehässige Bemerkungen einstekken müssen, weil sie angeblich „nicht aus dem Bett finden können", kommt noch hinzu; wer hat schon die Härte, das hinzunehmen?

Hamburg GODFRIEDE TÖPELMANN

Der SPIEGEL läßt doch keine Gelegenheit aus, mit seinen Beiträgen über den öffentlichen Dienst durch Lügen, geschickt eingestreute Halbwahrheiten und unzulässige Verallgemeinerungen die Beamten und anderen öffentlich Bediensteten zu diffamieren.

Berlin RICHARD PLITZKOW

Da wundern sich die Beamten und Behördenangestellten noch, daß die übrigen Lohn- und Gehaltsempfänger einen Rochus auf sie haben. Doch Kluncker und Krause kämpfen weiter für Müßiggänger.

Berlin HEINZ BAUER

Als es im Oberhausener Rathaus noch die gleitende Arbeitszeit gab, konnten Bürger mit ihren Sachbearbeitern Besuchstermine um sieben Uhr morgens vereinbaren, konnten Bürger — nach entsprechender Vereinbarung — auch noch um 17 Uhr ein offenes Ohr finden. Heute ist das Rathaus zum Leidwesen der Betroffenen ab 16 Uhr geschlossen.

Oberhausen (Nrdrh.-Westf.)
BERNHARD HOBRACK

Kosmetische Operation

(Nr. 28/1975, Schulen: Verlage revidieren umstrittene Lesebücher)

Der SPIEGEL berichtet, die neuen Auflagen der linken Bücher seien entschärft worden. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um eine kosmetische Operation; die Richtung ist eindeutig wie zuvor. Hierzu ein einziges Beispiel:

Wäre das nicht fabelhaft:
Mein und dein wird abgeschafft!
Dann kriegt jeder immer alles,
wann er's braucht!

So heißt es in der neuen Ausgabe des Lesebuches „Bunte Drucksachen 2" für die Siebenjährigen (Pro Schule Verlag).



Das Lehrerhandbuch erläutert das hierzu gehörige Lernziel: der Lehrer soll „an der konjunktivischen Fassung ‚Wäre das nicht fabelhaft' nachweisen, daß es sich hier um eine Wunschvorstellung der Kinder handelt". Mit anderen Worten: Die Lehrerschaft wird genötigt, etwas zu beweisen, das nicht zutrifft, und insofern die Ideologie an die Stelle der Wirklichkeit zu setzen. Sinnigerweise heißt es in demselben Lehrer-Handbuch in der gewohnten geschraubten Form: „Das didaktische Problem liegt darin, daß Wertungskompetenz nicht durch Vorbewertung, die vom Schüler nur passiv nachvollzogen werden kann, erreichbar ist." Eben!

Bad Harzburg — ULFRIED WEISSER, Dipl.-Volkswirt

Nun ist Ihr Technokratenblättchen also endlich auch so weit, sich auf die Seite der technokratischen Bildungsreformer zu schlagen.

Bonn — MANFRED RADUSCH

Erfreulich, daß Sie die Kleinkariertheit, die ideologische Einseitigkeit und die didaktische Ignoranz vieler Kritiker der neuen Lesebücher ankreiden, wo dies notwendig ist. Zu begrüßen ist auch, daß durch Sie einmal außerhalb von Fachzeitschriften nachgewiesen wird, wie inhaltliche Schulreform in Deutschland wiederum weniger am Erkenntnisstand der Erziehungswissenschaft als an den Interessen mächtiger gesellschaftlicher Gruppen orientiert werden soll. Um so erstaunlicher muß es anmuten, daß Sie gegenüber dem Lesebuch „Drucksachen" bei aller Anerkennung in einem Punkt unerbittlich bleiben: Texte aus der Arbeitswelt müssen heroisch und heiter sein, und soziale Ungerechtigkeiten — gibt's die? Müssen wir unsere Kinder damit belasten?

Kaarst (Nrdrh.-Westf.) — ULRICH VOSSEN, „Drucksachen"-Autor

Finanzpolitische Ironie

(Nr. 29/1975, Gemeinden: Sparsamkeit zur falschen Zeit)

Bei der Lektüre Ihres Artikels „Was der Bund nicht hat" muß schon der Tenor „die verschuldeten Kommunen flüchten sich in rigorose Sparsamkeit" den Verantwortlichen in Städten und Gemeinden wie finanzpolitische Ironie in den Ohren klingen. Die Gemeinden nämlich befinden sich gegenwärtig in einer so prekären Finanzsituation, daß sie schon gar nicht mehr sparen können. Wenn sie sich heute bemühen, ihre Ausgaben in Grenzen zu halten, so tun sie das weder aus Mangel an gutem Willen noch aus fehlendem Verständnis für volkswirtschaftliche Zusammenhänge oder wegen „rigoroser Aufsichtsbestimmungen". Ganz im Gegensatz zu Bund und Ländern, die in den vergangenen Jahren mit einem Minimum an Kreditmitteln auskommen konnten, sind die meisten Städte und Gemeinden an der



Schmitt-Vockenhausen

Grenze ihrer Verschuldungsfähigkeit angelangt oder haben sie bereits überschritten. Gemeinden haben nur geringe Möglichkeiten, ihre eigenen Einnahmen noch zu erhöhen. Sie sind zur Zeit dazu gezwungen, ihre nackte Zahlungsfähigkeit für die Zukunft im Auge zu behalten. Wenn Ministerialbeamte ihren Ministern oder dem Bundeskanzler Unterlagen zusammenstellen, so empfehle ich ihnen, dabei folgende Übersichten nicht zu vergessen:

▷ Eine Bilanz der Folgekosten, die den Gemeinden durch gesetzlich zugewiesene Aufgaben laufend entstehen und für deren Erledigung sie keine Finanzmittel erhalten,

▷ eine Darstellung der damit zwangsläufig verbundenen Personalstellen und -kostenexplosion.

Vergessen werden darf dabei auch nicht der vom Bund durch Gesetz herbeigeführte Ausfall an Gewerbesteuer, für den die Gemeinden den versprochenen Ersatz noch immer nicht in Aussicht haben.

Bonn

DR. HERMANN SCHMITT-VOCKENHAUSEN
Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Schweigende Bischöfe

(Nr. 26/1975, Briefe: Graphiker Heinz Diesel, der den saarländischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Röder als biblischen „guten Hirten" karikierte: „. . . Die Bischöfe zu Trier und Speyer sahen ‚die Person des guten Hirten verunglimpft' und ließen ein Rundschreiben diesbezüglich in allen Kirchen des Saarlandes verlesen.")

Die Behauptung von Heinz Diesel, die Bischöfe von Trier und Speyer hätten sich veranlaßt gesehen, auf sein Poster mit einem Rundschreiben zu reagieren, entbehrt jeder Grundlage. Ein solches Rundschreiben ist nie in „allen Kirchen des Saarlandes" verlesen worden, es existiert nämlich nicht. Weder der Bischof von Trier noch der Bischof von Speyer haben öffentlich zu diesem geschmacklosen Plakat Stellung genommen. Um so erstaunlicher, daß der Herr Diesel aus diesem angeblichen Rundschreiben sogar wörtlich zitieren kann.

Trier

HANS CASEL
Bischöflicher Pressereferent

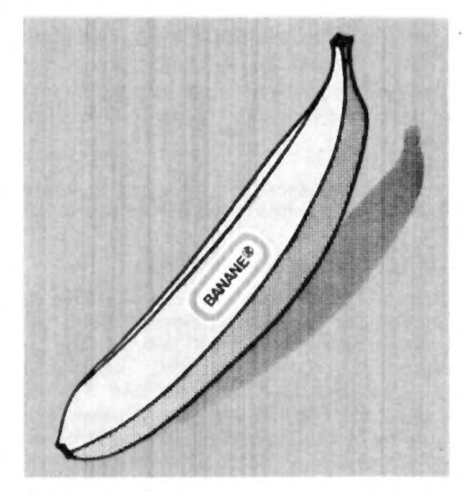
Alter Multi

(Nr. 28/1975, Konzerne: Verkaufs-Methoden des US-Bananenkonzerns United Brands)

Es ist keineswegs so, daß die United Fruit Company erst nach ihrer Fusion mit der AMK Corporation zur United Brands Company ein multinationaler Konzern mit mehreren Produktlinien wurde. Sie war es vielmehr schon seit ihrer Gründung im Jahre 1899. Bereits damals gehörten ihr neben riesigen Bananenplantagen beinahe das gesamte Eisenbahnnetz Mittelamerikas, Zukkerrohrplantagen und Rinderherden. Seit den 20er Jahren betrieb die UFC in Mittelamerika ein eigenes Netz von Funkstationen, lange bevor es ein vergleichbares Netz in den USA gab. Die Umbenennung der United Fruit in United Brands ist sicherlich ein ungeeigneter Versuch des Bananenkonzerns, seinen blutbefleckten Namen aus dem Gedächtnis von Millionen Lateinamerikanern verdrängen zu wollen. Ob United Fruit oder United Brands, der Trust wird in Lateinamerika immer als der Multi angesehen werden, der, lange bevor die ITT in Lateinamerika in ähnlicher Form aktiv wurde, Politiker bestach.

Wuppertal MANFRED SIEG

Unsere Postkarte will darauf hinweisen, daß, wenn die United Brands Company ihr Ziel weiter unbeirrt und



Paulot-Postkarte
Markenname „Banane“

konsequent verfolgt, es ihr in absehbarer Zeit gelungen sein wird, „Banane“ als Markenname zu schützen.

Frankfurt PROF. LOTTERMANN-PAULOT
Gruppe Pack

Gegen den Strich

(Nr. 28/1975, Philosophie: Gershom Scholem zum 90. Geburtstag von Ernst Bloch)

Man muß diesen Artikel über Bloch wohl auch gegen den „Strich“ lesen, um zu erfahren, was Bloch wirklich geleistet hat! Scholems Polemik gegen

den Marxismus ist bezeichnend. Wollte man in der Philosophie und Politik, das heißt Theorie und Praxis, Marx verleugnen, so wäre das, als ob man in der Physik nach Galilei zurück zu Aristoteles wollte.

Berlin ROLF KAISER

Ein hübscher Jubiläums-Streich, den der ideologische Abwehrdienst des SPIEGEL (Abteilung Philosophie) da produziert hat: Den exemplarischen Marxisten Bloch gegen den Marxismus auszuspielen! Und dies mit der (aus mancherlei Skrupeln schwer angreifbaren) Autorität eines Gershom Scholem, der seine Weigerung, mit Marx etwas anzufangen, sich immerfort selbst bestätigen muß und daher auch von dem anderen jüdischen Ketzer Bloch nur gerade „lernen" mag, solche Ignoranz metaphysisch noch besser zu rationalisieren (Wie subtil sich doch unter Brüdern, im Gewande einer „Ehrung", Fußtritte austeilen lassen!). Einzig Bloch selbst wäre wohl berufen, hier die angemessene Zurecht-Weisung vorzunehmen; aber er wird dazu wahrscheinlich ebensowenig aufgelegt sein wie auf der anderen Seite zu einer Abfuhr jener vampirhaften Versuche von Theologen, sich seiner zwecks Glaubensauffrischung zu bemächtigen.


Bloch

Berlin NILS ROSENBERG

Man muß es ja wohl als heimliche Haß-Liebe deuten, wenn sich einer 40 Jahre lang mit der Mystik — und sei es die der Kabbala — beschäftigt und am Ende eine so genuine Wendung wie „atheistisch an Gott glauben" nicht mitvollziehen kann. Bei allem Respekt vor Scholems kenntnisreicher Auseinandersetzung mit Bloch, was Mystik in ihrem Innersten ist, hat der Professor aus Jerusalem noch nicht „vernommen".

Hof PETER ROSIEN

Es konnte Bloch nicht anders Gerechtigkeit widerfahren, als daß die genuine Erfahrung, die sein Werk bezeugt, identifiziert wird als das, was sie wirklich ist: Mystik. Daß Bloch außerdem von Marx die Kritik übernimmt, bräuchte Gershom Scholem nicht zu irritieren: Kritik folgt schon bei den Schriftpropheten auf die mystische Erfahrung, weil sie wie diese auf Befreiung aus dem Unheil zielt.

München DR. HANS PETER BALMER

Hungerstreik entschärfen

(Nr. 27/1975, Ärzte: Gefängnismediziner gegen Zwangsernährung)

Uns Vollzugsärzten geht es bei der künstlichen Ernährung Gefangener (ohne oder mit Zwang) nicht so sehr



Gefängnisarzt, Häftling

um die Zumutbarkeit. Vielmehr wollen wir den Hungerstreik als politische Waffe entschärft sehen. Wir verweisen daher mit Nachdruck auf das englische Modell: Wenn ein Gefangener weiß, daß er bei einem Hungerstreik nicht mit künstlicher Ernährung rechnen kann, entfällt die Möglichkeit, den Staat mit diesem Mittel zu erpressen. Bezeichnenderweise ist in England nach Einführung dieser „Lex Jenkins" der Hungerstreik in den Gefängnissen kein Problem mehr. Der Bundesärztekammer sind wir dankbar dafür, daß sie den Münchner Kongreß für Vollzugsärzte durchgeführt und uns damit wesentlich unterstützt hat.

Zweibrücken (Rhld.-Pf.)

DR. MED. JAN-HINNERK HUSEN
Medizinaldirektor
Mitglied des Vorstandes der Bundesarbeitsgemeinschaft der Ärzte und Psychologen in der Straffälligenhilfe e. V.

Die Gefängnisärzte sollten endlich damit aufhören, im Verein mit der bürgerlichen Presse (Beispiel: SPIEGEL) das Problem der Zwangsernährung in die Nähe der Euthanasiediskussion zu rücken. Ein Hungerstreik ist das einzige Angriffsmittel für den ansonsten in die Defensive gedrängten Gefangenen. Ein Hungerstreik ist auf keinen Fall ein verkappter, in die Länge gezogener Selbstmord — das Ziel ist nicht der eigene Tod, sondern die Verbesserung unhaltbarer Haftbedingungen. Das Dilemma der Gefängnisärzte besteht darin, daß sie gezwungen sind, die politische Dimension eines Hungerstreiks zu ignorieren und ihn allein unter dem Aspekt ihrer traditionellen Standespflichten zu beurteilen. Wichtiger und vor allem für hungerstreikende Gefangene sinnvoller wäre es auf alle Fälle, würden die Gefängnisärzte über menschenwürdige Haftbedingungen wachen und organisiert gegen unzumutbare Haftbedingungen vorgehen.

Stuttgart THOMAS AMMANN

Eine Meinung sollte doch vorherrschen: Inhaftierte müssen nach menschlichem Ermessen gut und korrekt behandelt werden, darüber gibt es keine Diskussion. Jedoch in den Fällen wie beschrieben, gibt es nur eines: 12 Uhr Mittagsausgabe, 13 Uhr Abholen des Geschirrs, ob gegessen oder stehengelassen. Wie es dem Inhaftierten fürderhin geht, ist seine Sache und nicht die der Gesellschaft und Justiz.

Lorsbach (Hessen) HANS HLAWATSCH

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 110 420
Brandstwiete 19 / Ost-West-Straße
Telephon 3 00 71, Telex 2 162 477
Telegramm Spiegelverlag

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Johannes K. Engel, Erich Böhme

REDAKTION
Ariane Barth, Rolf Becker, Lutz Bindernagel, Peter M. Bode, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Werner Detsch, Rolf Diekhof, Horst-Dieter Ebert, Jutta Fischbeck, Klaus Franke, Dr. Werner Funk, Börries Gallasch, Rudolf Glismann, Walter Gloede, Dr. Helmut Gumnior, Christian Habbe, Werner Harenberg, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Hans Hielscher, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Dr. Hellmuth Karasek, Dr. Walter Knips, Siegfried Kogelfranz, Ingrid Kolb, Joachim Korthals, Klaus Kröger, Karl-Heinz Krüger, Albrecht Kunkel, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Johannes Matthiesen, Gerhard Mauz, Dr. Renate Merklein, Fritjof Meyer, Dr. Werner Meyer-Larsen, Manfred Müller, Rolf S. Müller, Hans-Georg Nachtweh, Hans-Joachim Nesslinger, Gunar Ortlepp, Jürgen Petermann, Olaf Petersen, Dr. Karl Poerschke, Jörgen Pötschke, Günter Rau, Klaus Reinhardt, Dr. Rudolf Ringguth, Dr. Gerd Rockel, Dr. Fritz Rumler, Marie-Luise Scherer, Siegfried Schmidt-Joos, Hans Schnocks, Siegfried Schober, Hans Joachim Schöps, Hermann Schreiber, Walther von Schultzendorff, Ulrich Schwarz, Mareike Spiess-Hohnholz, Wolf Dieter Steinbauer, Hans-Wolfgang Sternsdorff, Susanne Stör, Peter Stolle, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Karlheinz Vater, Monica Vogelgsang, Hartmut Volz, Eberhard Wachsmuth, Dr. Dieter Wild, Georg Wolff, Dr. Uwe Zimmer

ILLUSTRATION
Hans Peter Baumann, Martina Blume, Frank Böhm, Thomas Bonnie, Regine Braun, Volker Fensky, Günther Gatermann, Christiane Gehner, Manfred Igogeit, Digne Meller-Marcowicz, Jan Menssing, Ingeborg Molle, Gisela Pernau, Walter Pomikalko, Chris Riewerts, Manfred Schniedenharn, Gesa Thielmann, Heidrun Wandschneider, Gisela Winter-Bodenbender, Helmut Wolff, Jürgen Wulf, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Werner Borsbach, Jens Eggers, Horst Engel, Bernd Heyen, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Josef Klessinger, Heinz Kohl, Inga Lembcke, Dr. Heinz Pohle, Wolfgang Polzin, Dieter Schaake, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler, Wolfgang Söltner

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin (West): Wolfgang Bayer, Axel Jeschke, 1 Berlin 30, Kurfürstenstraße 72/74, Tel. 261 13 33, Telex 01 84 704 • Berlin (DDR): Jörg R. Mettke, 1055 Berlin, Storkower Straße 165, Tel. 53 55 97, Telex 11-30 75 • Bonn: Wolfram Bickerich, Alfred Freudenhammer, Dr. Wolfgang Kaden, Dirk Koch, Jürgen Leinemann, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Marion Schreiber, Diethelm Schröder, Hans-Gerhard Stephani, Klaus Wirtgen, 53 Bonn, Dahmannstr. 20, Tel. 22 40 31, 22 39 81, Telex 08 86 630 • Düsseldorf: Heide Dörrhöfer, Hans Otto Eglau, Stefan Klein, Gert Savelsberg, Peter Stähle, 4 Düsseldorf 1, Immermannstr. 15, Tel. 35 33 21, Telex 08 58 27 37 • Frankfurt a. M.: Hans Werner Kilz, Dr. Gisela Oehlert, Christian Richter, Jürgen Scherzer, Horst Stübling, 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Telephon 71 71 81, Telex 04 13 009 • Hannover: Wolfgang Becker, Gerd Kröncke, 3 Hannover, Kurt-Schumacher-Straße 26–28, Telephon 32 69 39, Telex 09 22 320 • Karlsruhe: Rolf Lamprecht, 75 Karlsruhe 1, Amalienstraße 25, Telephon 2 25 14/15, Telex 07 825 471 • Kiel: Dietrich Lachmund, 23 Kiel, Niemannsweg 18, Telephon 5 12 66/67, Telex 02 99 859 • Mainz: Peter Adam, Hans Dieter Degler, 65 Mainz, Rheinstraße 101, Tel. 2 61 61, Telex 04 187 507 • München: Heinz Höfl, Dr. Joachim Reimann, 8 München 80, Stuntzstraße 16, Telephon 47 40 38, Telex 05 22 501 • Stuttgart: Eberhard Hungerbühler, Norbert F. Pötzl, 7 Stuttgart, Kriegsbergstraße 11, Telephon 22 15 31/32, Telex 07 22 673

AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Valaoritou 12, Athen T. T. 134, Telephon 636-577, Telex 215 418 • Beirut: Volkhard Windfuhr, P. O. Box 7793, Beirut, Telephon 32 37 91 • Brüssel: Harald Hotze, 134 Avenue de Cortenberg, 1040 Brüssel, Tel. 7 36 24 49, Telex 25 294 • London: Helmut Sorge, 6 Museum House, Museum Street, London W.C. 1, Tel. 580-5759/5750, Telex 25 278 • Moskau: Norbert Kuchinke, Moskau, Leninskij Prospekt 83, Korp. 5, Kw. 565, Tel. 133 96 61 • Nairobi: Erich Wiedemann, P. O. Box 72 788, Nairobi, Telephon 68 380 • Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizzamuddin East, Neu-Delhi, Telephon 619733 • New York: Valeska von Roques, 1501 Broadway, Room 301 A, New York, N. Y. 100 36, Tel. 221-7583/84, Telex 237 723 • Paris: Wolfgang Gust, 17 Avenue Matignon, Paris 8e, Tel. 256-12-11, Telex 65 086 • Pretoria: Paul M. Schumacher, P. O. Box 26027 Arcadia, Pretoria, Tel. 65 25 52, Telex 3-0119 • Rom: Dr. Bernhard Müller-Hülsebusch, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 68 90 54, Telex 68 255 • Singapur: Dr. Tiziano Terzani, 1103 Marina House, Shenton Way, Singapore 2, Tel. 2203314 • Tel Aviv: Henri Zoller, Spinozastr. 6, Tel Aviv, Tel. 249717, P. O. Box 11288 • Tokio: Wulf Küster, 12-2, 5-chome, Kamiuma, Setagaya-Ku, Tokio 154, Tel. 411-3679, Telex 23 363 • Washington: Heinz Lohfeldt, Cindy Becker, 1019 National Press Building 14th and F Street, N. W. Washington, D. C. 20 045, Tel. 347-5161 und 347-5222, Telex 64 300 • Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13, 1190 Wien, Telephon 36 15 92, Telex 75 888

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, SPD, Konjunktur, Geiger-Interview, Umweltschutz, Portugal-Hilfe, Tourismus/DDR: Karlheinz Vater; für Verfassungsschutz, Spionage, Baader/Meinhof, Presse, Prozesse, Erziehung, Transvestiten: Dr. Wolfgang Malanowski; für Von-Braun-Interview, Investment, Märkte, Trends, Konzerne: Hans-Georg Nachtweh; für Portugal, Malta, Naher Osten, Mobutu-Interview, Frankreich, USA, Veteranen, Verbraucher: Fritjof Meyer; für Serie: Heinz Höhne; für Sport: Hans-Joachim Nesslinger; für Titelgeschichte, Medizin, Prisma: Rolf S. Müller; für Szene, Fernsehen: Peter Stolle; für Literatur, Böll-Interview, Film, Fernseh-Vorausschau: Rolf Becker; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe: Susanne Stör; für Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Hartmut Volz; für SPIEGEL-Verlag Hausmitteilung: Walter Busse (sämtlich Hamburg 11, Brandstwiete 19/Ost-West-Straße)

DOKUMENTATION
Sigrid Behrend, Jürgen Bergeder, Burghard von Bülow, Dagmar Christiansen, Armin Dirks, Dr. Herbert Enger, Wolfgang Fischer, Marianne Friedrichs, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, German Hausknecht, Hartmut Heidler, Hans-Joachim Heinze, Wolfgang Henkel, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Günter Johannes, Ilse Lange-Henckel, Leonore Lohse, Elke Martin, Roderich Maurer, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Michael Morozow, Anneliese Neumann, Claus Nodop, Paul Ostrop, Nora Peters, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Karl-Otto du Roveray, Hedwig Sander, Karl-Heinz Schaper, Hans Schiller, Carl-Heinz Schlüter, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Werner Siegert, Robert Spiering, Monika Tänzer, Dr. Iris Timpke-Hamel, Ursula Vollmann, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Ernst Wildt, Georg Wöhner, Alfred Wüste
Leitung: Armin Sellheim

NACHRICHTENDIENSTE
dpa, Newsweek, New York Times, AP

SPIEGEL VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Büro des Herausgebers: Walter Busse; verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner; gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 30 a vom 1. Januar 1975; Verlagsgeschäftsstellen: 1 Berlin 30, Kurfürstenstr. 72/74, Tel. (030) 2 69 51, Telex 183 867; 4 Düsseldorf, Immermannstraße 15, Tel. (0211) 35 33 21, Telex 8 582 737; 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. (0611) 717181, Telex 413 009; 8 München 80, Maria-Theresia-Straße 11, Tel. (089) 47 20 35, Telex 524 601; 7 Stuttgart, Kriegsbergstraße 11, Tel. (0711) 22 15 31/32, Telex 722 673; Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg und Darmstadt

VERLAGSLEITUNG
Michael Nesselhauf, Helmut Wallbaum, Alfred E. Wissmann

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Hans Detlev Becker

ADIG-INVESTMENT.

Wertpapiere mit vielen Werten.



Mit Ertragswiederanlage zu mehr Investment-Anteilen.

ADIG-INVESTMENT bietet acht Investment-Fonds mit unterschiedlichen Anlagezielen. FONDAK zum Beispiel legt das Geld seiner Kunden breit gestreut in Aktien von neunzig deutschen Unternehmen an. ADIVERBA ist auf den Dienstleistungssektor – auf Banken, Versicherungen und Kaufhäuser – spezialisiert. ADIRENTA besteht aus festverzinslichen Wertpapieren. So hat jeder ADIG-Fonds sein unverwechselbares Konzept.

In einem sind sie aber alle gleich: Jährlich am 1. August schütten sie ihre Erträge aus. Die 260.000 ADIG-Kunden verwenden diese Erträge ganz unterschiedlich: Ein Teil von ihnen erfüllt sich Sonderwünsche, der andere, wesentlich größere Teil, legt den Ausschüttungsbetrag sofort wieder an, erwirbt neue Investment-Anteile.

Und das geht so: Am 1. August 1974 schüttete ADIRENTA für jeden Anteil 1,90 DM aus. Für die Erträge auf 400 ADIRENTA-Anteile – um ein Beispiel zu nennen – konnten Sie 39 neue Anteile hinzukaufen. An der Ausschüttung 1975 nehmen also bereits 439 Anteile teil. Bringen Ihnen Erträge und damit neue Anteile – und so fort, Jahr für Jahr.

Vom 1. August 1975 bis 30. September 1975 bietet ADIG-INVESTMENT ihren Kunden einen besonderen Vorteil: Wer seine Erträge wiederanlegt, erhält die neuen Anteile billiger. Und zwar bei ADIRENTA und PLUSFONDS mit 2%, bei allen anderen ADIG-Fonds mit 3% Rabatt.

Sprechen Sie jetzt mit Ihrer Bank oder Sparkasse. Ihr Anlageberater kennt das ADIG-Angebot und die Einzelheiten der Ertragswiederanlage. Wenn Sie vorab ausführliche Informationen wünschen, dann schreiben Sie bitte an:
ADIG-INVESTMENT
8 München 22, Von-der-Tann-Straße 11







ADIG-Fonds: ADIFONDS, ADIRENTA, ADIROPA, ADIVERBA, FONDAK, FONDIS, FONDRA, PLUSFONDS.
ADIG-Depotbanken: Commerzbank Aktiengesellschaft, Bayerische Vereinsbank, Bank für Gemeinwirtschaft AG.
ADIG-Gesellschafter: Bankhaus H. Aufhäuser, Bank für Gemeinwirtschaft, Bayerische Raiffeisen-Zentralbank, Bayerische Vereinsbank, Berliner Bank, Berliner Commerzbank, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Commerzbank, Deutsche Beamten-Versicherung, Handelsbank in Lübeck, National-Bank, Röchling-Bank, Simonbank, Südwestbank, Fürst Thurn und Taxis Bank, Vereins- und Westbank, Württembergische Bank, WWK Lebensversicherung.

Nur eine Sommergrippe



Koalitionspartner Maihofer, Genscher, Schmidt

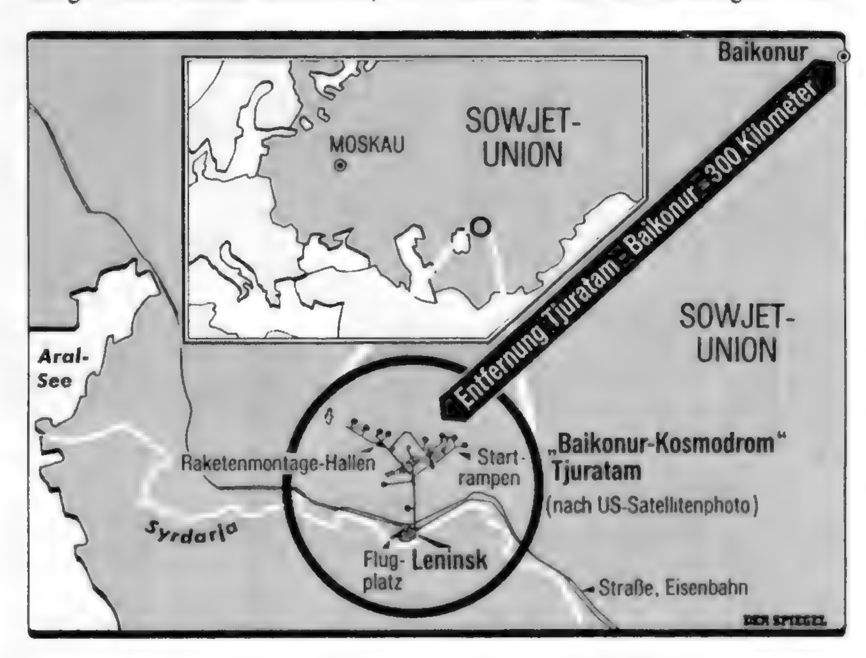
Bundeskanzler Helmut Schmidt und FDP-Innenminister Werner Maihofer setzten am Mittwoch voriger Woche ihre Kabinettskollegen durch demonstrativen Austausch von Artigkeiten in Erstaunen, die, so Regierungssprecher Klaus Bölling, nahezu den „Charakter von Liebeserklärungen" annahmen. Alarmiert von Berichten über den Groll der FDP-Partner in der Koalition (SPIEGEL 29/1975), hatte der Kanzler in einer anderthalbstündigen Aussprache mit Maihofer, im Kabinett oft Adressat rüder Schmidt-Sprüche, seinen guten Willen zu mehr Brüderlichkeit verkündet. In der anschließenden Kabinettssitzung versuchte der Regierungschef, die Spannungen in der Koalition als „Sommergrippe" abzutun. FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher freilich reagierte spitz: „Auch solche Grippen erzeugen Antikörper."

Rätsel im Wartezimmer

Die Ärzte planen eine Kampagne, um ihr Ansehen in der Öffentlichkeit zu heben. Aufgeschreckt durch die „Intensität, in der sich die Massenmedien in jüngster Zeit erneut mit angeblichen Mängeln ... in der ärztlichen Versorgung auseinandersetzen", so der Hauptgeschäftsführer Walter Hemmer vom Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands (NAV) in einem Schreiben an das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung, plant der NAV ein „Dateninformationssystem". Die dort gespeicherten gesundheits- und sozialpolitischen Publikationen sollen es der ärztlichen Standespresse ermöglichen, „Veröffentlichungen wie die jüngste SPIEGEL-Serie" unverzüglich zu unterlaufen. Zugleich wollen die Mediziner mit einer Fragebogenaktion um Verständnis für die hohen Arzthonorare werben. Die Patienten sollen sich in den Wartezimmern die Zeit mit dem Rätsel vertrei-

Raumfahrt: Sowjet-Start vom weißen Fleck

Zum ersten Mal zeigte das Sowjet-Fernsehen am Dienstag letzter Woche den Start eines bemannten russischen Raumschiffes live — doch noch immer wissen die Sowjet-Bürger nicht einmal annähernd, wo sich „Sojus 19" in den Himmel hob. Seit Anfang der Sputnik-Ära kommen alle sowjetischen Raumfahrtmeldungen vom „Raumfahrtzentrum Baikonur". Baikonur in Kasachstan aber ist nur ein armseliges Lehmhüttendorf, 300 Kilometer von Rußlands geheimer Startbasis entfernt. Aufklärungsflugzeuge vom Typ U-2 lieferten in den späten 50er Jahren die ersten Photos vom echten Standort der Raketenbasis. Sie liegt 30 Kilometer nördlich von Tjuratam, einem Eisenbahnhaltepunkt an dem Fluß Syrdarja südöstlich des Aral-Sees. Direkt bei Tjuratam entstand eine Raumfahrtstadt mit inzwischen 50 000 Einwohnern — „Leninsk". Sie taucht wohl auf Wahllisten zum Obersten Sowjet von Kasachstan (zwei Delegierte) auf, aber sie ist dennoch auf keiner Karte verzeichnet, und bei der Volkszählung 1970 wurden ihre Einwohner nicht mitgezählt. Die Reihe der Starttürme für bemannte Raumflüge, „Proton"-Satelliten und Versuchsstarts neuer Militärraketen erstreckt sich, wie Aufnahmen von US-Satelliten zeigen, über fast 65 Kilometer in west-östlicher Richtung. Nordöstlich des Startkomplexes schließt sich militärisches Sperrgebiet von etwa 1600 Kilometer Durchmesser an — zugleich Landezone für die Sojus-Kapseln.



ben, wieviel „Ihre Krankenkasse Ihrem Arzt für eine Konsultation“ oder auch für „eine mikroskopische Harnuntersuchung (mit einem Mikroskop für über 2000 Mark)“ bezahlt. Die richtigen Antworten können die wartenden Arztkunden „auf dem Aushang im Wartezimmer nachlesen“.

DDR-Spion bei der CDU?

Funkgeräte und Kameras fand die Polizei, als sie vergangene Woche den Afrika-Referenten des Instituts für Internationale Solidarität (IIS) der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, Ulrich Reeps, festnahmen und seine Wohnung durchsuchten. Der 46jährige Diplom-Psychologe und gelernte Melker soll gegen Honorar für die DDR gearbeitet haben. Reeps wechselte 1960 aus der DDR in die Bundesrepublik und verdingte sich 1968 bei der Adenauer-Stiftung. Bis 1970 betreute er in Südvietnam das IIS-Sozialhilfe-Projekt Tu-Duc. Als Afrika-Referent gewann Reeps anschließend detaillierten Einblick in die Genossenschafts- und Gewerkschaftsprojekte des IIS in Äthiopien, Ghana, Kamerun, Ruanda, Kenia und Zaïre — Staaten, in denen auch die DDR präsent ist. CDU-Mitglied Reeps galt bei seinen Kollegen als rechts-konservativ.

Marine-Luxus

Bei einer Überprüfung der US-Verteidigungsausgaben hat das General Accounting Office (GAO) — US-Pendant zum Bundesrechungshof — kostspielige Privilegien bei der Navy und beim elitären Marine-Corps aufgedeckt. Mehrere tausend Soldaten, so fand das GAO heraus, würden von den Offizieren als Burschen und Diener zweckentfremdet. Insgesamt 51,7 Millionen Dollar könnten die USA einsparen, wenn die Offiziere ihre Quartiere selbst in Ordnung halten sowie ihre Wäsche persönlich zur Wäscherei schaffen, wenn die Militärs sich zudem an Bord mit einem Selbstbedienungsbüfett begnügen und schließlich ledige Offiziere an Land auf ihre exklusiven Junggesellen-Messen verzichten würden.

Zitat

„Unter den Mitgliedern der Hochschulen sind nicht mehr Kriminelle als in der gesamten Bevölkerung, sondern es ist ganz genau das gleiche“ (der baden-württembergische CDU-Kultusminister Wilhelm Hahn über rechtswidrige Nebeneinkünfte von Professoren).


Die deutsche Industrie nach dem 30. Juni:
Stabilität oder Balanceakt?
Irgendwie ähnelt die Situation der deutschen Industrie nach Talsohle und personellem Abbau einer von Grippe heimgesuchten Artistengruppe.
Die Anti-Grippe-Spritze in Form der Investitionszulage wurde verabreicht. Über ihre Wirkung gibt es unterschiedliche Meinungen. Und jetzt ist jeder gespannt, wie es nach dem 30. 6. weitergeht.
Eines ist jedoch nach wie vor gültig: Staatliche Hilfen sind gut (wenn sie wirken) – unternehmerischer Optimismus ist besser. Oder anders ausgedrückt: Es hängt wieder einmal von Ihnen ab, von Ihrem unternehmerischen Engagement, Ihrer Investitionsbereitschaft und der Wirtschaftlichkeit Ihres Unternehmens.
Hier kann COLT helfen. Denn COLT ist der Spezialist für industrielle Be- und Entlüftung, der die Produktivität Ihres Unternehmens durch bessere Umweltbedingungen steigern kann. Gerade jetzt während der heißen Sommermonate.
Fragen Sie COLT International nach seinen Erfahrungen mit unproduktivem Arbeitsklima. Und wie COLT dieses Problem in allen Branchen der Industrie gelöst hat. Oft mit dem zusätzlichen Nutzen des industriellen Brandschutzes. Und bei Neubau-Projekten in bewährter Zusammenarbeit mit Ihrem Ingenieur- oder Architektenbüro.
COLT International GmbH, 4190 Kleve, Briener Straße 186, Tel.-Nr. (02821) *801-1.
COLT
International



DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

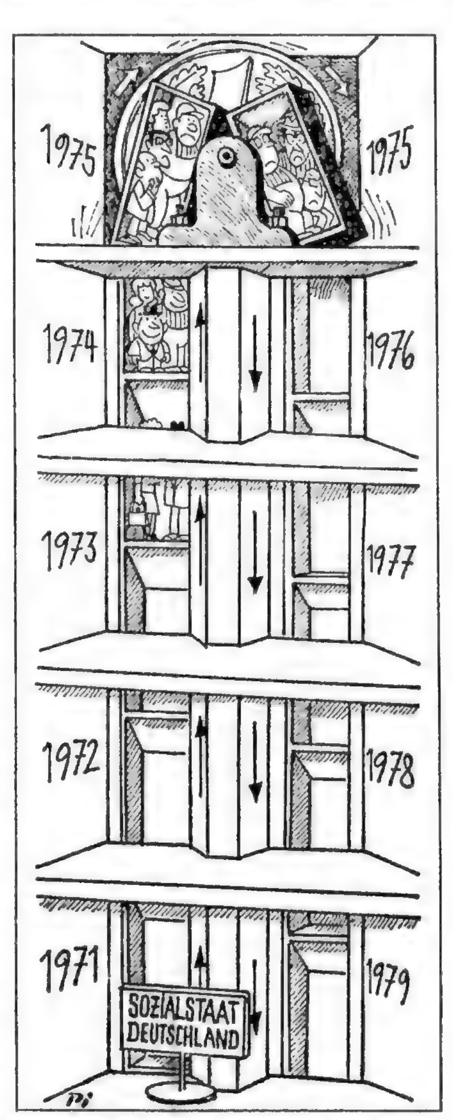
SPD-Geheimplan: Wer die Zeche zahlt

Wenn schon in der allgemeinen Finanznot auch am Sozial-Etat gespart werden muß, dann sollen nach dem Willen der Sozialdemokraten zuallererst CDU- und FDP-Sympathisanten zur Ader gelassen werden — vor allem Beamte und Bauern. Die eigene Klientel der Arbeitnehmer will die SPD mit Blick auf die Bundestagswahl schonen.

Ende August müssen die Sozialdemokraten Farbe bekennen. Denn dann, wenn das Kabinett zum ersten Mal über den Bundeshaushalt 1976 mit seinen Rekordschulden, — bisher geschätzt 33, mutmaßlich aber fast 40 Milliarden Mark — berät, wird herauskommen, wo und wieviel die SPD einzusparen bereit ist — auch in den sozialen Etats.

Das Dilemma: Einerseits muß die SPD ihrem Kanzler beistehen, wenn er versucht, die Staatsausgaben in Grenzen zu halten. Andererseits kann die stärkste Regierungspartei schwerlich darauf verzichten, sich ein Jahr vor der Bundestagswahl ihrer Arbeitnehmer-Klientel als Garant einer zunehmend kostspieligen sozialen Sicherheit zu empfehlen. Schon seit Wochen reist Sozialminister Walter Arendt durchs Land und verkündet zwischen Bremen und Bayern stereotyp, „soziale Demontage" werde nicht zugelassen.

Nicht minder penetrant versucht derweil die CDU, den Sozialdemokraten nachzuweisen, sie seien längst dabei, den Sozialstaat abzubauen. Unions-Chef Helmut Kohl auf dem Mannheimer Parteitag Ende Juni: „Soziale Demontage, SPD und Helmut Schmidt sind unlösbar miteinander verbunden", denn Inflation, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Nullwachstum seien das „Ergebnis sozialdemokratischer Politik". Zugleich postulierte CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf die auf SPD-Wähler zielende „Neue Soziale Frage". Die „wirklich Schwachen und Bedürftigen in unserer Gesellschaft", denen die Union helfen



Der Paternoster — Handelsblatt

wolle, seien Alte, Frauen, Kinder — nicht aber die Arbeitnehmer schlechthin.

Kanzlerhelfer, die von einem Kommunikationsforscher Biedenkopfs Sprache und Begriffe analysieren ließen, erfuhren, der „Neuen Sozialen Frage" des Generalsekretärs fehlten zwar inhaltliche „Neuansätze". Wahltaktische Raffinesse sei dem CDU-Manager jedoch nicht zu bestreiten: „Damit hat er erreicht, daß er die SPD, da sie in *alten* Klassenkampfkategorien denke, als reaktionär abqualifizieren kann, um selbst als moderner Politiker dastehen zu können."

Konflikte drohen den Sozialdemokraten aber auch mit dem Koalitionspartner FDP. Die Liberalen haben nämlich erkannt, daß sie in der Diskussion um Sozialpolitik bei leeren Staatskassen ihre Sympathisanten aus dem Unternehmerlager am besten durch Sparvorschläge bei Laune halten können.

Ihre Anregung, die Finanznot der gesetzlichen Krankenversicherung nicht durch höhere Beiträge auch der Arbeitgeber, sondern durch eine Selbstbeteiligung der Arbeitnehmer an den Krankheitskosten zu lösen, fand denn auch sofort den Beifall der Arbeitgeberverbände. SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner jedoch empörte sich sofort: „Soll wieder einmal der schwächste Teil der Bevölkerung die Zeche bezahlen?"

Um die Partei in der sich anbahnenden Auseinandersetzung über den sozialen Besitzstand der Westdeutschen nicht gänzlich ins Hintertreffen rut-



SPD-Geschäftsführer Börner
„Die werden sich noch wundern“

schen zu lassen, haben Wahlkampfplaner der SPD und Finanzfachleute aus sozialdemokratisch geführten Ministerien in der vergangenen Woche ein vier Schreibmaschinenseiten umfassendes Papier fertiggestellt, das den Genossen beim Kampf um die Gunst der Arbeitnehmer helfen soll. Bereits Anfang September soll die Expertise vom Parteipräsidium beschlossen und damit für die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder zum offiziellen Auftrag werden.

„Damit die Diskussion um den Sozialstaat nicht einseitig gegen die große Gruppe der Arbeitnehmer gerichtet bleibt“, fordern die Autoren, müßten „alle Elemente des Sozialstaates auf den Tisch, also nicht nur jene, die im herkömmlichen Sinne in den Bereich der Sozialpolitik fallen“. Ihre Empfehlung: Rechtzeitig vor der Wahl müsse die Partei den sozialen Status der Arbeitnehmer offensiv gegen Christdemokraten und Liberale verteidigen. Abgebaut werden sollten soziale Privilegien zuvörderst bei der traditionellen Anhängerschaft der anderen: vor allem bei Beamten und Bauern.

Dies sei, so die Verfasser, jene „Elite“, die der Masse der Arbeitnehmer „mißbräuchliches Verhalten“ beim Gebrauch sozialer Leistungen vorwerfe, selbst aber meist über alle Maßen und auf Kosten anderer Sicherheit genieße: „der Professor mit Pensionsberechtigung und totaler Arbeitsplatzsicherheit ... der leitende Beamte, der mit Beihilfen ausgestattet ist und dessen Gehaltssteigerungen von den Müllwerkern erkämpft werden“.

Weiter im Text: Bevor etwa über die Selbstbeteiligung der Arbeitnehmer an den Krankheitskosten geredet werde, müßten „Sozialleistungen bzw. Leistungen des Staates für andere große und kleine Gruppen, die viel fragwürdiger, weil sinnloser, unwirksamer, übertrieben oder mißbräuchlich genutzt“ seien, öffentlich diskutiert werden.

Deshalb möchten die SPD-Sozialstrategen vor jedem Abbau sozialer Besitzstände der Arbeitnehmer erst einmal die aufwendigen Sonderrechte der öffentlich Bediensteten kappen. Die Reihenfolge bestimmt eine von den Partei-Planern nach dem „Grad der Fragwürdigkeit“ geordnete Streichliste.

So soll den Staatsdienern künftig die Chance genommen werden, an Krankheiten zu verdienen. Durch die allen Beamten zustehende Beihilfe des Staates werden mindestens 50 Prozent der Krankheitskosten abgedeckt — unabhängig von den Leistungen der privaten Krankenversicherungen. Außerdem wollen die Verfasser des brisanten Papiers, das seit voriger Woche in Börners Panzerschrank ruht, die garantierte und für die öffentlichen Haushalte zu teure „Statussicherung und die Regelbeförderung der Beamten“ ebenso streichen wie die laufende Anpassung der Ministerialzulage höherer Beamter (355 bis 1081 Mark monatlich) an die jährlichen linearen Besoldungserhöhungen.

Auch liebgewonnene Geschenke wie Familienheimdarlehen zu Mini-Zinssätzen zwischen 0,5 und einem Prozent (Etatansatz des Bundes 1974: rund 200 Millionen) sollen künftig unterbleiben. Schließlich möchten die SPD-Rechner den Beamten in Zukunft wie allen anderen Lohnempfängern Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abverlangen.

Offenen Krach mit ihrem Koalitionspartner haben die Sozialdemokraten auch mit ihrer Forderung einkalkuliert, die Altershilfe für die von FDP-Landwirtschaftsminister Josef Ertl betreuten Bauern zu beseitigen. Diese Subvention der grünen Wähler wird zu rund 80 Prozent aus dem Bundeshaushalt finanziert. Anders als andere soziale Gruppen bringen die Landwirte nur etwa ein Fünftel ihrer Altersversorgung aus Eigenbeiträgen auf. Schließlich möchten die SPD-Sparer die staatliche Sparförderung kürzen, die jährlich mit 1,5 Milliarden aus dem Etat gespeist wird.

Immerhin ist den Sozialdemokraten unterdessen klargeworden, daß sie auch ihrer eigenen Gefolgschaft Opfer werden zumuten müssen. Während die Umschulungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz ebenso wie die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten bereits bei den Etatberatungen im August kräftig gekürzt werden sollen, verlangt die SPD mittelfristig auch eine Überprüfung des Schlechtwettergeldes für die Bauwirtschaft. Rund ein Fünftel ihres Etats muß die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit Jahr für Jahr abzweigen, um aus Beiträgen aller Versicherten einen einzigen Wirtschaftszweig und seine Beschäftigten zu unterstützen.

Gleichwohl ist Partei-Direktor Börner gewiß, daß die ärgsten Folgen des geplanten Sparfeldzuges vor allem jene zu spüren bekommen werden, die ohnehin kaum SPD wählen: „Da haben Leute an einer Glocke gezogen, die sich noch wundern werden, wenn sie ihnen selbst auf den Kopf fällt. Privilegien kassieren bei uns nämlich vor allem die Kunden der CDU und der FDP.“



CDU-Manager Biedenkopf: Gute Worte für die Schwachen und Bedürftigen

KONJUNKTUR

Massiver Verlust

Obwohl Kanzler Schmidt über weitere Konjunkturhilfen frühestens im Spätsommer entscheiden will, sind sich die Staatsökonomen längst einig: Zumindest für die Bauwirtschaft macht Bonn Milliarden locker.

Einig wie ein Volk von Brüdern beschworen sie die Bonner Regenmacher: Die Jungsozialisten forderten von ihrem Kanzler, die lahmende Konjunktur unverzüglich mit Staatsgeldern auf Trab zu bringen. CDU-Vorständler Hans Katzer animierte den Finanzminister zum Schuldenmachen, um mit dem Pump-Geld schnell „gezielt öffentliche Investitionsprogramme" in Schwung zu bringen. IG-Metall-Chef Eugen Loderer schließlich drängelte seine Bonner Freunde: „Abwarten ist zur Zeit das Schlechteste, was man tun kann."

Während immer miesere Konjunkturnachrichten Jusos und Gewerkschafter in ihrer Forderung nach Staats-Milliarden für die Wirtschaft einten, während jetzt auch die bisher stets zuversichtlichen Bundesbanker Pessimismus verbreiteten, mußten sich Bonns Ökonomen bislang an eine strikte Order des Kanzlers halten: Über Konjunkturhilfen, hatte Helmut Schmidt Ende Juni bestimmt, solle frühestens Ende August gesprochen werden; bis dahin könne warten nicht schaden.

Doch immer deutlicher zeigt sich: Des Kanzlers Entscheidung, mit der er sein Kabinett in den Urlaub entließ, beruhte auf falschen Voraussetzungen.

Noch bis vor wenigen Wochen rechneten Konjunkturexperten — und mit ihnen Helmut Schmidt — mit einem parallel verlaufenden wirtschaftlichen Aufschwung bei Bonns wichtigen Handelspartnern. Amerikaner und Franzosen, Japaner und Belgier würden, so die Prognosen, im Herbst derart große Mengen deutscher Ware ordern, daß der deutsche Aufschwung eher zu stark als zu schwach ausfallen könnte. Heimische Konjunkturankurbelung hätte dann nur einen neuen Super-Boom mit neuer Inflation provoziert. Ende Juni sah der Kanzler für den Herbst sogar „schon die Gefahr konjunktureller Übersteigerungen" heraufziehen.

Doch in den Vereinigten Staaten verbessert sich das Konjunkturklima weit langsamer als erwartet, und nach wie vor ist bei Bonns EG-Partnern, mit denen die Bundesrepublik knapp die Hälfte ihres Außenhandels abwickelt, von Aufschwung nichts zu spüren.

In ihrer „Jahresprognose 1975", die sie in dieser Woche vorlegen, rechnen die Forscher des „Instituts der deutschen Wirtschaft" die trüben Exportaussichten hoch: Für über 30 Milliarden Mark weniger Güter und Dienstleistungen als 1974 wird Deutschlands Industrie in diesem Jahr auf den Exportmärkten absetzen, was einer Einbuße von 3,5 Prozent am Bruttosozialprodukt gegenüber dem Vorjahr gleichkommt. Institutsforscher Otto Vogel: „Mit einem solch massiven Verlust hat wohl kaum jemand gerechnet."

Und jüngste Daten von den heimischen Märkten nähren bei Konjunkturforschern wie Bonner Ministerial-Ökonomen die Furcht vor weiterer Talfahrt. Immer noch horten die verunsicherten Deutschen lieber ihr Geld, als es für Eigentumswohnungen, Autos oder Möbel auszugeben. Im ersten Halbjahr 1975 stiegen zwar die Masseneinkommen real um 6,7 Prozent, der Verbrauch nahm aber nur um ein Prozent zu. Und immer noch scheuen sich die Unternehmer, trotz der sinkenden Zinsen Schulden für neue Maschinen und Werkhallen zu machen. Arthur Krumper, Abteilungsleiter beim Münchner Ifo-Institut: „Eine Wende in der Nachfrage ist nicht zu erkennen."



Bundesadler — kurz vor dem Aufschwung

Besonders trübe sieht es für die dahinkümmernde Bauwirtschaft aus. Irreparable Schäden drohen inzwischen den Häuser-Bauern — einer Branche, die gemessen an der Zahl der gebauten Wohnungen während der letzten beiden Jahre auf die Hälfte schrumpfte und von Ende 1972 bis Ende vorigen Jahres 250 000 Beschäftigte freisetzte. Niemand am Bau macht mehr Überstunden, die Kapazität der übriggebliebenen Firmen ist nur noch zu 55 Prozent ausgelastet.

Bleibt die Nachfrage schwach, so rechnete Albert Victor, Chef der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat, vor, dann sinken in diesem Jahr die Bauinvestitionen abermals um 15 Prozent. Im Herbst gäbe es 400 000 arbeitslose Bauarbeiter, 300 000 mehr als heute, im Winter wären es gar 600 000 bis 650 000. Helmut Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, befürchtet schon: „Wenn nicht bald etwas geschieht, gehen noch viele tausend Unternehmen über die Wupper" (siehe Interview Seite 20).

Obwohl sie nach außen brav des Kanzlers Weisung befolgen und immer wieder betonen, daß noch keineswegs feststehe, wann ein neues Konjunkturprogramm aufgelegt wird, sind sich die Bonner Konjunkturplaner inzwischen einig, daß es im Herbst Milliarden zumindest für den Bau geben wird. Das Rezept: Alte Häuser sollen modernisiert, Sozialwohnungen sollen neu gebaut werden.

Die Zeit drängt. Ex-Wohnungsbauminister Lauritz Lauritzen, jetzt Bonn-Lobbyist der Neuen Heimat: „Im August muß was passieren, sonst kommt es zu spät." Selbst bei einem Schnellprogramm, so wissen die Bauexperten, dauert es mindestens ein halbes Jahr, bis die Aufträge vergeben sind.

Vielleicht ist es für Bonn schon jetzt zu spät, um über das Wahljahr 1976 ohne weiter anschwellende Arbeitslosenzahlen hinwegzukommen: Bei einer durchschnittlichen Auslastung ihrer Maschinen und Fabriken von gegenwärtig rund 75 Prozent und bei einem in der Geschichte der Republik einmaligen Exporteinbruch werden Deutschlands Manager, dies scheint gewiß, fürs

„Jetzt geht es um die Existenz“

SPIEGEL-Interview mit dem Sparkassen- und Giroverbandspräsidenten Helmut Geiger

SPIEGEL: Herr Geiger, Konjunktur-Experten fürchten, daß allein die Bauwirtschaft im nächsten Winter noch einmal eine Viertelmillion Arbeitnehmer entlassen muß. Teilen Sie diesen Pessimismus?

GEIGER: Die Perspektive der Bauwirtschaft ist traurig. Wenn nicht bald etwas geschieht, dann gehen noch viele tausend Unternehmen über die Wupper.

SPIEGEL: Muß sich die Branche nicht weiter gesundschrumpfen?

GEIGER: Die Überkapazitäten sind längst abgebaut. Die sogenannten spekulativen Bauträger sind aus dem Markt. Wer dem Namen nach noch existiert, hat sein Vermögen an Banken abgetreten. Jetzt aber kommen gesunde Unternehmen auch der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft mit in den Strudel. Dasselbe gilt für die Bauunternehmen und das Ausbaugewerbe: Wenn die Anschlußaufträge ausbleiben, dann sind im Winter die gesunden mittleren Unternehmen dran. Die Baulöwen sind längst kaputt. Jetzt geht es um die Existenz einer volkswirtschaftlich wichtigen Branche.

SPIEGEL: Gleichwohl zögert die Bundesregierung noch mit Hilfen.

GEIGER: Die Regierung läuft Gefahr, denselben Fehler wie 1967 zu machen, als zu spät ein Programm beschlossen wurde, das dann wegen der langen Anlaufzeiten erst 1969 genau zum falschen Zeitpunkt, nämlich mitten in der Hochkonjunktur, wirksam wurde. Deshalb müßte ein Hilfsprogramm *jetzt* beschlossen werden und spätestens im Winter anlaufen.

SPIEGEL: Wie stellen Sie sich ein solches Programm vor?

GEIGER: Das muß in drei Bereichen wirken: Instandsetzung und Modernisierung von Altbauten, damit die mittelständischen Handwerksbetriebe des Ausbaugewerbes über den Winter kommen. Ferner sollte die private Baunachfrage angeregt werden, und der dritte Bereich wäre Stützung der kommunalen Investitionen.

SPIEGEL: Wie wollen Sie die Hauseigentümer dazu bringen, mal eben rasch ihre Fassaden streichen oder ein neues Bad einbauen zu lassen?

GEIGER: Da bietet sich ein, wie ich es nenne, „Windhund-Verfahren“ an. Jedermann etwa, der zwischen dem 1. Oktober dieses Jahres und dem 30. Mai nächsten Jahres modernisiert und instand setzt, bekommt einen einmaligen Zuschuß von 10 oder 15 Prozent der Reparatursumme, maximal etwa 10 000 Mark. Dafür könnte man etwa zwei Milliarden bereitstellen, wenn die aufgebraucht sind, ist Schluß und aus. Was meinen Sie, wie dann die Leute laufen.

SPIEGEL: Und die private und öffentliche Baunachfrage?



Regierungskritiker Geiger
„Die Baulöwen sind längst kaputt“

GEIGER: Der private Bauherr sollte mit Variationen des Paragraphen 7 b des Einkommensteuergesetzes geködert werden. Statt wie bisher acht Jahre lang je fünf Prozent der Bausumme abschreiben zu können, wäre Wahlfreiheit denkbar: etwa im ersten Jahr 20 Prozent und dann noch vier Jahre fünf Prozent. Das erhöht die Gesamtbelastung des Fiskus durch Steuerminderung nicht, entlastet aber den Bauherrn bei der Anfangs-Finanzierung. Und was die öffentlichen Aufträge angeht: Der Bund muß sich eben zusätzlich verschulden und den Kommunen gebundene Mittel für Investitionen im Hoch- und Tiefbau zur Verfügung stellen.

SPIEGEL: Die Frage ist natürlich, ob solche Kommunal-Investitionen allein schon wegen der hohen Folgekosten — etwa für den Unterhalt der neuen Schwimmbäder — sehr sinnvoll sind. Aber was soll das Ganze denn kosten?

GEIGER: Bei allen diesen Maßnahmen kommt es auf einen möglichst hohen Multiplikator-Effekt an. Mit vier bis fünf Milliarden Mark öffentlicher Mittel könnten schon — sagen wir — für 15 Milliarden Mark Aufträge bewegt werden.

SPIEGEL: Fünf Milliarden Mark sind arg viel, wenn man sie nicht hat. Und Finanzminister Apel hat sie nicht.

GEIGER: Das darf man nicht nach Buchhalter-Gesichtspunkten beurteilen, sondern muß es volkswirtschaftlich sehen. Faktum ist, daß die Bundesanstalt für Arbeit im ersten Halbjahr sieben Milliarden Mark für nichts bezahlt hat und bis zum Jahresende noch einmal sieben Milliarden bezahlen wird. Diese 14 Milliarden Mark kommen nie mehr zurück und bringen auch keine Steuern. Statt das Geld nach Nürnberg zu tragen, sollten der Kanzler und sein Finanzminister lieber rechtzeitig — und es ist schon fast zu spät — mit öffentlichen Mitteln die Privatinitiative wecken. Das kommt letztlich billiger.

SPIEGEL: Warum helfen Sie nicht und machen die Hypotheken kräftig billiger?

GEIGER: Die langfristigen Kredite können nicht mehr sehr viel billiger werden, dafür ist die Inflationsrate zu hoch und das Zinsgefälle zum Ausland schon zu groß. Hier stoßen wir an Grenzen, die eine forcierte Zinssenkungspolitik unmöglich machen. Deshalb muß der Staat durch zusätzliche Verschuldung die Strukturen gezielt verbessern ...

SPIEGEL: ... und wieder einmal zu teure Sozialwohnungen oder die Eigenheime von Leuten fördern, die ohnehin gebaut hätten?

GEIGER: Wenn es schnell gehen soll, wenn der Einsatz öffentlicher Mittel noch in diesem Jahr konjunkturpolitisch sinnvoll sein soll, dann muß man auf den letzten Grad sozialer Gerechtigkeit verzichten. Das läßt sich bei solchen Windhund-Verfahren leider nicht anders machen.

erste kaum das Risiko teurer Neuinvestitionen laufen.

Düster beschreibt Rudolf Henschel, Konjunkturexperte des DGB, die Zukunft: „Die Unkenrufe, daß wir im Winter in der Spitze 1,5 Millionen Arbeitslose haben, sind sehr optimistisch."

VERFASSUNGSSCHUTZ

Mit ai oder ei

Kaum einer kennt ihn, aber alle sind zufrieden: Nollau-Nachfolger Richard Meier, ein Abwehr-Routinier aus der Geheimdienst-Szene, soll für mehr Wirkung und weniger Wirbel im Bundesamt für Verfassungsschutz sorgen.

Er soll nicht buckeln und auch nicht funkeln. Auf dem Chefposten im Bundesamt für Verfassungsschutz, so verriet einst Amtspräsident Hubert Schrübbers, sei „ein Bürokrat ebenso fehl am Platze wie ein Abenteurer".

Nach solchem Mann der Mitte, unauffällig wie wirkungsvoll, suchten alle bisherigen Bonner Regierungen — vergebens. Belastet durch Affären und Eklats mußte bislang noch jeder Präside des Kölner Bundesamts (BfV) vorzeitig demissionieren:

▷ Otto John, der mit seinem Abgang in die DDR für Skandal sorgte und mit seiner späteren Wiederkehr fast noch mehr;

▷ John-Nachfolger Schrübbers wegen NS-Belastung und nun

▷ Günther Nollau, von Gegnern und Gönnern geziehen, er sei mit der SPD-Spitze zu stark und gegen den Kanzlerspion Guillaume zu schwächlich engagiert gewesen.

Der vierte Mann nun endlich soll es richten: Dr. Richard Meier, 47, der als einer der angesehensten deutschen Abwehrspezialisten gilt und nach dreizehnjähriger Karriere im Kölner Bundesamt zuletzt fünf Jahre lang beim Pullacher Bundesnachrichtendienst (BND) das Schlüsselressort Nachrichtenbeschaffung leitete. Am 15. September, so beschloß die Bundesregierung Mittwoch letzter Woche, wird Meier Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz.

Das Vertrauen zum Mann aus Pullach ist fast einhellig. Bundesinnenminister Werner Maihofer hatte kaum Mühe, seinen Favoriten, der keiner Partei angehört und laut Selbsteinschätzung „parteipolitisch nicht reklamierbar" ist, auf die Spitzenposition zu hieven, die nach Bonner Proporz eigentlich einem Sozialdemokraten gebührte. Im SPD-Präsidium wurde der Neue als „Idealbesetzung" akzeptiert.

Selbst die Versuche der Unionschristen, den parteilosen Nollau-Nachfolger wenigstens als „ganz eindeutigen Parteigänger der Bonner Koalition" („FAZ") zu stempeln, klangen mehr nach Pflichtübung: Von 1959 bis 1965 hatte der noch heute von Kennern als aufgeklärter Konservativer eingestufte Meier in der Jungen Union gewirkt.

Der ungewohnte Bonner Akkord gilt einem Mann, dem Mitarbeiter analytische Schärfe wie intellektuelles Gespür für Positionen der Gegenseite bescheinigten. Er soll all das abspecken, was das BfV und seine gut anderthalbtausend Bediensteten unter den Vorgängern belastete: Frustration durch Parteiengerangel an der Spitze, Kommunikationsprobleme mit Landesämtern und Innenministerien der verschiedensten Couleur und, als Folge, nicht zuletzt mangelnde Effizienz bei der Terrorbekämpfung.

Die Entscheidung für Meier wurde den Bonnern durch die Gewißheit erleichtert, daß der Neue unbelastet von Dubiosem beginnen kann. Daß ein aus dem SPIEGEL geschnittenes Meier-Konterfei auf dem Nachttisch der ermordeten Braunschweiger Verlegerin Helga Eckensberger gefunden wurde, lenkte zwar mißtrauisches Interesse auf Meier. Seine Integrität aber blieb dabei außer Zweifel.

Zu jung, um noch braun gewesen zu sein, blieb der Abwehrmann selbst von solchen Affären unberührt, in die Dienststellen seiner unmittelbaren Nähe verstrickt waren. Als etwa Günter Guillaume im Kölner Bundesamt geprüft wurde, aber ohne Befund blieb, war Meiers Abteilung IV (Spionageabwehr) übergangen worden. Und für die skandalträchtige BND-Bespitzelung von Deutschen war zwar die Meier-Abteilung Beschaffung zuständig, nicht aber Meier selbst, sondern sein Vorgänger Kurt Weiß alias Winterstein.

Daß Richard Meier den Dienst überdies nicht nur aus den negativen Schlagzeilen herausziehen könnte, sondern aus der Publizität schlechthin, hoffen Bonns Regierende nicht von ungefähr. Zwar sollen die Verfassungsschutzämter — nach einer Devise des früheren Kölner Vizepräsidenten Dr. Ernst Brückner „in erster Linie ‚Sicherheitsdienste' und nicht ‚geheime Nachrichtendienste'" — offener agieren als etwa der BND. Indessen gab es unter Nollau mehr Wirbel ums Amt als gut tat.

Das Behörden-Image à la Meier dürfte Wandel bedeuten. Denn so unprominent, wie der neue Amtschef sich hielt, blieb bislang noch kein Nachrichtendienstler in vergleichbarer Position.



BfV-Chef Nollau, Nachfolger Meier*: „Das große Schweigen"

Im Hamburger „Sonntagsblatt" wurde schon vor fast zehn Jahren der Wunsch laut, BfV-Manager wie Meier möchten des öfteren als Auskunftspersonen „aus dem Schatten ihres Amtes heraustreten" — vergebens. Er lebe „zurückgezogen wie Reinhard Gehlen", staunte noch jüngst die „Welt". Und die „Zeit" prophezeit nach Nollau „nun das große Schweigen".

Die Unauffälligkeit, auf die Meier stets gehalten hat, streift bisweilen das Anekdotische: Beim Porst-Prozeß vor dem Bundesgerichtshof etwa sagte der Dienst-Mann 1969 als Sachverständiger aus — inkognito nach damaliger Art seines Hauses. Als gleichwohl ein Richter ihn beim Namen nannte und auch noch wissen wollte, ob „mit ei oder ai", wand sich der versehentlich

* Beim SPIEGEL-Gespräch 1966.

Enttarnte flink heraus. Meier zum Gericht: „Ganz wie Sie wünschen."

„Wunderwaffe Maier" buchstabierte denn auch jüngst noch die „Frankfurter Rundschau". Er „liebt es, seine Person mit Geheimnissen zu umgeben", grantelte der „Bayernkurier". Und Porträtphotos, mit denen die Zeitungen in der letzten Woche ihre Meier-Geschichten illustrierten, sind älteren Datums; sie entstammen meist dem SPIEGEL, Jahrgänge 1969/70.

Meier, am 6. Januar 1928 in München geboren, hat in seiner Geburtsstadt Rechtswissenschaft studiert und mit einer Arbeit über die „Rechtsverhältnisse des Deutschen Bundes" promoviert. Von 1954 an war er Assessor bei der Staatsanwaltschaft Wuppertal, 1957 dann im Bundesamt für Verfassungsschutz.

Dort, von Beginn an in der Abteilung IV, startete er als Referent des legendären Abwehrchefs („Onkel") Richard Gerken. Als Gerken nach der Telephonaffäre weichen mußte, 1964, löste ihn der erst 36jährige Meier als Abteilungsleiter ab. In Meiers Amtszeit fielen Abwehrerfolge wie die gegen die Gruppe Porst oder gegen die DDR-Residentin Liane Lindner, deren Ring bis ins Vorzimmer des Wissenschaftsministers Hans Leussink reichte.

Obwohl der Verfassungsschützer mit dem wohl spektakulärsten Geschäftsbereich, wurde er einer kleinen Öffentlichkeit nur beiläufig bekannt. Beispielsweise merkten Szenenkenner auf, als in der Nachfolge der Telephonaffäre eine Riege Kölner Nachwuchsbeamten vor Gericht auftrat, darunter Meier und der jetzige Chef des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz, Hans Josef Horchem.

Ganz ohne derben Habitus und zakkigen Ton, wie damals von Geheimdienstlern alter Schule gern noch praktiziert, verblüfften die Kölner Führungseleven durch leise Sprache und smarte Kompetenz. Da verwunderte sich die „FAZ" über „die namentlich ungenannten Zeugen Nummer sieben, acht, neun und zehn . . . deren gleichermaßen blaue Anzüge den Senatspräsidenten zu lauten Meditationen über die Berufskleidung des Verfassungsschutzes verführten".

Auffällig somit nur in Stilfragen, war der Fachmann in Dunkelblau selbst bei einschlägig befaßten Bonner Politikern nicht weiter bekannt. Auf Meier mußte Kanzleramtschef Horst Ehmke erst von Vertrauten verwiesen werden, als es galt, mit einem ersten Revirement den Bundesnachrichtendienst auf den Beginn der sozialliberalen Ära einzustimmen.

Meier wurde als Kandidat für die Pullacher 2000-Mann-Abteilung „Nachrichtenbeschaffung" empfohlen. Dort war organisatorische Straffung und offensivere Nutzung des Apparats geboten, denn Insider von außerhalb der Pullacher Mauern monierten kapitale Unzulänglichkeiten — etwa fehlplazierte Residenturen (zu viele im befreundeten und neutralen Ausland, zu wenige in der DDR), planlose Gewinnung oder unsachliche Bewertung von Nachrichten.



Gescheiterter Kandidat Schreiber: Zu swinging für das Amt

Und da es sich traf, daß gleichzeitig die Hauspolitik des damaligen Kölner Vizepräsidenten Günther Nollau zunehmend auf Unmut der jungen BfV-Aufsteiger stieß, genügte im März 1970 ein kurzes Gespräch Ehmke—Meier. Dann war der Wechsel des Kölners nach Pullach perfekt.

Bei der Rückkehr nach Köln kamen dem Abwehrmann wiederum seine Amtsgewohnheiten zugute — diesmal im konkurrierenden Vergleich mit zwei SPD-Favoriten.

Gescheiterter Kandidat Horchem
Zu früh herumgereicht

Der eine, Münchens Polizeipräsident Manfred Schreiber, den Justizminister Hans-Jochen Vogel aufs Kandidatenkarussell gesetzt hatte, war nicht nur durch einige aufsehenerregende Mißerfolge seiner Dienststellen belastet. Bonner Sozialdemokraten empfanden vielmehr auch Schreibers Publicity und Schickeria-Kontakte als dem Kölner Amt nicht angemessen — Verdikt aus der kleinen Hauptstadt: „zu swinging".

Als Alternative zwei galt lange Zeit der Hamburger Hans Josef Horchem, Weggefährte Meiers in den sechziger Jahren und wie Meier zu Zeiten der Nollauschen Vizepräsidentschaft aus Köln retiriert. Gegen den zur Parteirechten gezählten Horchem regten sich SPD-interne Widerstände, und als der Hamburger Verfassungsschutzleiter von Zeitungen schon vor Halbjahresfrist als Nollau-Nachfolger herumgereicht wurde, glaubten Bonner Beobachter an eigenes Zutun und sahen ab, daß dies die Entscheidung gegen Horchem beschleunigen würde.

Meier, der 1965 vor allem deshalb die CDU verlassen hatte, weil er als frisch ernannter Abteilungsleiter nicht zum Exponenten parteipolitischen Gekungels werden wollte, stört nun auf dem Chefsessel zu Köln ein jahrelang unangetastetes Ensemble: Seit Innenminister Genscher gelten unter den drei Bonner Parteien die Positionen von Präsident und Vizepräsident des Bundesamts sowie deren Gegenstelle im Innenministerium, die Abteilung Öffentliche Sicherheit (ÖS), als Proporzpaket.

Als etwa Nollau im September 1970 vom Kölner Vize-Posten an die Bonner ÖS-Spitze rückte, ersetzte ihn automa-

tisch der FDP-Mann Werner Smoydzin. Als Nollau Präsident wurde, im Mai 1972, fiel der Vizeposten an Hans Bardenhewer, einen CDU-Platzhalter; Nollau-Nachfolger im Innenministerium: wiederum Smoydzin.

Und die Männer auf den Verschiebeplätzen konnten ihren Parteien auch durchaus nützlich sein. So hielt Nollau in der Aufräumungsphase nach dem Guillaume-Eklat seinem SPD-Kanzler Brandt die Stange und sei es auf Kosten des direkten (FDP-)Dienstherrn Genscher. Bardenhewer wiederum machte sich erst kürzlich wieder unentbehrlich, als er seinen vom „Stern" gebeutelten Chefs Kohl und Biedenkopf beisprang; der „Stern", so machte Bardenhewer glauben, sei von britischen Nachrichtendienstlern der KGB-Mittäterschaft überführt.

Schon kursieren Bonner Spekulationen, Ratio der Meier-Berufung sei in Wirklichkeit, solchen nebenberuflichen Kraftakten von Spitzenproporzlern ein Ende zu setzen. CDU-Befürchtungen, nach dem Abgang Nollaus könne mithin demnächst auch Bardenhewer kaltgestellt werden, hätten immerhin die Logik auf ihrer Seite: Denn ein Parteiunabhängiger als BfV-Chef erübrigte den Proporzanspruch der FDP auf die Ministeriumsstelle — und den der CDU auf Bardenhewers Aufpasserrolle sowieso.

Einstweilen aber verbreiten die Genossen in Bonn Zufriedenheit mit dem Außenseiter auf ihrer Planstelle. Nach einer Meier-Visite im Palais Schaumburg meldete kürzlich Staatssekretärin Marie Schlei: „Der Kanzler war sehr beeindruckt."

SPIONAGE

Empfangskopf 37

Günter und Christel Guillaume, Meisterspione aus der DDR, haben mehr gestanden als bislang bekannt. Zudem belasten sie Indizien: präparierte Filmkassetten und dechiffrierte Funksprüche.

Banalitäten — in Zahlen verschlüsselt — kamen durch den Äther: „Glückwünsche zum Geburtstag" ebenso wie „Frohe Weihnachten". Drei Jahre lang, von 1956 bis 1959, funkte der Staatssicherheitsdienst der DDR rund 90 Botschaften, an bestimmten Tagen und zu bestimmten Zeiten, im Kurzwellen-A-3-Verkehr an den im Westen postierten „Empfangskopf 37", Deckname „Georg".

Die Funksprüche konnte das Bundesamt für Verfassungsschutz 1960 entschlüsseln, den Empfänger aber erst 14 Jahre später ausmachen: Die privaten Wellen-Wünsche zu Familienfeiern wie zur Geburt des Sohnes Pierre („Glückwunsch zum zweiten Mann")

waren an Günter Guillaume, 48, und Ehefrau Christel, 47, gerichtet.

Guillaume, jahrelang Ost-Berlins bestplazierter Spion in der Bundesrepublik, hatte eine „natürliche Begabung“ als Agent, verfügte über ein „überdurchschnittliches politisches und fachliches Wissen“ und genoß eine „außerordentlich qualifizierte nachrichtendienstliche Ausbildung“ — so jedenfalls charakterisierte Zeuge Hans Watschounek vom Bundesamt für Verfassungsschutz letzte Woche den ehemaligen Kanzlerreferenten.

Die ersten zehn Verhandlungstage vor dem 4. Strafsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichtes machten deutlich, daß die Ermittler eine Vielzahl von Indizien zusammengetragen haben, die den Verdacht zu bestätigen scheinen, daß die Guillaumes das aktivste Spionage-Paar waren, das je in der Bundesrepublik auf DDR-Ausguck stand.

In dem abhörsicheren Verhandlungskeller, wo — entgegen früherer Ankündigung — bislang jedes Detail öffentlich erörtert wurde, zeigte sich zudem, daß beide Angeklagten in den Verhören mehr geredet und gestanden haben, als bislang bekannt war, und offenbar auch mehr, als ihnen nun genehm ist.

Im Prozeß jedenfalls schweigen die Guillaumes zu allen Einzelheiten. Einmal nur — als Zeuge Nikolaus Federau von der Sicherungsgruppe Bonn die Atmosphäre der Vernehmungen als „angenehm, freundlich, korrekt, fast wie unter Kollegen“ schilderte — meldete sich der DDR-Offizier zu Wort: „Da“, protestierte er gegen die Federau-Version, „liegen doch Welten zwischen.“

Sonst aber scheint der Mann, der Willy Brandt zu Fall brachte, seine Rolle zu genießen: Den Verlauf der Verhandlung kommentiert er, wie im Stummfilm, mit spöttischem Lächeln, gelangweiltem Gähnen oder anerkennendem Nicken. Doch immer dann, wenn die Vernehmungsbeamten der Sicherungsgruppe Bonn als Zeugen auftreten, gefriert sein Grinsen zur Grimasse.

Denn so schweigsam er im Prozeß ist, so aufschlußreich war für die Fahnder, was Guillaume in den Verhören von sich gab. Von Profi zu Profi hatte er den Männern aus Bonn etwa Nachhilfe im Geheimdienst-Jargon des Ostens erteilt: Nach seinem „Decknamen“ gefragt, belehrte er sie, in der DDR heiße das „Kennzeichnung“. Seine Vorgesetzten nannte er „Kameraden in Ost-Berlin“.

Auftrag und Aufstieg des vermeintlichen Biedermanns lesen sich in den Vernehmungsprotokollen so: Eingeschleust worden war Guillaume 1956; er sollte „Integration und Aufklärung der SPD“ betreiben und Kurierdienste seiner — angeblich erst 1957 eingeweihten — Ehefrau überlassen. Christel Guillaume gestand, von 1958 bis 1969 pro Jahr zu etwa sechs konspirativen Treffen gegangen zu sein. Sie habe nach Weisung ihres Mannes immer „ganz bestimmte Kleidungsstücke“ angezogen und die Ost-Kuriere mal an einer mitgeführten „Bild“-Zeitung, mal an einem SPIEGEL-Exemplar erkannt.

Treffpunkte in Frankfurt waren Cafés wie „Kranzler“ oder „Am Opernplatz“. Später in Bonn übergab sie geheimes Material am Haupteingang der Universität, vor Kinos in der Innenstadt oder auch in Gaststätten wie „Drei Musketiere“ oder „Bärenschänke“. Die Kontaktleute beschrieb sie den Beamten der Sicherungsgruppe als „lustige“ oder auch „hausbackene“ Typen mit den Namen Fritz, Grete, Heinz, Karl und Kurt.

Der SPD beigetreten war das Paar nach der verlorenen Bundestagswahl



DDR-Spionin Christel Guillaume
„Glückwunsch zum zweiten Mann“

1957 (Guillaume: „geeigneter Zeitpunkt“) in Frankfurt. Guillaume besuchte „sofort alle Veranstaltungen“ und profilierte sich unter den weitgehend linken Frankfurter Genossen „rechts“: „Einen besseren Schutz gab es nicht.“

Derweil avancierte seine Frau als Sekretärin zur rechten Hand des damaligen Wiesbadener Staatskanzlei-Chefs Willi Birkelbach. Während Christel Guillaume im Vorzimmer saß, liefen acht Geheimdokumente über Birkelbachs Schreibtisch — darunter Nato-Erfahrungsberichte über die Manöver „Fallex 64“ und „Fallex 66“.

Mit keiner Regung allerdings gab Christel Guillaume zu erkennen, ob sie diese Geheim-Unterlagen an die DDR verraten hat. Daß Ost-Berlin indes an derlei Material Interesse hatte, lasen die Fahnder aus den entschlüsselten Äther-Anweisungen heraus.

So funkte die DDR Ende 1957: „Alles sofort, was Nato-Tagung betrifft“.



DDR-Spion Guillaume, Chef: „Alles sofort, was Nato-Tagung betrifft“

oder auch: „Beachte Saar- und Amnestie-Frage“. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) verlangte Auskunft über den John-Prozeß, den Ollenhauer-Plan und Reaktionen auf den Ungarn-Aufstand oder fragte, wer „in der ersten Mannschaft“ (Klartext: SPD-Präsidium) „gegen Erler gestimmt“ habe: „Bitte Namen.“

Zwar konnte die Sicherungsgruppe Bonn bei dem ehemaligen Kanzlervertrauten keinerlei herkömmliche Spionage-Utensilien wie Funkgeräte und Kode-Schlüssel entdecken. Immerhin aber hatten die Abwehrexperten in Guillaumes Brieftasche einen zerrissenen Zettel sichergestellt, auf dem Zahlen festgehalten waren, die auf den ersten Blick als Addition von Rechnungsbeträgen erschienen:

55,90
35,–
17,–
23,–
19,–
149,00

Die Fahnder entschlüsselten das Ziffernwerk. Dahinter verbarg sich, so die Bonner Zeugen vor Gericht, eine Telephon-Anlaufstelle des Staatssicherheitsdienstes in Ost-Berlin: 559 35 17 war ein Direktanschluß des Ministeriums für Staatssicherheit, Hauptverwaltung Aufklärung; die Nebenstelle 23 19 bedeutete Abteilung II, Referat D, zuständig für die Ausspionierung der SPD. 19 war die Kennziffer des Agenten Guillaume.

Ein weiteres belastendes Indiz für Spionagetätigkeit sehen die Abwehr-Fachleute in Guillaumes kostspieliger Photo- und Film-Ausrüstung sowie in mehreren präparierten Film-Kassetten: Mit ihnen konnte der gelernte Photograph Dokumente gleich serienweise ablichten — pro Meter Spezialfilm 236 Aufnahmen.

Die Film-Kassetten, die einen in der Bundesrepublik handelsüblichen Farbfilm für Super-8-Kameras zu enthalten schienen, verbargen in Wahrheit, so die Zeugenaussage des BND-Photofachmanns Johannes Russler, „einen für Dokumentenaufnahmen geeigneten empfindlichen Schwarzweißfilm“. Zur Sicherung waren vor die Spionage-Streifen jeweils mehrere Zentimeter des Original-Farbfilms geklebt: Bei normaler Entwicklung wäre das Filmmaterial vernichtet worden.

Was Guillaume allerdings tatsächlich abgelichtet hat oder haben könnte, ist im Prozeß bislang nicht zur Sprache gekommen. Russler jedoch rechnete dem Gericht vor, daß die in zwei Kassetten fehlenden Meter des Spionagematerials hingereicht hätten, um 900 Dokumenten-Bilder aufzunehmen.

Und bei ihren Ermittlungen in der Geheim-Registratur des Bundeskanzleramtes waren die Fahnder immerhin auf eine Reihe vertraulicher Dokumente mit der Paraphe „G“ gestoßen. Zudem hatten sie in Guillaumes Arbeitszimmer rund 900 Blätter mit geheimem Material des Bundesamtes für Verfassungsschutz gefunden, die dem Osten, sofern er sie erhalten hat, Aufschluß über die Arbeitsweise des Kölner Nachrichtenamtes geben.

Wie hoch die DDR den Wert ihres Vorpostens selbst einschätzte, umriß der Abteilungsleiter der Spionageabwehr beim Verfassungsschutz, Albert Rausch: Aus Offizierskreisen der DDR-Spionage wisse man, daß die Enttarnung des „Meisterspions“ als „empfindlicher Verlust“ beklagt worden sei und daß Guillaume von seiner Position aus auch „andere Agenten gut plazieren konnte“.

Als sachverständiger Zeuge sprach Rausch aus, was bislang stets nur ver-

mutet worden war und was womöglich auch die gute Laune des Spionage-Paars erklärt: Die DDR werde, so Rausch, „alles versuchen“, um die Guillaumes auszutauschen, um in Ost-Berlin „noch nachrichtendienstlichen Nutzen“ aus ihrem Spitzen-Spitzel zu ziehen.

BAADER/MEINHOF

Ladung Erbsen

Ein Professorensohn soll die Bomben für Baader/Meinhof gebastelt haben: Dierk Hoff, seit Jahren Unikum der Frankfurter Szene.

Die Meldung kam spät, aber mit Zündstoff. Nur langsam sickerte vorletztes Wochenende aus Polizei-Quellen, wen sich BM-Fahnder schon zehn Tage zuvor gegriffen hatten: den mutmaßlichen Sprengmeister von Baader und Meinhof, dessen Bomben vor drei Jahren die Republik erschütterten.

Schleunigst machten Blätter aus dem Stoff brisante Nachrichten. „Baader gab ihm Aufträge“, wußte die „Welt“; die „WamS“ sah schon die „Wende im BM-Prozeß“ heraufziehen und kombinierte: „Komplizierte technische Gutachten“ als Beweis für die „persönliche Beteiligung der Banden-Prominenz“ seien nun überflüssig.

Einer freilich, der wissen mußte, was los war, schwieg sich aus. Der Generalbundesanwalt, sonst mit Meldungen über Fahndungserfolge weit schneller bei der Hand, „konnte“, so Bundesanwalt Erwin Fischer noch Ende vergangener Woche, „nach wie vor gar nichts sagen“ und nährte damit weiter kühne Spekulationen, wie er auch erhebliche Zweifel weckte, daß was dran war an der Sache.

Ins Zwielicht geraten ist Dierk Hoff, 37, Metallbildner aus Frankfurt und seit Anfang Juli Untersuchungshäftling in Karlsruhe. In einer lautlosen Aktion holte ihn die Kripo in seinem „Studio“ im Westend ab und wirft ihm jetzt, laut Haftbefehl, vor: Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, indem er Baader-Meinhof-Mitgliedern Vorrichtungen und Sprengkörper für Anschläge fertigte.

Im Verhör hielten die Bundesfahnder dem vermeintlichen Bombenbauer gleich Belastendes vor: Ein BM-Mitglied habe geplaudert, ein Schlüssel zu seiner Werkstatt sei im BM-Gepäck aufgetaucht, und sein Name ziere das Notizbuch von Holger Meins — zwar nicht korrekt geschrieben und mit falscher Adresse, aber mit richtiger Telephonnummer.

Manches reimt sich zusammen zum Bild vom BM-Bombenbauer Dierk Hoff; vieles fällt aus dem Rahmen. „Durchaus einer“, macht sich beispielsweise Reginald Rudorf, einer aus Hoffs Freundeskreis, seinen Vers, „der den BM-Leuten für ihre Zwecke prädestiniert erscheinen mußte“: für Hoff „möglicherweise die Chance, die karriereträchtige Eitelkeit eines verkannten Erfindergenies zu befriedigen“. Ein anderer Bekannter winkt freilich ab: „Nicht der Typ für so was.“

Der Typ ist seit Jahren in Frankfurt, so Rudorf, „in“: bei jenem Völkchen exzentrischer Erscheinungen, die jeden bürgerlichen Habitus abgestreift haben, stets aber auffällig an der Oberfläche bleiben.

Mal tummelte sich Hoff im „Café Schwille“, wo Linke wie Loddel verkehrten, öfter tauchte er im „Club Voltaire“ auf, Treff für Progressive und Radikale. Doch nach links ging Hoff nur, soweit es chic war. Er schwamm auf der Haschwelle mit, trug die Haare aber immer noch kurz, als Mähnen schon lange Mode waren.

Am auffälligsten hob sich Hoff durch sein Hobby ab, das ihm gleichsam Berufung war. Schon vor Jahren, in einem Interview, bekannte der „Stiftekopp“, wie ihn Frankfurter Freunde wegen seines Bürstenschnitts frotzelten, „immer nur leidenschaftlich gerne gebastelt“ zu haben: „Das ist zu meinem Beruf geworden.“

Seine erste Arbeitsstätte richtete sich der Metallbildner, nach Maschinenbaupraktikum und Töpferlehre, in einem Hinterhof im Frankfurter Nordend ein. In der Rohrbachstraße 22 firmierte er: „Studio Metall“. Seine Offerte: „Werkstatt für besondere Wünsche“. Später dann zog der Handwerker ins Westend, ins Haus aus Hoffschem Familienbesitz, in der Oberlindau 67, Eingang um die Ecke von der Eppsteiner Straße — wo in einem Werkraum nach Kripo-Kalkül die tödlichen Bomben gebastelt wurden.

Hier wie da fertigte der Künstler und Tüftler, das ist sicher, allerlei Gebräuchliches: Rohrstühle und Stahltüren, Kupferkamine und Bettgestelle — aber auch Brisantes: Büchsen, Pistolen und Katapulte.

Ein besonders geglücktes Exemplar seiner Erfindungsgabe präsentierte Hoff einst stolz seinen Freunden: eine Luftdruck-Maschinenpistole, die mit flüssigem Kohlendioxid betrieben ein Magazin mit 36 Kugeln blitzschnell leeren konnte. Wer ihm nicht glaubte, dem feuerte der eitle Bastler eine Probe vor — eine Ladung Erbsen.

Auch zur Hebung mancher Partystimmung hatte Hoff stets was parat. So donnerte er, auf einer Silvesterfeier in Dreieichenhain, mit einer Kanone auf das Nachbargrundstück. „Das Ungetüm“, erinnert sich der Gastgeber mit Schrecken, „hätte uns beinahe die Polizei auf den Hals gebracht.“



Eingang zur Hoff-Werkstatt, verhafteter Hoff: Bettgestelle und Brisantes

Der Mann, der so stets für Spaß und Spektakel sorgte, stammt aus feinem Haus: eines von drei Kindern des Medizinprofessors Ferdinand Hoff, 79, zuletzt Direktor einer Frankfurter Universitätsklinik. Doch der Sohn wollte den Spuren des Vaters, der sich durch etliche Veröffentlichungen („Der Schmerz und seine Bedeutung“) einen Namen gemacht hatte, nicht folgen. „In der geebneten Bahn meines Vaters weiterzulaufen“, vertraute er Freunden an, „ist kein Kunststück.“

So betrieb Dierk Hoff lieber Künstlerisches, nahm Wechsel aus dem väterlichen Hause aber weiter dankend entgegen; mal ließ er sich auch einen komfortablen Kleinbus für Überlandreisen schenken. Und die Familienhilfe riß auch nach der Festnahme nicht ab. Der Professor mühte sich schleunigst um eine Besuchserlaubnis und besorgte

einen Anwalt — weitab der linken Szenerie.

Den zog der Inhaftierte auch gleich ins Vertrauen. „Ich bin alles andere", teilte er seinem Verteidiger mit, „als ein Terrorist."

UMWELTSCHUTZ

Schlichter Glaube

Bonns Umweltschützer versuchen, die Gewerkschaften von dem Vorurteil abzubringen, Umweltschutz gefährde Arbeitsplätze.

Beim Umweltschutz", so beklagte jüngst Gewerkschaftsvorsitzender Karl Hauenschild beim Bundeskanzler die vertrackte Situation seiner IG Chemie, „sitzen wir zwischen Baum und Borke." Denn am liebsten möchten die Gewerkschafter beides — saubere Luft und sichere Arbeitsplätze. Doch wenn es im Alltag darum geht, ob Umwelt oder Job Vorrang haben sollen, entscheiden sich die Kollegen regelmäßig für Arbeitsplätze und machen mit den Arbeitgebern gegen Luft und Wasser schützende Auflagen Front.

Einträchtig protestierten 1400 Arbeiter, Manager und Gewerkschaftsfunktionäre der Köln-Worringer „Erdölchemie" (EC) im vergangenen Oktober vor dem Düsseldorfer Arbeitsministerium für die Ausbaupläne ihres Konzerns im Werte von 1,1 Milliarden Mark und gegen die erfolgreiche Klage der Anwohner, die Lärm- und Geruchsbelästigung durch den ausufernden Chemiegiganten befürchteten.

Einmütig auch zogen Arbeitgeber und Gewerkschafter im vergangenen Jahr gegen die „Technische Anleitung Luft" des Bonner Immissionsschutzgesetzes zu Felde, das Grenzwerte für giftige Stäube, Ruße und Abgase enthält. Der Vorstandsvorsitzende der Oberhausener Babcock & Wilcox AG, Hans Lorenz Ewaldsen, drohte in einem Brief an das Kanzleramt mit „Massenentlassungen" und „kompletten Betriebsstillegungen". Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Adolf Schmidt, befürchtete durch die Luft-Schutzvorschrift „schwerwiegende wirtschaftliche Nachteile mit Gefährdungen für die Sicherheit der Arbeitsplätze".

Sorge um ihren Job mobilisierte auch die Betriebsräte der beiden Kern-Elemente-Fabriken Alkem und Nukem. Sie protestierten gegen die noch nicht verabschiedete Novelle des Atomgesetzes, nach der die Vorschriften für die Lagerung von Plutonium erheblich verschärft werden sollen.

Und schon heute ist absehbar, daß ein Verbot der Einwegflasche nicht nur die betroffenen Glasindustriellen, sondern auch die um 3000 Arbeitsplätze besorgten Gewerkschaftsvertreter gegen Bonn auf den Plan rufen wird.



Gewerkschafter Hauenschild
Die Arbeitnehmer sitzen ...

„Bei einer objektiven Prüfung der Situation", so erläuterte Horst T. Sander vom Bundesverband der Deutschen Industrie die anhaltende Allianz von Arbeitgebern und DGB-Funktionären in Sachen Umweltschutz, „kommen wir oft zu denselben Ergebnissen." Und Lorenz Schwegler, Umwelt-Experte beim DGB, gesteht unfroh: „Auf der einzelwirtschaftlichen Ebene müssen wir Entscheidungen mitvollziehen, die wir gesamtwirtschaftlich bekämpfen."

In seinem „Umweltprogramm" hat der DGB längst entschieden, daß „Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung nicht länger gegeneinander ausgespielt werden" dürfen. In der Praxis aber geht es dann so, wie es Chemie-Hauenschild beschreibt: „Wir sind natürlich beeindruckt, wenn uns Betriebsräte glaubhaft versichern, daß alle Arbeitsplätze gefährdet sind."



Gewerkschafter Schmidt
... zwischen Baum und Borke

Dabei bestreiten Experten einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutzauflagen. Finanzwissenschaftler Karl Heinrich Hansmeyer, Vorsitzender der Sachverständigen-Kommission Umweltschutz beim Bundesinnenministerium, hat in einem statistischen Vergleich sogar ermittelt, daß die Arbeitslosenquote der Unternehmen um so geringer ist, je höher ihre Investitionen für den Umweltschutz liegen.

Auch der Staatssekretär im Düsseldorfer Arbeitsministerium Paul-Arnold Nelles kann sich an „keine Umweltschutzentscheidung" erinnern, die „eindeutig bestehende Arbeitsplätze gefährdet" hätte. Selbst dem BDI-Experten Horst T. Sander fällt als Beispiel nur der „Teilbereich Stahlverarbeitung" ein, wo wegen des Verbots der ruhestörenden Nachtschichten einige Betriebe schließen mußten.

Gesetzlich verordnete teure Schutzmaßnahmen treffen denn auch in der Regel nicht die Arbeiter der Großindustrie, sondern die Arbeitnehmer kleinerer Familienunternehmen und Saisonbetriebe der Leder-, Textil- oder Papierindustrie, die ohnehin durch den wirtschaftlichen Strukturwandel arg mitgenommen sind. Die großen Konzerne hingegen kommen mit den Auflagen meist gut zurecht. Selbst vom umstrittenen Benzinbleigesetz erhoffen sich die Mineralöl-Produzenten inzwischen Marktvorteile: Sollten, wie zu erwarten ist, andere europäische Staaten mit der gesetzlichen Verordnung des bleiarmen Benzins nachziehen, könnten die Deutschen sofort liefern.

Gleichwohl kann die Großindustrie auch künftig auf den Beistand der Gewerkschaften hoffen, wenn sie versucht, teure Umweltschutz-Auflagen für die eigenen Produktionsanlagen zu verhindern. Denn den Informationen der Geschäftsführung über dann notwendige Entlassungen müssen die Betriebsräte mangels eigener Kenntnisse schlicht glauben.

Dabei geraten die Gewerkschafter dann bisweilen unter sich aneinander. So protestierte der DGB-Kreisverband Duisburg gegen den Bau einer petrochemischen Fabrik des Staatskonzerns Veba am Rheinbogen bei Orsoy. Begründung: Das Luft und Wasser verschmutzende Werk verhindere die Ansiedlung anderer, arbeitsplatzintensiverer Industriebetriebe im ohnehin schon genug verpesteten Duisburger Raum. Der Bezirksvorstand des DGB in Düsseldorf dagegen befürwortet trotz heftiger Bürgerproteste das Projekt, da es den Rheinländern einen „Zuwachs des Realeinkommens um 2,5 Prozent" bescheren könnte.

Sowohl Befürworter wie Gegner der Veba-Anlage berufen sich auf Zahlen und Daten der interessierten Industrie. ◆

„Die Antennen weit ausgefahren“

SPIEGEL-Interview mit Daimler-Aufsichtsrat Wernher von Braun

SPIEGEL: Herr von Braun, Sie sind der prominenteste Raketenbauer der letzten Jahrzehnte und waren ein wortgewaltiger Verfechter der Raumfahrt. Jetzt treten Sie in den Aufsichtsrat von Daimler-Benz ein. Warum?

VON BRAUN: Ich bin seit vielen Jahren im Aufsichtsrat der amerikanischen Vertriebsgesellschaft der Mercedes-Benz of North America. Aus dieser Verbindung kenne ich Herrn Zahn, den Vorstandsvorsitzer, sehr gut. Und deshalb hat man mich wohl auch eingeladen, in den Aufsichtsrat der Stammfirma einzutreten.

SPIEGEL: Wer hat Sie eingeladen?

VON BRAUN: Herr Professor Zahn, mit der Billigung von Herrn Ulrich von der Deutschen Bank, dem Vorsitzenden des Daimler-Aufsichtsrates.

SPIEGEL: Herr Zahn hat Sie angekündigt als einen technischen Spitzenmann. Was werden Sie für die Autoindustrie, die weltweit in eine Absatzflaute gefahren ist, tun?

VON BRAUN: Ich hoffe, daß ich einen Beitrag leisten kann. Das ist natürlich gar nicht so einfach, da die verantwortlichen Ingenieure von Daimler zu den Topleuten der Welt gehören.

SPIEGEL: Das sagt der Daimler-Aufsichtsrat von Braun.

VON BRAUN: Nein, ich glaube, darüber bestehen unter Sachkennern gar keine Zweifel.

SPIEGEL: In der Automobiltechnik hat sich in den letzten Jahren nicht viel getan. Sie selbst nörgelten, die Branche sei an Innovationen kaum interessiert . . . Wie kommt das?

VON BRAUN: Das Automobil hat ohne Zweifel ein solches Maß von Perfektion erreicht, daß Verbesserungen jeglicher Art schwierig geworden sind. Nur: Seit der Energiekrise gibt es neue Anforderungen und neue Probleme, die zu den bisher im Mittelpunkt stehenden Standards des komfortablen Reisens hinzugekommen sind: Energieverbrauch und Umweltbelastung. Ich hoffe, daß ich auf diesem Gebiet — obwohl ich auf dem Automobilgebiet selbst natürlich ein absoluter Anfänger bin — einen nützlichen Beitrag leisten kann. Einfach weil die Autoindustrie auf viele neue technologische Entwicklungen angewiesen sein wird, die direkt oder indirekt mit der Raumfahrt etwas zu tun haben.

SPIEGEL: Was meinen Sie?

VON BRAUN: Nehmen wir zum Beispiel die Energiequellen: Der ideale Treibstoff wäre reiner Wasserstoff, der nicht schädliche Abgase, sondern reinen Wasserdampf als Auspuff abgibt. Wasserstoff, der ja auch unsere großen Raketen antreibt, ist allerdings sehr schwer zu handhaben.

SPIEGEL: Und scheidet als umweltfreundlicher Energieträger deshalb aus?

VON BRAUN: Nein, Daimler-Benz hat gerade auf diesem Sektor erste Fortschritte gemacht. De facto laufen Versuchswagen. Den Stuttgartern gelang es, einen Tank zu bauen, in dem der Wasserstoff in Form von sogenannten Metallhydriden gespeichert und transportiert werden kann. Das Problem ist nur, daß man mit einer Tankfüllung nicht weit kommt.



Daimler-Aufsichtsrat von Braun
„Ein absoluter Anfänger“

SPIEGEL: Also doch kein Ersatz für das umweltverpestende Benzin?

VON BRAUN: Das will ich nicht unbedingt sagen. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, daß man eines Tages Autos mit zwei Tanks ausrüstet: einen, den Benzintank, für Überlandfahrten, wo die Abgasprobleme nicht ins Gewicht fallen. Der Wasserstofftank würde dann bei Stadtfahrten geleert werden.

SPIEGEL: VW setzt auf einen anderen Brennstoff, auf Methanol.

VON BRAUN: Auch das ist eine aussichtsreiche Sache. Schon im Zweiten Weltkrieg wurde in Deutschland Methanol eingesetzt. Es ist ebenfalls umweltfreundlicher als Benzin, hat aber leider nicht die Energie und gibt deshalb dem Auto nicht die Beschleunigung, die aus der Benzinverbrennung zu gewinnen ist.

SPIEGEL: Was bringt der Raketenmann von Braun sonst noch mit nach Stuttgart?

VON BRAUN: Wissen Sie, die physikalischen Prozesse in einem Raketenmotor und einem Automobilmotor sind gar nicht so himmelweit verschieden. In beiden Fällen wird Treibstoff durch Verbrennung via Gasentspannung in Bewegungsenergie umgesetzt.

SPIEGEL: Ist der Automotor am Ende seiner Entwicklung?

VON BRAUN: Nein, ich bin der Meinung, daß wir durch Veränderung der Brennräume, durch sogenannte Vorkammern, durchaus zu weniger umweltbelastenden Maschinen kommen können. Sicher kann ich nicht morgen neue, bessere Automotoren vorschlagen. Aber ich werde mit einiger Sachkunde mitreden können.

SPIEGEL: Die Autoindustrie leidet weltweit unter einer hartnäckigen Absatzflaute. Gehen Sie in eine sterbende Branche?

VON BRAUN: Mit Sicherheit nicht.

SPIEGEL: Das Auto ist aber ebenso sicher nicht das Verkehrsmittel der Zukunft.

VON BRAUN: Da bin ich anderer Meinung. Wenn Sie Ihre persönlichen Transportprobleme analysieren, werden Sie finden, daß Autos einfach nicht zu ersetzen sind. Nehmen Sie an, Sie wollten vom Landhaus in das Büro in der Stadt, am Sonntag ans Meer um zu segeln, für Einkäufe Ihrer Frau. Wenn Sie die Summe dieser Anforderungen addieren, kommen Sie zu einer Maschine, die ziemlich genauso aussieht wie ein Automobil. Natürlich ist für viele Ballungsräume ein Massenverkehrsmittel, etwa eine U-Bahn, unerläßlich. Aber selbst dann brauchen Sie Autos. Wie sonst kommen Sie zur U-Bahn?

SPIEGEL: Sie arbeiten seit Ihrem Ausscheiden aus der Nasa bei dem Flugzeug-Nachrichtentechnik-Konzern Fairchild. Kann Daimler daraus Nutzen ziehen?

VON BRAUN: In meinem dortigen Job bin ich auf die allerneuesten Fortschritte der Technologie angewiesen. Ich habe deshalb meine Antennen weit ausgefahren, um zu registrieren, was es Neues gibt.

SPIEGEL: Im Aufsichtsrat werden vornehmlich wirtschaftliche, kaufmännische Probleme erörtert oder entschieden. Überfordert das den Raketentechniker von Braun?

VON BRAUN: Ich glaube kaum. Die US-Weltraumbehörde hat für das Apollo-Programm insgesamt etwa 22 Milliarden Dollar ausgegeben. Etwa zehn Milliarden davon sind durch meine Hände gegangen, zu 90 Prozent für Aufträge an die Industrie. Über zehn Jahre lang habe ich mindestens die Hälfte meiner Zeit in diesen Unternehmen zugebracht. Habe verhandelt, die technischen und wirtschaftlichen Probleme besprochen und den Fortschritt der von uns in Auftrag gegebenen Arbeiten in allem Detail überwacht.

SPIEGEL: Dennoch dürften Sie für Daimler-Benz weniger wegen Ihrer Erfahrungen, seien Sie nun technisch oder kaufmännisch, als vielmehr wegen Ihres Namens interessant sein. Sie sind sowohl in den USA als auch in Deutschland ein bekannter Mann. Soll das Markenzeichen Wernher von Braun das Markenzeichen aus Stuttgart, den guten Stern, aufpolieren?

VON BRAUN: Kann es nicht sein, daß jenes Unternehmen, das sich einem Stern verschrieben hat, einen Mann haben will, der sich für die Sterne interessiert?

SPIEGEL: Gewiß, der Public-Relations-Effekt wird um so besser.

VON BRAUN: Ich fühle mich schon seit Jahren zu dem Unternehmen hingezogen wegen der Perfektion seiner Produkte ...

SPIEGEL: Die viel Benzin verbrauchen und schon deshalb eine Menge Abgas produzieren.

VON BRAUN: Das gilt nur für die ganz großen Wagen. Der Anteil der kleinen Klasse einschließlich der umweltfreundlichen Dieselautos macht erheblich mehr als die Hälfte der im Vorjahr verkauften Wagen aus.

SPIEGEL: Was für ein Auto fahren Sie selbst?

VON BRAUN: Mercedes 240 Diesel.

SPIEGEL: Wie oft wird der Aufsichtsrat von Braun nach Deutschland reisen?

VON BRAUN: Ich höre, daß wir drei- bis viermal im Jahr zusammentreffen.

SPIEGEL: Einer Ihrer Biographen hat vor einigen Jahren behauptet, Sie kämpften für die Raumfahrt wie der Evangelist Billy Graham für Gott. Werden Sie für Daimler-Benz ähnlich engagiert eintreten?

VON BRAUN: Billy Graham, den ich persönlich kenne und schätze, wird häufig das Maschinengewehr Gottes genannt. Er ist zweifellos ein von seiner Mission erfüllter Mann. Sein Stil ist manchen zu laut, zu kommerziell. Auch mir. Ich habe diesen Stil nie benutzt, ich habe mit anderen Mitteln für die Raumfahrt geworben, etwa durch das Aufzeichnen der Möglichkeiten, durch das Beschreiben realer Visionen.

SPIEGEL: Und wie wollen Sie für Daimler werben?

VON BRAUN: Es ist nicht die Aufgabe eines Aufsichtsratsmitgliedes, für das Unternehmen zu werben. Ich bin von der Firma sehr beeindruckt und werde mich dort in sehr guten Kreisen bewegen. Ich bin sehr stolz darauf, daß man mich eingeladen hat.



von Braun (Mitte)*: „Auf Technologien aus der Raumfahrt angewiesen"

* In der Daimler-HV am 18. Juli in Stuttgart


AUF DIE KLINGE.
DIE WILKINSON
SCHWERT-KLINGE.
WILKINSON
SWORD

KOMMT ES AN.





Auf die Klinge kommt es an – ob Sie nun die klassische zweischneidige oder die komfortable einschneidige wählen. Wer erkennt, daß einzig die Klinge zählt, kommt zum Spezialisten, zu Wilkinson Sword. Denn dort werden heute noch Klingen gefertigt, die ▪ 6fach geschliffen, ▪ 4mal abgeledert, ▪ 3fach veredelt und dann noch ▪ Stück für Stück sichtgeprüft sind. Es gibt keine Klinge, mit der Sie sich gründlicher, schonender und länger rasieren können.





Kernkraftwerk „Biblis A" (am Rhein bei Worms): Wer schützt die Menschheit vor dem selbstentfachten atomaren Feuer?

„Ein furchterregendes Unterfangen"

Ein halbes Hundert Atomkraftwerke soll in der Bundesrepublik während der nächsten zehn Jahre errichtet werden: Jedes einzelne kann eine Millionenstadt mit Strom versorgen, aber auch — wenn wider alle Berechnungen die Technik versagen sollte — ganze Landstriche mit der 1000fachen Strahlung einer Hiroshima-Bombe verseuchen.

Mit einer Kerze wollten zwei Elektriker bei den „Browns Ferry"-Atomkraftwerken in Athens, Alabama, nach dem Rechten sehen — und beinahe wäre der Welt ein Licht darüber aufgegangen.

Mit der offenen Flamme hatten die beiden Handwerker einen Kabeldurchlaß im Reaktormantel auf Undichtigkeit prüfen wollen. Da, plötzlich, am 22. März dieses Jahres um 12.30 Uhr, fing die Abdichtmasse aus Polyurethan Feuer.

Mit der Taschenlampe zuerst und dann mit Putzlappen suchten die Männer den Brand zu ersticken. Aber er fraß sich im Kabelschacht weiter. Nach zehn Minuten schlugen im Reaktorkontrollraum die Meßzeiger aus. Die Ingenieure drückten auf den Knopf: „Scram" — Reaktorschnellabschaltung für die Betriebseinheiten eins und zwei.

„Bizarr" nannte das amerikanische Fachblatt „Nuclear Engineering" den Unfall und meinte, er werde die Atomreaktorindustrie „wohl noch für die nächsten zehn Jahre im Schlaf verfolgen": Der Reaktorbrand von Browns Ferry — die beiden Anlagen sind erst seit 1973/74 in Betrieb — wirft gleichsam mit einem Lufthauch alle Wahrscheinlichkeitsberechnungen über den Haufen, mit denen die Befürworter der Atomenergie die Öffentlichkeit zu beschwichtigen suchen.

Atomphysikalische Eventualfälle sind von Computern unzählige Male durchgespielt worden; die Wahrscheinlichkeit von versagenden Ventilen wurde ebenso einkalkuliert wie das Risiko von Haarrissen im alternden Metall oder die Gefahr eines Erdbebens oder eines Flugzeugabsturzes auf die Reaktorhülle. Aber mit der Möglichkeit einer Katastrophe durch ein Talglicht in der Hand eines Arbeiters hat niemand gerechnet.

In Tausenden von Modellversuchen im Labor und im Computer ist simuliert worden, wie sich, wenn ein Reaktor „durchgeht", die hochradioaktive Lava in seinem Innern wohl verhalten würde und wie sie mit einem sekundenschnell wirkenden Notkühlsystem womöglich noch zu bändigen wäre.

Doch bisher weiß kein Mensch, ob diese Notkühlung bei den über 100 in der Welt schon arbeitenden Reaktoren im Ernstfall funktioniert — sie soll 1976 zum erstenmal wirklichkeitsgetreu erprobt werden. In Browns Ferry jedenfalls führte schon das simple Schmoren der Kabelisolation dazu,

daß die Notkühlung für eine Reaktoreinheit in der Stunde X total, für die zweite teilweise betriebsuntüchtig war. Sie wurde, glücklicherweise, nicht gebraucht.

Der atomare Brennstoff, den es da im Zaum zu halten gilt, ist unscheinbar. Weniger groß als ein Daumennagel, 9,08 mal elf Millimeter, messen zum Beispiel die Uranpillen im Innern des bislang größten westdeutschen Atommeilers, der Ende letzten Jahres bei Biblis, nordöstlich von Worms, in Betrieb genommen wurde.

Aber 100 Tonnen solcher Minibriketts sind in den Brennstäben verschweißt, die den Reaktorkern zum Inferno aufheizen. 130 000 Kubikmeter Beton und noch mal 13 000 Tonnen Stahl sind auf die Gurkenfelder zwischen Rhein und Bergstraße getürmt worden, um die Umwelt gegen das nukleare Feuer abzuschirmen.

Biblis A liefert 1200 Megawatt elektrischer Leistung, genug, um eine 1,8-Millionen-Stadt wie Hamburg samt Industrie mit Strom zu versorgen. Aber Biblis Block B, C und D sind schon im Bau oder in der Planung. Und überall vom Oberrhein bis zur Elbmündung, bei bislang unbekannten Provinzorten wie Esenshamm, Krümmel oder Mülheim-Kärlich, aber auch im unmittelbaren Einzugsbereich von Großstädten wie Ludwigshafen oder Hamburg, entstehen nun die Kuben und Kuppeln der neuen Mammutmeiler:

▷ 40 Atomreaktoren, fast alle vom Kaliber Biblis, sollen bis 1985 in der Bundesrepublik zu den zehn schon bestehenden noch gebaut werden,

▷ 1500 Tonnen Uranbrennstoff pro Jahr, allesamt importiert, sollen dann auf westdeutschem Boden die gezügelte Kettenreaktion in Gang halten — im Wettrüsten um die zivile Nutzung der Atomenergie liegt die Bundesrepublik mit ganz vorn.

Auch Alarmpläne liegen schon bereit. „Sofort die Häuser aufsuchen, Türen und Fenster schließen, kein Leitungswasser und keine frischen Lebensmittel zu sich nehmen . . ." — von solcher Art sind die Durchsagen für den Katastrophen-Fall, wie sie bei den Innenbehörden der Länder und den Bürgermeistern der betroffenen Orte in den Schubladen liegen. Aber vorstellen als etwas Hinnehmbares kann ihn sich keiner, den „GAU", den „größten annehmbaren Unfall", oder gar den „Super-GAU", mit dem die Experten auf dem Papier spielen, seit es Atomreaktoren gibt.



Atomstrom-Werbung in Biblis: Die Alarmpläne . . .



Für jeweils 100 in Betrieb befindliche Reaktoren, so eine jüngst veröffentlichte Wahrscheinlichkeitsberechnung der amerikanischen Atomenergie-Behörde (der vormaligen AEC), sei nur einmal in jeweils einer Million Jahre mit einem solchen Unfall (1000 oder mehr Tote) zu rechnen. Die Rechnung ist umstritten.

Doch wie wahrscheinlich oder unwahrscheinlich immer — die Katastrophe hätte apokalyptische Ausmaße: Mit 100 000 Sofort-Toten und bis zu 1,67 Millionen „langfristig Sterbenden" wäre zu rechnen, wenn es im (geplanten) BASF-Reaktor bei Ludwigshafen zu einem GAU und zum gleichzeitigen Versagen der Sicherheitseinrichtungen käme (so eine Studie von Dr. Ing. Karl-Heinz Lindackers vom Technischen Überwachungsverein Rheinland).

Aber nicht nur die Vision vom „durchgehenden" Atomofen, dessen tödliche Schmelze ganze Landstriche verstrahlt, hat — zum Verdruß der Atomstromlobby — Ängste freigesetzt. Mit Statistiken erst recht nicht aus der Welt zu schaffen sind die Befürchtungen, die Strahlenbelastung könne gefährlich ansteigen.

In der Tat: Mit jedem neuen Atommeiler, mit jeder Halde von auch nur ganz schwach radioaktivem Erzabraum, mit jeder Wiederaufbereitungsanlage, in der radioaktives Krypton durch den Schornstein entweicht, mit jedem noch so gut gesicherten Transport radioaktiven Materials wächst das allgemeine Strahlenrisiko (siehe Gra-



Strahlenschleuse, Alarmanlage in Stade
. . . liegen schon bereit



Atomgegner in Wyhl*: Was geschieht . . .

. . . wenn die Notkühlung versagt?: **Polizei-Einsatz gegen die Bauplatz-Besetzung**

phik Seite 38). Und jede zusätzliche Strahlenbelastung führt zwangsläufig zu einer Zunahme etwa der Krebserkrankungen.

„Wir haben einen faustischen Pakt geschlossen", meinte der amerikanische Atomphysiker Alvin M. Weinberg; eine Art „neuer Priesterkaste" werde vonnöten sein, wenn die Menschheit sich auf Dauer vor dem Höllenfeuer schützen wolle, das sie selbst in Gang setzte.

Bis heute gibt es kein praktikables Konzept dafür, wie der stark radioaktive Müll lange und sicher genug zu kontrollieren wäre: Für Plutonium 239, dessen Halbwertzeit 24 400 Jahre beträgt, bedürfte es nuklearer Friedhöfe, deren Katakomben künftige Generationen zum eigenen Schutz eine halbe Million Jahre beaufsichtigen müßten.

Die Bürger von Wyhl, dem mittlerweile weltbekannten Ort im Kaiserstuhl, haben näherliegende Sorgen. Mehr als 50 000 Tonnen Wasser pro Tag würden die 160 Meter hohen, an der Krone 80 Meter breiten Kühltürme des dort geplanten Atomkraftwerks in die Oberrheinebene abdampfen. Nebelschwaden, so fürchten die Weinbauern der windarmen Gegend wohl zu Recht, würden dann die Sonne öfter als bisher verfinstern — der badische Spätburgunder, Ruländer, Müller-Thurgau verlöre etliche Öchslegrade.

Mit Wasserwerfern und Gummiknüppeln, mit Hunden und Panzerwagen waren die Ordnungshüter gegen die Bürger vorgegangen — aber die Aufständischen von Wyhl hatten sich behauptet und schließlich im April dieses Jahres Aufschub bei Gericht erwirkt (siehe Seite 41).

Kein anderes Thema bisher hat Bürgerinitiativen so quer durch die politischen Parteien geeint und zu solcher Entschlossenheit beflügelt — seit Monaten nun schon wird der Bauplatz von Wyhl besetzt gehalten. Und von Kaiseraugst in der Schweiz bis Flamanville in der Normandie, vom Dannenberger Zipfel nahe der Zonengrenze bis zum niederrheinischen Kalkar, wo deutsche und holländische Bauern sich zusammenfanden, hat das Virus des Widerstandes alle erfaßt. In den USA sind, wie kürzlich eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten nach einer Informationsreise berichtete, für neue Atomreaktoren praktisch keine Standorte mehr zu finden.

Eine Fehlinvestition wie beim Butterberg?

Keine andere Technologie der Nachkriegszeit — auch nicht die Raumfahrt, nicht Computer oder Psychodrogen — hat aber auch die Wissenschaftler zu so erbitterten Kontroversen angestachelt; keine andere technische Entwicklung hat so große Hoffnungen und Ängste geweckt, soviel Aussicht auf Gewinn und so viele Risiken eröffnet.

Saubere, praktisch unbegrenzt verfügbare und noch dazu billige Energie versprachen die einen — wo die anderen, formiert in Naturschützerverbänden und wissenschaftsfeindlichen Sekten, schon den Untergang der Menschheit heraufziehen sehen.

18 Milliarden Mark westdeutscher Steuergelder wurden in den letzten zwei Jahrzehnten in Atomforschung und Kernreaktortechnik investiert — aber die Gegner sagen, all das sei womöglich eine gigantische Fehlinvestition, vergleichbar dem Butterberg oder den für Wohnungshalden vergeudeten 30 Milliarden auf dem Bausektor.

„Zu viele wissen zuwenig über die Kernkraftwerke, über die Notwendigkeit, sie zu bauen . . .", so lautet der Slogan für eine Anzeigenserie der westdeutschen Elektrizitätswirtschaft. Und auch im Etat der Bundesregierung sind in diesem Jahr 800 000 Mark für „Öffentlichkeitsarbeit zum Einsatz der Kernkraftwerke" ausgewiesen.

Die Errichtung von Kernkraftwerken, erklärte Bundespräsident Walter Scheel jüngst bei der Tausendjahrfeier der Stadt Lingen im Emsland, sei „zur Sicherung der Energieversorgung unerläßlich". In einem 109-Seiten-Konvolut „zur friedlichen Nutzung der Kernenergie" befand auch die Bundesregierung am Freitag letzter Woche, „daß die Technologie der friedlichen Kernenergienutzung" nun „sicher beherrschbar ist". Und da die Kernenergienutzung, so heißt es in dieser Antwort auf eine Große Anfrage im Bundestag weiter, „volkswirtschaftlich notwendig" sei, räume ihr die Bundesregierung „in ihrem Energieprogramm einen wachsenden Anteil" ein.

„In einem scharf organisierten Polizeistaat", so umschrieb Professor Klaus Meyer-Abich, Mitarbeiter am Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen in der wissenschaftlich-technischen Welt, ein Be-

* Bei einer Demonstration am Ostermontag.

Der Meisterleister
Goodyear bringt den Beweis:







G 800 + S.
Stahlgürtelreifen
0 Kilometer.

Dipl.-Ing. J. A. Davisson, Goodyear Entwicklungszentrum Luxemburg: „Mein Team hatte den Auftrag, einen Stahlgürtelreifen zu entwickeln, der viele Kilometer leistet und trotzdem hervorragende Fahreigenschaften bietet.

Das Ergebnis: der Goodyear G 800 + S Stahlgürtelreifen. Die abriebfeste Spezial-Gummimischung und die bewährten Stahlgürtel bringen eine hohe Kilometerleistung.

Das tiefe 5-Rippen-Profil mit seitlich ablaufenden Drainage-Kanälen sorgt für beste Bodenhaftung auf nasser Straße.

Eine ausgewogene Kombination zwischen hoher Kilometerleistung und hervorragenden Fahreigenschaften."

G 800 + S.
Stahlgürtelreifen
57.937 Kilometer.



Jackie Stewart, dreifacher Weltmeister der Rennfahrer: „Dieser Reifen hatte fast 60.000 km runter, als ich mit ihm auf die Teststrecke ging.

Beim Durchfahren der Slalomstrecke reagierte er immer noch absolut spurtreu – was mich nach dieser Kilometerleistung sehr beeindruckte.

Auch der Bremstest war überzeugend. Bei einer Geschwindigkeit von 80 km/h war der Bremsweg kürzer als 25 m: phantastisch.

Diese Kombination von Kilometerleistung, Bodenhaftung, Kurvenstabilität und Bremsverhalten macht den Goodyear G 800 + S Meisterleister zu einem der besten Reifen, die man für sein Geld bekommen kann.

Ein Kompliment an die Techniker. Sie haben gute Arbeit geleistet."



Wenn Sie Leistung wollen

Gefährden Kernkraftwerke unser Leben?

Es ist das Problem der Kernenergie,daß sie zum ersten Mal als zerstörende Bombe ins Bewußtsein der Menschheit drang. Und daß daher die f r i e d l i c h e Nutzung der Kernenergie oft emotionalen Angriffen,Meinungen und Vorurteilen ausgesetzt ist. Wir wollen durch Information die Diskussion versachlichen.Wer sich Gedanken und Sorgen über die Zukunft und über unsere Umwelt in Zukunft macht, sollte alle Informationen über Kernenergie lesen.

BEEINFLUSSEN KERNKRAFTWERKE DIE UMWELT? Ja. Aber auf das Wie kommt es an. Haushalt, Industrie und Verkehr verbrauchen Sauerstoff durch Verbrennen fossiler Stoffe (Kohle, Öl, usw.). Gleichzeitig gelangen Verbrennungsprodukte in die Luft:

Nein, das ist atomphysikalisch nicht möglich.Das Uran im Reaktor ist meist nur auf 3 bis 4 % angereichert und anders angeordnet als in einer Atombombe, deren Uran auf beinahe 100 % angereichert ist. (3 % ... mit 97 % Sand vermischt können KANN EIN KERNREAKTOR WIE EINE ATOMBOMBE EXPLODIEREN?

E-Werk-Werbung für Atomstrom: „Ein Reaktor ist keine Bombe"

denken, sei eine „Plutoniumwirtschaft" vielleicht sogar gefahrlos zu unterhalten, „aber wer möchte um dieser Art von Energieversorgung willen einen Polizeistaat in Kauf nehmen?"

Der SPD-Abgeordnete Gerhard Flämig, Mitglied des Energieausschusses im Europaparlament, erläuterte die Befürchtungen Meyer-Abichs: Wenige Gramm Plutonium, von Terroristen entwendet mit der Drohung, sie in irgendeine Talsperre zu werfen — so etwas könne den Rechtsstaat an den Rand der Selbstaufgabe bringen. Und aus einigen Kilo Plutonium könnte eine Gruppe technisch Versierter jederzeit eine primitive Bombe basteln.

„Kernenergie — Seilakt ohne Netz?" fragte die „FAZ". Das Jahr 1975 wird für das Tempo dieses — längst begonnenen — Balanceaktes entscheidend sein.

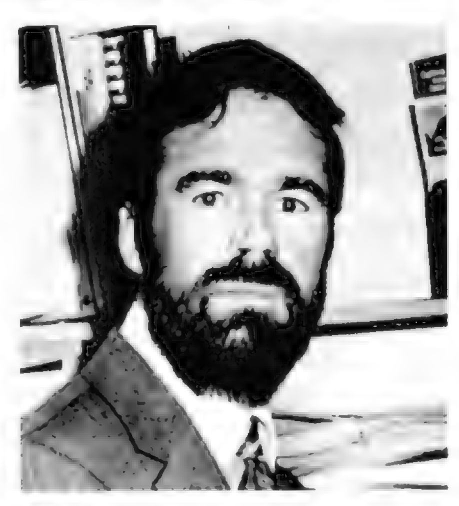
1985 soll in der Bundesrepublik rund die Hälfte des dann benötigten Stroms (entsprechend 15 Prozent des Gesamtenergiebedarfs) aus Atomkraftwerken stammen. Dazu aber müßten in diesem oder spätestens im nächsten Jahr für 13 weitere westdeutsche Atomreaktoren Standort- und Baugenehmigung erteilt werden: Durchschnittlich alle zwölf Wochen müßte in der Bundesrepublik während der nächsten zehn Jahre jeweils ein Kraftwerkblock im Ausmaß von Biblis A fertiggestellt werden (siehe Graphik Seite 40).

Desgleichen muß über den Bau erster Wiederaufbereitungsanlagen entschieden werden — Fabrikationsstätten also, in denen aus abgebrannten Kernbrennstäben die Reste an spaltbarem Uran sowie das im Reaktor entstandene Plutonium zurückgewonnen werden. Hunderte von Tonnen strahlender Materie würden in den gespenstisch anmutenden „heißen Zellen" solcher Anlagen — mit Batterien von ferngesteuerten Greifarmen hinter Bleischeiben — jährlich verarbeitet.

In welchem Maß das eben erst ausgerufene atomare Zeitalter schon Gestalt annimmt, verdeutlicht das jüngst zwischen Bonn und Brasilien ausgehandelte Reaktorgeschäft: Für insgesamt zwölf Milliarden Mark soll die Bundesrepublik in den nächsten zehn Jahren den Brasilianern eine komplette Atomindustrie mit acht Kernkraftwerken liefern (SPIEGEL 26/1975).



Atom-Kritiker Ehrlich
„Gefährliches Abenteuer"



Sicherheits-Experte Hocevar
„Baustopp für Reaktoren erwägen"

Weltweit, so in Pakistan und Puerto Rico, in Taiwan und in der sowjetischen Arktis, sind nun schon 355 Atomreaktoren in Betrieb oder im Bau. Nach den Planzielen der Atombefürworter sollen es um die Jahrtausendwende bereits mehr als 2000 sein.

Aber die Gegner der allzu raschen zivilen Atomaufrüstung haben in diesem Jahr an Boden gewonnen. „Realpolitisch immer einschneidender" werde der Widerstand der Bevölkerung, berichtete Ministerialdirektor Wilhelm Sahl vom Innenministerium auf der Nürnberger Reaktortagung im April.

Mit ähnlichen Eindrücken kam die beim Innenausschuß des Bundestages gebildete Arbeitsgruppe von Abgeordneten Mitte Juni aus den USA zurück: Wachsende Bedenken, so das Fazit der Informationsreise, seien auch bei amerikanischen Kongreßmitgliedern spürbar. Es gelte, so die dort vorherrschende Meinung, „den Drachen zu zähmen" — die Umstellung auf Atomenergie zu verlangsamen.

„Das gefährlichste nichtmilitärische Abenteuer, das die Amerikaner je unternommen haben", mit diesen Worten hatte Ende letzten Jahres der amerikanische Ökologe Paul Ehrlich („Die Bevölkerungsbombe") den stürmischen Vormarsch der Atomtechnik kritisiert.

Und weltweites Aufsehen hatte es erregt, als im September Carl J. Hocevar, bis dahin Experte für Reaktorsicherheit bei der US-Atombehörde, unter Protest zurücktrat: „Die ungelösten Fragen über die Sicherheit in der Kernenergie", hatte Hocevar erklärt, seien „so schwerwiegend", daß ein Baustopp für Atomkraftwerke zu erwägen sei.

Bei Reaktor-Unfällen haften Versicherungen nur begrenzt.

Weniger spektakulär, aber gründlich nahmen Wissenschaftler der Universität Bremen in einer 192-Seiten-Broschüre die Beschwichtigungs-Argumente der westdeutschen Atomindustrie auseinander. Und letzten Monat erschien, verfaßt von zwei österreichischen Wissenschaftlern, eine Studie, die sich speziell mit der Strahlungsgefährdung befaßt, die von Atomanlagen ausgeht*. Die Zahl der „Concerned Scientists", der in diesen Fragen skeptischen Wissenschaftler, wächst.

Sie werden als moderne Maschinenstürmer abgewertet — von einem starken Gegner. Nur in einer vierteiligen Serie und mit Hilfe ganzseitiger Schaubilder vermochte die Zeitschrift „Atomwirtschaft" noch das international verfilzte Geflecht von Industrieunterneh-

* Autorengruppe des Projekts SAIU an der Universität Bremen: „Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie — 66 Erwiderungen". Oberbaumverlag Berlin; 192 Seiten; 6 Mark.
P. Weish, E. Gruber: „Radioaktivität und Umwelt". Gustav Fischer Verlag Stuttgart; 160 Seiten; 12,80 Mark.

men, Elektrizitätswerken, Banken und Staatsbeteiligungen darzustellen, das alle Bereiche des Kernenergie-Systems vom Uranbergbau über die Fertigung von Gebläsen und Schmiedestücken bis zum schlüsselfertigen Kraftwerk umspannt.

Und machmal sitzen die Politiker (so Baden-Württembergs Ministerpräsident Hans Filbinger und sein Wirtschaftsminister Rudolf Eberle) gleich in den Aufsichtsgremien der interessierten Unternehmen (hier der Badenwerk AG, die das Kernkraftwerk in Wyhl in Auftrag gab).

Wo Politiker nicht von vornherein Partei sind, bleiben sie einstweilen im Dilemma. Einem „schier undurchschaubaren Dschungel“ gleiche das Pro und Contra der Wissenschaftler-Meinungen, etwa im Hinblick auf Strahlengefahren und atomare Störfallrisiken, erläuterte Ministerialdirigent Sahl in Nürnberg. Das Hearing zur Reaktorsicherheit, das der Innenausschuß Anfang Dezember letzten Jahres mit mehr als 30 Sachverständigen abhielt, sei der „Neuzeit-Auflage einer babylonischen Sprachverwirrung“ gleichgekommen.

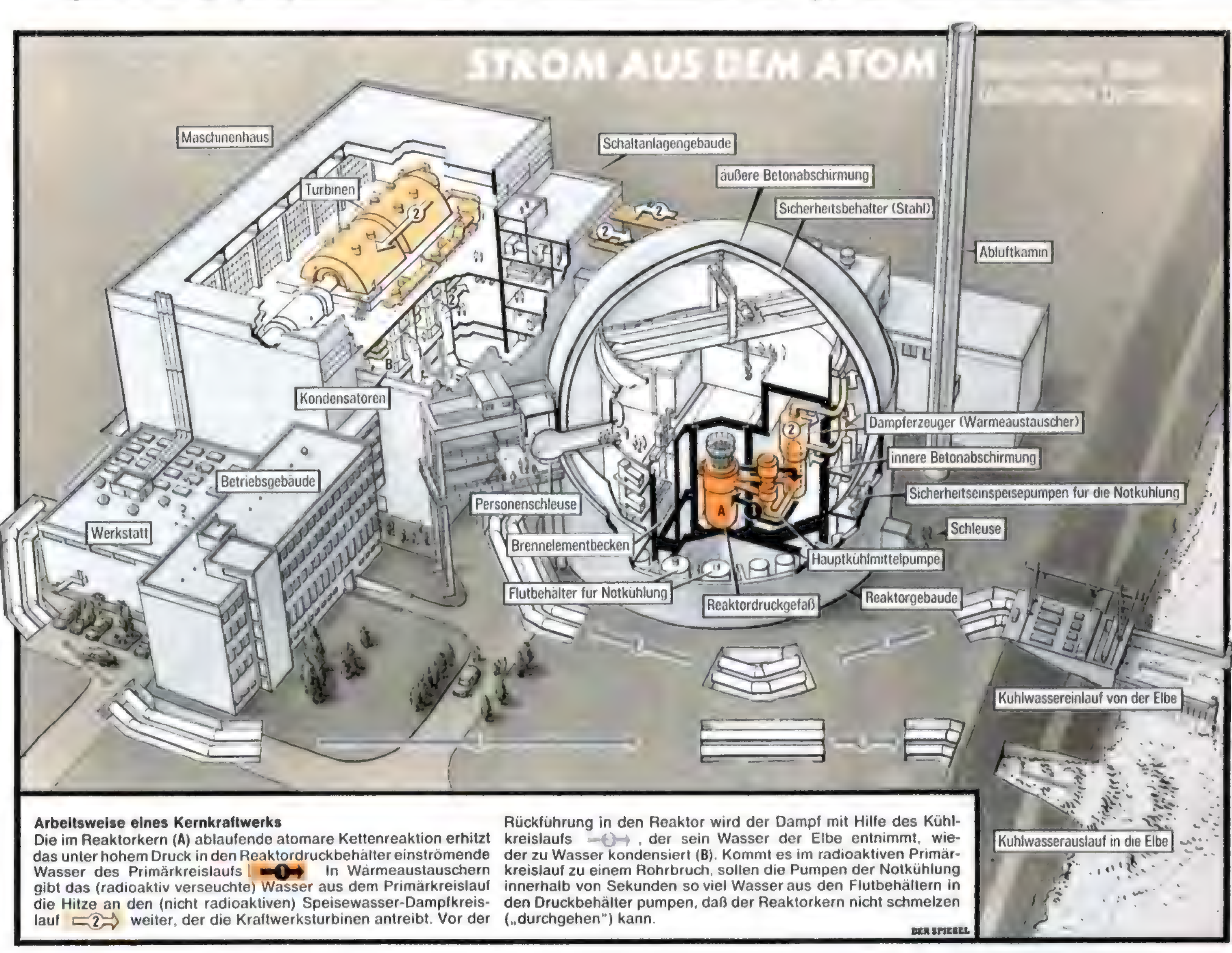
Für „überstürzt“ halte er den forcierten Bau von Kernkraftwerken, hatte damals Professor Dieter von Ehrenstein erklärt, Inhaber des Lehrstuhls für experimentelle Physik der Universität Bremen. Nur „Ignoranz oder Zynismus“ könnten einer Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für neue Atomkraftwerke das Wort reden, meinte sein Kollege, der Soziologe Manfred Hinz. Der Generalbevollmächtigte der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, Günther Scheuten, wiederum hielt der „nuklearen Opposition“ entgegen, sie betreibe „ein Geschäft mit der Angst“.

Um eine „vernachlässigbare Quantität“ handele es sich bei der Umweltbelastung durch radioaktive Strahlung, erklärte Professor Emil Heinz Graul, Direktor der Klinik für Nuklearmedizin in Marburg. „Panikstimmung“ zu erzeugen sei „unverantwortlich“.

Doch ein Graul-Kollege, der Privatdozent Bodo Manstein aus Konstanz, konterte: „Irreführung.“ Eventuelle Spätschäden, insbesondere Krebs, seien „ganz sicher“ nicht vorauszuberechnen. Die Menschheit befinde sich „in einem kurzfristig angelaufenen lebensgefährlichen Großexperiment“.

„Die Frage der nuklearen Sicherheit ist zu wichtig, als daß wir sie den Experten überlassen könnten“, meinte denn auch Herbert S. Denenberg, ein amerikanischer Versicherungsmathematiker, und wies auf einen bemerkenswerten Umstand hin: Zwar spreche das Atomestablishment stets von „kaum nennenswerten“ Risiken — aber für die Versicherungsgesellschaften sei das Atomrisiko offenbar nach wie vor ein heißes Eisen. In der Bundesrepublik übernehmen die Versicherungen eine Haftpflichtdeckung je Reaktor bis maximal 500 Millionen Mark; das entspricht gerade der Deckungssumme von 500 Kfz-Versicherungen — für höhere Schäden (bis einer Milliarde Mark) steht dann noch der Staat ein.

„Kann ein Kernreaktor wie eine Atombombe explodieren?“ fragten rhetorisch die deutschen Elektrizitätswerke in ihrer Info-Anzeigenserie. Antwort: „Nein, das ist atomphysikalisch nicht möglich“ — der Anreicherungsgrad des Urans im Reaktor reicht nicht



Arbeitsweise eines Kernkraftwerks
Die im Reaktorkern (A) ablaufende atomare Kettenreaktion erhitzt das unter hohem Druck in den Reaktordruckbehälter einströmende Wasser des Primärkreislaufs ①. In Wärmeaustauschern gibt das (radioaktiv verseuchte) Wasser aus dem Primärkreislauf die Hitze an den (nicht radioaktiven) Speisewasser-Dampfkreislauf ② weiter, der die Kraftwerksturbinen antreibt. Vor der Rückführung in den Reaktor wird der Dampf mit Hilfe des Kühlkreislaufs ③, der sein Wasser der Elbe entnimmt, wieder zu Wasser kondensiert (B). Kommt es im radioaktiven Primärkreislauf zu einem Rohrbruch, sollen die Pumpen der Notkühlung innerhalb von Sekunden so viel Wasser aus den Flutbehältern in den Druckbehälter pumpen, daß der Reaktorkern nicht schmelzen („durchgehen“) kann.





Robot-Meßfahrzeug*, Atommüll-Abfüllung: Vernachlässigbare Strahlung?

aus. Anzeigentext: „Drei Prozent Dynamit mit 97 Prozent Sand vermischt können auch nicht explodieren."

Die Auskunft trifft zu, zumindest für die jetzige Reaktorgeneration. Doch was den Super-GAU, das theoretisch denkbare Ausbrechen radioaktiver Schmelze aus dem Reaktor, angeht, so neigten weder die deutschen noch die amerikanischen Atompromoter zu übertriebener Offenheit.

Jahrelang wurden beispielsweise die 1965 in einer AEC-Studie errechneten GAU-Daten (45 000 Tote, 100 000 Verletzte, Strahlenverseuchung eines Gebiets halb so groß wie die Bundesrepublik) geheimgehalten. Dann wieder, mit ihrer Studie „WASH-1400" vom August letzten Jahres, bedienten sich die AEC-Leute eines Tricks. Statt das schreckliche Szenario eines möglichen GAU durchzuspielen, berechneten sie nur mehr dessen statistische Wahrscheinlichkeit — und kamen so zu eher harmlos klingenden Zahlen: Eine Katastrophe großen Ausmaßes, hieß es, sei etwa durch Erdbeben, herabstürzende Meteoriten oder sonstige Naturereignisse 10 000mal wahrscheinlicher als durch ein Versagen atomarer Technik.

Verschwiegen wurde wieder, was bei einem solchen Super-GAU — mit welcher Wahrscheinlichkeit auch immer — wirklich passieren könnte:

Geht der Reaktor durch und versagt die Notkühlung, so „verbiegen und zerbersten die Brennstabhüllen", sie blokkieren die Kühlwasseranlage, das Notkühlwasser kann nicht mehr heran. Nach wenigen Minuten, bei etwa 3000 Grad Celsius, schmilzt der Reaktorkern. Nach etwa 30 bis 60 Minuten „hat der einige hundert Tonnen schwere geschmolzene Reaktorkern die den Kern umgebenden Schutzbauten durchdrungen". Er sinkt, mit einer Geschwindigkeit von zwei bis vier Metern pro Stunde, in den Erdboden. Die Menge der Strahlung, die dabei freigesetzt werden kann, „entspricht in der Größenordnung der Abfallproduktion von 1000 Hiroshima-Bomben".

* Für verstrahlte Zonen im Kernforschungszentrum Karlsruhe.

Westdeutschlands größte Stadt von Atomreaktoren umringt.

Die Schilderung, gegeben von Physikern an der Uni Bremen, wurde in der Zeitschrift „Atomwirtschaft" jüngst in einer Randnotiz bestätigt. Auch eine Studie des Bonner Forschungsministeriums, hieß es da, habe gezeigt, „daß mit einem Versagen des Bodens des Reaktordruckbehälters (im GAU-Fall) gerechnet werden muß". Ähnlich konstatierte auch die American Physical Society als Fazit einer Drei-Millionen-Dollar-Studie: Mehr Aufmerksamkeit als bisher müsse dem Notkühlsystem gewidmet werden.

Gefahren herunterzuspielen bemüht sich die Atomlobby auch beim Problem der langfristigen Strahlenbelastung. „Ein Bruchteil der Mengen, die wir ohnedies zu verkraften haben", sei da zu erwarten, hieß es wieder in der E-Werk-Anzeige, „auf Bergwanderungen zum Beispiel, beim Fernsehen, bei Röntgenaufnahmen, bei Flugreisen".

Dabei freilich sind wieder Rechentricks im Spiel. Zum einen gehen solche Berechnungen von den relativ wenigen schon in Betrieb befindlichen Reaktoren aus, nicht von ganzen Reaktorbatterien, wie sie schon geplant sind.

Zum anderen ist nicht der ganze Brennstoffkreislauf berücksichtigt, einschließlich Erzabbau sowie Abfallagerung und vor allem Wiederaufbereitung spaltbaren Materials. Die Gegenrechnung: Allein das derzeit noch ungehemmt entweichende radioaktive Edelgas Krypton 85 würde im Jahre 2000 die (nach amerikanischen Standards) für die Bevölkerung zulässige

ATOM-MÜLL: PROBLEM FÜR 25000 GENERATIONEN

Radioaktive Abfälle beim Brennstoffkreislauf

Uran-235

Plutonium

URAN-BERGBAU



Radioaktive Schwebstoffe und das (gasformige) Radon-222 in den Stollen fuhren zu einer erhohten Lungenkrebsrate bei den Bergleuten

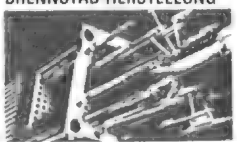
Auch aus den beim Uran-Abbau zuruckbleibenden Abfallhalden wird noch uber Jahrhunderte hinweg Radon-222 an die Atmosphare abgegeben oder Radium-226 ins Grundwasser gespult

URAN-ANREICHERUNG



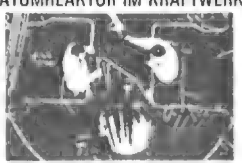
In mehreren tausend Anreicherungs-Schritten (mit Hilfe von Gasmembranen oder Zentrifugen) wird das im Natur-Uran nur zu 0.7 Prozent enthaltene leicht spaltbare Uran-235 auf 2 bis 4 Prozent fur Reaktorbrennstoffe angereichert Dabei entstehen gasformige Abfallstoffe die in die Atmosphare entweichen aber auch flussiger und fester Atom-Mull der in Deponien gelagert werden muß

BRENNSTAB-HERSTELLUNG



Aus dem angereicherten Uranmetall (oder Plutonium) werden Brennstabe gefertigt – wegen der Selbstentzundungsgefahr von staubformigem Uran in Vakuumkammern oder in einer Edelgasatmosphare. Bei Branden (wie sie schon mehrfach bekannt wurden) entstehen radioaktive Schwebstoffe

ATOMREAKTOR IM KRAFTWERK



Schwache radioaktive Abfalle werden ebenso wie das nicht auszufilternde Tritium in die Abwasser eingeleitet Daneben fallen bei jedem 1000-MW-Reaktor taglich etwa 1 bis 2 Fasser feste Abfalle an Auch hier werden strahlende Stoffe an die Atmosphare abgegeben

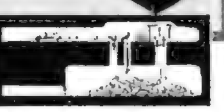
WIEDERAUFBEREITUNG



Bei der Wiederaufbereitung der Brennstabe (Ruckgewinnung des noch brauchbaren Uran-235 und des im Reaktor erbruteten Spaltstoffs Plutonium) fallt mehr Strahlenmull an als bei allen anderen Verarbeitungsstufen: vor allem das langlebige Plutonium aber auch das gasformige Krypton-85 fur dessen Ruckhaltung bislang keine ausreichenden Techniken entwickelt werden konnten

ATOMMÜLL-DEPONIE

Hier werden vorerst mittel- und niedrigaktive Abfälle von Stoffen mit langer Strahlungsdauer gelagert. Für die Endlagerung hochaktiver, langlebiger Abfallstoffe (z. B. Brennstabreste) ist bisher noch keine befriedigende Lösung gefunden. In der Bundesrepublik läuft ein Versuch, solche Abfälle in stillgelegten Salzbergwerken unterzubringen.



DER SPIEGEL

Strahlenbelastung um 100 Prozent übersteigen.

Das Risiko wächst, je mehr Atommeiler in der Nähe von Ballungszentren errichtet werden: Kein Kernkraftwerk in Westdeutschland, bei dem nicht in einem Umkreis von 20 Kilometern wenigstens 100 000 Menschen leben. Geradezu umzingelt von Atommeilern wird die größte Stadt des Bundesgebietes, Hamburg: Stade ist in Betrieb, Brunsbüttelkoog und Krümmel sind im Bau, Brokdorf, Cuxhaven und Laßrönne in der Planung. Außerdem ist die Hansestadt auch Heimathafen des Atomfrachters „Otto Hahn".

Wer noch abseits der Atomanlagen wohnt, dem wird die Radioaktivität auf Straße und Schiene begegnen. Ständige Sternfahrten bleigepanzerter Transporter sind zu gewärtigen, die das nukleare Brennmaterial und dessen strahlungsaktive Asche über Land schaffen.

Von den rund 100 Tonnen Spaltstoff, mit denen jeder neugebaute Meiler anfänglich beschickt wird, muß jedes Jahr ein Drittel ersetzt und aufgearbeitet werden. Die Mengen radioaktiven Mülls, die dabei anfallen, werden im EG-Bereich schon 1980 rund 30 000 Kubikmeter jährlich und insgesamt bis zur Jahrhundertwende mehr als zwei Millionen Kubikmeter betragen.

„Die atomare Rose verliert viel von ihrer Pracht."

Verlassene Salzbergwerke — so versuchsweise in dem Höhenzug Asse im Harz-Vorland — haben sich einstweilen als sicherste Verwahrstätte für den atomaren Müll erwiesen. So soll denn auch die westdeutsche Wiederaufbereitungsanlage nach Möglichkeit direkt über einem Salzstock errichtet werden — der strahlende Müll fiele wie bei einem Plumps-Klo in die Tiefe.

Einen Sieg haben die Atomgegner Anfang Mai in den USA errungen: Für vorläufig drei Jahre soll die Verwendung von Plutonium als Reaktorbrennstoff ausgesetzt werden — Plutonium ist die gefährlichste Substanz im ganzen Atomgeschäft, einer der stärksten Krebsauslöser und noch dazu weit giftiger als das stärkste Nervengift.

Das US-Moratorium, so umschrieb ein Umweltschützer in Washington, „gibt der Welt eine Atempause, in der es uns erspart bleibt, Plutonium einzuatmen".

Überhaupt scheint in den USA der Marschtritt zur Atomenergie etwas verlangsamt. An die hundert schon erteilte Orders zum Bau neuer Atomkraftwerke wurden in den letzten Monaten entweder storniert oder um Jahre verschoben. „Die atomare Rose verliert viel von ihrer Pracht", meinte John O'Leary, ehemals Direktor bei der AEC.

O'Leary bezog sich dabei auch auf die schier endlose Serie kleinerer oder größerer technischer Pannen, von denen die Atomstrommeiler in den letzten Jahren heimgesucht wurden. Ein Teil der Atomkraftwerke mußte solcher Pannen wegen für mehr als die Hälfte der Zeit stillgelegt werden.

Insgesamt lieferten alle Kernkraftwerke der Welt 1973 nur während 58 Prozent ihrer möglichen Betriebszeit Strom. Auch die fünf bundesdeutschen Kernkraftwerke, die 1973 in Betrieb waren, mußten Ausfallzeiten hinnehmen. So fielen in Stade zwei Hauptkühlmittelpumpen aus. Reinigungsarbeiten am Reaktorkern von Gundremmingen dauerten fünf Wochen. Den Meiler Obrigheim legte erst ein Leck, dann ein Blitzschlag lahm.

Lingen mußte Anfang September 1973 abgeschaltet werden, weil durchlöcherte Dampfumformer Radioaktivität austreten ließen; die Anlage fährt erst seit Oktober letzten Jahres wieder volle Last. Und zu einer ganzen Serie massiver Fehler, darunter Leckage-Unfällen im Reaktorkühlkreislauf, kam es beim Kernkraftwerk Würgassen, das im November 1972 erstmals in Betrieb genommen worden war.

Die Anlage war zunächst nur für sechs Monate in Gang gekommen — gleich 13mal im Laufe des Jahres 1973 verzeichnete das Betriebsdiagramm das Notfall-Kürzel „RESA" (Reaktorschnellabschaltung). Von Februar 1974 bis April dieses Jahres war die Anlage, nach einem besonders schweren Störfall, außer Betrieb. Allein im letzten Jahr fuhr Würgassen dem geplagten Energiekonzern Preußenelektra 60 Millionen Mark Verlust ein.

Wie unsicher der Umgang mit dem strahlenden Brennstoff immer noch ist, zeigen auch die Berichte aus den USA: Zwischen dem 1. Juli 1973 und dem 30. Juni 1974 verzeichneten die Inspektoren der AEC insgesamt 3333 Verstöße gegen Sicherheitsvorschriften. 98 davon fielen in die Kategorie „besonders schwer". Zwei Unternehmen wurde die Lizenz entzogen, sechs weiteren wurden Bußgelder in Höhe von insgesamt 37 000 Dollar auferlegt.

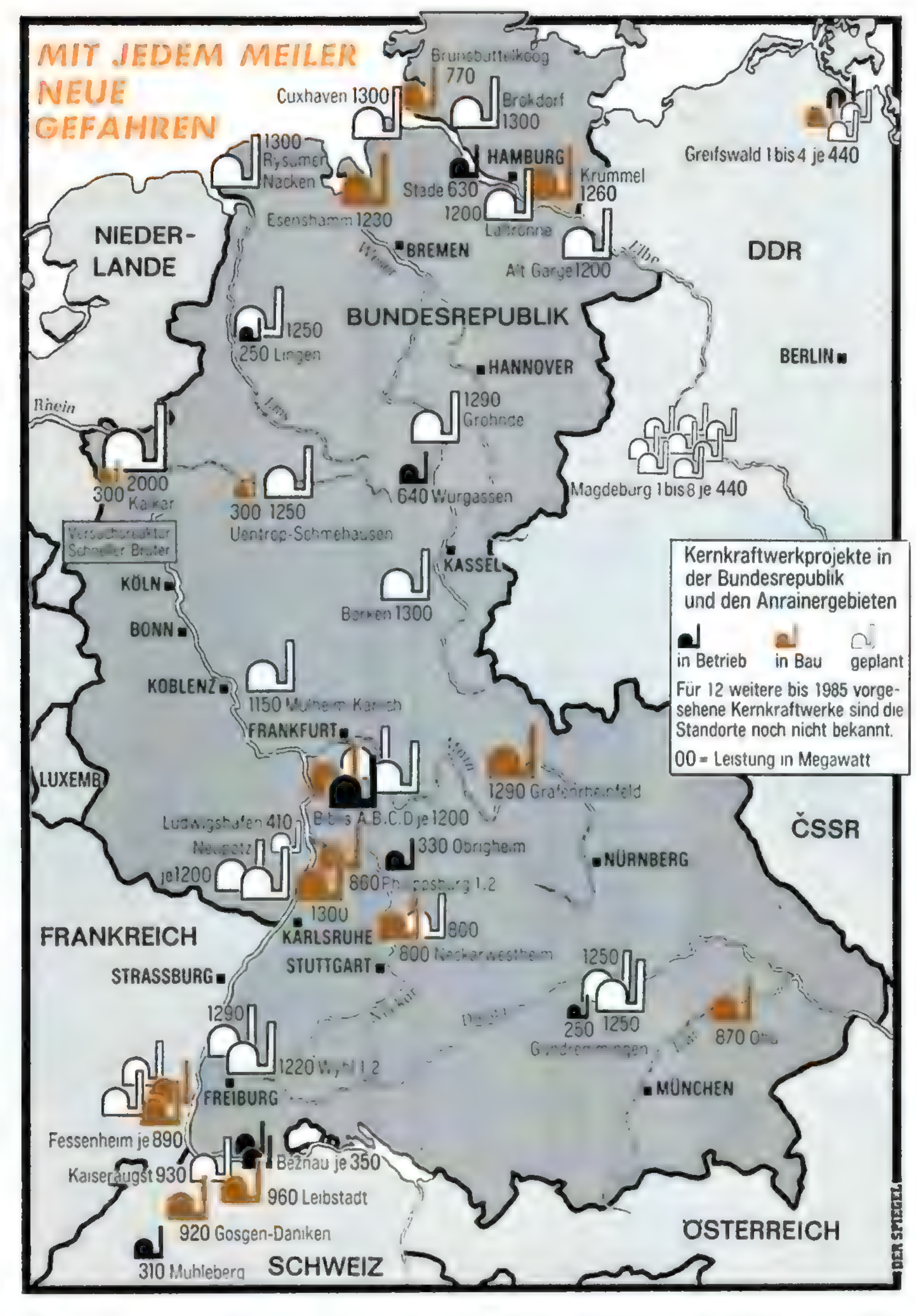
„Mich ärgert die Arroganz, mit der die AEC von Sicherheit redet", kommentierte unlängst Henry W. Kendall, Atomphysiker am Massachusetts Institute of Technology, die zahlreichen Zwischenfälle. „Near Misses", Beinahe-Katastrophen, habe es nun auch in der Atomindustrie weiß Gott genug gegeben.



Lagerstätte Salzbergwerk Asse: Im Jahr 2000 zwei Millionen Kubikmeter Atommüll

Und die Atompannen sind teuer. Sieben Monate lang arbeiteten insgesamt 700 Männer (weil sie wegen der Strahlenbelastung immer wieder ausgewechselt werden mußten), um eine lädierte Dampfrohrleitung am „Indian Point"-Kraftwerk der New Yorker Elektrizitätsgesellschaft Con. Edison zu reparieren. Kosten: eine Million Dollar.

Eine vergleichbare Reparaturarbeit in einem konventionellen Kraftwerk hätte von 25 Leuten in zwei Wochen erledigt werden können. „Ist womöglich", fragte der „Christian Science Mo-



nitor“, „die Atomtechnologie einfach zu komplex, um auf lange Sicht praktikabel zu sein?“

Zweifel am forcierten Aufbau neuer Reaktorkapazitäten regen sich mittlerweile überall: aus Sicherheitsgründen und weil es fragwürdig erscheint, ob die Umstellung auf Atomstrom wirklich den erhofften wirtschaftlichen und energiepolitischen Nutzen bringen werde.

So hält etwa Professor Eduard Pestel, Mitautor der zweiten „Club of Rome“-Studie „Menschheit am Wendepunkt“, die Serienproduktion von Atomreaktoren in einer Welt, die ohnehin aus den Fugen zu gehen droht, für ein „furchterregendes Unterfangen“.

Utopisch bleibt auch die Vorstellung, die Industrienationen könnten sich mittels Atomkraft in zehn oder 20 Jahren eine eigenständige Energieversorgung aufbauen und sich damit freimachen vom Ölpreis-Diktat der Scheichtümer. Trotz des klotzigen westdeutschen Atomprogramms beispielsweise wird nach Bonner Schätzungen der Anteil der Ölimporte am Gesamtenergieaufkommen bis 1985 (von derzeit 55) nur auf 44 Prozent geschrumpft sein.

Wenn überhaupt Verminderung der Ölabhängigkeit, dann frühestens in einem Zeitraum von 30 oder 50 Jahren — und auch dann nicht mit der gegenwärtigen Generation von Atomreaktoren. Denn die Vorräte an leicht spaltbarem Uran, das als Brennstoff für diese Reaktortypen gebraucht wird, sind zumindest so begrenzt wie die Ölreserven. Die derzeit bekannten Uranvorkommen reichen gerade aus, die schon in Betrieb oder im Bau befindlichen Reaktoren für eine Betriebszeit von 40 Jahren zu versorgen.

Folge: Wenn sie das prognostizierte Wachstumstempo beibehalten wollten, müßten die Energieerzeuger sich — wohl oder übel — mit einer Technologie einlassen, deren Sicherheitsrisiko noch weit größer und deren Wirtschaftlichkeit noch fragwürdiger ist als die der ersten Reaktorgeneration: mit den sogenannten „schnellen Brütern“.

Die Brüter, von denen es heißt, sie könnten mehr atomaren Brennstoff erbrüten, als sie verbrauchen, sind wahrhaftig fast so etwas wie einbetonierte Atombomben: Ihr Kern ist gefüllt mit jeweils 250 oder gar 1000 Tonnen des Bombenrohstoffs Plutonium 239.

„Unvernünftig“ nannte Edward Teller, Vater der Wasserstoffbombe, den amerikanischen Entwicklungsaufwand (acht Milliarden Dollar) für schnelle Brüter. Und Eugene Wigner, Physiker und Nobelpreisträger, meinte: „Ich bin nicht sehr glücklich mit diesem Konzept. Die Vorstellung, so viele Tonnen Plutonium auf einem Haufen zu haben, schreckt mich.“

„Wir könnten den Terroristen und Kriminellen in der Welt“, so argumentierte Les Aspin, Demokrat aus Wisconsin, kürzlich in Washington, „keinen größeren Gefallen tun, als dieses Element (Plutonium) zu einer Handelsware zu machen, die in Tonnenquantitäten über Land geschafft wird.“ Anfang letzten Monats zogen amerikanische Regierungsstellen die Konsequenz: Für den am Clinch River in Tennessee geplanten Demonstrations-Brüter forderten sie eine neue (mindestens 18 Monate Zeitaufwand erfordernde) Studie an. Geklärt werden soll, ob das Vorhaben „schnelle Brüter“ überhaupt sinnvoll sei.

Bonns Forschungsminister Hans Matthöfer hingegen lobte Anfang März auf einer „Interatom“-Tagung in Bensberg das deutsche Brüterprojekt in hohen Tönen. Der Demonstrations-Brüter SNR 300 — der bei Kalkar am Niederrhein entsteht und gegen dessen Bau im letzten Herbst 8000 Holländer protestiert hatten — gewähre doppelten Nutzen. Das Teufelszeug Plutonium sei dort „sicher zu lagern“ und könne „obendrein noch Strom erzeugen“.

„Nur noch bedingt auf Kernkraft bauen.“

Dabei sind auch für die deutsche, noch relativ bescheidene Brüterentwicklung die voraussichtlichen Kosten schon von einer auf zwei Milliarden Mark geklettert. Und es mehren sich die theoretischen Zweifel, ob der Reaktor wirklich einen Überschuß an Spaltstoffen erzeugen werde.

Der Traum von der billigen Energiequelle Atom scheint ausgeträumt. Mangelnde Preiswürdigkeit zum Beispiel bremst auch eine Alternative, die

sonst in vieler Hinsicht den bestehenden Technologien überlegen wäre: den Hochtemperatur-Reaktor, wie er etwa am Kernforschungszentrum Jülich entwickelt wird. Er würde weit weniger Sicherheitsprobleme aufwerfen als derzeit gängige Reaktoren oder gar die Brüter. Der Jülicher Reaktor, bei dem der in Kugelbriketts aus Graphit eingeschlossene atomare Brennstoff mit Gas gekühlt wird, böte außer höherer Sicherheit und vergleichsweise geringer Strahlungsabgabe noch einen weiteren Vorteil: Wenn in einigen Jahrzehnten das Uran zur Neige geht, könnte er mit (reichlich vorhandenem) Thorium betrieben werden.

Nicht zuletzt, weil sich solche zumindest risikoärmeren Entwicklungen abzeichnen, plädieren viele Experten dafür, energiepolitische Weichenstellungen noch hinauszuzögern. Zwar ist ohne die neuen Energiequellen auf lange Sicht nicht auszukommen — aber sich weiter hektisch in das Atom- oder gar Plutonium-Abenteuer zu stürzen brächte zu große Gefahren mit sich.

„Nur noch bedingt", meint Wachstumsprofessor Pestel, dürfe man „auf Kernkraft bauen". Aber was statt dessen? Der Rückgriff auf Kohle brächte neue Umweltsorgen, Zurückschrauben des Bedarfs bedeute Stagnation. Eine gewisse „Hilflosigkeit und Konfusion" mache sich bei den Experten bemerkbar.

Paul Ehrlich, entschiedener Verteidiger der irdischen Lebenssphäre, äußerte sich dezidiert: „Sparsamer Umgang mit den fossilen Brennstoffen könnte uns als Brücke ins 21. Jahrhundert dienen — wenn vielleicht andere Technologien, von der Sonnenenergie bis hin zur Kernverschmelzung, möglich werden."

Waldeslust und Widerstand

Peter Brügge über die „ständige Platzbesetzung" auf dem Kraftwerk-Baugelände in Wyhl

Der arbeitslose Lehrer Hartmut Gründler aus Tübingen fastet seit drei Wochen, weil er will, daß der Bonner Forschungsminister die volle Wahrheit über Atomkraftwerke in einer Wanderschau unters Volk bringt. Zum Schauplatz seiner Nahrungsverweigerung wählte der Lehrer den von Breisgauer Bürgerinitiativen weiterhin besetzten Bauplatz des Kernkraftwerkes (KKW) Wyhl-Weisweil.

Für Abscheu gegen die nukleare Herstellung von Strom findet sich nämlich in Europa kaum ein Resonanzboden wie diese abgeholzte Lichtung im Rheinwald. Was dort unter der Pflege der Besetzer, insbesondere der weiblichen, seit dem Abzug der Polizei erwuchs, ist ein Jahrmarkt des gewaltlosen Widerstands, mit Restaurationsbetrieb. Verkauft werden die „Besetzerzeitung" und abschreckende Erkenntnisse zur Sache, ferner Würstchen und Kaiserstühler, Kaffee und Kuchen; dazu T-Shirts mit dem Aufdruck, der zum Signum einer erstmals wieder populären Welle deutschen Aufbegehrens wird: „KKW — NEIN!"

Solange sie dieser über Wyhl und Weisweil längst hinausweisenden Devise dienen und politisch nicht zu extrem auslegen, können Figuren wie der missionarisch glühende Gründler sich hier ungeschoren, wenngleich ungebeten, niederlassen. Der Schlagbaum der Wachhabenden öffnet sich für Anhänger der Stromerzeugung mittels Wind, für Verfechter wie Vereinsmeier der Volksgesundheit, für politische Wallfahrer, die sich von weither mit Schlafsack, Klampfe und Selbstgedrucktem auf den Weg zu einem endlich ermutigenden Basiserlebnis begaben wie weiland die Heiligen Drei Könige zur Krippe.

Die Aufpasser selber, die 20 sogenannten „ständigen Platzbesetzer", sind sämtlich erst vom Magnetismus der rebellischen Volksbewegung in den Rheinwald gezogen worden. „Freiberufler" nennen sie sich. Und die fleißigen Winzer und Handwerksleute, denen sie den müßigen und doch unabdingbaren Aufenthalt am „Platz" somit abnehmen, bemühen sich sichtlich, in ihnen nicht mehr Tagediebe oder Gelegenheitsarbeiter zu sehen, sondern Männer von ungeahnter Nützlichkeit.

Den Kaiserstühler Streitgenossen aus 21 Bürgerinitiativen und ebenso vielen nein sagenden Splittergruppen erscheint fast jeder wie Verstärkung, der in ihrer Richtung schreibt und protestiert. Aber sie merken schon, daß viele in ihnen bloß die endlich bewegte Masse sehen, in die es nun die rote Fahne pflanzen heißt. „Sie komme wie die Fliege", staunt Heinz Siefritz, Elektromeister zu Weisweil und gewählter Sprecher sämtlicher KKW-Verneiner vom Kaiserstuhl.

Großkalibrige Schrifttafeln und Wandparolen erwecken auf dem Bauplatz den Eindruck, daß der Impetus des Widerstandes über die heimische Interessenwahrung hinauszielt: „Für das Leben!" heißt es, „Gegen den Profit". Man kann noch lesen, womit es begann: „Glaubt dem Filbinger kein Wort — Atomkraftwerk ist Völkermord." Daß anderswo die Bedrohung aus den Reaktoren nicht weniger schöngefärbt wird, haben sie danach gelernt, folglich wird groß angeschrieben: „Kein Atomkraftwerk in Wyhl — und anderswo." Ein einflußreicher Bremser des aufgeschäumten Widerstandes erntet andererseits auch Zustimmung mit einer schmaleren Perspektive: „Hier ist der Standort ungeeignet" und „Wir müssen mit dieser Landesregierung auch weiterhin leben".

Inmitten von roh aus Baumstämmen gezimmerten Nothütten entstand, geräumig wie ein Vorstadtkino, das



Besetzter Kraftwerk-Bauplatz in Wyhl: Preisskat und Hungerstreik

„Freundschaftshaus" auf dem Bauplatz, eine Jurte mit offener Feuerstelle. Arbeiter und Winzer, Hausfrauen und Bäuerinnen haben sich dort nach und nach von Experten wissenschaftlich für die Fortsetzung ihres Feldzuges gegen die schnellen, gefälligen Seller der Kernkraft salben lassen. Winzer und Bauern mit 300 Schweinen im Stall reden folglich über Radionuklide sachkundig wie über Öchslegrade und die Schlachtviehpreise der EG.

Eine studentische Theatergruppe aus dem nahen Freiburg schwimmt euphorisch in der spontanen Zustimmung derart Eingeweihter, wenn sie etwa über „das Problem der Schweißnahtlegung" witzelt. Selbst unter eingeborenen Kartenbrüdern, die sich inmitten von Waldeslust und Widerstand zu einem sommerlichen Preisskat versammeln, zündet das. Wer hier nein zum KKW sagt, weiß, welche Radioaktivität dank der vorerst unberechenbaren Anfälligkeit von Schweißnähten aus einem Reaktor in die Umwelt strahlt.

In Mundart verfluchen Bänkelsänger im Rheinwald einen industriellen Tod. Und die geschockten Landfrauen malen, unterrichtet auch schon über künftige Reaktorgenerationen von der Sorte „schneller Brüter" und deren Brennstoff, ein alemannisches Menetekel an die Wand: „Plutonium läbt 24 000 Johr, wäge dem is Atommüll ä ganz großi Gfohr."

Nach dem, was sie nun von unbefangenen Wissenschaftlern gehört haben, fühlen sie sich mehr denn je im Recht mit ihrem Widerstand gegen Filbingers Polizei: im reinen mit Artikel 2, Grundgesetz („Das Recht auf Leben"), abgesichert überdies durch den Zuspruch von Moraltheologen.

Volksunmittelbare Volkshochschule — auch dazu dient der Bauplatz heute (außerdem als Zufluchtstätte freier Liebesübung). Zu diesem Volk kommen die Referenten unentgeltlich auf den Boden der Illegalität: Atomphysiker wie die Experten von Weinbau und Bienenzucht, und die Politiker dazu. Der SPD-Landesvorsitzende Eppler hatte ein volles Rundhaus und nicht minder der CDU-Fraktionschef Lothar Späth aus dem Landtag, den später die Erkenntnis übermannte, so weit nicht gehen zu dürfen. Genaugenommen hüteten sich beide — aus Rücksicht auf Bonn wie auf Stuttgart —, KKW nein oder KKW ja zu sagen, und Freiburger Theaterstudenten haben das vor einem sachverständigen Volk parodiert.

Wyhl — was das nun für ein Zugwort ist, merkten soeben die am Kaiserstuhl geschätzten Studenten und Assistenten eines „Umweltschutz"-Komitees der Freiburger Uni, die in Wyhl-Weisweil einen „Kongreß gegen Kernkraftwerke" zusammenriefen. 80 Spezialisten einschlägiger akademischer Fachschaften und Bürgerinitiativen meldeten sich an, doch fünfmal so viele kamen an den Rhein geknattert.

Da begriffen die Freiburger, wie schnell die neue Bewegung anschwillt und welche Rinnsale ihr emsig entgegenstreben. Nur noch die Reithalle von Weisweil reichte, die undefinierbare Kongreß-Mischung zu fassen, aus der sich erst sachte, dann eruptiv neben den neutralen Kernkraftgegnern Systemüberwinder von ganz links bis ganz rechts heraushoben.

Die gastlichen Kaiserstühler Bürgerinitiativen und die Studenten aus Freiburg haben das nicht gerne. Aber ihre Sprecher konnten in ihrer lieben Tonart nicht verhindern, daß zunehmend die Frage der Mobilmachung gegen das profitkapitalistische, wachstumsbesessene, nach Kernkraftwerken lechzende System den Tattersall beherrschte. (Kernkraft staatskapitalistischer Comecon-Staaten war da keine Rede wert.)

Als gelte es, nach all dem vergeblichen Ringen um die Mobilisierung der Arbeiterklasse mit diesem unverhofft freigesetzten Nein zur Kernkraft endlich die ersehnte revolutionäre Kettenreaktion in Gang zu bringen, klammerten sich akademische KPD-Funktionäre weit über ihre Redezeit ans Mikrophon. Kommunisten mit einer zuvor säuberlich naturwissenschaftlichen Terminologie verfielen wie im Fieber in die landfremde Sprache eines antikapitalistischen Volkskampfs, in den sie sich wie in einen schon abgegangenen Stafettenlauf offenbar nur noch einzugliedern gedenken.

Eine Studentin schrie da gellend „Scheiße" und riß einem reinen Roten aus Bremen das Mikrophon aus der Hand. Vergebens flehte einer der Freiburger, Mediziner und im Umgang mit den Bürgerinitiativen bescheiden geworden, die von der Realität steil abhebenden Revolutionäre an, sich „nicht wieder ins Abseits zu bringen wie bei der hochschulbornierten Studentenbewegung".

Das Fieber griff dessenungeachtet auf einen erklärten Rechten wie den Bremer Staatsrechtler Walter Soyka über, der bislang eher durch Bundhosen, Trachtenjanker und einen brillanten Umgang mit technischen Details aufgefallen war. Wie ein wagnerisches Leitmotiv brach plötzlich sein Glaube an die arglistige Weltverschwörung von Kernkraftprofitanden hervor. In einer radioaktiv verseuchten Gesellschaft, rief er, würde durch Zuweisung der „Antikrebs-Tablette, die bald da ist", die Arterhaltung einer KKW-konformen Elite betrieben. Und wer dann nicht spurt, sagt Soyka, gehe über den Deister.

Die absolute Mehrheit des Kongresses stimmte hastig für die Abschaffung



KKW-Gegnerin


Freiburger Studententheater



Info-Stand



Nahrungsverweigerer Gründler

Kernkraft-Gegner in Wyhl
„Sie komme wie die Fliege"

jeglicher, auch der schon tätigen, auch der nur wissenschaftlich nutzbaren Kernreaktoren im Lande. Eine geplante Schlußkundgebung auf dem Bauplatz kam nicht mehr zustande. Die vielen Sonntagsbummler dort klatschten zerstreut bei der Durchsage der Resolution.

An sich drängt es sie nicht zu so globalen Forderungen. Der Mehrheit der KKW-Opponenten gilt die Besetzung des Baugrunds eben als Unterpfand dafür, daß einen nicht noch mal Staat und Atomwirtschaft über die Löffel balbieren.

Die Kaiserstühler Bürgerinitiativen haben der Regierung in Stuttgart ja schon im März angeboten, den Platz zu räumen; wollten es allerdings schwarz auf weiß, daß dort nichts geschehe, ehe man nicht das letzte Risiko für Gesundheit und Umwelt ausgeschaltet und in der prozessualen Hauptsache den Spruch der letzten Instanz in Händen habe.

Drei Monate lang sah es aus, als ließe die irritierte Obrigkeit mit sich überhaupt nicht reden, solange die Platzbesetzung währt. Jetzt sahen sich die Sprecher sämtlicher Initiativen am Kaiserstuhl durch ein von Filbinger ausgehendes Angebot angespornt zu einer Kompromiß-Debatte.

Zwar, gegen vorschnellen Abzug ihrer Platzwachen, wie das da zur Grundbedingung erhoben wurde, stimmten sie einhellig. Doch waren Töne in dem Vorschlag aus Stuttgart, die sie dazu bewogen, auch ein Schrittchen entgegenzukommen: Unabhängige Gutachter verlangen sie für ihren Rechtsstreit gegen die Kernkraft am Rhein und Mitbestimmung bei deren Auswahl; keinem Nein-Sager dürfe Strafe oder die Forderung nach Schadenersatz drohen; vor Abschluß des Hauptverfahrens solle es keine Bauarbeiten mehr geben.

Alsdann aber käme die Räumung in Frage (die sie in Wahrheit lieber heute als morgen vollzögen). Beispielsweise lastet nämlich vielen biederen Herrschaften aus diesen Bürgerinitiativen die Vorstellung auf dem Gemüt, sich Jahr um Jahr der „Freiberufler", dieser lüftigen Gesellen, bedienen zu müssen. Es verdrießt sie, wie die Burschen von den verschworenen Landfrauen, welche ohnehin einen Löwenanteil an der Bürde des Widerstands auf sich luden, noch reihum bekocht und sogar dazu angehalten werden, sich die Fingernägel zu putzen.

Mitunter geraten die „Freiberufler" in unerwünschter Weise handgreiflich mit jenen Außenseitern aneinander, die sich, mit Vorliebe betrunken und nachts, für die Sache der Kraftwerksfreunde in Marsch zu setzen pflegen. Das Ohr eines ständigen Besetzers, das Auto eines braven Besitzers wurden dabei bisher zerschlagen, Zufahrtswege zum Platz mit Nägeln bestreut. Dahinter, raunt es in den Initiativen, steckten wohl die Badenwerke.

Aber es leben bekanntlich Mitbürger, die das KKW in ihrer Nähe entschieden bejahen. Die sich einen schönen Gewinn, speziell für das Wyhl der kleinen, besitzlosen Leute, erhoffen und ihr Wissen aus der gesüßten Aufklärungskampagne der Badenwerke bezogen. Bei der Volksabstimmung in Wyhl (2700 Bewohner) waren das vor der Platzbesetzung 55 Prozent. Sie treten nicht ins Licht. Ihr Forum sind vorwiegend Gasthöfe, in denen kein Neinsager sein Viertele trinkt.

Mehrheit sind sie, und doch verschwindend. Das Hundertfache ist allein auf einer Protestliste am Kaiserstuhl zusammengebündelt zu einem Nein, wie es die zweite deutsche Demokratie noch nicht zu verdauen bekam. Zum erstenmal kommt etwas auf sie zu, das plebiszitäre Urkraft ist — und mehr als ausgezählte Mehrheit. ◆

PRESSE

Kalte Ente

„Quick"-Chef Nouhuys darf vom „Stern" nicht „Doppelagent" gescholten werden. Dafür nennt er den „Stern"-Chef Nannen einen Rufmörder.

Es begann in Ost-Berlin auf einer Pressekonferenz mit Walter Ulbrichts Regierungssprecher, in einem Winter Anfang der fünfziger Jahre. Der holländische Journalist Heinz Losecaat van Nouhuys, damals 23, kam unversehens, so schildert er es heute, mit einem Ost-Berliner Teilnehmer ins Gespräch, einem erkennbar „hohen Tier": Der Mann fuhr damals, in düsterer Nachkriegszeit, bereits eine tschechische Luxuslimousine.

Reporter Nouhuys (sprich: Nauheus), auf ergiebige Informanten stets erpicht, verabredete sich mit dem Unbekannten zu weiteren Gesprächen, wohl ein dutzendmal in den nächsten zwei, drei Jahren, meist im Pankower Presseklub, einmal auch privat in Köpenick. Dann, um 1955, habe er den Kontakt einschlafen lassen, weil für ihn nichts Greifbares herausgesprungen sei: Mehr, erinnert sich Nouhuys heute, sei damals nicht gewesen.

Und mehr darf, wie das Münchner Landgericht am Montag letzter Woche entschied, über Journalist van Nouhuys und seinen alten Draht zum Osten auch künftig nicht spekuliert werden — auch wenn mittlerweile feststeht: Sein damaliger Kontaktmann, der sich Wagner nannte, war Oberst des Ost-Berliner Staatssicherheitsdienstes (SSD).

Die Münchner Landrichter hatte Heinz van Nouhuys, 45, heute Redaktionsdirektor der Münchner Illustrierten „Quick", denn auch gegen eine andere als seine harmlose Version vom Plausch im Klub mobilisiert — und die hatte das Konkurrenz-Blatt „Stern" im Oktober 1973 in Umlauf gebracht: Unter dem Decknamen „Nante" soll Nouhuys als SSD-Agent binnen sechs Jahren fast 200 000 Mark kassiert haben. Unter dem Tarnnamen „Handwerker" sei er zudem, so der „Stern", ungefähr gleichzeitig dem Bundesnachrichtendienst (BND) gefällig gewesen. „Stern"-Überschrift: „Der Doppelagent."

Die künftige Verbreitung dieser Vorwürfe wurde „Stern"-Chefredakteur Henri Nannen, 61, und drei seiner Mitarbeiter nun in einem gerichtlichen 16-Punkte-Katalog untersagt; Strafe bei Zuwiderhandlung: eine halbe Million Mark. Der Münchner Landgerichtsdirektor Joachim Czirwitzki über das ihm vorgelegte „Stern"-Material: „Überhaupt kein Beweis."

„Purer Schwindel", triumphierte Kläger Nouhuys über die Hamburger „Verleumdungsgeschichte", ließ auf einer Pressekonferenz eine „Kalte Ente à la Nannen" auffahren und schaltete, juristisch rehabilitiert, journalistisch auf Gegenangriff — gegen ein „Komplott", an dem sich auch der Bonner Kanzleramtschef zu Willy Brandts Zeiten, Horst Grabert, beteiligt habe. „Quick"-Schlagzeile für Henri Nannen: „Rufmörder."

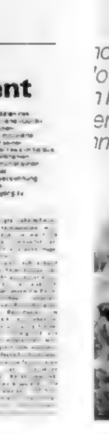
Bis zur bereits angekündigten „Stern"-Berufung ist mit dem Punktsieg — Nannen und Mannen erhielten vier Fünftel der Prozeßkosten aufgebrummt — vorerst eine Kontroverse abgeschlossen*, die vom gegenseitigen politischen Feindbild mancher Beteiligten stärker motiviert schien als von journalistischem Überblick: links der „Stern" und rechts die „Quick"; die einen Fürsprecher, die anderen Gegner der Bonner Ostpolitik. Doch auch hier

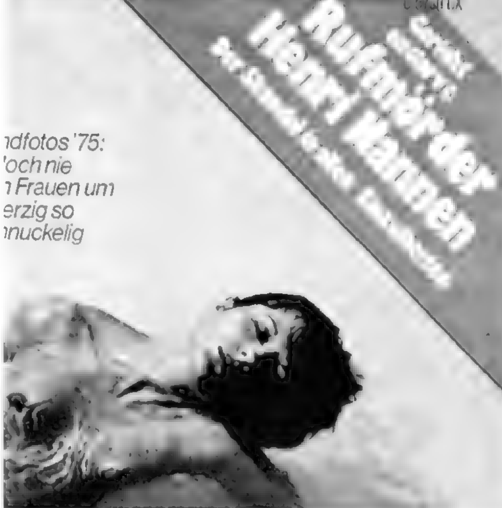
Ausgelöst worden war das Branchengetümmel von einem „Stern"-Mitarbeiter, der vorletztes Jahr auf den alten Nohuys-Kontakt zu Oberst Wagner gestoßen war. Irgendwo in Ost oder West sichtete Nannen-Rechercheur Sepp Ebelseder, wie er eidesstattlich versicherte, eine Vielzahl mit Nouhuys-Unterschriften versehener Quittungen. Sein ungenannter Informant präsentierte ihm, „im Original und in Photokopie", zugehörige Dokumente, aus denen für Ebelseder zweifelsfrei Nouhuys' SSD-Tätigkeit hervorging.

Doch als vereidigter Zeuge fiel der Augenzeuge aus: Nouhuys verklagte ihn zusammen mit Nannen auf Unterlassung. Und bei der prozeßentscheidenden Frage mußte der „Stern" passen: Ebelseder hatte zwar einen Stapel Ablichtungen der vermeintlichen Nouhuys-Skripte für den SSD (mit einem Sammelsurium von Bonner, Berliner und Pressethemen) mitbekommen, aber









„Stern"-Agentenstory, „Quick"-Dementi: Mit Stapeln von Dossiers in Beweisnot

gelten die Show-Regeln der bunten Branche — jüngstes Beispiel: der Bonner Abhör-Skandal, der zur „Stern"-Affäre wurde (SPIEGEL 26/1975).

Prompt zog sich Nouhuys denn auch letzte Woche eine einstweilige Verfügung — Strafe bei Zuwiderhandlung: eine halbe Million — von Nannen zu: Ein angeblich vom „Stern"-Chef gefälschtes Photo, Nannen mit dem damaligen Kreml-Chef Bulganin, erklärte Nannen für echt; und auch der Vorwurf, „Stern"-Fragen an Moskaus Parteichef Breschnew habe man sich, für den Leser nicht ersichtlich, vom Kreml vorschreiben lassen, trifft so nicht zu: Die Moskauer Gesprächsbedingungen vor zwei Jahren wurden im „Stern" ausdrücklich vermerkt.

* Vor einer Münchner Kammer für Handelssachen ist ein Parallelprozeß des „Quick"-Verlages gegen den „Stern"-Verlag allerdings noch im Gang. Bei ähnlichem Ausgang wie im Nouhuys-Verfahren will „Quick"-Verleger Heinrich Bauer (Hamburg) Schadenersatz für eine vom „Stern" verursachte Einbuße im Vertriebs- und Anzeigengeschäft einklagen.

keine Originale. Die Kopien, auch von angeblichen Nouhuys-Quittungen für SSD-Honorare, verwarf das Gericht als Beweismaterial sogar dann noch, als der „Stern" bei einer West-Berliner Ex-Braut von Nouhuys alte Schreibmaschinen-Skripte auftat, deren Schriftbild mit dem etlicher Berichte übereinstimmt. Schrift-Gutachter des „Quick"-Verlages nannten „die Vorlage von Originalschriftspuren für eine Echtheitsuntersuchung unabdingbar". Nannen: „Der Unterschied zwischen wahr und beweisbar."

Nichts Beweiskräftiges hatten die Hamburger mithin der Nouhuys-Mutmaßung entgegenzusetzen, Ebelseder sei von „Ost-Berliner Desinformationsquellen" geleimt worden. Nicht einmal dessen Fundgrube mochte das Blatt bislang offenbaren, das drei Wochen vor dem Nouhuys-Flop bereits eine offensichtlich in der DDR recherchierte Ebelseder-Story druckte: Dokumente



„Stern"-Chef Nannen
Von Bonn hängengelassen

vom Unfalltod des Ost-Händlers Horst Bosse auf DDR-Straßen.

Mittlerweile scheut Nannen den Ost-Ruch um so mehr, als „Quick" und „Welt" östliche Desinformation selbst in solchen „Stern"-Beiträgen wittern, die aus westlichen Quellen stammen. Nur eins bestätigt „Stern"-Anwalt Heinrich Senfft: daß „die, bei denen Ebelseder die Originale eingesehen hat, sie bislang nicht hergeben wollen".

Und auch eine zweite Quelle versiegte dem „Stern": im Bonner Bundeskanzleramt. Amtschef Horst Grabert, dem seinerzeit der BND unterstand, mußte sich für die „Stern"-Dossiers über Nouhuys „im Zuge der dienstlichen Obliegenheiten" (Grabert) interessieren — in diesem Fall: seiner nachrichtendienstlichen.

Überdies liegt auf der Hand, daß der BND die Chance, einen Ostagenten zu enttarnen, auch durch einen Informationsaustausch wahrnimmt, und sei es mit einer Illustrierten. Ebenso klar ist aber, daß Auskünfte über derlei Kooperation allenfalls in einem Strafverfahren gegeben werden. Mithin konnte der „Stern" in seinem Zivilprozeß kaum mit amtlicher Schützenhilfe rechnen. Grabert-Nachfolger Manfred Schüler jedenfalls beschied das Münchner Landgericht auf Anfrage knapp, daß sich Agententätigkeit, Bezahlung und Decknamen von Nouhuys weder für West- noch für Ostkontakte belegen lassen.

„Es ist richtig", bestätigt Regierungssprecher Klaus Bölling, „daß es Kontakte zum ‚Stern' gegeben hat. Aber diese waren im nachrichtendienstlichen Interesse." Mit den Interessen des „Stern" muß Henri Nannen allein fertig werden: „Hier sind wir hängengelassen worden, wie es schlimmer nicht geht."

PROZESSE

Hiza-Geri, Shuto-Uchi

Frankfurter Richter verurteilten einen Karatekämpfer wegen Mordes auf Bestellung — anhand von Unterlagen, die ihm ein Häftling aus der Zelle gestohlen hatte.

Der Staatsanwalt pries das Papier als „Geständnis", das Gericht packte zu: ein „erheblicher Beweis".

Womöglich haben sich die Frankfurter Richter jedoch vergriffen, als sie das angediente Schriftstück letzten Dienstag ihrem Urteilsspruch zugrunde legten. Verteidiger Paul Haag kündigte jedenfalls für den zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilten Karatekämpfer Uwe Laser Meyer, 27, prompt Revision an: „Eine rechtlich nicht haltbare Verfahrensweise."

Wahrlich stützte sich die Justiz auf ein Beweisstück von merkwürdigem Inhalt und fragwürdiger Herkunft — Diebesgut aus dem Knast. Die Sendung kam mit der Post aus der Preungesheimer Vollzugsanstalt, wo Meyer in Untersuchungshaft saß. Bei Gericht am 8. Juli abgestempelt, lag die Schrift am nächsten Tag bei der Staatsanwaltschaft auf dem Tisch, „wo von dort", so Staatsanwalt Rudolf Nöring, „doch sonst nur Beschwerden kommen".

Der Absender der willkommenen Botschaft: „ein Feind von Meyer". Weil ihn dieser einmal „brutal zusammengeschlagen" habe, teilte der anonyme Häftling mit, und er sich dafür „rächen" wolle, habe er Meyer die „Prozeßakte geklaut" — „ha, ha, ha".

Und das Beutestück hatte der Rächer dazugelegt: Aufzeichnungen Meyers über den Tod des Arbeiters Erwin Stephan, den der Karatelehrer laut Anklage im Februar letzten Jahres auf dem Gelände einer Frankfurter Spedition ermordete. Meyer hatte der Polizei zwar gestanden, Stephan „in Erregung" getötet zu haben, im Prozeß jedoch schwieg er beharrlich. Jetzt jubelte Nöring über das Schreiben: „Die Bombe ist geplatzt."

In dem Brief steckte in der Tat reichlich Brisanz. Da schildert der Angeklagte, wie er seinem Gegner zunächst einen „Mawashi-Geri (Halbkreisfußtritt)" versetzte, dann einen „Shuto-Uchi (Handkantenschlag)" landete und „einige Hiza-Geri (Kniestöße)" anbrachte — weil „ich meinen Spaß haben" wollte. Es wäre ihm „ein leichtes" gewesen, so die prahlerische Niederschrift, dem wankenden Opfer nun einen „Chi-Mei (tödlicher Stoß, Schlag oder Tritt)" zu verpassen. Aber er hätte ja „beschlossen", ihn „mit dem Messer" zu töten: „Ich stach dreimal ins Herz."

Das Gericht machte durch Schriftvergleich den Angeklagten als Autor aus, Sachverständige fanden Übereinstimmungen der geschilderten Schläge und Stiche mit den Verletzungen des Toten — das Urteil stand fest: Mord, „heimtückisch", „grausam" und „aus niedrigen Beweggründen" begangen.

Auch den Hintergrund der Hinrichtung auf Bestellung konnten die Richter nun aufklären. Meyer, der in Hannover Karate gelernt hatte und später selbst lehrte, sei im Auftrag eines Dritten „extra", so die Urteilsbegründung, nach Frankfurt gereist, um Stephan zu töten.

Fundstelle für die Theorie vom dritten Mann: Fetzen aus Meyers Notizen, wie etwa „Angebot angenommen o.k. nach Ffm" oder „DM 3000 aus Frankfurt erhalten". Da stand auch: „Von dem Angebot, für eine bestimmte Summe einen Menschen zu töten, schwirrten mir die Gedanken im Kopf."

Was das Gericht für seine Urteilsfindung übernahm, hielt Verteidiger Haag für reines Verwirrspiel des Angeklagten. „Die Aufzeichnungen", trug er den Richtern vor, seien allein Ausdruck einer „überspitzten Geltungssucht".

Für die Theorie führte Haag Beispiele an. So hatte sich der bereits mehrfach wegen Diebstahls vorbestrafte Meyer gern als Adliger ausgegeben, beispielsweise als „Hans Jürgen Graf von Ambesser, Baron von Uhle", und einmal gar in Hamburg den Raub aus einem Panzerwagen (870 000 Mark) auf seine Kappe genommen — durch ein „märchenhaftes Geständnis", wie die Fahnder bei der Festnahme der wahren Täter entdeckten.

Die Revision soll vor allem aber ein Verfahrensfehler stützen. Das Gericht,



Verurteilter Karatelehrer Meyer
Vom Rächer überführt

so Haag, hätte die gestohlenen Aufzeichnungen nicht als Beweismaterial verwerten dürfen. Zwar könnten Tagebücher wie auch Tonbänder mit persönlichen Aufzeichnungen gegen den Willen des Verfassers benutzt werden, wenn, so der Bundesgerichtshof grundsätzlich, „das Interesse des Staates an der Strafverfolgung überwiegt". Doch wenn jemandem „in der Zelle unter den Augen der Justiz Unterlagen gestohlen werden", argumentiert der Anwalt, „dann kann diese doch ein Gericht nicht verwenden". Haag: „Das schlägt noch Wellen."

INVESTMENT

Drei Musketiere

Fünf Jahre lang konnten Gramco-Fonds-Eigner an ihr Geld nicht heran. Demnächst sollen sie einen garantierten Jahreszins bekommen.

Kaufen Sie die USA — fangen Sie mal mit 200 Groß-Immobilien an" — mit Sprüchen solcher Art hatten die Manager des auf den Bahamas registrierten Immobilienfonds Gramco deutschen Sparern für fünf Millionen Zertifikate 120 Millionen harte Mark aus der Tasche geholt. Dann machten sie die Kasse dicht — für fünf volle Jahre.

Diese Woche nun dürfen die geprellten Investment-Sparer wieder hoffen. Im Nassau-Beach-Hotel auf den Bahamas soll der international als Usif, Real Estate firmierende Gramco-Fonds mit dem US-Haus- und Boden-Konzern Arlen Realty zum größten Immobilienverbund der Welt (Anlage-Volumen: 3,7 Milliarden Mark) fusioniert werden.

Treiber der Superfusion ist der Arlen-Verwaltungsrats-Chef Arthur G. Cohen (US-Magazin „Fortune": „Der Laserstrahl der Immobilienbranche"), dessen Firma seit 1972 für gut 40 Millionen Dollar knapp ein Drittel des Kapitals der zusammengestürzten Usif erworben hatte. Zwei Jahre später aber verlor Cohen selber 48 Millionen Dollar in neuen Geschäftsbereichen — zudem war Cohen mit 35 Millionen Schweizer Franken in die deutsch-schweizerische Grundstücksgesellschaft Contracta International eingestiegen und mußte auch dieses Investment rasch auf Null abschreiben. Erst seit dem Frühjahr 1975 zieht Cohen aus seiner Immobilien-Gruppe wieder steigende Gewinne.

Begonnen hatte der Investment-Krimi vor acht Jahren. Damals legten die Vielzweck-Manager Pierre Salinger, einst Pressesprecher von John F. Kennedy, Rafael Navarro, ein Exil-Kubaner, und Keith Barish, ein damals 25jähriger Finanz-Wunderknabe, den nach Bernie Cornfelds IOS spekulativsten internationalen Sparerfonds auf. In nur drei Jahren zimmerten die „drei Musketiere des internationalen Immobiliengeschäfts" (ein geschädigter Usif-Sparer) ein über 147 Tochtergesellschaften betriebenes Immobilienimperium und nannten es großspurig United States Investment Fund („Usif").

Anfang 1970 schon wiesen die Finanz-Jongleure in ihrer Konzernbilanz 231 Millionen Dollar in Grundbesitz angelegte Sparergelder aus. Die Immobilienwerte aber hatten sie damals zu weit überhöhten Bruttopreisen von fast einer Milliarde Dollar eingekauft und sich dabei Maklerprovisionen von rund 40 Millionen Dollar gegönnt. Nur ein Viertel der Objektpreise aber zahlten sie mit Kundengeldern an. Für die restlichen 75 Prozent nahmen die Investment-Manager Hypotheken auf — für die nicht sie, sondern die Zertifikatsinhaber geradestehen mußten.



Gramco-Käufer Cohen: Rasch zufassen

Im Herbst 1970 wurden die Gramco-Kunden denn auch bereits mißtrauisch. Barsch verlangten sie ihre Einlagen zurück. Die mit jeweils 1,8 Millionen Mark im Jahr dotierten Gramco-Bosse mußten einen Auszahlungsstopp verhängen. Gramco, der „Käufer der USA", war bewegungsunfähig.

Die bahamesische Treuhandbank, Trust Corporation of Bahamas (TCB) löste Navarro, Barish und Salinger im Mai 1972 durch die Immobilienmanager des New Yorker Grundstückskonzerns Arlen Realty ab. Doch auch die Arlen-Experten waren so selbstlose Retter nicht. Allein letztes Jahr kassierten sie noch Honorare von knapp sieben Millionen Dollar, ohne die Folgen der Gramco-Fehlspekulation abfangen zu können. Zins, Tilgungszahlung und inflationäre Betriebskosten überstiegen die Erlöse aus Gramco-Anlagen in den vergangenen beiden Jahren um stolze 16 Millionen Dollar.

Als Arlens Cohen nun seinen Grundbesitz mit den Gramco-Überresten vereinen wollte, wich die Luft aus den Bilanzen. Die neutralen Grundstücksgutachter der US-Investmentbank Blyth Eastman Dillon prüften über 500 Projekte der Heiratskandidaten Gramco und Arlen auf ihren wahren Wert und schrieben das Usif-Reinvermögen um 51 auf 126 Millionen Dollar herunter. Die Folge: Ein vor fünf Jahren für 24 Mark erworbener Usif-Anteilschein ist auf dem Papier allenfalls noch 8,50 Mark wert.

Im Börsenhandel aber kam es noch schlimmer. Selbst bei zwei Mark fanden sich kaum noch Usif-Käufer. Auch der Börsenkurs der Arlen-Papiere sackte von seinem früheren Höchststand (1972: knapp 25 Dollar) vorübergehend bis auf magere 1,75 Dollar ab und pendelte sich um drei Dollar ein.

Um seine Großfusion durchzupauken, mußte Arlens Cohen nun saftige Zugeständnisse an die Usif-Treuhänderin TCB und deren potente Großaktionäre wie die britische National Westminster Bank machen. So soll

- ▷ der in der neuen Firma Arlen Realty Inc. (Ari) zusammengefaßte Grundbesitz mit einer Geldspritze von 14 Millionen Mark aus Arlen-Kassen angereichert werden,
- ▷ Arlen auf bisher übliche Beraterhonorare im Wert von 4,5 Millionen Mark verzichten,
- ▷ die Kombination beider Grundstücksvermögen zusätzliche Steuervorteile von einigen Millionen Mark verschaffen,
- ▷ die Dividendenpolitik von den vier Usif-Kontrolleuren im Ari-Aufsichtsrat allein bestimmt werden.

Für die ersten fünf Jahre ließen die Usif-Wächter sich von Cohen bereits eine Bruttodividende von 20 Cent pro Usif-Anteil versprechen. Für die Gramco-Altsparer ist das kein angemessener Trost: Auf ihre einst für sechs Dollar gekauften Anteile wären es gerade drei Prozent Rendite. Die großen Gewinner der Zinsgarantie aber sind Gramco-Spekulanten, die jetzt rasch zufassen: Wenn sie das heruntergekommene Gramco-Papier zum Tageskurs von 90 Cent kaufen, bedienen sie sich mit satten 20 Prozent Kapitalzins.

MÄRKTE

Teure Affenliebe

Für ihre Haustiere ist den Deutschen kaum etwas zu teuer. Amerikanische Konzerne nutzten die Chance.

Mit „Rind-Stückchen" und „Thunfisch", mit „Fischtopf" und „Wildragout" suchen die Köche ihr Publikum zu verwöhnen, mit Millionen-Etats preisen die Werber ihre Menüs. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht Westdeutschlands größter Hunde- und Katzenfutter-Produzent Effem aus Verden an der Aller Anzeigen- und TV-Appelle wie diesen herausbringt: „Whiskas ... schon der Name zergeht uns auf der Zunge."

Die Botschaft kommt an. Während Hausfrauen zwischen Bodensee und Schlei beim Lebensmitteleinkauf für ihre Familien sparen, ist ihnen für Katz und Hund kaum etwas zu teuer. Binnen fünf Jahren stieg der Umsatz mit Hunde- und Katzenfutter auf fast das Doppelte: von 130 auf 250 Millionen Mark.

Und die Zukunftsaussichten stehen nicht schlecht. Bisher nämlich füttert die Industrie nur etwa jeden fünften der drei Millionen deutschen Hunde und nur jede zehnte der 2,5 Millionen Katzen. In den USA hingegen füllen die Tierfutterfabriken 60 Prozent der Katzen und Hunde den Napf.



Tierfutter im Warenhaus: „Ein Hund ist kein Abfalleimer"

Dabei hatte die industrielle Tierverpflegung mit Hundekuchen in Deutschland begonnen. Vor rund 75 Jahren mixte Jäger Albert Latz aus Getreide und Fischmehl für seine Jagdhunde die ersten Leckerbissen. Doch bis Anfang der sechziger Jahre blieb das industrielle Futterangebot für Hund und Katze mager. Dann aber kam mit den ersten Tierfutter-Konserven die Effem-Gruppe als neuer Wettbewerber auf den deutschen Markt.

Die Tochtergesellschaft des amerikanischen Süßwarenmultis Mars Incorporated wußte, wie den Tierfreunden und ihren kleinen Lieblingen beizukommen war. Mit großangelegten Kampagnen wandte sie sich direkt an die Hunde- und Katzenbesitzer, anstatt über den Zoohandel vertrieb sie ihre Produkte über den auf raschesten Umschlag bedachten Selbstbedienungs-Lebensmittelhandel.

Anfänglicher Widerwille gegen das Viehfutter im Lebensmittelladen war bald überwunden, der Widerstand des einstigen Marktführers Albert Latz KG aus Euskirchen rasch überspielt. 1971 ging das Latz-Kapital an den US-Konzern Ralston-Purina, der sich mit Lebensmittelkonzernen wie General Foods, Quaker Oats und Heinz sowie dem Zigarettenmulti Liggett & Myers den Tierfuttermarkt der Vereinigten Staaten teilt. Schon damals freilich beherrschte der Kitekat- und Chappi-, Frolic-, Pal- und Loyal-Konzern Effem mit einem Marktanteil von weit über 50 Prozent eindeutig das Geschäft.

Und das blüht. Jahr um Jahr steigt der Absatz des Dosenfutterfraßes um etwa 15 Prozent — obgleich die Verdener Konserven erheblich teurer sind als Trockenfutter oder die einst verfütterten Küchenabfälle. Dabei kommt den Tierfutterfabriken ein Trend zupaß, den auch die Lebensmittelkonzerne zu vermarkten verstanden: Die neue, gesundheitsorientierte Ernährung, der inzwischen viele Bundesbürger anhängen, soll auch den Vierbeinern zugute kommen. „Ein Hund", kritisierte der Geschäftsführer des Dortmunder Verbandes für das Deutsche Hundewesen, Heinz Matrose, die herkömmlichen Fütterungsmethoden vieler Hundefreunde, „ist kein Abfalleimer."

Hund und Katz, beobachtete Latz-Purina-Geschäftsführer Günter Klein, werden oft „als Familienmitglieder" angesehen, die gelegentlich auch mit Süßigkeiten zu verwöhnen sind. Bei so offenkundiger Affenliebe zu den vierbeinigen Lebensgefährten mochten auch die Kaufhäuser nicht abseits stehen. Eilends richteten sie in ihren Handelssilos spezielle Zoo-Abteilungen ein. Siebzehn Karstadt-Zoos registrierten letztes Jahr mit Fischen, Vögeln, Hamstern und Affen ein Umsatzplus von 15 Prozent. Allein 3000 Rassehunde fanden einen Käufer.

Vogelbauer und Aquarien, Futternäpfe und Spielzeug für die Tiere sind in wenigen Jahren „ein Riesenmarkt" (Dieter von Froreich, Kundenberater der Werbeagentur Lintas) geworden, auf dem branchenfremde Großkonzerne wie Shell („Frento") und Lebensmittelhersteller wie Glücksklee („Friskis") mitmischen.

Die glänzenden Aussichten locken nun auch neue Konkurrenz auf den Futtermarkt. Mit acht Millionen Mark will der größte Hundefutter-Konzern der USA, die Liggett & Myers-Tochter Allen Products Company, für seine „Alpo"-Dosen werben. Die Duisburger Getreide-Import-Gesellschaft (Umsatz 1974: rund 2,5 Milliarden Mark) setzt auf ihr Katzenfutter „Dr. Weyhers Naturfeucht Futter".

Die Vorstöße der Newcomer konnten den Branchenriesen freilich bislang kaum schrecken. „Da unternehmen wir gar nichts", entschied Karl Wiese, Marketing-Manager des Quasi-Monopolisten Effem: „Konkurrenz belebt das Geschäft."

ERZIEHUNG

Eene hinten druff

In deutschen Kinderzimmern herrscht Ordnung wie eh. Neue Untersuchungen belegen, daß immer noch nach Kräften geprügelt wird: Die Zahl der Kindesmißhandlungen nimmt zu.

Na schön, ick bin ehrlich", sprach Hauswartsfrau Veronika Meyer* in West-Berlin, „ick hab sie jehauen, int Jesichte."

Sie — das war ihre 14jährige Tochter Angelika*, die anfangs, als Kleinkind, nur mal „ne kleene Backpfeife" bekam, mal auch „eene hinten druff". Als es davon aber nicht besser wurde mit dem Kind, das bettnäßte und sich der Mutter oft widersetzte, hinterließen die Prügel immer häufiger sichtbar Spuren, zersprengte ein Schlag ins Gesicht schließlich eine Nasensehne. Fürsorge und Staatsanwalt griffen ein, weil das Kind nun eine Boxernase hat.

Das häusliche Martyrium der Angelika Meyer im Unterschichtmilieu des Berliner Wedding, mit sechs Geschwistern, einer überarbeiteten Mutter und einem Vater, der ihr nach Feierabend auch noch „den Arsch voll" haute (so die Ehefrau), ist einer von Tausenden

* Name von der Redaktion geändert



Prügelnder Pädagoge (1842)
Tief verwurzelt

ähnlicher Fälle im Jahr. Die Zahl der aufgeklärten Kindesmißhandlungen wächst (auf jetzt über 2000), die Dunkelziffer schwankt je nach Schätzung zwischen 6000 und 400 000. Was ans Licht kommt, liest sich so:

▷ In München schlug eine 36jährige Mutter ihre Tochter Cornelia, 7, wegen Nahrungsverweigerung und Bettnässens mit Riemen und Besen blutig, verbrühte ihr Kopf und Füße und gab dem Kind dessen eigenen Kot und Urin ein.

▷ In Hamburg folterte ein trunksüchtiger Gerüstbauer einen Zweijährigen, mit dessen Mutter er zusammenlebte, mit Scheuerbürste, Kochlöffel, Holzschuhen, Zollstock; die Herkunft einer neun Zentimeter breiten Brandwunde des Kindes, das vor Qualen nicht mehr weinen konnte, blieb vor Gericht ungeklärt.

▷ In Heidelberg starb ein Zweijähriger an einer Kopfverletzung, dessen Körper mit Blutergüssen und Wunden übersät war und dessen Peiniger, ein 35jähriger Automechaniker, vor kurzem drei Jahre und vier Monate Haft erhielt.

Statistisch werden selbst solche Quälereien mit Todesfolge, mutmaßlich zwischen 200 und über 700 im Jahr, nur ungenügend erfaßt — Indiz dafür, daß das Ausmaß der kindlichen Katastrophen, wie Bonns Familienminister Katharina Focke meint, „zwar alle kennen, aber nicht bewußt erkennen wollen". Selbst im wissenschaftlichen Bereich, in der Erforschung von Mißhandlungsursachen und Präventivmaßnahmen, erweist sich nach Untersuchungen des West-Berliner Soziologie-Professors Reinhart Wolff, 36, die Bonner Republik als „rückständiges Land".

Dabei tippte der Kölner Psychotherapeut Gerd Biermann kürzlich auf die Frage von „Bild", ob deutsche Eltern prügelfreudiger seien als andere: „Ich fürchte ja." Gelegentliche Empörung im Bilderblatt hilft freilich wenig, sie dient im Gegenteil eher der Suche nach „Sündenböcken" (Wolff) und lenkt von Zusammenhängen mit vorherrschenden Erziehungsnormen und -methoden ab. Und die, stellten Fachwissenschaftler fest, sind die alten geblieben.

Denn daß der Autoritätsverlust der Älteren, zumal der Eltern, im Gefolge rebellierender Studenten und junger Linker in eine breite „Welle der Nachgiebigkeit und anti-autoritärer Erziehung" ausgeufert sei, gilt Pädagogen und Soziologen mittlerweile als zwar verbreitete, aber kaum noch haltbare Annahme. Wolff: „Das Gegenteil ist eher der Fall."

Aus der zunehmenden Zahl von Verhaltens- und Entwicklungsstörungen, die spätestens in der Schule zutage treten, schließen Pädagogen auf eine sich immer noch verschlimmernde Konflikt- und Streß-Situation für Kinder in der Leistungsgesellschaft. Und auch ein West-Berliner Soziologenteam kam in einer soeben erschienenen Untersuchung über Kindesmißhandlungen zu dem Ergebnis, daß „sich bei gestiegener Belastung der Familien auch der Druck auf die Kinder verschärft hat"*.

Trunksucht und Arbeitsscheu, aber auch berufliche Überlastung oft beider Eltern, Existenzsorgen und Nervosität, stets gepaart mit mangelndem pädagogischen Wissen der Eltern — das sind die immer wiederkehrenden Gründe für übersteigerte Reaktionen gegen die eigenen Kinder, zumal in einem Land, in dem die Tradition autoritärer, repressiver Erziehung tief verwurzelt ist.

Die einst von Fürsten und Königen mit dem Stock kujonierten Deutschen dürften vorneweg zu den von Luther-Biograph Richard Friedenthal apostrophierten „verprügelten Völkern" zählen — noch immer, denn das Dilemma reproduziert sich. „Eltern, die ihre Kinder schlagen und mißhandeln", weiß Biermann, „sind in ihrer Jugend selbst mißhandelt worden." Folgerichtig fordern Wissenschaftler, wie der Nestor der deutschen Kinder- und Jugendpsychiatrie Hermann Stutte, ein gesetzliches Prügelverbot für Eltern: „Solange körperliche Züchtigung in unserem Erziehungs- und Schulrecht sanktioniert und gebilligt wird, ist eine wirksame Prophylaxe der Kindesmißhandlung illusorisch."



Mißhandeltes Kind
Suche nach Sündenböcken

In Köln wies der Mediziner Wilfried Kratzsch in seiner Dissertation regelrechte Brutstätten der Brutalität nach: Über Jahre hin wurden dort Mißhandlungsfälle fast ausnahmslos aus den alten, dichtbesiedelten Arbeitervororten gemeldet, einem Elendsmilieu mit bröckelnden Fassaden, grauen Höfen und Übergangswohnungen für Obdachlose. Ganz anders in den jüngeren, mehr von aufstrebenden Familien bewohnten Arbeitervierteln am Stadtrand: Seit Jahren lag der Kriminalpolizei dort kein Fall vor.



Väterschule in Köln
Bettnässen bei Lieblosigkeit

Als Tätertyp ermittelte Kratzsch vor allem arbeitsunwillige, brutale und labile Männer, oft Alkoholiker, und reizbare, durch Familie und Beruf überforderte, oft kinderreiche Frauen. Häufig spielen Existenzsorgen nach Frühehen, aber auch Haßgefühle gegen vor- und uneheliche Kinder eine Rolle. Sadisten und gereizte Ehrgeizlinge kamen hingegen nur in Mittel- und Oberschicht vor.

Dort, bei Angestellten, Beamten oder Selbständigen, werden solche Exzesse seltener registriert — nicht zuletzt wohl, weil das Strafrecht nur besonders

* Arbeitsgruppe Kinderschutz: „Gewalt gegen Kinder". Rowohlt Taschenbuch Verlag, 382 Seiten; 9,80 Mark

schwerwiegende Fälle erfaßt: Quälerei, rohe Mißhandlung, Gesundheitsschädigung. Überdies lassen Strafrechtler und Gerichtsmediziner über den Formen und Folgen körperlicher Züchtigung die psychischen Torturen von Kindern fast ganz außer acht: fehlende Zuwendung bis zur Nichtbeachtung, absoluten Gehorsamszwang, Lächerlichmachen und Herabsetzung, Drohung mit Liebesentzug und ständige Verbote, Einschränkungen, Überforderungen.

Wie fließend hier die Grenzen zwischen Erziehung und Mißhandlung sind, verdeutlicht, daß selbst bei Prügeleltern in höheren sozialen Schichten „abgesehen von den Kindesmißhandlungen ... das sonstige Verhalten durchaus den bürgerlichen Normen“ entspricht, so Kratzsch. Erst wenn ein seelisch pausenlos traktiertes Kind sich das Leben nimmt, wie der zehnjährige Oliver Schneider in Hamburg, der, Stiefsohn eines Ingenieurs, vor sieben Monaten in die Elbe ging, nimmt die Öffentlichkeit Notiz. Doch über elterlichen Psychoterror als Ursache für bleibende Ängste oder Aggressionen, Lern- und Kontaktstörungen, aber auch Asthma oder Herzschwächen sind sich selbst Betroffene oft nicht im klaren, ja nicht einmal die Urheber.

Denn fürs Kindererziehen gewährt der Staat so gut wie keine Hilfen, verlangt er, anders als für Autofahren oder qualifiziertes Arbeiten, keinen Befähigungsnachweis. So ist einfachstes Wissen der Kinderpsychologie nicht nur in vielen Unterschichtfamilien unbekannt: etwa Bettnässen als mögliche Folge mütterlicher Lieblosigkeit, Aggressionen als häufige Folge väterlicher Über-Autorität. „Schulung der Eltern in erzieherischen Fragen“ hält Mediziner Kratzsch denn auch, neben gezielter materieller Hilfe im Einzelfall, für dringend geboten. Das Berliner Soziologenteam plant den Aufbau eines Kinderschutzzentrums.

Sinnvoll erscheinen prophylaktische Maßnahmen deshalb, weil es sich bei den Kinderquälern nur ganz selten um abnorme Persönlichkeiten, um Debile oder Psychopathen, handelt. Und was elterliche Aufklärung tatsächlich bewirken kann, zeigt sich daran, daß in Köln, anders als in anderen Städten, Adoptiv- und Pflegeeltern unter den Tätern gänzlich fehlen: Das städtische Jugendamt berät alle Pflegemütter regelmäßig in Erziehungsfragen.

Neben einem verstärkten Ansporn der Bevölkerung zur Meldung von Mißhandlungen plädieren Experten daher für ein vielfältiges Verhütungsprogramm: Sonderkurse für Schwangere und künftige Väter (wie sie in Kölner Kliniken bereits stattfinden), pädagogische Pflichtkurse für minderjährige Eltern, Erziehungsforen in Elternschulen, obligatorische Erziehungshilfen für Eltern von Kindern, die, wie Prügelopfer Angelika Meyer in West-Berlin schon

zweimal, nach vorübergehendem Heimaufenthalt ins Elternhaus zurückgegeben werden.

„Heute sagt man mir“, jammert Angelikas Mutter über ihr bettnässendes und geprügeltes, wieder bettnässendes und wieder geprügeltes Mädchen, „det Kind, det wollte Aufmerksamkeit erlangen, wa... Ja, det kann ick doch aba nich riechen.“

TRANSVESTITEN

Männchen machen

Ein Münchner Transvestit, der partout als Bedienung gehen will, kriegt keine Stelle und keine Arbeitslosenunterstützung, weil er fürs Arbeitsamt nur als Mann „verfügbar“ ist.

Zunächst schien der Fall durchaus alltäglich: Im Münchner Arbeitsamt, beim Sachbearbeiter Jörg Müller für das Hotel- und Gaststättengewerbe, sprach die stellungslose Kellnerin Gerda Wolters* vor. Das Fräulein, rotblond und nicht unansehnlich, wollte sich vermitteln lassen und einstweilen einen Antrag auf Arbeitslosen-Unterstützung stellen.

Erst beim Blick in den Personalausweis kam dem Beamten der Verdacht, daß es sich um keine gewöhnliche Bedienung handeln konnte: Es war nicht Gerda, sondern Gerhard Wolters*, 20, ein Transvestit, biologisch fortgeschritten auf dem Hormon-Trip zum femininen Transsexuellen, der schon mehrfach als Kellnerin gejobt hatte und partout in der Branche weiblich bleiben will, vor dem Gesetz aber noch immer männlich ist.

Befremdet nahm Sachbearbeiter Müller Rücksprache mit Vorgesetzten und beschied dann seinem Klienten, der Antrag auf Arbeitslosen-Unterstützung sei zwecklos, weil für das Arbeitsamt ohnehin keine Verpflichtung bestehe, „so was wie Sie zu vermitteln“. So jedenfalls erinnert sich Gerhard („Gerda“) Wolters an die ablehnenden Argumente: Man könne das den Gästen in einem Lokal „nicht zumuten“; kämen sie dahinter, würde der Wirt seine Stammkundschaft verlieren; nur „wenn Sie wieder ganz normal auftreten“, könne man weitersehen. Wolters: „Der meinte, ich soll wieder auf Männchen machen.“

Die Experten im Münchner Arbeitsamt beriefen sich bei der Behandlung des Außenseiters auf ein Urteil des Landessozialgerichts Schleswig-Holstein vom August 1968 (Aktenzeichen L 1 Ar 22/67), das auch von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg für solche Fälle zur Maßgabe empfohlen wird. Danach sei ein echter Transvestit, der es „als eine unverständliche Grausamkeit der Natur empfindet, in einen männlichen Körper gebannt zu sein“ (so definierten die Sozialrichter), von der Arbeitsvermittlung generell auszuschließen, weil als Frauen nur solche Personen vermittelt werden könnten, „bei denen es sich tatsächlich um Frauen handelt“.

Und dabei orientiert sich das für die Arbeitsämter offenbar verbindliche Urteil insbesondere an der „Verantwortung gegenüber dem Arbeitgeber“: Die Beschäftigung eines Transvestiten sei „weder zumutbar noch zulässig oder auch nur möglich“, so heißt es umschweifig, „allein schon im Hinblick auf die in der Regel für beide Geschlechter zumindest rein räumlich voneinander getrennten, darüber hinaus vielfach aber auch unterschiedlichen sanitären Betriebseinrichtungen“.

Transvestit Wolters, der mit einem 30jährigen Möbelvertreter zusammen lebt und ihn „meinen Mann“ nennt, ist



Transvestit Wolters
Rückkehr zum ungeliebten Geschlecht?

— so interpretiert Müllers Vorgesetzte, die Abteilungsleiterin Dr. Christa Mantel — „für uns nicht verfügbar“, weil er nicht den „üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes“ entspreche, wie es das Arbeitsförderungsgesetz vorschreibe. Aber nur wer unter diesen Voraussetzungen dem Arbeitsamt „zur Verfügung steht“, hat laut Gesetz auch „Anspruch auf Arbeitslosengeld“.

Für den renommierten Frankfurter Sexualforscher Professor Volkmar Sigusch, dem auch die arbeitsrechtlichen Probleme der sexuellen Minderheiten vertraut sind, ist der Münchner Fall „fast ein Skandal“. Sigusch: „In der Schärfe der Abweisung ist das für mich neu. Die Behörden können sich offenbar nicht vorstellen, was das für einen Betroffenen bedeuten kann.“

Für „Gerda“ Wolters, die sich schon als Kind in ihrem Heimatdorf Wadern im Saarland nur mit Puppen und den Kleidern der Mutter abgab, mit 17 nach ärztlicher Konsultation und psychiatrischer Beratung eine Hormonbehandlung begann, bedeutet es womöglich erst mal die Zwangsrückkehr zum ungeliebten Geschlecht, von dem sie sich schon ziemlich weit entfernt hatte.

Schwarzarbeiten als Serviererin, was sie „bis oben ran satt“ hat, endeten meist spätestens nach vier Wochen — fast nie, weil Wirt oder Gäste den Transvestiten von selbst entdeckten (Wolters: „Das passierte nur mal, wenn eine Tunte aufkreuzte und blöd daherredete“), sondern fast immer, weil die Arbeitgeber, von Wolters selber nach einer gewissen Einarbeitungszeit informiert, die Anmeldung bei der Krankenkasse verweigert und den Sonderling „schikaniert und rausgeekelt“ (Wolters) hatten. Der Transvestit, der zwar gern als Hobbysängerin Daliah Lavi imitiert, sonst aber „keine Show abziehen“, sondern ein gutbürgerliches Berufsleben „mit Versicherung und so“ führen möchte: „Richtig ordentlich hat es noch nie geklappt.“

Wenn es so aber nicht klappt und auch keine Arbeitslosenunterstützung gewährt wird, muß Wolters, so fürchtet er, die wöchentlich notwendigen Östrogen-Spritzen aufgeben. Folgen: Bart und Körperhaare sprießen, der Brustansatz schrumpft, die Gesichtszüge werden härter — der Mann im Manne regt sich wieder.

Solchem Dilemma hat sich die Rechtsprechung offenbar noch nicht ausreichend genähert. Immerhin entschied das Bundessozialgericht in Kassel unlängst in einem weit weniger drastischen Fall — einem Damenstrumpf-Fetischisten war gekündigt und keine neue Stelle vermittelt worden —, es gebe „keinen allgemeinen Grundsatz“, wonach Männer, die Frauenkleider bevorzugen, nicht mehr als Arbeitnehmer zu vermitteln sind. Und die Kasseler Richter ließen — „dahingestellt“, ob die von den Arbeitsämtern herangezogene Auffassung des schleswig-holsteinischen Landessozialgerichts für echte Transvestiten überhaupt „zutrifft“ (Aktenzeichen: 7 Ar 87/74).

Aber eine „echte Lösung“ brächte, so jedenfalls sieht es der Sexualwissenschaftler Sigusch, nur die Änderung des Personenstandsgesetzes, für die sich der Professor und die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung derzeit in Bonn einsetzen: Transsexuelle oder solche, die es werden wollen, sollten nach eingehender medizinischer und psychiatrischer Untersuchung den gewünschten weiblichen (oder männlichen) Vornamen auch von Amts wegen führen dürfen.

* Name von der Redaktion geändert

trends

Ölscheiche bei Rosenthal

Nach Krupp, Daimler-Benz und Deutsche Babcock steht nun auch dem fränkischen Porzellan-Fabrikanten Philip Rosenthal ein nahöstlicher Großaktionär ins Haus. Anton Ernstberger, Chef der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, will von seinem 45-Prozent-Anteil an der Rosenthal AG (Umsatz: 347 Millionen Mark) ein Paket von rund 20 Prozent gegen Öldollar eintauschen. Ernstberger: „Wir haben zahlreiche Anfragen aus Nahost auf dem Tisch.“ Der wegen seiner aggressiven Brauereiaufkäufe vielfach kritisierte Bayern-Bankier sieht den Teil-Rückzug bei Rosenthal als ersten Schritt seiner neuen Beteiligungs-Politik: Sämtliche Industrie-Engagements sollen auf 25 Prozent zurückgeschraubt werden.

Pakt mit Gerling

Das zu 25,9 Prozent am Gerling-Konzern beteiligte deutsche Industrie-Konsortium will seine Schachtel nicht – wie ursprünglich geplant – nach spätestens zwei Jahren verkaufen. Mit einem Dauer-Engagement wollen die meisten der über 30 Gerling-Teilhaber erreichen, daß der durch Billig-Prämien groß gewordene Industrie-Versicherer die deutsche Wirtschaft auch künftig zu Vorzugskonditionen bedient. Die Voraussetzungen zu diesem Pakt mit Gerling sollen auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 29. August in Köln geschaffen werden. Die stark verschachtelte Gerling-Gruppe wird dann in eine straffe Versicherungs-Holding umgewandelt werden.

Sparsamer Schah?

Der geplante Handel zwischen dem Schah und der US-Fluggesellschaft Pan American World Airways, wonach der Iran das Unternehmen durch Übernahme von Anteilen und Finanzhilfen in Höhe von 330 Millionen Dollar unterstützt, scheint dem Ölherrscher nicht mehr attraktiv genug. Iranische Beamte erklärten, das gesamte Projekt werde von iranischer Seite noch einmal überprüft. Sechs Wochen zuvor hatten die Perser versichert, der Pakt mit Pan Am sei so gut wie perfekt und werde innerhalb weniger Wochen unterzeichnet. Nach dieser überraschenden Verzögerung fürchten die Amerikaner nun, der Schah wolle den Handel platzen lassen, um die hohen finanziellen Verpflichtungen zu verringern, die er sich im ersten Ölrausch aufgehalst hatte. Denn die Öleinnahmen des Iran werden in diesem Jahr um vier Milliarden Dollar niedriger sein als erwartet.



Schah von Persien

Flugreise: Von London billiger

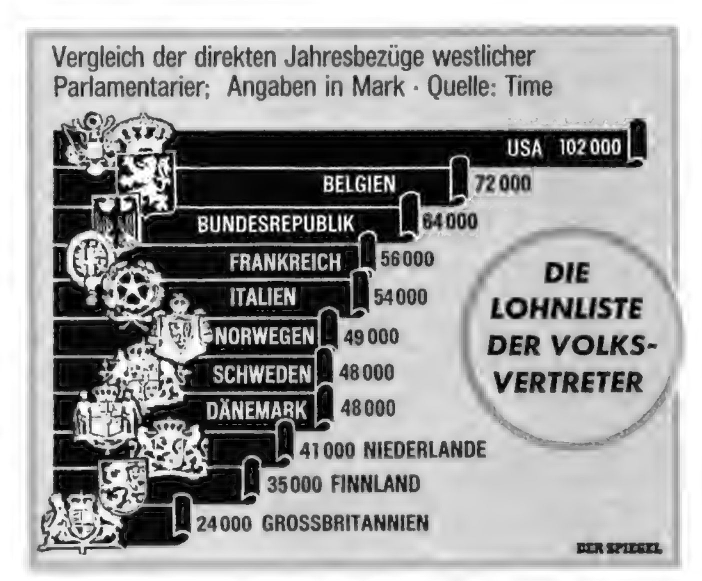
Luftpassagiere zahlen bei Reisen aus Ländern mit starker Währung höhere Flugpreise als bei Abflügen aus Ländern mit schwacher Valuta. Vor allem für Westdeutsche und Schweizer lohnt es sich bei Überseeflügen, statt von Frankfurt oder Zürich ab London oder Mailand zu buchen – und den ersten Coupon verfallen zu lassen. So sind in der Economy-Klasse für Hin- und Rückflug Frankfurt–Rio 3498 Mark zu zahlen. Der Flug London–Frankfurt–Rio und zurück kostet dagegen nur 2945 Mark. Bei Buchung ab London wird ein Bangkok-Flug 545 Mark billiger. Beim Trip nach New York werden beim fiktiven Abflug von London noch über 100 Mark gespart. Während in der Schweiz Reisebüros und Swissair-Agenturen die Billig-Tickets besorgen, verweigern in der Bundesrepublik Lufthansa und die meisten Reisebüros das Trickgeschäft. Grund für das Preisgefälle: Der Kurssturz von Pfund und Lira verzerrte das mit alten Paritäten rechnende Tarifsystem.



Arbeitslose Jugendliche

Sorgen mit Vierzehn

Je jünger, desto größer die Sorgen um die berufliche Zukunft. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Jugendforschung in der Bundesrepublik nach einer Befragung der 14- bis 22jährigen über ihre Berufschancen. Etwa die Hälfte der Befragten gab an, daß sie sich über ihre Berufsaussichten Sorgen mache – wahrscheinlich wegen der andauernden Lehrstellenknappheit und damit zusammenhängender Jugendarbeitslosigkeit. Am heftigsten bangen die Vierzehnjährigen: Fast 60 Prozent fürchten, daß sie das eigene Berufsziel nicht erreichen.



Londons Abgeordnete werden im Vergleich zu ihren europäischen und US-Kollegen karg entlohnt. Nach dreieinhalb Jahren ohne Zulage schlug die Regierung zum Zorn des Unterhauses nur einen Diäten-Anstieg von 28 Prozent vor.



Ultralinke Demonstranten in Lissabon am 16. Juli: „Stärkt die MFA“

So elegant verdirbt die Revolution ihre Kinder

SPIEGEL-Redakteur Dieter Wild über Portugal unter der Alleinherrschaft der Militärs

Die pantherfelligen, backenbärtigen Copcon-Soldaten waren die ersten bei der Demonstration. Während diese Prätorianer des neuen Regimes die Redaktionsräume der Zeitung „República“ nur schwerbewaffnet vor den ausgesperrten Redakteuren geschützt hatten, kamen sie diesmal ausschließlich mit handlichem Schießzeug — untrügliches Zeichen dafür, daß die erwarteten Demonstranten „Patrioten“ waren.

Die marschierten, die Fäuste zum Proletariergruß gereckt, die Avenida Dom Carlos I. herauf: einige tausend Zivilisten, durchsetzt von einigen hundert gleichgesinnten Soldaten — Portugals ultralinke Direktdemokraten, die keine Partei mehr wollen, sondern außer den Militärs nur noch sich selbst, das Volk als solches sozusagen.

Des Volkes Ziel lag in milder Abendstimmung: die große Freitreppe vor dem São-Bento-Palast, wo Portugals verfassunggebende Versammlung seit dem 2. Juni Unmögliches versucht: ein Grundgesetz auszuarbeiten, das der Parteien-Demokratie bekömmlich und dennoch mit der Militär-Autokratie vereinbar sein soll.

Selbst engagierte, wenngleich geschichtsunkundige Demokraten hatten vor wenigen Wochen noch geglaubt, die portugiesische Revolution könne auf diese Weise etwas völlig Neues, dem als Kapitalismuskorrektur verachteten demokratischen Sozialismus Rest-Europas Überlegenes gebären. Heute wagt niemand mehr zu sagen, ob die Versammlung nicht morgen schon auseinandergejagt wird und der Bürgerkrieg ausbricht.

Solange das nicht geschieht, ist diese Versammlung eines der wenigen Relikte aus den noch hoffnungsvolleren Tagen des neuen Portugal, aber doch schon von lauter Demokratie-Trümmern umgeben und vom Tod gezeichnet. Die am Donnerstag vollzogene Alleinherrschaft der Offiziere hat sie ihm sichtlich nähergebracht.

Hart skandierte die geballte Menge vor der Auffahrt und auf den Treppenstufen von São Bento nicht nur „Es lebe die Arbeiterklasse“, „Tod dem Faschismus“ und „Stärkt die MFA“, sondern auch „Auflösung der Versammlung“. So stand's dann auch auf etlichen der mitgeführten Transparente, damit kein Zweifel blieb, daß die Versammlung das eigentliche Ziel war: Die kleine, bizarre Welt der Basisgruppen aus Mieterausschüssen, Arbeiterräten und Revolutionssoldaten, Maoisten, Trotzkisten und Anarchisten wollte es der großen Sozialistischen Partei beweisen, die am Vorabend 40 000 Menschen auf die Beine gebracht und gegen die Militärs Front gemacht hatte.

Die Masse vor São Bento war nicht eben furchterregend, die Macht war es. Denn plötzlich schlich von fern jenes widerliche Geräusch heran, das Panzerketten auf Großstadtstraßen erzeugen und das niemand vergißt, der es in Prag oder Athen oder Saigon gehört hat.

Daß es dann schließlich keine 100prozentigen Panzer waren, sondern gepanzerte leichte Haubitzen auf Raupenlafetten, machte fast keinen Unterschied: Angesichts der auf der Treppe zusammengedrängten, ein klein wenig erwartungsbangen Menge schwenkten die Fahrzeuge ihre Rohre aus der Horizontalen in Steilposition — die Grußabsicht war unverkennbar, befreiend.

Frenetischer Beifall stieg auf, jung und ganz jung — über 30 war kaum vertreten — kletterte zu den Soldaten auf die Fahrzeuge und tätschelte den grünlichen Stahl. Gemeinsam reckten sie dann — Soldaten und Zivilisten ihre Faust, die Kettenfahrzeuge ihre Rohre — gegen São Bento. Stürmen wollten sie die verfassunggebende Versammlung wohl nicht, sie hätten es gekonnt.

Während den Sozialisten um Mário Soares seit ihrem Rückzug aus dem Kabinett zu dämmern scheint, wie widernatürlich ihre so oft gepriesene

Ehe mit den Offizieren war, die das alte Regime zwar schließlich gestürzt, aber zuvor über Jahrzehnte lang gestützt hatten, bevor sie sich von revolutionärem Geist anrühren ließen, sind die Ultralinken begeistert auf noch engere Tuchfühlung mit den Militärs gegangen. Denn der Beschluß der MFA-Vollversammlung, „Volksorganisation" auf allen Ebenen zuzulassen, verheißt ihnen einen neuen Morgen ungehemmter Manipulation. Daß Revolutionär nur sein kann, wer lieb zum Militär ist, gehört zu den größten aller Absurditäten des neuen Portugal.

Unter den Intellektuellen, in Parteibüros und bei noch nicht gleichgeschalteten Journalisten, die vor drei Wochen entweder noch gemessen hoffnungsfroh in die Zukunft sahen oder aber ihren Pessimismus offen aussprachen, ist heute Resignation zu spüren. Raul Rego, Chef der ehemaligen „República", hat seinen stillen, ohnmächtigen Protest aufgegeben, zu dem er jeden Morgen ins Café „Victória" gegenüber seiner alten Redaktion gekommen war, einfach um dazusein. Und in der Redaktion des liberalen „Expresso" machte man sich schon auf ein „República"-Schicksal gefaßt, als sich das Blatt von seiten der Militärs binnen weniger Tage gleich fünfmal den Vorwurf „konterrevolutionär" zuzog.

Die Sozialisten erhoffen sich nun alles von der Mobilisierung jener 38 Prozent Wähler, die ihnen ihre Stimme gegeben haben — wie weit aber die Konfrontation mit der Armee, den Kommunisten und den Ultralinken durch Massendemonstrationen im ganzen Land getrieben werden kann, ohne daß dabei die große Sozialistische Partei aus der Regierung gleich in den Untergrund fällt, ist offenbar unter den Sozialisten selbst noch nicht entschieden. Am Freitag riefen die Kommunisten die Arbeiter in Porto auf, gegen eine Sozialisten-Demonstration Barrikaden zu errichten.

Bitter dürfte für die Sozialisten die Erkenntnis sein, daß sie ihre öffentliche Anklage „Die MFA ist nicht das Volk" erst am vorigen Dienstag und nicht bereits ein viertel oder ein halbes Jahr früher ausgesprochen haben. In den Zimmern der Sozialistischen Parteizentrale in Lissabons Rua São Pedro de Alcántara blicken böse Omen auf die Insassen nieder: Plakate mit dem gequälten Antlitz Salvador Allendes und dem vergeblichen Wunsch nach „Gerechtigkeit und Freiheit für das chilenische Volk".

Nicht daß Gerechtigkeit und Freiheit für das portugiesische Volk schon gänzlich aus der Welt wären und es schon Nacht würde über Portugal. Aber die Dämmerung hat unzweifelhaft begonnen, die demokratischen Kulissen fallen, übrig bleibt die schiere Autokratie mit revolutionärer Tünche.

Am Ende mag es für die politische Demokratie des Landes unerheblich sein, vor wem sie in die Knie geht, ob vor den einen Militärs plus orthodoxen Parteikommunisten (wie es vor Wochen aussah) oder vor den anderen Militärs plus unorthodoxen Anarchopopulisten (wie es jetzt aussieht). Daß die Militärs selbst kein monolithischer Block sind, sondern bis zur Regierungsunfähigkeit zerstritten und einig nur, die Macht nicht abzugeben, hilft Portugal gleichfalls nicht weiter.

Wie stark heute im obersten Zirkel der Militärs die einen oder die anderen sind, kann in Lissabon niemand mehr sagen: Seit die Militärs unter sich sind, ist die Diskretion des Regimes — seit Monaten schon einer seiner unsympathischsten Züge — total geworden.

Noch können die Sozialisten offen aussprechen, die verfassunggebende Versammlung von 250 gewählten Politikern besitze mehr Legitimität als das nicht gewählte Militärparlament aus 240 Soldaten. Aber niemand wagt vorauszusagen, wann solche, die Militärs schwer kränkende Wahrheiten strafwürdiges Vergehen werden.

Als die Tausende vor dem São-Bento-Palast ihre Fäuste schüttelten und ihre Panzerfahrzeuge liebkosten, war die verfassunggebende Versammlung nicht im Gebäude. Sie muß ihre Aufgabe laut Militärbefehl zwar innerhalb von nur sechs Monaten — die Ende November auslaufen — erfüllt haben, doch ein anderer Militärbefehl, jüngst ergangen, hindert sie daran: Er begrenzte die Arbeitszeit der Parlaments-Angestellten derart, daß die Abgeordneten am Abend nicht mehr arbeiten können — so elegant verdirbt die Revolution ihre Stiefkinder.

Sie ist — in allen ihren politischen Widersprüchen — durchaus hausgemacht und lockt gerade deshalb auch neidvolle Anarcho-Touristen von außerhalb an. Am Mittwochabend, als vor São Bento die Internationale aufbrandete, konnten die Völker die Signale nicht nur auf portugiesisch, sondern auch auf französisch und deutsch hören. Und ein Zugereister vom Rhein befand sachkundig: „Die Versammlung muß natürlich aufgelöst werden. Es ist höchste Zeit."

In Petrograd besorgten das — die Auflösung der Konstituante — zwei Dutzend Marine-Soldaten gut zwei Monate nach Lenins Oktober-Putsch 1917.



Sozialistische Demonstration am 15. Juli*: „Die MFA ist nicht das Volk"



PORTUGAL-HILFE

Neunmal nein

Franzosen und Italiener sorgten dafür, daß die Europäische Gemeinschaft Lissabon vorerst keine Finanzhilfe zahlt.

Der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, der sich neuerdings in Wirtschaftsfragen in der ungewohnten Rolle des Ratlosen übt, paßte auch politisch. Auf dem Europa-Gipfel in Brüssel, ursprünglich von den neun Regierungschefs zur Bewältigung des ökonomisch tristen europäischen Alltags



* Mit Mário Soares.

einberufen, mußte der Bonner Kanzler letzte Woche das Scheitern deutscher Portugal-Politik einräumen. Schmidt zu seinen Kollegen: „Wir haben in einem Jahr eine Strecke ungeheurer Enttäuschungen zurückgelegt."

Die Lage in Portugal nach dem Ausscheiden der demokratischen Parteien aus der Regierung geriet erst zum Schluß auf die Tagesordnung des Europäischen Rates. Sie nötigte die EG-Chefs zu unerwarteten Grundsatzerklärungen. Schärfer noch als zu Zeiten der griechischen Obristen formulierten die Neuner-Europäer eine „Brüsseler Doktrin", die ihnen in Zukunft jede Zusammenarbeit mit autoritären Regimen verbietet.



Europäer Giscard, Wilson, Schmidt in Brüssel: „Jahr der Enttäuschungen"

Die Chef-Runde beschloß „in Übereinstimmung mit ihrer bisherigen Politik und Geschichte", daß die Europäische Gemeinschaft grundsätzlich „nur eine pluralistische Demokratie unterstützen kann". Harold Wilsons Außenminister James Callaghan sprach nicht nur für Britannien: „Wir sind schließlich nicht dazu da, Diktaturen zu finanzieren."

Für die Deutschen war die Entscheidung schwer. Denn stärker als alle anderen Westeuropäer hatten sich die Bonner Sozialliberalen im revolutionären Portugal engagiert: Die Sozialistische Partei Portugals unter Mário Soares war 1972 im Haus der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung im deutschen Münstereifel gegründet worden, und die sozialdemokratischen Konkurrenten der Soares-Partei unter Emidio Guerreiro berufen sich mit Stolz auf das Godesberger Programm der deutschen Sozialdemokraten.

SPD-Chef Willy Brandt, der immer wieder seine Freundschaft zu Soares betont, warnte denn auch noch in der vergangenen Woche mehrfach vor einer Einstellung der Wirtschaftshilfe für Portugal. Gleichzeitig verfolgte FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher auf offizieller Ebene eine Politik der Geduld.

Wie Willy Brandt warnte Genscher seinen amerikanischen Amtskollegen Henry Kissinger erst neulich in Bonn vor der Einschätzung, die Entwicklung in Portugal werde zwangsläufig in einer kommunistischen Diktatur enden. Eine Hilfe für Lissabon sei so lange gerechtfertigt, wie es Hoffnung auf demokratische Verhältnisse in dem immer noch zur Nato gehörenden Lande gebe.

In Brüssel stand der deutsche Außenminister mit dieser Ansicht nicht allein. Zusammen mit Belgiern und Luxemburgern räumte er zwar ein, er beurteile die Lage in Lissabon zunehmend pessimistisch. Gleichwohl, so mahnte er, solle sich die Gemeinschaft auf eine Finanzhilfe einigen, die freilich an gewisse Bedingungen geknüpft werden müsse. Die Deutschen wollen jedenfalls an ihrer Zusage festhalten, den Portugiesen separate Bonner 70 Millionen Mark Wirtschaftshilfe zu zahlen — allerdings nur gegen die verbindliche Zusage der portugiesischen Machthaber, daß dieses Geld nicht offen oder getarnt in die Kassen der Lissabonner Kommunisten fließe.

Ähnlich redeten in Brüssel auch die „Sozialdemokraten minus Schmidt" (so ein Ratsteilnehmer): Die Regierungschefs der Niederlande und Dänemarks argumentierten wie Willy Brandt, nur eine schnelle Wirtschaftshilfe könne die kommunistische Machtergreifung noch aufhalten.

Helmut Schmidt hingegen ist da nicht so sicher. Für den Bonner Finanzkanzler ist die Talfahrt der zerrütteten portugiesischen Wirtschaft auch durch Geldspritzen der Gemeinschafts-Europäer nicht mehr zu bremsen. Schmidt: „Der angerichtete Schaden ist zu groß."

Diese Einsicht erleichterte es dann auch dem Westdeutschen, sich jenen beiden Regierungschefs zuzugesellen, die jede Hoffnung auf ein demokratisches Portugal schon aufgegeben haben: Italiens Aldo Moro und Frankreichs Staatspräsident Giscard d'Estaing forderten die Brüsseler auf, sich unmißverständlich vom Lissabonner Regime und allen denkbaren Varianten einer Volksfront zu distanzieren.

Beide haben Grund zur Furcht. Bei ihnen daheim bilden Volksfront-Gruppierungen, Bündnisse zwischen Sozialisten und Kommunisten, ihre gefährlichste Opposition. Giscard, der nicht vergessen hat, daß er bei der Wahl zum Präsidenten nur eineinhalb Prozent Vorsprung vor dem Sozialisten François Mitterrand erzielte, machte sich zum Sprecher einer harten Politik der Neuner-Gemeinschaft gegenüber Lissabon. Seine Kollegen, verunsichert vom Zweifel an Portugals demokratischer Zukunft und der Furcht vor einer kommunistischen Machtübernahme am Atlantik, folgten ihm schließlich.

Erschreckt registrierten die vor dem Sitzungssaal des Brüsseler Ratsgebäudes Charlemagne wartenden Euro-Bürokraten die „undiplomatische Sprache" der ersten Entwürfe für eine Portugal-Erklärung. Doch die Chefs waren nicht mehr geneigt, diplomatische Feinheiten zu akzeptieren. Auch die geglättete Endfassung blieb rauh genug.

Dabei hatte der sozialistische Parteichef Soares am Wochenende seine europäischen Freunde in allen EG-Hauptstädten angerufen und leidenschaftlich vor einer vorschnellen Koppelung der Wirtschaftshilfe an politische Bedingungen gewarnt: Ein derartiges Junktim würde die negative Entwicklung in seinem Lande nur noch beschleunigen.

Spätestens am Dienstag dieser Woche werden die EG-Regierungschefs wissen, ob Soares recht hatte. Zu diesem Termin nämlich hat sich der amtierende portugiesische Außenminister Melo Antunes zu Gesprächen in Brüssel angesagt, zu denen ihn die EG eingeladen hatte.

Nicht nur deutsche Europa-Diplomaten befürchten allerdings, Antunes werde unter dem Eindruck der Brüsseler Doktrin gleich auf seine Reise in die EG-Zentrale verzichten. Dies, so ein ranghoher deutscher Kritiker der europäischen Portugal-Beschlüsse, wäre dann ein Beweis dafür, daß die „Art der Neun entscheidend zur Katastrophe beigetragen hat".

MALTA

Der Quirl

Die Sowjets versuchten, das aufsässige Malta aus der in Genf tagenden KSZE zu verbannen. Der Malta-Premier blieb hart. Er gewann.

Der Regierungschef eines winzigen Landes stahl den Chefs großer Länder die Zeit. Er sorgte für ein turbulentes Finale der Genfer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die fast zwei Jahre lang dahingetagt hatte.

Die 35 Delegationen aller europäischen Staaten (ausgenommen Albanien), Kanadas und der USA kamen nicht zum Schluß, weil Dominic („Dom") Mintoff, Premier von Malta (300 000 Einwohner), das Genfer Protokoll mit einem Passus über Sicherheit und Zusammenarbeit *aller* Mittelmeerländer anreichern wollte — auch Anrainer außerhalb Europas sollten mitarbeiten.

Damit verzögerte Mintoff die Terminierung der KSZE-Schlußzeremonie in Helsinki um ganze vier Tage, denn die Konferenz muß auch auf die kleinste Stimme Rücksicht nehmen.

Am zornigsten reagierte die große Stimme Moskaus, das die KSZE schon



Malta-Premier Mintoff
Wieder im Gerede

viel länger — monatelang — verschleppt hatte, ehe Kompromisse mit dem Westen möglich wurden. Jetzt bezichtigten die Sowjets Malta einer „Erpressung der 34 anderen Länder".

Dom Mintoff, 58, kam wieder weltweit ins Gerede. Das ist der mit Oxforder akademischen Titeln versehene Ingenieur, Architekt und Sozialdemokrat gewohnt, seit er 1955 erstmals Regierungschef seiner als britischer Flottenstützpunkt wichtigen, sonst aber unterentwickelten Insel wurde.

Erst wollte er die britische Kronkolonie Großbritannien eingliedern, dann strebte er die Unabhängigkeit an, die London — Mintoff war abgewählt worden — 1964 auch gewährte, mit einem zehnjährigen Stützpunktvertrag gegen 42 Millionen Mark Jahresmiete, die durch Pfund-Krisen schnell entwertet wurden. Malta gewährte dem Nato-Hauptquartier „Seestreitkräfte Mittelmeer" Gastrecht, doch Maltas Antrag auf Mitgliedschaft lehnte die Nato ab.

1971 war Mintoff wieder Premier und sorgte wieder für Aufsehen: Er wies den italienischen Nato-Admiral Birindelli aus, verbat sich Besuche der US-Mittelmeerflotte und erklärte den Stützpunktvertrag mit England für ungültig. Briten-Premier Heath bot ihm 80 Millionen Mark Miete pro Jahr, Mintoff verlangte 150 und forderte schließlich London ultimativ zur Räumung der Insel auf.

London begann zu räumen — doch 1972 einigte man sich auf eine Jahrespacht von 116 Millionen Mark. Ein gutes Drittel dieser Summe zahlt England, für den Rest kommen andere Nato-Staaten auf.

Zum Erfolg solcher Aktionen Mintoffs trugen seine zeitlich genau gezielten Auslandsreisen bei: Ende 1971 zu Libyens Oberst Gaddafi — der Malta, wo man eine Art Arabisch spricht, angeblich mit Subventionen an die arabische Welt binden wollte, oder im April 1972 zu Mao (Peking: „Das Mittelmeer gehört den Mittelmeerländern") und abermals zu Gaddafi.

Um diese Schaukelpolitik auszutarieren, reisten Regierungsdelegationen aus China und Japan, dem Ostblock und mehreren Nato-Ländern auf Mintoffs Insel. Bonn zahlt inzwischen eine Kapitalhilfe von 32 Millionen plus technischer Hilfe von drei Millionen Mark.

Quirl Mintoff rührte nur weiter in der großen Politik. Schon beim KSZE-Außenministertreffen in Helsinki 1973 eckte er mit seiner Forderung an, die arabischen Mittelmeerländer einzubeziehen. Damals versuchten die Sowjets zum erstenmal, Malta von der Europa-Konferenz einfach auszuschließen — wie vorletzte Woche wieder.

Jetzt wie damals ließ sich der Malteser Einzelgänger von Moskau nicht schrecken, und auch Beschwörungen von seiten der Finnen, der Gastgeber

des KSZE-Schlußaktes, stimmten Dom Mintoff nicht um. Zeitweilig war er auf Malta einfach nicht zu erreichen, es hieß, er habe sich schlafengelegt, sei ausgeritten, baden gefahren, speise gerade — fern vom Telephon.

Doch im Genfer Protokoll steht nun, daß die KSZE-Staaten beabsichtigen, unter Einschluß „aller" Mittelmeerländer für Frieden, Zusammenarbeit und Streitkräfte-Abbau in dieser Region zu wirken. Dom Mintoff, der Querulant, hat den Wert des wichtigsten Konferenz-Prinzips vorgeführt: die Einstimmigkeit aller Beschlüsse.

NAHER OSTEN

Ohr am Berg

Am Streit um die Sinai-Pässe Giddi und Mitla scheitert ein weiteres Entflechtungsabkommen zwischen Israel und Ägypten.

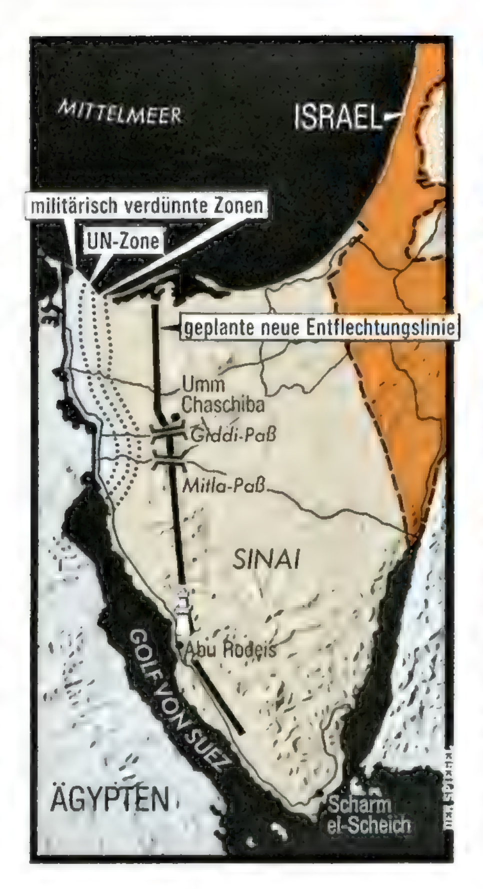
Henry Kissinger nannte die 800 Meter hohe Bergkette nach Israels Generalstabschef „General Gurs Alpen". Der US-Außenminister spottete, solche Verteidigungspositionen erinnerten ihn an „Karl-May-Strategie".

Für den jüdischen General Jekutiel Adam aber ist der Höhenzug „Israels Tempelmauer". Und der Knesset-Abgeordnete Joram Aridor fürchtet sogar, der Rückzug von den Bergen könnte „in Auschwitz-Grenzen" enden.

An jeden Zollbreit Boden einer Bergkette, die sich 40 Kilometer östlich des Suezkanals wie eine Barriere durch die monotone Mondlandschaft des Sinai zieht, krallt sich Israel: Nur vier enge Täler zwischen steil abfallenden Kämmen eignen sich als Durchfahrtstraßen, darunter der Giddi- und der Mitla-Paß, seit Jahrtausenden Verbindungsrouten zwischen Kulturen und Kontinenten — Afrika und Asien.

Im Orient von heute verbinden sie nichts, sondern sind als militärische Einfallstraßen erste Gefahrenpunkte. Und so wurden die beiden Pässe zum Zankapfel, der eine weitere Entspannung zwischen Israelis und Arabern hindert. Nachdem Israel-Premier Rabin vorige Woche verkündet hatte, daß bis zum nächsten Rückzugsschritt im Sinai noch Monate vergehen könnten, reagierte Ägypten wütend: Es werde den Vertrag über die Uno-Friedenstruppe im Sinai, der diesen Donnerstag ausläuft, nicht verlängern. Auf eine ähnliche Ankündigung folgte 1967 der Ausbruch des Juni-Kriegs.

Die Argumente der Israelis für ihren Starrsinn: Bei einer Annullierung des 27jährigen Kriegszustands wären sie schon Ende 1974 bereit gewesen, ihre beiden strategischen Heiligtümer Giddi und Mitla aufzugeben — nicht aber für ein auf höchstens drei Jahre befristetes Stillhalteabkommen.



Ägypten auf der anderen Seite fürchtet, daß die formelle Beendigung des Kriegszustands als Verzicht auf seine noch von Israel besetzten Gebiete gedeutet werden könnte und die arabischen Brüder Kairo als Verräter verdammen würden.

Ein Rückzug von den Bergpässen beeinträchtigt in der Tat Israels Verteidigungskonzept. Denn der Judenstaat hält auf dem Sinai-Bergrücken bei Umm Chaschiba und Dschebel Giddi riesige Späh- und Warnstationen, von denen man in der Ferne das träge Wasser des Suezkanals in der Sonne blitzen sieht. Die „Augen und Ohren Israels" (so die Soldaten über die Anlagen) erlauben der Luftwaffe eine Radarkontrolle bis tief nach Ägypten und können den Bodentruppen als Leit- und Funkzentrum dienen. Die Israelis hören zudem von dort aus den Funk- und Telephonverkehr des Gegners ab.

Die Rabin-Regierung möchte deshalb vor einem neuen Entflechtungsabkommen unbedingt die Warnstation von Umm Chaschiba als Garant gegen ägyptische Aggressionspläne behalten. Sie schlug Kairo vor, in einer künftigen demilitarisierten Zone eine ähnliche Warnanlage zu etablieren. Ägyptens Sadat verwarf bisher solche Anregungen. Die Ägypter wären lediglich bereit, beiderseitige Frühwarnanlagen amerikanischen Spezialisten anzuvertrauen, die mit ihren Spähflugzeugen und Satelliten ja schon die bereits gültigen Entflechtungsverträge überwachen.

Israel hingegen traut den Amerikanern nicht mehr, seit der US-Partner im vergangenen Jahr die Installation neuer ägyptischer Raketenstellungen verschwiegen hatte. Bei seinen Gesprächen auf Schloß Gymnich schlug Rabin deshalb Henry Kissinger einen Kompromiß vor: Israel und Ägypten sollten solche Horchposten mit je 150 Soldaten bemannen, die jedoch unter amerikanischer Kontrolle stehen. Kissinger billigte den Vorschlag und versprach, ihn Sadat zu empfehlen.

Israelische Militärs warnen vor der Räumung der Pässe. Denn die Ägypter halten sich in der knapp zehn Kilometer breiten Entflechtungszone östlich des Kanals zwar an die vereinbarte Truppenstärke und die zugelassenen Waffen. Sie errichteten dort jedoch mächtige Militäranlagen mit Bunkern, Artilleriestellungen und Raketenrampen, die innerhalb von sechs bis zwölf Stunden einsatzbereit sind.

Bei einem Vorstoß der Ägypter durch die von Israel aufgegebenen Pässe könnten die Juden nicht mehr so leicht Verstärkungen heranführen, weil auch Kairos Radaraugen tief ins israelische Hinterland schauen: Von den Höhen lassen sich die Staubfahnen motorisierter Verbände auf 80 Kilometer Entfernung ausmachen.

In einem Gutachten für die Regierung befürwortete Israels Heeresführung dennoch Flexibilität am Sinai, wenn zum Beispiel Gebietsverzichte durch US-Waffenlieferungen kompensiert würden. Denn F-15-Flugzeuge und „Lance"-Raketen seien wichtiger als einige Kilometer Gebirgsgelände.

„Mit Zeit und Geld lassen sich 100 Abwehrstellungen im öden Sinai aufbauen", weiß General Jeschajahu Gavisch, Sinai-Befehlshaber im Junikrieg 1967. Auch der einstige Abwehrchef General a. D. Aharon Jariv meint: „Ohne die Pässe wird die Sinai-Verteidigung erschwert, nicht aber unmöglich."

Für ein Arrangement mit Ägypten tritt der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Knesset, Jizchak Navon, ein: „1948, 1956 und 1967 errangen wir überwältigende Siege, obwohl Ägypten die Pässe hielt. 1973 waren unsere Truppen dort, und dennoch konnten wir Ägyptens Kanalüberquerung weder voraussehen noch verhindern."

Der Berufssoldat Jizchak Rabin, keineswegs ein Scharfmacher, zeigte sich in den letzten Wochen in der Frage der Sinai-Pässe ungewöhnlich hart — doch nicht nur aus militärischen Überlegungen. Die Tel Aviver Zeitung „Haaretz" vermutet, daß der Premier gegen die innere Opposition „seine Regierung retten" möchte: Zur Zeit wollen nur 17,4 Prozent der Israelis gegen eine drei- bis fünfjährige Übereinkunft mit Ägypten laut Meinungsumfrage auf den Giddi- und den Mitla-Paß verzichten. Doch 63 Prozent lehnen solche Zugeständnisse ab.

„Fifty-fifty mit der Bundesrepublik“

SPIEGEL-Interview mit Zaïre-Staatschef Mobutu

SPIEGEL: Bürger Präsident, Ugandas Staatschef Idi Amin hatte Sie gebeten, in der Affäre des zum Tode verurteilten Engländers Dennis Hills zu vermitteln. Sind Sie so etwas wie ein Führer Afrikas?

MOBUTU: Ich will meine Arbeit an der Spitze meines Landes tun, nichts anderes.

SPIEGEL: Ständig kommen afrikanische Delegationen zu Ihnen.

MOBUTU: Einige meiner Kollegen meinen allerdings, ich spielte eine gewisse Rolle in Afrika. Als es zum Beispiel zwischen Äquatorial-Guinea und Gabun schlecht stand, bat man mich um meine Vermittlung. Als die Organisation für Afrikanische Einheit, die OAU, im Nahen Osten 1971 vermittelte, gehörte ich zu dem Schlichtungs-Ausschuß.

SPIEGEL: Jetzt übernimmt Feldmarschall Idi Amin von Uganda den Vorsitz der OAU-Konferenz ...

MOBUTU: Nach der Tradition amtiert der Präsident des Gastlandes der Konferenz als Vorsitzender der OAU.

SPIEGEL: Nützt Feldmarschall Amin dem Ansehen Afrikas?

MOBUTU: Das ist so, als fragte man einen Bürger von Zaïre, ob er mit seinem Staatschef zufrieden ist. Jedes Land hat den Staatschef, den es verdient. Seit Amin an der Macht ist, habe ich nie mit ihm Probleme gehabt. Es gibt dafür einen triftigen Grund.

SPIEGEL: Welchen, bitte?

MOBUTU: Meine Diplomatie. Als Amin 1971 an die Macht kam, war ganz Afrika gegen ihn, gegen seine Mitarbeit in der OAU. Allein Zaïre erhob die Stimme, um darauf hinzuweisen, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates gegen die Charta der OAU verstößt.

SPIEGEL: Aufgrund dieser Haltung Zaïres, des früheren Belgisch-Kongo, hat ganz Afrika sich in dieser Frage arrangiert ...

MOBUTU: ... und Amin akzeptiert. Ich glaube, daß er mir deshalb noch dankbar ist.

SPIEGEL: Weshalb vermittelten Sie in der Hills-Affäre?

MOBUTU: Weil Amin gerade hier mein Gast war. Da sich alle Welt mit Vermittlungen eingeschaltet hatte, selbst die Königin von England, benutzte ich die Gelegenheit seiner Anwesenheit, um als Humanist zu vermitteln, denn das Leben eines Menschen war in Gefahr. Das war alles. Es ging mir nicht um das Ansehen Afrikas.

SPIEGEL: Nach den anderen portugiesischen Afrika-Kolonien gelangt nun Angola in die Unabhängigkeit. Als letzte weiße Gebiete auf dem Schwarzen Kontinent bleiben Rhodesien, Südafrika und Namibia, die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika.



Mobutu in der Zaïre-Hauptstadt Kinshasa*: „Ohne Gehrock und Fliege“

MOBUTU: Man sollte die Weißen nicht von diesem Kontinent vertreiben. Aber Zaïre nimmt es nicht hin, daß die Kolonialisten mit Gewalt die Macht an sich reißen, wie in Rhodesien, und sagen: Wir lassen uns hier nieder, wir sind kaum 200 000, aber wir üben die Macht aus, wir töten die Schwarzen, die mit uns nicht zufrieden sind, und all das durch Gewalt. Da können wir uns nicht beugen.

SPIEGEL: Gibt es einen Weg des Dialogs?

MOBUTU: Sie gebrauchen Gewalt und verlangen von Afrika, keine Gewalt anzuwenden! Wären diese Weißen vernünftig genug zu sagen: Wir akzeptieren dieses Rhodesien als unsere zweite Heimat, dort wollen wir leben und unser technisches Wissen den Verantwortlichen, die diesem Lande entstammen, zur Verfügung stellen, dann könnte man einverstanden sein.

SPIEGEL: Gilt das auch für Südafrika?

MOBUTU: Dort sind die Einwanderer seit vier, fünf Jahrhunderten. Das ist eine lange Zeit, man kann sie nicht mit Gewalt vertreiben. Wir verurteilen den Rassismus der Apartheid, aber man will niemanden mit Gewalt aus Südafrika vertreiben. Auch die Weißen sind da zu Hause. Sie sind Weiße und ich bin ein Neger, wir unterhalten uns.

SPIEGEL: Ist die neue Entspannungspolitik des Südafrika-Premiers Vorster, die Politik der kleinen Schritte, ein Einstieg in den Dialog?

MOBUTU: Welche kleinen Schritte in eine gute oder schlechte Richtung er auch immer unternehmen mag — Zaïre erwartet von Premierminister Vorster nur eines: Er soll beweisen, daß er in der Frage Namibia guten Willens ist. Solange Namibia nicht unabhängig ist, handelt es sich um Jonglierspiele, die wir nicht akzeptieren. Wenn der Unabhängigkeitsvertrag über Namibia fertiggestellt ist, werden wir zufrieden sein, dann können wir sogar einige unserer Standpunkte revidieren.

SPIEGEL: Zaïre hat ein besonderes Gewicht, weil es eines der reichsten Länder Afrikas ist. Staatsminister Wischnewski hat Sie gerade besucht. Was bieten Sie der Bundesrepublik, was erwarten Sie von ihr?

MOBUTU: Wir haben gemeinsam mit bundesrepublikanischen Geschäftsleuten die „Assinez“ geschaffen, also die Internationale Vereinigung zur In-

* Mit Jutta Fischbeck und Dirk Koch.

dustrialisierung von Zaïre. Es wird also eine Art Partnerschaft geben, fifty/fifty Prozent zwischen europäischen und zairischen Interessen — die Bundesrepublik müßte ja ganz zufrieden sein.

SPIEGEL: Diese Beziehungen wollen Sie noch intensivieren?

MOBUTU: Ja, aber natürlich. Da geht es einmal um die Ausbeutung von Methangas im Kiwu-See, um den Bau von Asphaltstraßen in Ober-Zaïre, ferner um ein Wasserkraftwerk im Zaïrefluß, um die Ausbeutung von Eisenerzvorkommen, dann noch um zwei Zementfabriken und die Ausbeutung der Edelholzvorkommen. Nicht zu vergessen: Wir planen ein Kernkraftwerk in der Nähe des Inga-Staudammes.

SPIEGEL: Und den Bau eines Volkswagenwerks.

MOBUTU: Ja, so was haben wir auch vor.

SPIEGEL: Wie wollen Sie solche ehrgeizigen Projekte bezahlen? Im Augenblick ist Zaïre doch ziemlich pleite infolge der weltweiten Rezession, und weil der Preis des Kupfers, des wichtigsten Produkts Zaïres, stark gesunken ist.

MOBUTU: Es ist ein grundlegender Fehler, über Zaïre unter kurzfristigen



Uganda-Chef Amin*, Amin-Opfer Hills
„Als Humanist vermittelt"

Gesichtspunkten zu sprechen, denn Zaïre ist ein Land der Zukunft. Die Entwicklung Zaïres kann man nur langfristig betrachten. Zaïre hat enorme Möglichkeiten. Es ist ein Land, das allein über 47 Prozent des tropischen Waldbestandes Afrikas verfügt, ein Land, das der führende Kobaltproduzent ist, der führende Produzent von Industriediamanten, alle Erze, die es



Zaïre-Frauen in Landestracht: „Viel schöner ohne Lippenstift"

auf der Erde gibt, finden sich in unserem Boden.

SPIEGEL: Das Land hat kein Geld.

MOBUTU: Unser Problem ist die Verwertung. Deshalb dürfen Partner, die uns bei der Verwertung helfen wollen, uns nicht auf Grund der vorübergehenden Schwierigkeiten beurteilen. Man muß weiter blicken, viel weiter. Eine deutsche Firma hat bereits eine Untersuchung ausgearbeitet, in der nachgewiesen wird, daß durch den Bau einiger Fabriken in der Umgebung des Inga-Staudamms — Zaïre hat die billigste Elektrizität der Welt, ein Kilowatt ein Centime statt elf Centimes in Frankreich — die Produkte in Deutschland zum halben Preis dessen verkauft werden könnten, die sie jetzt kosten, Transportkosten inbegriffen.

SPIEGEL: Müssen deutsche Investoren nicht damit rechnen, kurzerhand enteignet zu werden? Es gab den Fall Danzer, einer holzverarbeitenden deutschen Firma, die zumindest vorübergehend verstaatlicht wurde. Welche Sicherheiten bieten Sie jetzt?

MOBUTU: Die entsprechenden Investitionsbestimmungen, der Code des Investissements du Zaïre, wurden — von mir unterschrieben — am 29. Juni 1969 veröffentlicht. Aber in Zaïre gab es eine Bestimmung über den Export von berindetem Holz, den wir lieber vom Staat Zaïre abgewickelt sehen und nicht von Dritten. Durch diese Bestimmung wurde Danzer indirekt aufs Korn genommen. Aber die Sache ist geregelt und erledigt.

SPIEGEL: Sie haben in Ihrem Land eine Bewegung eingeleitet, die eine Rückkehr zur afrikanischen Identität anstrebt, eine Art bodenständigen Nationalismus mit viel Nostalgie ...

MOBUTU: Die Kolonisatoren hatten uns entwurzelt, uns unseres afrikanischen Ursprungs beraubt! Sie haben uns zu schwarzen Franzosen oder den Belgiern Afrikas gemacht! Und hier setzt die Philosophie der Rückbesinnung auf unsere Authentizität an. Um es an meinem eigenen Beispiel zu verdeutlichen: Ich selbst war Joseph ...

SPIEGEL: Sie sind als Joseph-Désiré getauft worden.

MOBUTU: ... und bei aller Entfremdung, die ich erlebt hatte, glaubte ich, als Joseph zum lieben Gott im Himmel kommen zu müssen. Die Rückbesinnung auf meinen Ursprung jedoch hat mir die Augen geöffnet und mich erkennen lassen, daß ich nicht mehr Joseph-Désiré bin, sondern Mobutu Sese Seko Kuku Ngbenda Wa Za Banda. Und als der werde ich vom lieben Gott akzeptiert werden.

SPIEGEL: Was bedeutet das für die Bürger von Zaïre?

MOBUTU: In meiner Entfremdung glaubte ich auch, zum Empfang eines ausländischen Freundes mich besonders kleiden zu müssen, daß ich einen Gehrock, einen Kragen, eine neue Fliege und so anlegen müßte. Dann aber erkannte ich, daß es viel würdevoller ist, nicht das Ausland zu imitieren, sondern ich selbst zu bleiben.

SPIEGEL: Die alten afrikanischen Sitten sollen wieder gepflegt werden?

MOBUTU: Vor dieser Rückbesinnung auf die Authentizität, vor dieser großen Bewegung glaubte ich auch, daß ich, um einen Ausländer würdig zu empfangen, ein großes Menü mit Beefsteak, Pommes frites und dergleichen auftischen müßte. Das ist in Zaïre nun alles vorbei. Wenn wir heute ausländische Freunde empfangen, setzen wir ihnen unsere Gerichte vor, wie wir sie selbst essen — so wie es auch in anderen Ländern üblich ist.

SPIEGEL: Gibt es nun auch eine neue Kleiderordnung?

MOBUTU: Unsere Frauen haben lange Zeit die ausländische Mode imitiert. Sie trugen Hosen wie die Damen

* Mit Sohn Mwanza.

in Europa, sie benutzten wie sie einen Lippenstift, sie kopierten einfach alles. Das ist jetzt vorbei. Und sie sind jetzt viel schöner ohne all diese fremde Imitation. Es ist doch viel würdiger so.

SPIEGEL: Sie haben sich vollkommen emanzipiert.

MOBUTU: Wir sind mit dieser Philosophie wieder das geworden, was wir sein sollten.

FRANKREICH

Atomziel Württemberg?

Frankreichs neue taktische Atomrakete Pluton bedroht in erster Linie die Schweiz und Westdeutschland.

Tous azimuts" — rundum — müsse Frankreich verteidigt werden, so hatte einst Charles de Gaulle die nukleare Abschreckungsstrategie definiert, um den einzigen potentiellen Gegner nicht nennen zu müssen: die Sowjet-Union. Heute ist klar, wen Frankreichs atomarer Bannstrahl als erste treffen wird: die befreundeten westlichen Nachbarn Schweiz und Bundesrepublik.

Solange französische Atomsprengköpfe durch Bomben oder Raketen — zumindest theoretisch — in 3000 Kilometer entfernte Ziele getragen werden konnten, brauchten sich Schweizer und Deutsche nicht sonderlich vor gallischen Atomblitzen zu fürchten. Seit aber Frankreichs zwei neugebildete, mit taktischen Atomraketen ausgerüstete Regimenter, vergangene Woche in Paris vorgeführt, in ihr Einsatzgebiet zwischen den Städten Belfort und Montbéliard einrückten, sind die halbe Schweiz und das Bundesland Baden-Württemberg direkt bedroht. Denn der atomare Raketenwerfer „Pluton" bringt es maximal auf 120 Kilometer Reichweite.

Für vier Milliarden Franc (2,3 Milliarden Mark) haben die Franzosen nach ihrer großen Force de frappe eine kleine entwickelt, die nach ihrer Fertigstellung 1978 aus insgesamt 40 Pluton-Raketen bestehen wird, montiert auf AMX-Panzerfahrgestellen und bestückt mit Sprengköpfen von 10 und 25 Kilotonnen TNT (entsprechend etwa der Hiroshima-Bombe). Hinzu kommen noch mit taktischen Atombomben ausgerüstete Luftgeschwader.

FRANKREICH
BUNDES-REPUBLIK
Standort der französischen Raketen-Regimenter
Freiburg
Belfort
Montbéliard
Zürich
Besançon
Luzern
Bern
Lausanne
Reichweite der Pluton-Rakete: 120 Kilometer
SCHWEIZ
Genf
ITALIEN
DER SPIEGEL

Die ersten beiden Artillerie-Regimenter (mit insgesamt zwölf Plutonraketen) bezogen im Militärcamp Fougerais, an der Vorzugsroute deutscher Spanien-Touristen, Quartier. Zumindest ein Teil der restlichen vier Atom-Regimenter wird im Elsaß stationiert und bedroht damit weitere Teile Baden-Württembergs, aber auch das befreundete Großherzogtum Luxemburg.

„Spektakulär und nutzlos zugleich" nannte das Pariser Wochenblatt „Nouvel Observateur" das neue Waffensystem. Spektakulär ist die Pluton in der Tat: Die zweieinhalb Tonnen schwere Feststoffrakete kann bei jedem Wetter abgefeuert werden, erreicht ihr Ziel mit einer Genauigkeit von etwa 300 Metern und zerstört ein Gebiet von rund zehn Quadratkilometern.

Spektakulär sind auch die Schutzmaßnahmen. Nur wenn zwei direkt der Regierung unterstellte Gendarmen mit ihrem Schlüssel — den sie Tag und Nacht am Halsband tragen — das Sicherheitsschloß öffnen und außerdem der Staatspräsident selbst den Feuercode übermittelt, kann die Rakete abzischen. Selbst danach noch kann Frankreichs Staatschef den Atomknall per Funk verhindern — bis eine Sekunde vor der Zündung. Sollte der Lenkmechanismus nicht funktionieren und die Pluton mehr als 1500 Meter vom programmierten Ziel abweichen, zerstört sie sich — konventionell — selbst.

Gerade diese strengen Sicherheitsvorkehrungen, fürchten französische Militärs, verzögern den Pluton-Einsatz dermaßen, daß er sinnlos wird. Wie die Befehlsübermittlung klappt, zeigten die letzten Manöver: Ein Blitztelegramm beispielsweise war 24 Stunden unterwegs. „Wenn unsere Pluton ankommt", vermutet ein französischer Offizier, „ist der Feind längst weg."

Die Militärfachzeitschrift „Forces armées françaises" sieht das Risiko, „daß die Regierung das nukleare Feuer nicht zu dem von den militärisch Verantwortlichen gewünschten Zeitpunkt eröffnet". Deshalb fordert das Armeeblatt, „die Feuerfreigabe zu liberalisieren" — das heißt, den Frontgeneralen zu überlassen. Und wie die entscheiden würden, verriet, wenn auch verschlüsselt, der Generalstabschef der Streitkräfte, François Maurin: „In einer Situation, in der das Verhältnis der konventionellen Streitkräfte für uns ungünstig wäre, würde die schnelle Anwendung der taktischen Nuklearstreitmacht eine politische und strategische



Französische Atom-Artillerie „Pluton": Eine Illusion wie die Maginot-Linie?

Situation schaffen, die den Angreifer vor neue Verantwortungen stellt."

Da Frankreichs konventionelle Streitkräfte jedem östlichen Gegner hoffnungslos unterlegen sind, heißt Maurins Doktrin im Klartext: Frankreich muß mit der atomaren Kriegsphase beginnen. Schon fragte das Pariser Wochenmagazin „L'Express": „Bauen wir da nicht eine neue Maginot-Linie — illusorischer und gefährlicher als die erste?"

Um die Atomkriegsgefahr im Rükken der Bundesrepublik zu bannen, versuchen Nato-Militärs in informellen Gesprächen mit ihren der militärischen Allianz nicht mehr angehörenden französischen Partnern eine gemeinsame Abwehrstrategie zu entwickeln. Zu festen Vereinbarungen freilich kam es bislang nicht. Der Einsatz französischer Streitkräfte „wird daher immer mit einem gewissen Maß an Improvisation verbunden sein", stellt der frühere deutsche Generalinspekteur Ulrich de Maizière in einer Studie fest.

Auch bei dem kommenden Gipfeltreffen zwischen Staatschef Giscard d'Estaing und Kanzler Schmidt wird das Pluton-Problem vermutlich nur am Rande besprochen werden. Als Verteidigungsminister Georg Leber seinen Dienstherrn fragte, ob er bei den Verhandlungen anwesend sein müsse oder in Urlaub gehen könne, ließ ihn der Kanzler in die Ferien ziehen.

Zwar wäre den Deutschen eine Stationierung der französischen Nukleartruppen beispielsweise an der deutsch-tschechischen Grenze lieber als im Hinterland, aber die deutschen Unterhändler haben für diesen Fall stets gefordert, was ihnen auch die Amerikaner für die nicht weniger verheerenden US-Atomgranaten zugestanden haben: eine Beteiligung an der Einsatz- und Zielplanung. Die jedoch hat Frankreich bislang stets abgelehnt, weil das einem kaschierten Wiedereintritt in die Nato gleichkäme.

Vor einer Plazierung französischer Atomwaffen in der Bundesrepublik warnten Rußlands Breschnew, Frankreichs Kommunisten, Gaullisten sowie General Binoche, Ex-Stadtkommandant in Berlin. Laut Binoche besteht eine urdeutsche Feindschaft „gegen alles Französische" — die habe „seit Jahrzehnten nicht einen Augenblick aufgehört, und es bedarf nicht der Lektüre von ‚Mein Kampf', um dessen sicher zu sein".

Nur auf eine Nato-Regel legten sich die Franzosen einseitig fest: Ortschaften von mehr als 5000 Einwohnern nicht atomar zu beschießen. „Nun müssen wir unsere Freunde vom Warschauer Pakt höflich bitten", flachste ein französischer Offizier, „auch brav übers freie Feld anzumarschieren."

USA

I love money

Ich liebe das Geld — mit diesem Glaubensbekenntnis gewinnt ein farbiger Prediger Millionen Gläubige, und Dollars.

Wenn sich, wie Calvin einst lehrte, Gottes Segen in materiellem Erfolg offenbart, hat Frederick J. Eikerenkoetter II. („Reverend Ike") reichlich davon und zeigt's ungeniert: Sein Anzug ist aus allerfeinstem Tuch. Am Ringfinger seiner rechten Hand trägt er einen massiven, viereckigen Klumpen Gold, auf dessen Vorderseite bunte Edelsteine die Wahlscheibe eines Telephons imitieren, und am Handgelenk funkelt ein breites, hochkarätiges Brillanten-Armband.

Vor Menschenmengen, die verzückt zu ihm aufblicken, thront der farbige Pastor auf einem hochlehnigen Sessel aus rotem Samt: ein wohlgeformter Vierzigjähriger, nicht zu dünn, nicht zu dick, mit der Hautfarbe von Karamelbonbons und einer glänzenden Lockentolle in der Art von Elvis Presley.

Er verkündet eine frohe Botschaft, die nicht gerade in der Bibel steht: Der Mammon ist der Herr, Dein Gott, Du sollst nicht andere Götter haben neben ihm.

Seine Lehre, an die in den USA derzeit rund 2,5 Millionen Anhänger glauben: das Himmelreich sei hier auf Erden, vorstellbar als saftiges, amerikanisches Konsumparadies. Die nötigen Dollarscheine dafür könne jeder haben, der sich an Ikes nicht weiter präzisierten „Segensplan" hält.

Der Prophet des baren Geldes führt selbst gern vor, wozu ihm der Glaube und nichts als der Glaube verholfen habe: einen Mercedes, 14 Rolls-Royces, zwei Villen in New York, zwei in Kalifornien, das feinste Essen, die vornehmsten Hotels und frische Blumenbuketts, wo immer er sich aufhält. Und seine Gläubigen glauben, Ike nachzufolgen, bedeute den Eintritt in dasselbe irdische Paradies.

Ikes Kirche an der 175. Straße in New York, ein üppiger Zwei-Millionen-Bau in einer Mischung aus Rokoko und maurischem Stil, war früher ein Kino: Reverend Ike ist der wahrgewordene Traum vom ganz großen Überfluß.

Und weil er vormacht, daß dieses selige Amerika jedermann möglich sei, reißen sich seine Anhänger darum, ihrem Prediger die Übersetzung vom Traum in die Realität großzügig zu finanzieren.

Die Höhe der Spenden, die er jährlich einsammelt, liegt, laut „New York Times", in der „Multimillionen-Dollar-Kategorie". Bis zu 25 000 Briefe treffen täglich im Hauptquartier seiner „United Christian Evangelistic Association" in Brookline, Massachusetts, ein. Fast in jedem Umschlag steckt das seligmachende Heilmittel Geld — niemals weniger als ein Dollar, manchmal Hunderte oder Tausende.

Diese Einnahmen — schätzungsweise 6,5 Millionen Dollar im Jahr — investiert Reverend Ike in seinen weitgefächerten Erlösungskonzern. 1770 Radiostationen verbreiten täglich seine Botschaft — er bezahlt die Sendezeit. Auf seine Kosten werden Fernsehpredigten in zehn Ballungsgebieten ausgestrahlt. Zweimal im Monat empfangen zwei Millionen Abonnenten unentgeltlich die Zeitschrift „Action", auf deren glänzenden Farbseiten Reverend Ike das wundersame Wirken seines „Segensplans" beschreibt.

Für seine Veranstaltungen mietet der Geld-Theologe — er besitzt immerhin das Diplom eines Prediger-Seminars

Sportpaläste und Kongreßzentren: den Cow Palace in Los Angeles, die Cobo Hall-Arena in Detroit oder den Madison Square Garden in New York, dessen mehr als 20 000 Plätze er bis auf den letzten füllt. Der Eintritt ist immer frei.

Für sich selbst behält der Reverend ein bescheidenes Salär von 40 000 Dollar im Jahr zurück, das er allerdings mit einem Spesenkonto von 1000 Dollar in der Woche strecken darf. Er selbst, sagt Ike, sei kein Millionär, seine Kirche aber sei's, und das mehrfach.

Kein Wunder: Er schaufelt schamlos ein.

Große, weiße Plastikeimer mit langen grünen Satinschleifen für die Kollekte reichten seine Helfer am vorletzten Sonntag durch die Reihen der Cobo Hall von Detroit, einer der am stärksten unter der US-Wirtschaftskrise leidenden Städte.

Die rund 12 000 Teilnehmer hatten schon in den Programmheften vorbereitete Umschläge gefunden, und Reverend Ike hatte sie ungeniert ermahnt: Er wolle beim Einsammeln kein Klingeln hören, denn dies, das Klappern von Münzen, „macht mich nervös beim Gottesdienst" — er will Scheine.

Brausendes Gelächter für den inzwischen wohlbekannten Scherz, den Ike regelmäßig einsetzt: Eine Variante zu seinem zentralen Glaubensbekenntnis, das der Prediger im Lauf der zweieinhalbstündigen Veranstaltung immer wieder und mit einer Direktheit vorträgt, die selbst blinden Fanatikern des Kapitalismus schwerfallen dürfte: „Ich liebe das Geld."

Sinnlich dehnt er dabei die Vokale: „I looooooooooooooove mooooooooooooneyyyyyyyy." Verzückt streichelt er imaginäre Geldbündel, und, als verbreiteten sie den Duft von Ambrosia, riecht er an den glatten, grünen Dollarscheinen, die er aus der Brieftasche zieht. Um solch inniges Verhältnis zum Geld zu lernen, müssen seine Zuschauer ihm die Gebärden nachvollziehen.



Prediger „Ike" Eikerenkoetter in Detroit: Priester des Konsums



„Ike"-Gläubige in Detroit: Hoffnung auf den Segensplan

Nicht das Geld sei die Wurzel allen Übels, predigt Reverend Ike, sondern, wie wahr, der Mangel desselben. Und das Wichtigste, das man für die Armen tun könne, sei: „nicht zu ihnen zu gehören".

Seine Anhänger gehören nicht dazu. Wie überall bei Reverend Ikes Versammlungen hatte sich in Detroit ein massives Aufgebot der schwarzen Mittelklasse versammelt, reich wohl kaum, aber bemittelt genug, um sich im charakteristischen Stil dieser Schicht zu kleiden: Priesterinnen einer Versandhauskultur in wallenden Dralon-Gewändern und bizarren Hutkreationen die Damen, Operettenhelden in verwegenen Schlapphüten die Herren; ungemein bunt und proper der Aufzug der Kinder.

Es ist eine Schicht amerikanischer Schwarzer, von denen selten die Rede ist, weil das spektakuläre Elend der Gettobewohner medienwirksamer auffällt. Sie arbeiten hart, halten ihre Familien zusammen und richten ihr Leben strikt nach traditionellen Werten ein: „Sie sind möglicherweise die ehrlichsten Leute Amerikas, übereifrige Hüter von Law and Order, die ihre Töchter und Söhne, Nichten und Neffen auf Negeruniversitäten in den Südstaaten schicken, auf denen noch strenge ethische Maßstäbe herrschen", so „New York Times"-Autor Clayton Riley.

Sie sind pragmatisch und in Gelddingen sonst höchst sachlich. Doch was sich zwischen ihnen und Reverend Ike abspielt, wabert mythisch-magisch: Sie schreiben ihm innige Briefe, verlassen sich auf seinen „Segensplan" und bekommen ein winziges, drei mal zwei Zentimeter großes Stückchen roten Wollstoff zurück, das „Gebetstüchlein", das fortan in ihrem Leben Wunder wirkt.

Mary Lee Learner erzählt der Versammlung der 12 000 in Detroit, sie hätte das Tüchlein ihrem heroinsüchtigen Sohn unter die Matratze geheftet, der alsbald auf die Droge verzichtete, einen Job suchte und wenig später, natürlich, ein Sparkonto einrichtete. Eine Dame, 63, lagerte das Stoffstückchen auf ihrer Brust. Sie hat nur noch eine. Der Brustkrebs wurde gestoppt.

Eine Kindergärtnerin zeigt Polaroid-Photos, auf denen die „antiken Möbel" abgebildet sind, die sie sich immer gewünscht hatte und, nachdem sie sich dem Reverend zuwandte, bekam. Oke Oglesby, 51, vormals laut Selbstzeugnis „ein professioneller Killer" in der Armee, wandte sich unter Ikes Einfluß geistig zurückgebliebenen Kindern zu, fand Frieden, eine Ehefrau und, natürlich, ein gutes Auskommen.

Ike — ein Scharlatan, der verkörperte Papst des Profits, ein Sparkassen-Ideologe mit Heileffekt? Mitten in der Krise wirkt das Prinzip Hoffnung, systemimmanent. „Es macht nichts", ver-

sicherte in Detroit die Innendekorateurin Yvonne Dorean, 29, „ich sehe, daß es offensichtlich für eine Menge Leute funktioniert.“ Die psychiatrische Abteilung der Harvard-Universität fand das, was Reverend Ike mit der Macht seines „positiven Denkens“ zustande bringt, eindrucksvoll genug, um ihn zu einem Kolloquium über das Thema zu laden.

Ikes Botschaft ist einfach: „Gott ist nicht der Rauschebart im Himmel“, sagte er in Detroit, „Gott bist du selbst. Gott ist in dir.“

Den „Kuchen“ sollen Ikes Kunden nicht erst im Himmel haben dürfen, sondern gleich hier auf Erden, mit einem Schlag Eis drauf und einer Kirsche dazu. Er hätte es aufgegeben, auf Knien zu beten, sagt Reverend Ike, lässig gegen seinen roten Thronsessel gelehnt, „denn dabei bekommt man zu leicht einen Tritt in den Hintern“.

Seine Kirche hat ihn längst exkommuniziert, der Häretiker verwechselt in seinen Reden das theologische Seminar („Seminary“), an dem er ausgebildet wurde, absichtlich mit einem Friedhof („Cemetery“). Ike verkauft, so Ike, eben „positives Selbstwertgefühl“.

Mit dem Vertrieb dieser Handelsware wirkt Ike als Lebenshelfer wie all jene, die in der weitgespannten Selbstverbesserungs-Industrie der USA ihr Geld machen: die Persönlichkeits-Trainer und Ego-Doktoren.

Sie leben davon, daß Erfolg und Besitz als Existenznachweis gelten. Viele Amerikaner müssen daher erst lernen, was Bestseller-Titel versprechen: „Ich bin O.K., du bist O.K.“ oder „Wie man sein eigener bester Freund werden kann“.

Die schwarze Version dieser weißen Mittelklassen-Manie ist Reverend Ike. Bei den Farbigen, deren Selbstbewußtsein durch jahrhundertelange Mißachtung lädiert wurde, glättet dabei der Glaube an die Allmacht des einzelnen alle vorhandenen, weiterwährenden Ungerechtigkeiten.

Die intellektuelle Führung der schwarzen Amerikaner lobt die Wunderdroge Ike. In der Zeitschrift „Esquire“, die über Erlösungsbewegungen sonst eher kritisch berichtet, verbreitete der schwarze Professor William C. Martin eine ungewöhnliche Laudatio. Maynard Jackson, Bürgermeister von Atlanta, überreichte dem Prediger den Schlüssel der Stadt; Roy Wilkins, Führer der Bürgerrechtsorganisation NAACP, zelebrierte mit Prediger Ike einen Gottesdienst, H. R. Crawford, Staatssekretär für Wohnungsbau und Städteplanung in Washington, ließ sich von ihm beraten, wie man das Selbstwertgefühl schwarzer Slumbewohner anheben könnte.

Befragt, was er Kritikern antworte, die ihm zu wenig Einsatz für die Armen vorwerfen, lächelte Ike: „Nichts.“

KONZERNE

Ab nach Übersee

Die Thyssen-Bornemisza-Gruppe zieht von Holland nach den Antillen. Ihre Manager wollen sich groß in den USA einkaufen.

Sein Großvater war Deutscher, sein Vate Ungar, er selbst wurde in Holland geboren und besitzt einen Schweizer Paß. Seine Frau ist Brasilianerin, und seinen kürzlich auf die Antilleninsel Curaçao ausgewanderten Konzern regiert er demnächst aus Fürst Rainiers Mini-Monarchie Monaco.

Doch vor allem denkt Hans Heinrich Thyssen-Bornemisza, 54, jetzt an Amerika. Hierhin will der polyglotte Multimillionär, Enkel des Ruhrmagnaten August Thyssen, seine bisher überwiegend in der Bundesrepublik und Holland konzentrierten Geschäftsinteressen zunehmend verlagern.



Thyssen-Bornemisza
In Monaco sehr willkommen

Der Stahlerbe will freilich nicht seine Firmen, sondern nur das Geld, das er durch deren Verkauf in die Kasse bekommt, nach den USA schleusen. „Die Liquiditätslage der Gruppe“, freute sich Thyssens Top-Manager, der Holländer Gerard B. Huiskamp, schon vor zwei Jahren, „erlaubt es, auch größere Firmen gegen Barzahlung zu übernehmen“.

Bares holen sich Thyssen und sein Generaldirektor zunächst aus Deutschland. Schon bald wird dem Stahlerben von seinem deutschen Firmenbesitz nur noch eine gut 75prozentige Beteiligung an der Bremer Vulkan-Werft gehören: Seit kurzem verhandelt „Baron Heini“ — wie er im Jetset hieß — über die Räumung seiner letzten Ruhr-Bastion,

den 50prozentigen Anteil an der Duisburger Thyssengas GmbH.

Das Industriereich des Thyssen-Enkels hatte schon vorher kaum noch Ähnlichkeiten mit dem rein deutschen Stahltrust des Großvaters besessen. Die Montan-Firmen des Gründers nämlich waren vom älteren Gründersohn Fritz 1926 in die Vereinigten Stahlwerke eingebracht worden, aus denen die heutige August-Thyssen-Hütte hervorgegangen ist. Der jüngere Gründersohn Heinrich war mit einem Firmen-Sammelsurium abgefunden worden, das dann Enkel Hans Heinrich erbte.

Mit dem Firmen-Konglomerat erbte der dritte Thyssen auch den deutsch-ungarischen Doppelnamen: Vater Heinrich nämlich hatte in Ungarn die Baronesse Margarete Bornemisza de Kaszon geehelicht und sich von deren Vater gleich adoptieren lassen.

Der Erbe machte zunächst mehr in den Klatschspalten der Regenbogen-Presse als in Wirtschafts-Gazetten von sich reden. Bergauf mit Bornemiszas Konzern ging es erst, als vor drei Jahren der ehemalige Shell-Manager Huiskamp den Vorstands-Vorsitz der Gruppe übernahm. Der auf unbedingtes Renditedenken gedrillte Holländer baute den Konzern sofort um: Mäßig verdienende Firmen werden abgestoßen, profitablere sollen heran — vor allem in Amerika.

1972 verkaufte Thyssen seinen 50prozentigen Anteil am Stahl- und Röhrenwerk Reisholz für 55 Millionen Mark an Mannesmann. Ein Jahr später überließ er seinen Anteil an der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft im wesentlichen der Hamburger Werft Alnwick-Harmstorf, und die Niederrheinischen Gas- und Wasserwerke gingen für über 35 Millionen an Gelsenwasser.

Für rund 50 Millionen Mark kaufte der Konzernherr bald darauf die Maastrichter Porzellan- und Fliesenfirma Mosa. Vergangenes Jahr sicherte er sich für 150 Millionen den New Yorker Konglomerat-Konzern Indian Head, in dessen 55 Fabriken 18 000 Beschäftigte Textilien, Autoteile, Kunststoffrohre und Glasbehälter fertigen.

Die Verlagerung seiner Aktivitäten auf den US-Markt nutzte der auf politischem Rechtskurs marschierende Thyssen-Enkel zudem, seinen holländischen Firmensitz Amstelveen mit der Antilleninsel Curaçao zu vertauschen: In der Karibik ist er nicht nur vor den Gewinnabschöpfungsplänen des sozialistischen Regierungschefs Joop den Uyl sicher, für Gewinn- und Zinsüberweisungen aus den USA genießt er fortan sogar volle Steuerfreiheit. Er selber will sich seine Konzernholding demnächst in der Spielbanken-Idylle Monaco einrichten, „wo wir", so Huiskamp, „sehr willkommen sind".

Derweil zeigt die Profitpolitik des „Barons" und seines Holländers schon

Erfolg: Allein im letzten Jahr schnellte der Gruppen-Umsatz um 83 Prozent auf 1,6 Milliarden Mark hoch, die Kapitalrendite lag bei 21 Prozent. Huiskamps Fernziel: Jedes Jahr 15 Prozent mehr Gewinn.

VETERANEN

In Treue fest

Die letzten Askaris aus Lettow-Vorbecks Schutztruppe hängen noch am deutschen Vaterland. Eine alte deutsche Dame sorgt für sie.

Vier Jahre lang hat Ex-Feldwebel Hasani Silanda die Uniform des deutschen Kaisers getragen. Im Felde blieb er unbesiegt wie sein Feldherr, General Paul von Lettow-Vorbeck. Es mußte ein halbes Jahrhundert verstreichen, ehe Hasanis Glaube an die Unbezwingbarkeit der deutschen Rasse ins Wanken geriet.

Im Alter von 78 Jahren erlebte er im Juli eine deutsche Niederlage: Er wurde im Fußballstadion seiner ostafrikanischen Heimatstadt Tanga Zeuge, wie eine Mannschaft der Regierung von Tansania eine Bonner Bundestagself zu Paaren über den Rasen trieb. Nur der südhessische SPD-Abgeordnete Manfred Coppik, der auf Rechtsaußenposition dribbelte, rettete Hasanis Deutschen-Bild mit einem Ehrentor (Ergebnis 4:1) vor dem Totalkollaps.



Alt-Askaris, Askari-Betreuerin Scheel*: „Wann kommen die Deutschen?"

Alt-Feldwebel Silanda ist einer der letzten Überlebenden der „Schutztruppe" Deutsch-Ostafrikas, die fünfeinhalb Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des kaiserlichen Reiches noch immer in Treue fest zu einem längst verblichenen Deutschtum stehen. In und um Tanga am Indischen Ozean hatte deutsches Waffenhandwerk Anfang November 1914 einen seiner donnerndsten Triumphe gefeiert, als Lettow mit 300 Weißen und 600 Askaris eine achttausendköpfige britische Invasionsarmee ins Meer warf. Träger und Askaris pflegten bis heute deutsche Soldatentradition — so gut es geht.

Die Veteranen sind alle über 75. Den meisten fällt das Strammstehen schwer. Doch zweimal im Jahr gehen sie in Habachtstellung: Einmal am Volkstrauertag, wenn sie auf dem Friedhof von Tanga zu Ehren der toten Kameraden „Heil dir im Siegerkranz" anstimmen. Und dann noch mal in den ersten Dezembertagen, wenn bei Mama Scheel Weihnachtsgeld gefaßt wird.

Margarethe („Mama") Scheel, 73, Honorarkonsulin der Bundesrepublik Deutschland, teilt einmal im Jahr den kargen Dank des verflossenen Vaterlandes an die alten Kameraden aus: derzeit 70 Shilling (23 Mark). Ein Drittel davon entstammt den Spenden von Veteranenvereinen und Unteroffiziersklubs in der Bundesrepublik, gelegentlich tut auch ein deutscher Tanga-Besucher einen Obolus in den „Old Askari Fund", wie der Malermeister Reinhold Siebentritt aus Grenzhausen, der letztes Jahr begeistert 100 Dollar in die Kameradschaftskasse zahlte.

Aus dem säuberlich in einem Hauptbuch registrierten Fonds bestreitet die „Mama Askari", wie man sie in Tanga nennt, auch die Kosten für Unvorhergesehenes. Ausgaben unter der Rubrik „Verwendung": Alt-Askari Baali Athmani erhielt 50 Shilling für die Beerdigung seines Sohnes, der bei der Kokosnußernte von einer Palme gefallen war. Feldwebel Silanda erbat sich 20 Shilling, um seinem Sohn ein „deutsches" Hochzeitsgeschenk zu machen: zwei alte deutsche Kolonial-Rupien.

Das Anliegen des Schützen Athmani Magazig war „ein Grenzfall" für die Konsulin: „Er sagte mir, er sei so allein und wolle sich eine Frau kaufen", berichtet Mama Scheel. „Die Dame seines Herzens verlangte 100 Shilling Brautgeld. Fünfzig hatte er schon. Da habe ich ihm den Rest dazugegeben."

Ein weiterer Eintrag in Mama Scheels Hauptbuch weist 50 Shilling für den Ankauf von 30 Kilo Kartoffeln aus, denn im letzten Jahr während der Dürrekatastrophe mußten viele Askaris hungern. „Damit sie mal wieder was zwischen die Rippen kriegten, was sie auch beißen konnten", kochte die Konsulin ein paar Kübel Kartoffelbrei. Bei Sonnenuntergang sammelten sich die Kostgänger zum Fahnenappell und anschließenden Essen in Mama Scheels Garten. Einer fragte Frau Scheel, was Ex-Untertanen des Kaisers in den ehemaligen Kolonien mitunter auch deutsche Urlauber fragen: „Wann kommen die Deutschen wieder?"

Die Relikte ihrer vergangenen Grandeur tragen die Veteranen wie Reliquien am Leib: einen stumpfen Uniformknopf, einen Fetzen aus der Fahne, unter der sie einst dienten. Nicht einmal jeder zehnte hatte noch die von Lettow ausgestellte Dienstbescheinigung, als Margarethe Scheels inzwischen verstorbener Ehemann 1964 im

* In Tanga. Links: Flaggenhissung vor dem bundesdeutschen Konsulat.

Auftrag der Bundesregierung die im Norden und Osten Tansanias lebenden Askaris namentlich erfaßte.

Doch Konsul Walther Scheel ließ auch andere Beweise gelten. Unteroffizier Mwangazi Mungiya krempelte vor Scheels Schreibtisch nur stumm die Hosenbeine hoch und zeigte die Brandwunden, die er erlitten hatte, als er seinen schwerverwundeten Kompaniechef, Hauptmann Mettner, aus einem Buschfeuer rettete.

Der Regierungsbeauftragte, der 1964 in Mwanza am tansanischen Ufer des Viktoria-Sees die Empfänger eines von Bonn ausgesetzten „Askari-Ehrensoldes" ermitteln sollte, ließ die 300 Antragsteller zum Beweis ihrer Pensionsberechtigung probeexerzieren. Er drückte ihnen einen Besen in die Hand und ließ sie nach deutschen Kommandos Griffe klopfen. Keiner fiel bei dem Test durch, nur ein gichtkranker Ex-Korporal trat nicht an; ersatzweise gab er auf kisuaheli eine Art eidesstattliche Versicherung ab: „Mimi ni askari mdachi — ich bin ein deutscher Soldat". Er bekam seinen Sold.

VERBRAUCHER

Blanker Fakt

Amerikanische Männer kaufen weniger Unterhosen. Gehen sie „drunter ohne"?

Das hatte es in der Geschichte der Branche erst einmal gegeben: 1934.

Damals, in der Hollywood-Liebeskomödie „It Happened One Night", war Clark Gable so fabelhaft gelungen, sein Hemd von der zwar spärlich behaarten, doch so männlichen Brust zu streifen, daß die Katastrophe nicht ausbleiben konnte: Der Umsatz von Herren-Unterhemden sackte ab, um ganze 75 Prozent.

1975 sehen sich Amerikas Fabrikanten von Herren-Unterwäsche einem ähnlichen Dilemma gegenüber, gewissermaßen ausgedehnter noch. Denn nicht allein der Verkauf von Hemden ist rückläufig — auch der von Unterhosen.

Seit Jahrzehnten hatten die Männer der Vereinigten Staaten mit beruhigender Regelmäßigkeit jährlich um vier Prozent mehr Unterzeug gekauft. 1974 strichen die Trikoteinzelhändler 660 Millionen Dollar ein. Doch dann kam der Einbruch — um 10 bis 15 Prozent sackten die Verkaufszahlen im ersten Quartal 1975 ab.

Seither rätseln die Industriellen. An nackte Männerbrüste haben sich Kinogänger hinlänglich gewöhnt. Daß der Griechenknabe Franck Protopapa seinen blanken Po hinhielt für die (französische) Wäschewerbung, ist immerhin schon acht Jahre her. Und von keinem



Deutsches Soldaten-Dessous
„Samstags keine Unterwäsche"

Filmhelden der Gegenwart ließe sich sagen, er habe die Hosen so atemberaubend abgelegt, daß es ihm andere Herren gleichtun müßten.

Einige Branchenkenner geben Preiserhöhungen die Schuld an der Wäsche-Sparwelle. War vor wenigen Jahren eine Dreierpackung mit Baumwoll-Standardhosen noch für vier Dollar zu haben, so kosten sie jetzt 5,50.

Byron Reed hingegen, Präsident der Munsingwear Inc., tippt auf die Rezession. Männer, meint er, fingen am ehesten da an zu sparen, wo es nicht auffällt. „Wenn Amerika die Hosen runterließe", rügt Reed, „käme eine ganze Menge schäbiger Unterwäsche zutage." Zahlen vom US-Sockenmarkt stützen seinen Verdacht. Da ist der Umsatz um 18 Prozent rückläufig — Löcher lassen sich mit Schuhen gut kaschieren.

Männer mit Modebewußtsein wiederum wittern das Übel anderwärts — in der eigentlichen Beschaffenheit der amerikanischen Durchschnitts-Unterhose. Fashionable Slips zum Stückpreis von fünf Dollar machen nur 15 Prozent des amerikanischen Marktes aus. Der Rest hat wahrlich das Attribut „unaussprechlich" verdient, denn US-Normalhosen sind länger, weiter, schlottriger noch als jene von deutschen Bundeswehr-Kleiderkammern ausgegebenen Schinkenbeutel, die das Düsseldorfer Modemagazin „Der Herr" in seiner jüngsten Nummer angewidert als „Hose der Nation" präsentiert.

Die berechtigte Sorge, daß derlei Großraum-Unterbekleidung unter hautengen Jeans auftrage, hat nach Ansicht des amerikanischen Modeschöpfers Bill Blass speziell die jüngere männliche Generation zum völligen Verzicht auf Dessous bewogen.

Dieser blanke Fakt ist den Produzenten nicht entgangen. „Einige Leute", so Jack Wyss, Präsident der Firma Jockey International, „dürften ganz schön frieren." Die Konkurrenzfirma Eagle Shirtmaker Inc. wollte dem Drunter-ohne-Trend gar schon Rechnung tragen: Mit dem Slogan „Samstags trägt der Cardin-Mann keine Unterwäsche" sollten Sechserpackungen superkleiner Cardin-Slips auf den Markt gebracht werden. „Aber wir haben uns dagegen entschieden", berichtet Produktmanager Thomas Goetz.

Kurzfristig schien der gebeutelten Branche ein Hoffnungsstrahl aus Washington. Aber ein Antrag des Kongreßabgeordneten James Burke, der den Trikotagefabrikanten neue Wirk-Felder eröffnet hätte, fiel durch.

Im Rahmen des Energie-Sparprogramms, hatte Burke gemeint, müsse der Staat solche Verbraucher subventionieren, die sich durchringen, Wärmendes zu kaufen: lange Unterhosen. ◆



Mode-Vorbild Gable*: „Einige Leute dürften ganz schön frieren"

* In dem Film „It Happened One Night", 1934.

Das Haus in der Garibaldistraße

Ex-Geheimdienstchef Isser Harel über die Jagd nach Adolf Eichmann (III)

Wie lange, glauben Sie, werden wir eingelocht, wenn man uns schnappt?“ Es war Ezra Eshet, der diese Frage in einer unserer letzten Besprechungen vor der Aktion stellte.

„Ein paar Jahre schon“, antwortete ich.

Mehrere Minuten herrschte absolutes Schweigen. Wenn die Operation mißlingen sollte, so fuhr ich fort, müsse jeder selbst sehen, wie er aus Argentinien herauskomme. Wahrscheinlich ginge die Jagd auf uns in Buenos Aires los — in den Hotels und auf dem Flughafen. Mit ziemlicher Sicherheit sei anzunehmen, daß man in den ersten Stunden nach der Operation die Eisenbahnzüge nicht durchsuchen werde.

Als die Stunde Null näherrückte — wir hatten den Termin auf den 11. Mai verschieben müssen —, meldeten sich alle Männer, die noch in Hotels wohnten, dort ab und übersiedelten in die vorgesehenen sicheren Quartiere. So würde sich später niemand fragen, warum diese Gäste ausgerechnet an dem Tag abgereist waren, an dem Eichmann alias Klement entführt worden war.

Am 10. Mai hielten sich die meisten Männer schon in unserem Haus mit dem Decknamen „Tira“ auf und bereiteten alles für die Zeit nach der Entführung vor. Gegen Abend brachen Gabi und Ehud zu einer Erkundung der von „Tira“ zum Zielgebiet führenden Straßen auf, um im Ernstfall einen Verfolger abhängen zu können.

Am 11. Mai machte Zev den „Gefängnisraum“ in „Tira“ fertig und baute ein Notversteck. Er legte es derart geschickt an, daß es bei einer normalen polizeilichen Haussuchung unentdeckt bleiben mußte.

Nach einer letzten Inspektion aller Geräte und Vorräte fuhren Gabi, Ehud, Kenet und Ezra in die Stadt, um die Leihwagen, die für die Entführung selbst nicht gebraucht wurden, wieder abzuliefern. Die Einsatzgruppe behielt nur die beiden für die Operation bestimmten Autos und einen dritten Wagen für den allgemeinen Gebrauch. Wir durften jetzt auf keinen Fall Fahrzeuge weiterhin benutzen, die im Zielgebiet gesehen worden waren und wiedererkannt werden könnten.

Außerdem verwandelten jetzt die Mitglieder des Teams ihre äußere Erscheinung und bekamen neue Personalpapiere. Von nun an gab es keinen sichtbaren Zusammenhang mehr zwischen denjenigen, die sich im Zielgebiet umgesehen, in Hotels gewohnt, Leihwagen gemietet hatten, und den Männern, die am späten Nachmittag aufbrechen sollten, um Eichmann festzunehmen.

An diesem Tag verließ ich mein Hotel morgens so früh, daß die Tagesschicht an der Rezeption noch nicht ihren Dienst angetreten hatte. Schläfrig machten die Leute von der Nachtschicht meine Rechnung fertig und riefen mir dann ein Taxi herbei, das mich zum Bahnhof bringen sollte.

Ich schob mein Gepäck in ein Schließfach und brach zu einer langen Tour durch die Cafés von Buenos Aires auf. Es regnete, und mein Morgenspaziergang erfrischte mich. Für die Besprechung mit der Aktionsgruppe hatte ich ein Restaurant ausgewählt, damit wir während des Essens miteinander reden und dadurch Zeit sparen konnten.

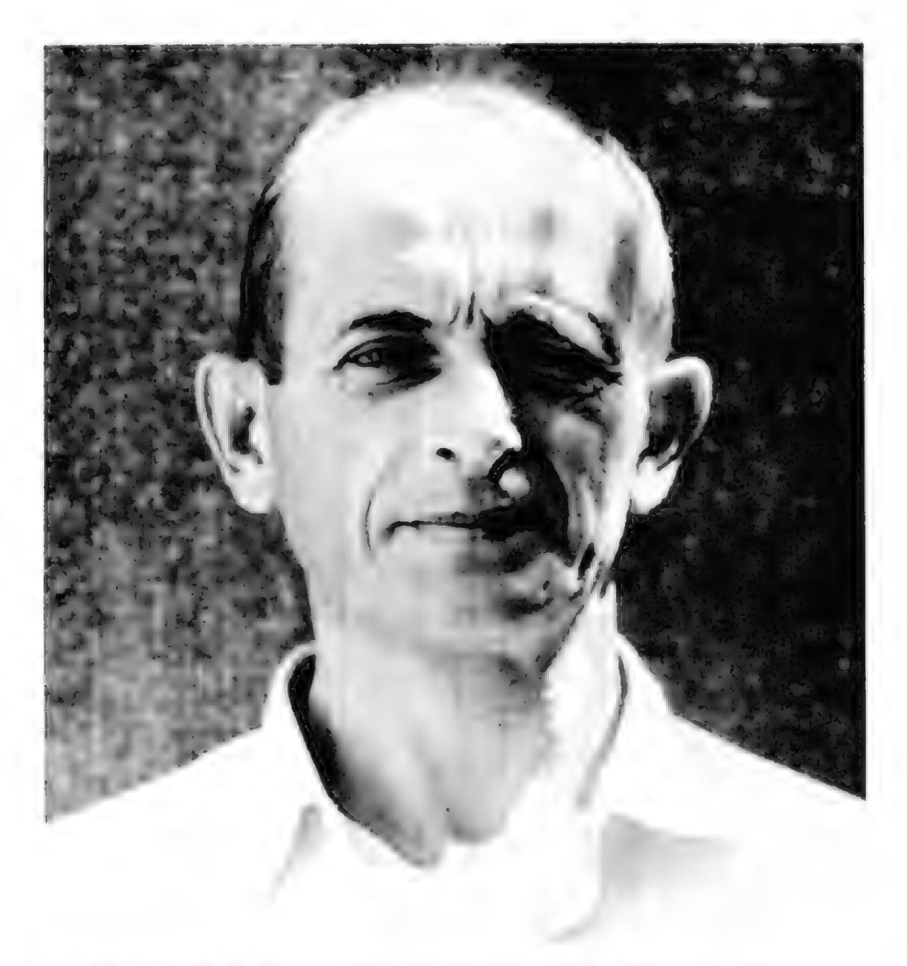
Wir besprachen, was geschehen sollte, falls Klement, wenn er das parkende Auto sah und dadurch Angst be-



AKTION IM DUNKELN



Eichmann steigt um 20.05 Uhr aus dem Bus und geht in Richtung Garibaldistraße Ezra in Wagen II blendet die Scheinwerfer auf, damit Eichmann den Wagen I nicht zu früh bemerkt. In der Garibaldistraße wird Eichmann von Eli überwältigt



Gefangener Eichmann: „Er hat nicht einmal versucht, sich zu wehren"

kam, über das Feld zu seinem Haus rennen würde, statt seinen üblichen Weg fortzusetzen. Ich wies die Männer an, ihn unbedingt auf dem Feld einzuholen, selbst wenn dadurch Vorübergehende auf den Vorfall aufmerksam würden. Notfalls müßten sie ihn sogar aus seinem Haus herausholen.

Um 16.30 Uhr fand in „Tira" eine letzte Besprechung statt. Dann zogen sich die Männer um und steckten das für die Aktion nötige Werkzeug ein. Um 18.30 Uhr starteten beide Wagen. Der Leiter der Aktion, Gabi, fuhr in Wagen I, dem Entführungsauto, mit. Er und Eli saßen im Fond. Kenet steuerte den Wagen, neben ihm hatte Zev Platz genommen.

Wagen II, der als Begleitschutz und Reservewagen diente, wurde von Ehud gesteuert. Ezra saß neben ihm, der Arzt auf dem Rücksitz. Die Autos steuerten das Zielgebiet auf verschiedenen Strekken an, trafen sich an einer bestimmten Stelle der Landstraße 197 und fuhren dann zu ihren festgelegten Positionen.

Die Operation sollte planmäßig um 19.40 Uhr beginnen, ich konnte also die erste Nachricht nicht vor 20.40 Uhr erwarten. Doch Stunde um Stunde verging, und noch immer hatte ich nichts von unseren Leuten gehört. Sollte aber tatsächlich etwas mißglückt sein, dann war es kaum vorstellbar, daß alle Männer verhaftet worden waren — zumindest einem müßte es gelungen sein, zu entkommen und mich über den Fehlschlag zu informieren.

Je mehr Zeit verging, desto stärker wurde meine Überzeugung, daß die Operation erfolgreich verlaufen war. Ich ging von einem Treffpunkt-Café zum anderen, wartete, trank Tee, trank Kaffee, und dann war es schon fast Mitternacht geworden, und das Café, in dem ich gerade saß, wollte schließen.

Ich hatte bezahlt und wollte schon gehen, da tauchten in der Tür Ehud und Kenet auf. Sie sahen müde aus, und ihre Kleidung war zerknittert, aber ein Blick in ihre Gesichter genügte. Ehe sie den Mund auftun konnten, wußte ich: Die Aktion war geglückt, und Klement war eindeutig als Eichmann identifiziert.

Wir gingen in ein anderes Café, und dort berichteten sie mir ausführlich, wie Adolf Eichmann festgenommen worden war:

Die Autos hatten das Zielgebiet um 19.25 Uhr erreicht — etwas später, als geplant —, und es blieben nur zwei, drei Minuten, bis der Bus 203 an dem Kiosk eintreffen sollte. Und dann kam der Bus — nicht aber Klement.

Wagen I stand in der Garibaldistraße, etwa zehn Meter vor der Einmündung in die Landstraße 202, mit dem Kühler in Richtung auf Klements Haus. Die Motorhaube war geöffnet, und Zev, der am Motor herumbastelte, hatte sich so hingestellt, daß ihn Klement beim Näherkommen nicht sehen konnte. Eli beugte sich von der linken Seite des Autos über den Motor. Kenet war am Steuer sitzengeblieben, und Gabi hatte sich hinten im Wagen auf den Boden gekauert.

Wagen II parkte auf dem Seitenstreifen der Landstraße 202, etwa 30 Meter von Wagen I entfernt. Auch hier war die Motorhaube geöffnet, und die Männer taten, als wollten sie einen Defekt beheben. Etwa 12 Meter hinter dem Wagen stand ein Lastwagen, dessen Fahrer am Steuer aß und trank. Der Mann blieb während der ganzen Operation in seinem Lastwagen sitzen, ohne zu merken, was dicht vor seiner Nase geschah.

„Hat Eichmann einen Revolver in der Tasche?"

Die Scheinwerfer von Wagen II sollten eingeschaltet werden, damit Klement geblendet wurde und den Wagen I erst dann sehen konnte, wenn er schon dicht davor war. Sieben Augenpaare starrten gebannt zu der Bushaltestelle hin.

Zwei Busse fuhren vor, aber Klement kam nicht. Die auf der Lauer liegenden Männer wurden unruhig. Noch ein Bus kam und fuhr wieder weg, ohne daß Klement aufgetaucht wäre.

Die Männer hatten vereinbart, bis 20 Uhr zu warten. Als es soweit war, erkundigte sich Kenet bei Gabi, ob sie nicht wegfahren sollten — wenn sie noch länger hier ständen, sähe das verdächtig aus. Gabi antwortete, sie sollten weiter warten.

Auch Ehud, der Verantwortliche in Wagen II, hatte beschlossen, die Aktion noch nicht abzubrechen. Kurz vor 20 Uhr stieg er aus dem Auto, um sich genauer umzusehen. Ein paar Meter vom Auto entfernt, dicht an der Ecke der Garibaldistraße, blieb er stehen. Dann sah er vor dem Kiosk einen Bus halten. Ehud drehte sich um und ging langsam wieder auf seinen Wagen zu. Plötzlich sah er in der Dunkelheit Klement kommen. Es war 20.05 Uhr. Ehud begann zu rennen. Ezra schlug sofort die Motorhaube zu. Ehud sprang ins Auto und blendete die Scheinwerfer auf. Als er den Wagen in Bewegung setzte, hatte Klement die Garibaldistraße schon fast erreicht.

Plötzlich sah auch Kenet, der Fahrer von Wagen I, einen Mann am Straßenrand gehen, aber es war so dunkel, daß er nicht erkennen konnte, wer es war.

„Es kommt jemand", sagte er zu Gabi, und Sekunden später flüsterte Kenet: „Er ist es!" Es kam ihm so vor, als habe er die Worte geschrien. Unterdessen hatte Klement die Ecke erreicht und bog in die Garibaldistraße ein.

Kenet zischte Gabi ins Ohr: „Er hat die Hand in der Tasche — vielleicht

hat er einen Revolver. Soll ich es Eli sagen?“

„Sag's ihm“, antwortete Gabi.

Klement war jetzt dicht vor dem Auto angelangt. „Momentito“, sagte Eli und stürzte sich auf ihn. Zu Tode erschrocken, trat Klement einen Schritt zurück.

Eli hatte sich darauf trainiert, die „Wachtposten-Methode“ anzuwenden, bei der das Opfer von hinten gepackt und nach rückwärts gerissen wird. Jetzt, da Kenet vor einer Schußwaffe gewarnt hatte, mußte Eli von vorn angreifen, um Klement zu Boden zu werfen. Der wich zurück, und so wurde Eli mit zu Boden gerissen. Klement stieß einen entsetzlichen Schrei aus, wie ein in die Falle gegangenes Raubtier. Zev packte ihn an den Beinen. Klement rührte sich nicht mehr, er war wie gelähmt.

Gabi half, den Überfallenen in den Wagen zu zerren, während Eli und Zev von draußen schoben. Sekunden später lagen alle vier im Fond des Wagens unter- und übereinander.

In der Mundhöhle nach Gift gesucht.

Zev kletterte über die Lehne nach vorn. Kenet warf inzwischen die Motorhaube zu, setzte sich dann ans Steuer und ließ den Motor an. Die ganze Aktion hatte nicht einmal eine Minute gedauert.

In der Dunkelheit hatte Ehud nicht sehen können, was sich ereignete, aber als er Gabis Wagen anfahren sah, folgte er ihm. An der nächsten Kreuzung hatte er ihn eingeholt. Erst jetzt konnte Ehud erkennen, daß im Wagen I Kenet am Steuer saß, und da wußte er, daß die Operation gelungen war.



Eichmanns Bus-Haltestelle: Überfall im Scheinwerferlicht

In dem Entführungsauto war alles in bester Ordnung. Klement hatte nicht einmal versucht, sich zu wehren. Als das Auto anfuhr, wurde sein Kopf gegen Gabis Knie gedrückt. Zev half vom Beifahrersitz aus, dem Gefangenen einen Knebel in den Mund zu schieben. Dann schnürten sie ihm Hände und Füße zusammen, setzten ihm eine undurchsichtige Schutzbrille auf, legten ihn auf den Boden und breiteten eine Decke über ihn.

Eichmann gab keinen Laut von sich. Kenet hatte nur einen einzigen Satz zu ihm gesagt, und zwar auf deutsch, und die Worte waren dem Gefangenen zweifellos sehr vertraut: „Stillhalten, oder ich schieße.“

Als sie an einen Eisenbahnübergang kamen, waren die Schranken geschlossen. Die wartenden Autos stauten sich in zwei Reihen. Aus den offenen Fenstern des Wagens, in dem der Entführte lag, ertönte Musik. Zehn Minuten lang mußten sie in der Autoschlange warten, aber wenn jemand in das Innere der beiden Autos geblickt hätte, wäre ihm nichts aufgefallen: Die Männer wirkten genauso wie die anderen wartenden Autofahrer.

Eichmann rührte sich nicht, er atmete nur keuchend. Anfangs hatten unsere Leute überlegt, ob man ihn nicht sofort nach der Festnahme narkotisieren sollte, damit er während der Fahrt keine Schwierigkeiten machte, doch der Arzt hatte sie gewarnt: Falls der Entführte kurz vorher Alkohol getrunken oder eine schwere Mahlzeit zu sich genommen hätte, könnte die Narkose für ihn lebensgefährlich sein.

Als noch fünf Minuten Fahrt bis „Tira“ vor ihnen lag, hielten beide Autos an, und es wurden neue Nummernschilder angeschraubt. Um 20.55 Uhr waren sie am Ziel.

Yitzhak, der als offizieller Mieter des Hauses fungierte, machte das Gartentor der Villa auf und ließ die beiden Autos herein. Wagen I wurde in die Garage gefahren, von dort aus führte ein Gang direkt ins Haus. Als sich das Garagentor geschlossen hatte, wurde Eichmann aus dem Wagen gezogen.

Man stützte ihn von rechts und links, und so ging er in den für ihn vorbereiteten Raum. Der Entführungswagen wurde wieder aus der Garage herausgefahren, er mußte sofort von dem Grundstück verschwinden, denn wenn der Vorfall in der Garibaldistraße beobachtet worden war, dann hatte man diesen Wagen gesehen, und deshalb brachten ihn die Männer sogleich in die Stadt.

Unterdessen hatte man Eichmann auf eine eiserne Bettstelle gelegt und ihn mit einem Bein an den Rahmen gefesselt. Immer noch hatte er die Schutzbrille auf, so daß er weder das Zimmer noch seine Entführer sehen konnte. Sie hatten ihn entkleidet und ihm einen Schlafanzug angezogen, der eigens für ihn gekauft worden war.

Kiosk beim Eichmann-Haus: „Er schrie wie ein Raubtier“



Als einer der Männer die Mundhöhle des Entführten abtastete, sagte Eichmann, sie brauchten nicht zu fürchten, daß er nach so langer Zeit immer noch auf der Hut sei und in den Zähnen Gift versteckt habe.

Gabi, Eli, Ehud und Kenet untersuchten ihn anhand einer von Kenet aufgestellten Liste auf besondere körperliche Merkmale. Da ihnen bekannt war, daß sich SS-Angehörige die Blutgruppe unter die Achselhöhle hatten eintätowieren lassen, suchten sie zuerst dieses Kennzeichen, entdeckten aber nur eine winzige Narbe.

Kennet nahm seine Liste und begann, den Entführten auszufragen:

„Welche Hutgröße haben Sie?"

„61."

„Und welche Konfektionsgröße?"

„44."

„Und welche Schuhgröße?"

„Neun."

„Und welche Nummer hatte Ihre Mitgliedskarte der NSDAP?"

Die Antwort kam prompt: „889 895."

Damit war Klement praktisch als Eichmann identifiziert, denn wer sonst hätte Eichmanns Parteinummer automatisch angeben können? Trotzdem fragte Kenet weiter:

„Wann sind Sie nach Argentinien gekommen?"

„1950."

„Wie heißen Sie?"

„Ricardo Klement."

„Haben Sie sich die Narben auf ihrer Brust durch einen Unfall im Krieg zugezogen?"

„Ja." Plötzlich begann der Entführte am ganzen Leibe zu beben — vielleicht, weil er jetzt erst merkte, daß er sich durch die Angabe der Parteinummer verraten hatte.

„Wie heißen Sie also in Wirklichkeit?"

„Otto Heninger." Die Antwort kam zögernd.

Signal für Talmi: „Die Schreibmaschine ist in Ordnung."

Kenet blickte eine Weile schweigend in seine Liste, und so hatte der Entführte Zeit, sich wieder in die Gewalt zu bekommen. Dann fragte Kenet: „Ihre SS-Nummern waren 45 326 und 63 752?"

„Ja."

„Dann sagen Sie mir, wer Sie sind!" befahl Kenet.

„Ich bin Adolf Eichmann."

Wieder wurde der Entführte von krampfhaftem Zittern geschüttelt. Im Raum herrschte tiefes Schweigen. Die vier Israelis blickten einander stumm an.

„Sie werden verstehen", sagte Eichmann, „daß ich augenblicklich sehr er-

regt bin. Ich würde gern einen Schluck Wein haben, wenn möglich Rotwein, damit ich mich wieder beherrschen kann." Man versprach ihm, seine Bitte zu erfüllen, und da setzte er hinzu: „Als Sie vorhin im Auto zu mir gesagt haben, ich soll still sein, wußte ich sofort, daß ich in den Händen der Israelis bin. Ich kann Hebräisch; ich habe bei Rabbi Leo Baeck Hebräisch gelernt: ‚Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde . . . Shma Yisrael . . .'"

Als die vier Männer aus diesem Munde die ihnen heiligen Worte vernahmen, stieg grenzenloser Abscheu in ihnen auf. Schon der unterwürfige Ton, den Eichmann ihnen gegenüber anschlug, ekelte sie an, aber daß er es wagte, das Gebet zu rezitieren, das Millionen Juden dreimal am Tag und im Augenblick der Todesfurcht inbrünstig flüstern, das war ihnen unerträglich. Doch sie hatten Befehl, ihm nichts anzutun. So blieb ihnen nur eines übrig — sie standen auf und verließen das Zimmer.

Nachdem mir Ehud und Kenet dies alles berichtet hatten, trennten wir uns. Ich machte mich auf, um meinen Verbindungsmann Meir Lavi zu suchen, der den ganzen Tag von einem Café zum anderen gezogen war, ohne zu wissen, warum man ihm dies befohlen hatte. Als ich ihn gefunden hatte, trug ich ihm ohne weitere Erklärungen auf, zu einem bestimmten Treffpunkt zu gehen, wo er von Menashe Talmi erwartet wurde. Er sollte ihm nur sagen: „Die Schreibmaschine ist in Ordnung."

Das war für Menashe das Signal, sofort nach Israel zu melden, daß sich Ricardo Klement in unseren Händen befand und eindeutig als Adolf Eichmann identifiziert worden war.

Unterdessen untersuchte der Arzt den Gefangenen und stellte fest, daß er völlig gesund war. Eichmann erwies sich als musterhafter Häftling, der sich größte Mühe gab, seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit erkennen zu lassen. Offenbar würden sich also auch aus einer längeren geheimen Gefangenschaft keine Sicherheitsprobleme ergeben. Die Hauptlast für unsere Männer bestand vielmehr darin, ständig mit diesem Menschen in engem Kontakt leben zu müssen.

Beim Wachehalten in Eichmanns Zimmer und an den Beobachtungsposten in Haus und Garten wechselten sie sich regelmäßig ab. Es kam darauf an, sofort zu erkennen, ob in der Nähe des Hauses Unbekannte auftauchten oder gar irgend jemand an den Vorgängen in „Tira" besonderes Interesse verriet.

Zu den für den Notfall eingeübten Sicherheitsvorkehrungen gehörte es, Verstecke aufzusuchen oder aus dem Haus zu verschwinden. In den ersten 36 Stunden durfte keiner unserer Männer „Tira" verlassen oder betreten. Die „Tira"-Gruppe bestand aus Gabi, Ezra, Eli, Zev, dem Arzt und Yitzhak. Frische Lebensmittel wurden später von Ehud, Kenet und Menashe besorgt, die nicht in „Tira" wohnten.

In den ersten Tagen nach der Entführung war die „Tira"-Gruppe völlig isoliert und hatte keine Ahnung, was in Argentinien und dem Rest der Welt vor sich ging. Und wir alle wußten nicht, wie die Familienangehörigen auf Klements Verschwinden reagiert hatten, ob sie Alarm schlugen oder der Sache in aller Stille nachgingen. Unsere einzige Informationsquelle war die Presse, und in den Zeitungen erschien nicht die kleinste Meldung, daß ein in San Fernando wohnender Deutscher spurlos verschwunden war.

Eine ruhige Analyse der Situation brachte mich zu folgender Auffassung: Eichmanns Frau Vera würde zunächst befürchten, ihr Mann habe im Betrieb oder im Straßenverkehr einen Unfall erlitten. Also würde sie in seinem Betrieb nachfragen und dann ein, zwei Tage lang die Unfallstationen und Krankenhäuser in der Nähe anrufen.

Und wenn sie am Ende doch die Polizei einschaltete — was konnte sie davon erwarten? Würden die Polizeibeamten sich auf die Suche nach einem normalen Bürger machen, der offenbar einfach Frau und Kinder verlassen hatte?

Eichmann im Verlies: Ein ganz gewöhnlicher Verbrecher.

Anders wäre es, wenn Frau Klement durchblicken ließe, daß sie Grund hatte, zu befürchten, ihr Mann sei entführt worden oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Dann aber müßte sie zugeben, daß ihr Mann in Wirklichkeit Adolf Eichmann war, ein gesuchter Kriegsverbrecher, und sofort würde die Polizei die Sache an das Innenministerium abgeben. Damit aber wäre der Fall weltweit publik und Eichmann unwiderruflich entlarvt.

Ich konnte also davon ausgehen, daß Vera Eichmann sich zunächst von den Freunden der Familie beraten lassen würde, denen die wahre Identität ihres Mannes bekannt war. Jahre später bestätigte sich meine Hypothese. In einem Illustrierten-Interview berichtete Eichmanns Sohn Klaus:

„Am 12. Mai stand ich auf dem Dach und montierte ein Gerüst, da kam außer Atem mein Bruder Dieter angerannt und rief mir zu: ‚Der Alte ist verschwunden!' Mir fiel der Schraubenzieher aus der Hand. Mein erster Gedanke war: Die Israelis! Dieter und ich sind durch Buenos Aires nach San Fernando gerast.

„Zwei Tage lang haben wir in Polizeirevieren, Krankenhäusern und Leichenhallen nach ihm gesucht. Vergebens natürlich. Und dann ist uns klargeworden, daß er gefangengehalten wird. Eine peronistische Jugendgruppe hat sich uns zur Verfügung gestellt. Manchmal haben sich vor unserem Haus haufenweise junge Leute versammelt, bis zu dreihundert, auf Motorrädern. Wir haben jeden Quadratzentimeter Boden nach Kampfspuren unter die Lupe genommen.

„Als eine Stunde nach der anderen verging, ohne daß sich etwas tat, wurden wir immer verbitterter. In dieser Zeit sind die wildesten Sachen geplant worden. Der Führer der Gruppe sagte: ‚Entführen wir den israelischen Botschafter. Holen wir ihn aus der Stadt



Häftlingstransport, SS-Wächter im KZ Auschwitz: Der Mörder von Millionen Juden . . .

und foltern wir ihn, bis euer Vater nach Hause kommt.‘ Das haben wir abgelehnt.

„Einer von Vaters Freunden, ein früheres SS-Mitglied, hat an den Häfen und Flugplätzen Kontrollen organisiert. Kein Hafen, kein Bahnhof, kein Flugplatz, keine wichtige Kreuzung, an der nicht einer von uns Posten gestanden hat. So sind uns die ‚kleinen Leute‘ zu Hilfe gekommen, die Großkopfeten dagegen sind einfach abgehauen. Die meisten von ihnen haben sich nach Uruguay abgesetzt.“

Aus dem Wust unüberprüfter Einzelheiten geht eines hervor: Eichmanns Familie hatte zwar alles mögliche unternommen, aber der Polizei nichts von ihrem Verdacht mitgeteilt.

Der Gefangene wurde in dieser Zeit keine Sekunde lang aus den Augen gelassen. Zuerst wurden die Wachen alle zwei, später alle drei Stunden abgelöst. Das Fenster war mit einer dicken Dekke verhängt, Tag und Nacht brannte Licht. Die Tür zu dem anstoßenden Raum, in dem Gabi schlief, stand immer offen.

Nachts wurden auch im Hof Wachen aufgestellt. Zev hatte von Eichmanns Zimmer zu einem der Wohnräume eine Alarmanlage verlegt, damit die Bewacher Hilfe herbeirufen konnten.

In der Garage stand ein Wagen fahrbereit. Jeden Tag vergewisserte sich einer der Männer, daß der Motor auch ansprang, und kontrollierte die Reifen. Im Fall eines Alarms sollten die Bewohner Eichmann in den Wagen setzen und so schnell wie möglich davonfahren.

Jede Unterhaltung mit Eichmann war den Männern streng untersagt; nur über persönliche Erfordernisse wie Essen und Ins-Badezimmer-Gehen durfte gesprochen werden. Gabi nahm es mit dieser Sicherheitsmaßnahme sehr genau, denn er glaubte, daß Eichmann, da er in Hitler-Deutschland an so entscheidender Stelle gestanden hatte, ungewöhnlich gerissen sei und uns mit einem Trick überlisten könnte.

Allmählich aber wurde unseren Männern klar, daß ihr Gefangener ein ganz gewöhnlicher Verbrecher war, der nicht einmal über große Intelligenz verfügte. Wenn ihm befohlen wurde aufzustehen, bebte er wie Espenlaub. Als man ihn das erste Mal in den Innenhof führte, wo er dann seinen täglichen Spaziergang absolvierte, glaubte er offenbar, er sollte umgebracht werden. In den ersten Tagen befürchtete er sogar, sein Essen sei vergiftet, und erlitt bei jeder Mahlzeit einen Schweißausbruch.

Den Männern fiel es nicht leicht, in diesem armseligen Gefangenen jenen Eichmann zu erkennen, den sie sich vorgestellt hatten. War dies tatsächlich der übermächtige Mann, der die Ausrottung von Millionen Juden geleitet hatte? Was hatte ihm damals solche Macht und Überlegenheit gegeben?

Ich konzentrierte mich indessen auf den nächsten Schritt der Aktion — den Transport Eichmanns von Argentinien nach Israel. Die Vorbereitungen leitete Ehud. Er setzte zunächst alle verfügbaren Männer dafür ein, Tag und Nacht den Flughafen, dessen Umgebung und die von „Tira“ dorthin führenden Straßen zu erkunden. Aharon Lazar hatte sich inzwischen auf dem Flughafen mit so vielen Leuten angefreundet, daß ihm der Betrieb so vertraut war, als sei er dort schon seit Jahren tätig gewesen.

Vier Tage nach der Operation, am 15. Mai, begab ich mich selbst nach „Tira“, um nach den Männern zu sehen, die unter dem Zusammensein mit ihrem gehaßten Gefangenen mehr und mehr litten. Kenet berichtete mir, Eichmann habe sich selbst als kleines Rädchen in dem mächtigen Getriebe des



. . . sprach ein hebräisches Gebet: **Eichmann (2. v. r.), Opfer im KZ Bergen-Belsen**

tyrannischen Nazi-Regimes bezeichnet und behauptet, gar keinen Einfluß auf dessen Entscheidungen gehabt zu haben. Es sei ihm bewußt, welches Verbrechen an dem jüdischen Volk verübt worden war, und er wolle alles tun, um eine Wiederholung solcher Dinge zu verhindern.

Eichmann erklärte sich sogar prinzipiell bereit, sich wegen seines Anteils an den während der Naziherrschaft verübten Verbrechen vor Gericht zu verantworten, der Prozeß müsse jedoch in Deutschland stattfinden, denn er sei ja deutscher Staatsbürger. Kenet machte ihm jedoch deutlich, wir könnten für den Prozeß kein anderes Land als Israel in Erwägung ziehen.

Abends spät versammelten sich alle Mitglieder der Aktionsgruppe zu einem Bord gebracht. Er befindet sich also bereits in der Maschine, wenn sie auf das Flugfeld rollt. Falls dort eine Inspektion stattfindet, behaupten wir, Eichmann gehöre der Ersatzmannschaft an und habe sich hinlegen müssen, weil er sich nicht wohl fühle. Wenn eine genaue Überprüfung zu befürchten ist, verstecken wir Eichmann irgendwo in der Maschine.

Plan II sollte in Kraft treten, wenn es der Besatzung doch noch verboten würde, am Abstellplatz an Bord zu gehen. In diesem Fall sollte Eichmann vor aller Augen als krankes oder bei einem Unfall verletztes Besatzungsmitglied an Bord gebracht werden. Er würde dann zusammen mit den echten Besatzungsangehörigen die Kontrolle über sich ergehen lassen müssen.



Vera Eichmann, Söhne Dieter (M.), Ricardo (r. vorn): „Der Alte ist verschwunden!"

festlichen Essen. Nochmals wurde die entscheidende Phase der Operation durchgespielt.

Wir hatten inzwischen bei der Flughafenbehörde schon erreicht, daß unsere Maschine vor dem Start nicht wie üblich auf das Flugfeld gezogen werden sollte, sondern mit eigener Kraft auf den Startplatz rollen durfte. Daher würde unsere Gruppe — oder zumindest ein Teil davon — das Flugzeug schon besteigen können, während es noch auf dem Wartungsgelände der staatlichen argentinischen Luftfahrtgesellschaft stand.

Plan I sah nun vor: Eichmann wird, als Angestellter der israelischen Luftfahrtgesellschaft verkleidet, auf das Wartungsgelände transportiert und zusammen mit der Flugzeugbesatzung an

Die Wartezeit bis zum Abtransport Eichmanns fiel besonders unserem Arzt schwer, denn er hatte praktisch nichts zu tun. Daher war er froh, als ich ihn bat, sich mit mir zu treffen. In irgendeinem Café mitten in Buenos Aires fragte ich ihn über Verletzungen bei Verkehrsunfällen, über Herzkrankheiten, über die Symptome einer Gehirnerschütterung, über Bewußtlosigkeit und vieles andere aus.

Dann wollte ich wissen, unter welchen Bedingungen ein Arzt einem Patienten, der einen Herzanfall gehabt oder sich eine Gehirnerschütterung zugezogen hat, erlauben würde, mit dem Flugzeug zu reisen. Er merkte bald, worauf ich hinauswollte, und gab mir den Rat, mein hypothetischer Drückeberger solle behaupten, er litte an den Folgen einer Gehirnerschütterung, die er sich bei einem Verkehrsunfall zugezogen habe. Kein Arzt könne ihm nachweisen, daß er nur simuliere.

Ein „Unfallopfer" vermittelte mir Menashe Talmi. Er hatte zufällig in Buenos Aires einen alten Bekannten getroffen: Rafael Arnon, Mitglied eines der ersten Kibbuzim. Nicht lange, und Rafael saß an meinem Tisch.

Agent Rafael spielt ein Unfallopfer.

Nachdem ich ihn lange angesehen hatte, fragte ich ihn, ob er bereit sei, etwas zu tun, das „zwar nicht schwierig, aber auch nicht angenehm" sei. Es handele sich um eine sehr wichtige Sache, allerdings dürfe ich ihm nicht sagen, welchem Zweck das Ganze diene.

Ohne zu zögern, sagte Rafael, er wolle alles tun, was man von ihm verlange. Ich erklärte ihm dann seine Aufgabe. Er solle sich in ein Krankenhaus aufnehmen lassen, und zwar unter dem Vorwand, einen Verkehrsunfall gehabt zu haben und unter einer Gehirnerschütterung zu leiden.

Dann solle er erzählen, er sei aus dem Landesinnern eigens nach Buenos Aires gekommen, um mit jenem Flugzeug nach Israel zurückzufliegen, das die israelische Delegation zu den Jubiläumsfeierlichkeiten herüberbringe. Immer wieder müsse er darauf herumreiten, daß er auf jeden Fall mit diesem Flugzeug fliegen wolle, gleichgültig, ob er schon völlig genesen sei oder nicht.

Noch am selben Abend setzte sich unser Arzt mit Rafael zusammen und trichterte ihm ein, wie er sich im Krankenhaus zu verhalten habe. „Sagen Sie, Sie hätten bei dem Unfall hinten im Auto gesessen, und Sie wüßten nur noch, daß das Auto mit einem Ruck zum Stehen kam. Erst im Hotel seien Sie wieder zu sich gekommen. Seitdem sei Ihnen dauernd schwindlig und Sie fühlten sich hundsmiserabel."

Der Arzt erklärte ihm dann, wie er das allmähliche Verschwinden dieser Symptome vortäuschen sollte. Nach dieser Besprechung begleitete Menashe den jungen Mann in dessen Hotel; Rafael erzählte dem Personal von seinem „Unfall" und bat um einen Arzt. Der Arzt kam und schickte Rafael sofort in das nächstgelegene Krankenhaus. Der Arzt in der Unfallstation schließlich gab Anweisung, den Patienten zur Beobachtung aufzunehmen.

Im nächsten Heft

Ein Israeli soll als Eichmann-Double eingesetzt werden – Zwischenfall in Brasilien – Der betäubte Eichmann wird ins Flugzeug geschmuggelt

SPORT

Unter Brüdern

Weltmeisterschaften und Olympiaden finden immer häufiger in Städten der Dritten Welt statt. 697 Schwimmer kämpfen jetzt im kolumbianischen Cali um WM-Medaillen.

Arglos zogen die bundesdeutschen Leichtathleten mit ihren kolumbianischen Gastgebern in das Universitätsstadion von Bogotá. Plötzlich stürzte der Kolumbianer Victor Mora vor die Zuschauerränge, wies auf seine zerschlissenen Turnschuhe und schrie: „Wie sollen wir damit die Deutschen schlagen?"

Doch eine halbe Stunde später siegte Mora über 3000 Meter. „Er errang zwar den einzigen kolumbianischen Sieg", berichtete der Düsseldorfer Manfred Steffny, „aber ausgerechnet gegen mich." Das war 1968 gewesen. Inzwischen spielte sich das unterentwickelte Hochland — 40 Prozent der 21 Millionen Einwohner sind Analphabeten — als Sportweltmacht auf.

Seit dem letzten Wochenende kämpfen — rund 1000 Meter über dem Meeresspiegel — 697 Schwimmer aus 39 Nationen in Kolumbiens drittgrößter Stadt Cali (920 000 Einwohner) um WM-Medaillen. Organisationskosten: zwei Millionen Dollar. Noch in diesem Jahr findet in Cali die Weltmeisterschaft der Basketballerinnen statt. Und 1986 darf Kolumbien die Fußball-Weltmeisterschaft veranstalten.

„Cali ist die sportlichste Stadt der Welt", behauptet WM-Organisator Dr. Jorge Herrera Barona. Bald sollen auch die einheimischen Athleten aus dem Hochland sportliche Hochleistungen erringen. Denn nirgendwo lassen sich international aufsehenerregende Erfolge schneller produzieren als im Sport. „Bis heute", kritisierte das „Deutsche Sportecho" in Ost-Berlin Kolumbiens Leibesübungen, „besteht die Körpererziehung vieler 12jähriger Mädchen in einer grenzenlosen Kinderprostitution." Und das wird wohl noch Jahre so bleiben.

Ebenso wie das für zehn Jahre mit Sportgroßveranstaltungen ausgebuchte Cali hatten auch andere Städte der Dritten Welt den Anschluß an das Weltniveau über den Sport gesucht. Bereits 1923 wollte Olympiagründer de Coubertin den Afrikanern mit einem Ersatz-Olympia sportliche Nachhilfe geben. Die ersten Afrika-Spiele 1925 in Algier scheiterten aus finanziellen Gründen. Auch Alexandria vermochte 1929 Afrikas Olympia nicht zu verwirklichen. Engländer und Franzosen stoppten erneut den Marsch der Afrikaner durch die Sportinstitutionen.



Schwimmstadion in Cali: Lebensstellungen für Kolumbiens Medaillengewinner

Erst 1965 Brazzaville und dann 1973 Lagos, nunmehr Hauptstadt des unabhängigen Staates Nigeria, richteten die beiden ersten Panafrikanischen Spiele aus. 1974 zog Persiens Hauptstadt Teheran mit den Asien-Spielen nach. Höhepunkt: das neuerliche Auftreten der Rotchinesen.

Um die aufwendigen Sportstätten für 100 000 Zuschauer sowohl innen- wie auch außenpolitisch zu nutzen, ließen Herrscher in der Dritten Welt immer häufiger die Sporthelden aus den USA und Europa zu sich kommen. Zaïres Staatschef Mobuto lockte die steuerflüchtigen Großverdiener Cassius Clay und George Foreman in seine Hauptstadt Kinshasa.



Stadionbau in Kinshasa (Zaïre), 1974
Spielplatz für Steuerflüchtlinge

Kaum hatte sich Clay den Titel in Mobutus Boxring zurückgeholt, bot Malaysias König die Hauptstadt Kuala Lumpur für einen Clay-Kampf an. Weitere Clay-Station am 1. Oktober: Manila. Dort war gerade der Schachweltmeister Bobby Fischer als sportlicher Dienstleister ausgefallen. Eingedenk des erfolgreichen Fischer-Festivals im isländischen Reykjavik 1973, womit der Inselstaat seine Fremdenverkehrslage weiter aufbesserte, hatten die Philippinen für fünf Millionen Dollar den neuen Machtkampf des US-Weltmeisters mit einem UdSSR-Herausforderer ersteigert. Doch der unberechenbare Schachweltmeister Fischer sagte ab. Unverzüglich buchte Manila vom Denksport auf Clays Bizeps um.

„Wir legen besonderen Wert auf die Berichterstattung durch die internationale Presse", erklärte Calis WM-Koordinator Alfredo Cajiao vor den Schwimm-Weltmeisterschaften. Neben den Schwimmern sind rund 250 Reporter ins Land mit dem zweitgrößten Kaffee-Export der Welt gekommen. Eine privat betriebene Fernsehgesellschaft überträgt per Satellit die Schwimmschau aus der Kordilleren-Region weltweit. Einheimische Schwimmer besitzen zwar keine Medaillenchancen, können auch kaum in die Endläufe vorstoßen.

Dennoch errangen Kolumbiens Athleten in anderen Disziplinen gelegentlich aufsehenerregende Erfolge. Bei der Fußball-WM 1962 in Chile war ein 4:4 gegen die UdSSR geglückt. Während der Panamerikanischen Spiele, mit denen 1971 in Cali die modernen Sportstätten eingeweiht worden waren, fielen für die Gastgeber 28 Medaillen ab — nur Kuba gewann von Lateinamerikas



Ländern mehr. Als 1974 Kolumbien eine US-Equipe sensationell im Tennis-Daviscup mit 4:1 ausbootete, gratulierte Präsident Misael Pastrana persönlich: „Ihr habt Außergewöhnliches geleistet."

Immer dann, wenn einem Kolumbianer ein internationaler Sporterfolg glückte, rückte er in den kleinen Kreis der Großverdiener des Landes auf. Vor allem die Boxer wurden Profis. Später erhielten sie Posten in der staatlichen Sportorganisation „Coldeportes". Antonio Cervantes, genannt „Kid Pambele", wurde Weltmeister der Berufsboxer im Juniorweltergewicht und durfte zur Audienz beim Präsidenten erscheinen. Der stellte ihm einen Wunsch frei. Cervantes: „Wasser und Licht für mein Dorf San Basilio de Palenque." Die Bitte wurde erfüllt.

Der mit Sportstätten bebaute Teil der Stadt Cali ist größer als der Stadtkern samt Verwaltungsgebäuden. Außer einem Stadion mit einem Fassungsvermögen von mehr als 62 000 Zuschauern und mit einer modernen Kunststoffbahn gibt es mehrere Schwimmbäder, Hockeyplätze, Basketball- und Turnhallen. Wohnungsbau für untere Bevölkerungsschichten findet so gut wie gar nicht statt. Coldeportes-Direktor Dr. Humberto Zuluaga verkündet Ruhmvolleres: „Was Kolumbien plant, ist die Revolution des Sports in Lateinamerika."

Die finanziellen Mittel hierzu kommen überwiegend aus dem Ausland. Rund fünf Millionen Mark investierte auch die Bundesrepublik Deutschland zur Förderung des Schulsports und der Sportwissenschaft. Allerdings geriet dieses Projekt inzwischen in interne Schwierigkeiten: Intrigen unter den deutschen Projektmitarbeitern verhinderten bislang die eigentliche Förderungsarbeit.

Den Kolumbianern selbst ist Schulsport auch längst nicht so wichtig wie der medaillenverheißende Spitzensport. „Wenn man überhaupt einen Schulsportlehrer hier trifft", berichtet der deutsche Sportlehrer Dr. Herbert Hopf, „dann unterrichtet er in Schlips und Kragen." Und sicher ist er ein näherer oder entfernter Verwandter eines Regierungsbeamten. Der Präsident des Basketballverbandes ist ein Bruder des Staatspräsidenten, der Turnierleiter für die Basketball-WM 1975 ein Bruder des Bürgermeisters von Cali.

„Wer hier 100 000 Mark unters Volk bringen will", so Hopf, „muß 100 Parties bei den Honoratioren besuchen." Ob dann allerdings noch viel bis zu den „barrios clandestinos", den Elendsbaracken am Rande der Städte wie Cali, durchsickert, bleibt fraglich.

Trotzdem scheint das kolumbianische Sportmodell zum Ruhme von Politikern und Geschäftsleuten Vorbild für noch kleinere Länder zu werden: Um die Fußballweltmeisterschaft 2002 bewirbt sich Paraguay.

szene

Kunst: Acht Berliner nach Edinburgh

„Der Himmel über Schöneberg ist längst versilbert", behauptet der Berliner Maler Karl Horst Hödicke und macht das sichtbar: Düstere Hinterhöfe hat er senkrecht nach oben photographiert, die Aufnahmen auf große Leinwände gebracht und die bizarren Firmament-Ausschnitte mit Blattsilber ausgelegt. Die Werkgruppe, zunächst in der Galerie Block vorgestellt, reist nunmehr mit zum Edinburgh Festival, wo „8 from Berlin" (Ausstellungstitel) die lebhafte Halbstadt-Szene würdig, doch gleichsam spiegelverkehrt repräsentieren. Die vom Galeristen Folker Skulima getroffene Auswahl ist gegen den in Berlin vorherrschenden realistischen Strich gebürstet. Konstruktion und Konzeption beherrschen das Bild. Auch zwei Ausländer (Gäste des DAAD) sind für das Berlin-Team aufgestellt: der Amerikaner Edward Kienholz und der Ungar László Lakner, der zwar malt, als wär's photographiert, aber wie Hödicke Gedanken-Pointen anbringt. Sein Sujet sind einzeln porträtierte Bücher mit so beziehungsreichen Titeln wie „Das Schöne und die Kunst".



Hödicke-Werk

Musikgeschäft: Las Vegas schlägt Cannes

„Mehr, besser, größer" — mit diesem alten amerikanischen Rezept hat ein US-Veranstalter der bislang „größten Musikmesse der Welt" den Krieg erklärt. Die „gigantische Dollarsumme", die US-Musikhändler jeden Januar für Spesen, Werbung und Standmieten beim „Midem"-Musikmarkt in Cannes ausgaben, will der Messen-Organisator Roddy S. Shashoua, 32, Ende September erstmals nach Las Vegas lenken — zu seiner „Musexpo '75". Gegenüber dem zu engen Cannes bietet die Show-Metropole in Nevada tatsächlich unbegrenzte Möglichkeiten: riesige Ausstellungsflächen, mehr als 20 Super-Hotels, modernste Konzerthallen und Shows mit Top-Entertainern beinahe rund um die Uhr. Kurz vor Anmeldeschluß (31. Juli) hat nun auch ein Run europäischer Musikverleger auf die durch preiswerte Tarife und Charterflüge attraktiv gemachte „Musexpo" eingesetzt. Shashoua: „Las Vegas ist im Show-Business nun mal ein magisches Wort."

Film: Runze weiter auf Justiz-Kurs

Nach der Gaunerkomödie „Der Lord von Barmbeck" und der Häftlinge-spielen-Richter-Dokumentation „Im Namen des Volkes" bleibt Ottokar Runze weiter der Justiz auf der Spur. Sein neuer Spielfilm, „Das Messer im Rücken", soll „Verständnis für Richter und Schöffen wecken". Nach einem Originalfall — Messerstecherei im Loddel-Milieu auf der Reeperbahn — konstruierte Runze eine Art „Zwölf Geschworene" am „Tatort": Mit Akribie und Vorurteilen untersuchen eine äußerst heterogene Gruppe von Schöffen und ein vorbildlich menschlicher Richter, ob der Wiener Zuhälter Erich (Hans Brenner) Totschlag begangen hat oder nur in Notwehr handelte. Sie kommen, so Runze, „zu einem weitaus milderen Urteil als im Originalfall".

Bayreuth: Bekenntnisse der Wagner-Damen

Nach langem, langem Schweigen haben nun zwei Wagner-Heroinen ausführlich das Wort. In München vereinbarte die Stadt Bayreuth mit dem Piper-Verlag die Veröffentlichung der Tagebücher von Cosima Wagner, und in Paris ließ der deutsche Filmer Hans-Jürgen Syberberg erstmals sein neuestes Werk sehen: fünf Stunden Selbstdarstellung der 78jährigen Wagner-Schwiegertochter Winifred. Die Tagebücher, in denen Indiskretionen über das erst spät durch Eheschluß legalisierte Verhältnis Cosima und Richard Wagners vermutet werden, hatten laut Verfügung der Wagner-Tochter Eva nach deren Tod (1942) noch für 30 Jahre Schonfrist im Safe ruhen müssen und waren anschließend vom Testamentsvollstrecker als Faustpfand für eine Honorarforderung zurückgehalten worden. Frau Winifred, der Herrin in Haus Wahnfried zu Nazizeiten, hatte sich nach dem Krieg kaum noch öffentlich geäußert. Syberbergs (unter Beihilfe des Wagner-Urenkels Gottfried entstandener) Film zeigt auch, warum. Ungebrochen schwärmt die alte Dame von ihrer vermeintlich unpolitischen „rein menschlichen, persönlichen und vertraulichen Bindung" zum Führer Adolf Hitler — wenn der „heute hier zur Tür reinkäme, ich wäre genauso fröhlich und so glücklich als wie immer".



Cosima, Winifred Wagner

TV: Radio Bremen erforscht „Reservate"

Kaum hat der Südwestfunk seine unergiebige „Suche nach der heilen Welt" eingestellt, da dringt auch Radio Bremen, der qualitätsbewußte ARD-Zwerg, in „Bezirke" vor, „die sich trotz stürmischer Entwicklungen stur erhalten haben". Im sechsteiligen Reportage-Zyklus „Reservate", der im November Premiere hat, will RB-Redakteur Elmar Hügler „tiefergehende" Eindrücke von der Pariser Haute Couture, vom Internat Salem und vom vornehm-idyllischen Tegernseetal vermitteln. Schwierigkeiten hat Hügler noch, Einlaß in ein besonders behütetes Reservat zu finden: „Wir haben schon 20 Klöster abgeklappert, sind aber nirgendwo reingekommen."

Literatur: Versuch, ein Image zu zerstören

In einem Interview, das als Buch erscheint, aus dem der SPIEGEL Auszüge vorabdruckt, kämpft Heinrich Böll gegen sein Bild in der deutschen Öffentlichkeit: In die Rolle einer politisch-moralischen Instanz, sagt der Literatur-Nobelpreisträger, sei er ungewollt nur „gedrängt" worden, weil „die öffentliche Meinung nicht funktioniert".

Die Öffentlichkeit", sagt Heinrich Böll, 57, „kreiert ein Image, macht einen zu einer moralischen Autorität, die man gar nicht ist." Er klagt: „Es ist wirklich ein blödsinniges, irrsinniges Image." Und er beteuert: „Ich habe dieses Image nie gewollt."

Präzeptor, Gewissen der Nation — Böll selber hat sich in der Tat nie so verstanden und das auch schon früher dargelegt. Noch nie jedoch hat er so ausführlich und so beunruhigt darüber gesprochen wie jetzt — in einem rund zehn Stunden langen Interview, das der Kölner Literat Christian Linder, 26, an drei Tagen im März mit dem Literatur-Nobelpreisträger geführt hat und das in dieser Woche als Buch erscheint: „Drei Tage im März"*.

Die Problematik der moralisch-politischen Rolle, in die er sich von der Öffentlichkeit „gedrängt" sieht, ist nicht Bölls einziges Thema im Linder-Interview. Und der Interview-Band ist nicht die einzige Böll-Novität der Saison:

▷ Eine neue Böll-Satire (über Verfassungsschutz-Aktivität und „Radikalen"-Observierung) erscheint als Kiepenheuer & Witsch-Taschenbuch im August: „Berichte zur Gesinnungslage der Nation".

▷ Verfilmungen der Böll-Romane „Ansichten eines Clowns" (Regie: Vojtech Jasny) und „Gruppenbild mit Dame" (Aleksander Petrović) sind in Arbeit.

▷ Volker Schlöndorffs Film nach Bölls jüngstem Bestseller „Katharina Blum" hat Mitte Oktober auf der Frankfurter Buchmesse Premiere.

Auch auf diesen Film kommt der Schriftsteller im „Drei Tage"-Interview zu sprechen. Schlöndorff, verrät Böll, habe „ein anderes Ende" der Geschichte vom Presse-Opfer Katharina Blum gefunden, einen Schluß, den er „sogar besser als den des Buches" finde, „wo Schuld und Unschuld und gerechte Ehre so scheinbar integer oder nicht integer aufeinanderprallen".

Böll berichtet seinem — sehr einfühlsamen — Gesprächspartner unter anderem, daß er „im Augenblick" vorhabe, „ein Buch über einen Mann zu schreiben, nachdem ich viel über Frauen geschrieben habe". Er erklärt, daß er die moralisch-politische Metapher „von den Büffeln und den Lämmern", die seinen Roman „Billard um halb zehn" (1959) beherrscht, „heute nicht mehr gebrauchen" würde: „Ich kann diesen Dualismus nicht mehr durchhalten."

Er räumt ein, daß bei dem, „was man den Abgrund zwischen der CDU und den Intellektuellen nennt ... vielleicht ein Fehler gemacht" worden sei: „Wahrscheinlich hätten beide Seiten öfter und eher miteinander reden müssen", jedenfalls sei es jetzt „höchste Zeit" dazu.

Und er spricht sowohl eindringlicher wie nachdenklicher als in früheren autobiographischen Äußerungen von seinen Eltern und seiner Kindheit, von Inflation und Wirtschaftskrise: „Ich möchte gerne mal im klassischen Sinne autobiographisch darüber schreiben; aber ich kriege das nicht in die Hand, ich könnte über meinen Vater, meine



Schriftsteller Böll: Philosophie der Abfälligkeit

* Heinrich Böll/Christian Linder: „Drei Tage im März". Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln: 144 Seiten; 12 Mark

Mutter sehr schwer schreiben, nur andeutungsweise."

Ein Hauptstück des Gesprächs beschäftigt sich mit dem, was Böll die „Philosophie der Abfälligkeit", die „terroristische Hygienekultur" und den „neudeutschen Wilhelminismus" nennt, mit seiner Kritik an einer Gesellschaft der Adretten und Schneidigen, der emotionsarmen und moralisch unsensiblen „Fertigen".

In diesem Zusammenhang kommt er noch einmal auf seine Erfahrungen mit Springer-Zeitungen zu sprechen und von da aus auf seine politischen Kommentare und die Reaktionen der Öffentlichkeit. Er findet „das, was ich so manchmal sage ... einfach zum Teil selbstverständlich, zum Teil auch ein bißchen töricht überformuliert": Skandal mache es oft nur, weil „die öffentliche Meinung nicht funktioniert" (siehe Interview-Auszug „Schimpfen ist menschlicher").

Mit diesem Argument auch verteidigt er sich gegen die Kritik, die Helmut Schelsky in seinem Bestseller „Die Arbeit tun die anderen" an der politischen Rolle des Schriftstellers Böll, an der Wirkungsmacht seines Images („Kardinal und Märtyrer") geübt hat. Aber er ist „Herrn Schelsky regelrecht dankbar, daß er dieses Image zerstört".

Schließlich versuche er selber „andauernd", so sagt Heinrich Böll seinem Interviewer, „dieses Bild zu zerstören, manchmal sogar ganz bewußt, sowohl nach links wie nach rechts, aber es gelingt mir einfach nicht. Ich hoffe, ich werde es schaffen in ein, zwei Jahren".

„Schimpfen ist menschlicher"

Heinrich Böll über Journalisten, Wehner, Carstens und Schelsky

LINDER: ... nun wird aber auch noch der Trick versucht, Leute, denen man mit sachlichen Argumenten nicht beikommen kann, durch eine dauernde Personalisierung zum Abfall zu erklären ... Ich erinnere Sie an Ihren Prozeß gegen den Journalisten Matthias Walden, wo das Springer-Blatt „Die Welt" in einem Bericht über den Prozeß schrieb, Sie seien in einem schlechtsitzenden Anzug vor Gericht erschienen ... Neulich fiel mir das sogenannte „Deutschland-Magazin" in die Hände, darin macht man sich bereits Gedanken über Ihre Unterwäsche.

BÖLL: Ja, das ist absurd. Das ist absolut irre ... Wo man gar nichts mehr findet, wo man alle Argumente gegen mich schon gebraucht und verbraucht hat — und ich lebe immer noch —, da muß man also anfangen, auf dieser Ebene zu diffamieren; ich röche wahrscheinlich schlecht oder mein Anzug sitze nicht richtig. Ich empfinde das alles wirklich nicht als kränkend, aber als phänomenal: daß man geistige Auseinandersetzungen — und politische — an der möglicherweise nicht so ganz korrekten äußeren Erscheinung des Gegners hochzuziehen versucht. Da wird wirklich Abfall produziert. Und ich vermute, daß sehr viele Menschen, die nicht meine Freiheit haben, die das nicht mehr oder weniger souverän über sich ergehen lassen können, regelrecht terrorisiert werden in Büros, großen Betrieben. Das ist eine Perversität und absolut inhuman ...

LINDER: Diese dauernde Personalisierung wird natürlich weitergehen ...

BÖLL: ... ganz klar, da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Ich will nur noch ein anderes Beispiel nennen: Als Solschenizyn aus der UdSSR ausreiste und zu uns in die Eifel kam, da reiste gleich eine riesige Schar von Journalisten an, und wir mußten die Rolläden runtermachen, weil wir dort in der Eifel keine Gardinen vor dem Fenster haben, das ist dort nicht nötig unter guten Nachbarn. Und die Journalisten kamen nun bis vor die Fenster, irgend etwas mußten sie ja rauskriegen, und deshalb haben wir die Rolläden runtergemacht, und die meisten Journalisten haben das auch verstanden.

Es war nun wieder ausgerechnet „Die Welt", und nur „Die Welt", und es war typisch: Diese „Welt"-Leute haben also durch die Rolládenritzen geguckt und dann entdeckt, daß für ihren Geschmack in einem Zimmer die Tapete nicht so gut geklebt war, und das haben sie geschrieben. Verstehen Sie? Ich nenne Ihnen diese Details, um diese Philosophie der Abfälligkeit bildhaft zu machen ...

Da kamen also, nach der Ankunft Solschenizyns, riesige Blumensträuße aus der ganzen Bundesrepublik, ich glaube, es waren siebzig, und meine Frau hat dann später die Blumen in Einmachgläser gestellt — und das wurde ihr dann auch sofort angekreidet; wobei ich mich dann natürlich frage, ob diese Herren, die so etwas schreiben, siebzig Blumenvasen zu Hause haben. Alle anderen Journalisten haben sich fair und taktvoll verhalten, haben natürlich gewußt, mein Gott, in welcher Situation stecken die Bölls, da kommt Solschenizyn Hals über Kopf aus Rußland in die Eifel und ... verstehen Sie? Ausgerechnet diese Springer-Leute mußten durch die Rolládenritzen linsen und durchs Schlüsselloch. Ich weiß gar nicht, was die alles noch entdeckt haben. Die Beine unserer Sessel gefielen ihnen, glaube ich, nicht, die waren so fünfzehn Jahre alt ...

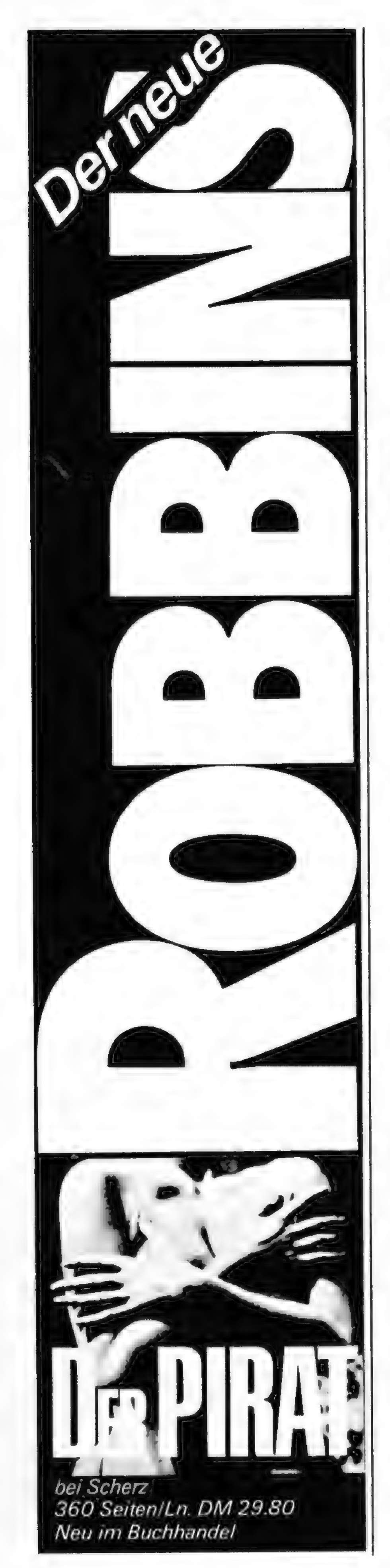
Verstehen Sie? Das nenne ich eine Attitüde der Abfälligkeit. Jetzt stellen Sie sich aber mal Menschen vor, die nicht frei und unabhängig sind wie wir, die ihr Geld nicht frei und unabhängig von gesellschaftlichem Umgang verdienen wie wir — wie man die fertigmachen könnte! Und zwar mit Lächerlichkeiten. Da fängt die Abfälligkeit an. Ich habe die Beispiele genannt, um die Denkweise dieser Leute zu bezeichnen.

LINDER: Da wird, finde ich, auch schon Illegalität kreiert ...

BÖLL: ... natürlich. Es gibt ja kein Gesetz, das mir vorschreibt, wie mein Anzug sitzen muß oder wie meine Schuhe geputzt sein müssen. Das Modell der Verächtlichmachung oder Abfälligmachung waren erst die Jugendlichen mit langen Haaren; dann wurden lange Haare modern, es galt als schick ... verstehen Sie? Aber Feind-



Solschenizyn, Böll, Journalisten vor Bölls Eifel-Haus: Durch die Ritzen geguckt



seligkeiten wegen ihrer Haare haben Hunderttausende junger Leute in kleinen und großen und mittleren Städten, in Dörfern, an Schulen, in Lehrwerkstätten zu spüren bekommen. Da wird am Modell äußerer, modischer, künstlicher Standards Kriminalität geschaffen oder Kriminalisierung praktiziert.

LINDER: Daß Sie nun auch Opfer dieser Kriminalisierungsversuche geworden sind, hängt vielleicht damit zusammen, daß alles, was Sie geschrieben haben, diese Abfälligkeit und Asozialität ausströmt oder verteidigt oder zum Gegenstand gemacht hat.

BÖLL: Na ja, es gibt diesen Vorwurf, ich und auch andere Autoren hätten die große, weite Welt nicht in ihre Arbeit mit einbezogen. Das ist einer der lächerlichsten Vorwürfe. Denn die große, weite Welt ist überall gleich und überall gleich langweilig. ... Ich vermute, daß die Wut dieser Kriminalisierer, was meine Person betrifft, darauf zurückzuführen ist, daß ich statistisch gesehen natürlich ein wohlhabender Mensch bin und viel Geld verdiene, gelegentlich, und berühmt bin, aber mich der Pflicht, mich picobello anzuziehen und so rumzulaufen, wie das kleine Fritzchen sich einen Erfolgsschriftsteller vorstellt, entziehe. Es ist für die wahrscheinlich viel provozierender, wenn jemand, der es sich leisten könnte, einen schlechtsitzenden Anzug trägt — was übrigens nicht einmal stimmt ...



Parlamentarier Wehner
„Hin und wieder ausfällig“

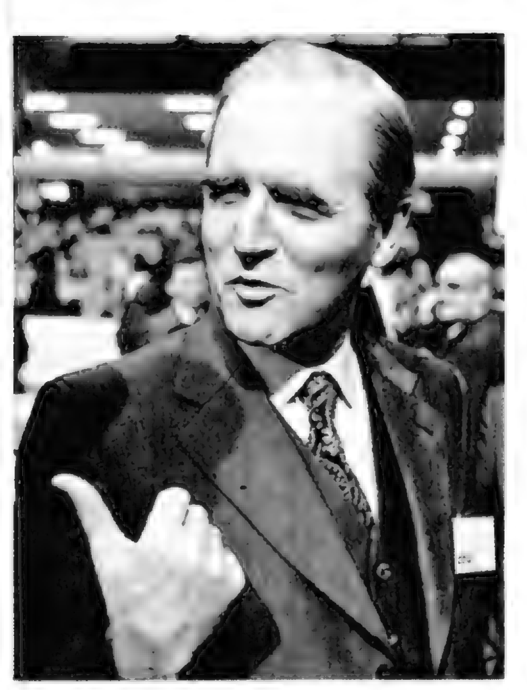
LINDER: Übrigens, fällt mir gerade ein, betrifft das auch schon das Vokabular, zum Beispiel Ihres: daß Sie also das Wort „beschissen“ gebrauchen, als Schriftsteller, gar als Nobelpreisträger ...

BÖLL: ... ja, Sie meinen diese Rede in Berlin ... Es war eine improvisierte Rede, in der ich einmal das Wort „beschissen“ gebraucht habe — und das hat die Leute irrsinnig aufgeregt. Das

Bestseller

	BELLETRISTIK		SACHBÜCHER	
1	**Habe: Palazzo** Walter; 29,50 Mark	(1)	**Vester: Denken, Lernen, Vergessen** DVA; 28 Mark	(1)
2	**Lenz: Der Geist der Mirabelle** Hoffmann und Campe; 16,80 Mark	(2)	**Leonhard: Am Vorabend einer neuen Revolution?** C. Bertelsmann; 32 Mark	(2)
3	**Knef: Das Urteil** Molden; 29,80 Mark	(3)	**Ryan: Die Brücke von Arnheim** S. Fischer; 39,80 Mark	(3)
4	**Kishon: Kein Öl, Moses?** Langen-Müller; 19,80 Mark	(4)	**Köhnlechner: Vermeidbare Operationen** Droemer; 24 Mark	(4)
5	**Dahl: Kuschelmuschel** Rowohlt; 25 Mark	(6)	**Schelsky: Die Arbeit tun die anderen** Westdeutscher; 34 Mark	(5)
6	**Danella: Die Hochzeit auf dem Lande** Hoffmann und Campe; 24 Mark	(5)	**Illich: Die Enteignung der Gesundheit** Rowohlt; 19,80 Mark	(7)
7	**Palmer: Dicke Lilli – gutes Kind** Droemer; 29,50 Mark	(7)	**Gordon: Familienkonferenz** Hoffmann und Campe; 22 Mark	(6)
8	**West: Harlekin** Droemer; 29,80 Mark	(8)	**Kogon: Der SS-Staat** Kindler; 9,80 Mark	(8)
9	**Paretti: Der Wunschbaum** Droemer; 29,80 Mark		**Küng: Christ sein** Piper; 38 Mark	(9)
10	**Bergman: Szenen einer Ehe** Hoffmann und Campe; 18 Mark	(9)	**Engelmann: Einig gegen Recht und Freiheit** C. Bertelsmann; 29,80 Mark	

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport“.



Parlamentarier Carstens
„Nasal, herrentonhaft“

finde ich auch wiederum phänomenologisch hochinteressant, wie ich auch die Auffassung des CDU-Mannes Carstens über parlamentarische Gewohnheiten vergleichbar interessant finde. Herr Carstens findet ja Schimpfen und grobe Ausdrücke schlecht, nur: Er denunziert und diffamiert in einem nasalen Herrenton permanent. Während etwa Wehner das Gegenteil tut. Er schimpft und sagt etwa: Sie Schwein oder irgend so etwas.

Ich finde das Schimpfen und auch das Gebrauchen eines Kraftausdrucks viel menschlicher, viel direkter, und keineswegs denunzierend. Eine Beschimpfung, eine Beleidigung ist eine relativ klare Sache, dagegen kann man sich wehren und vor Gericht gehen. Aber: Dieses nasal vorgetragene, herrentonhafte Denunzieren ... finde ich viel schlimmer, und da kommen wir wieder auf Stil und Abfälligkeit: Das eine kann man dann als sehr gepflegte und elegante Sprache hinstellen, während der gute Wehner, den ich für einen ungeheuren Rhetor halte, dann hin und wieder ausfällig wird — was ich viel menschlicher finde und wohltuender.

LINDER: Hängt das nicht wiederum auch zusammen mit einer falschen Vorstellung von Emotionalität? Emotion zu haben, das ist ja nichts Negatives an sich ...

BÖLL: ... da kommen wir auf einen wichtigen Punkt. Emotional zu sein gilt ja fast schon als Kranksein, und wenn Sie mal analysieren, in welchen Zusammenhängen den Menschen Emotionalität vorgeworfen wird, dann kommen Sie auf die wahnsinnigsten Dinge.

Ich erinnere mich an eine Fernseh-Diskussion von Herstatt-Gläubigern, also von Menschen, die man um erspartes Vermögen betrogen hatte ... Und diese Menschen waren natürlich erregt, verständlicherweise. Was wurde ihnen aber jetzt gesagt? Sie sollten die Emotionen weglassen. Verstehen Sie? Wenn ich Sie jetzt mit einem Messer in den Arm steche, dann dürfen Sie alles, nur nicht emotionell werden.

Das gehört eigentlich in den Zusammenhang Gewalt — noch nicht definiert —, die darin besteht, Sie ganz simpel hereinzulegen, die darf keine Emotionen bei Ihnen hervorrufen ... Jetzt versuchen Sie es mal umgekehrt: Versuchen Sie eine Bank hereinzulegen, und wären es nur 35 Prozent von 2000 Mark — man wird Ihnen von drei Lampen zwei wegpfänden; eine wird man Ihnen lassen, weil Sie arbeiten müssen und dürfen; und natürlich, wenn der Gerichtsvollzieher dann kommt und holt die beiden Lampen — in den meisten Fällen tut er es sehr ungern —, so kann man das auch als Gewalt bezeichnen, aber Sie dürfen gegenüber der Bank nicht nur keine Gewalt anwenden, nicht einmal Emotionen dürfen Sie haben. Man beraubt Sie nicht nur Ihres Vermögens, auch Ihrer Gefühle.

Diese Anti-Emotionalitäts-Philosophie hängt wiederum zusammen mit der Geruchlosigkeit, mit der Fertigkeit und so weiter ... Eigentlich ist es eine Todesanzeige. Jemand, der keine Emotionen mehr hat, ist tot. Denn Emotion haben heißt ja wohl: bewegbar sein, bewegt sein, erregt sein, und das alles gilt schon als Krankheit. In diesem Zusammenhang ist natürlich ein emotioneller Mensch oder einer, der Emotionen hat, auch äußerst abfällig ...

LINDER: In diesen ganzen Problemkreis gehört nun natürlich auch die Moral. Wir haben schon darüber gesprochen, daß Schriftsteller hierzulande als moralische Instanzen angesehen werden. Im Augenblick gibt es aber, wenn ich das richtig beobachte, einen Umschwung, daß den Schriftstellern gerade dies vorgeworfen wird. Helmut Schelsky hat Sie soeben als „Kardinal und Märtyrer“ bezeichnet ...

BÖLL: ... lassen Sie mich gleich etwas sagen: Kardinäle werden ja ernannt; und außerdem hat jeder Kardinal einen Apparat, einen regelrechten Machtapparat, während ein Schriftsteller, mag er noch so bekannt sein, nicht einmal Ministranten hat; Herr Strauß zum Beispiel hat hauseigene Publikationsinstrumente, in denen seine Ministranten und Prälaten kräftig wirken und denunzieren. Es gibt keine selbsternannten Kardinäle; und ich glaube nicht, daß ich mich auch jemals dazu ernannt habe. Daß eine Öffentlichkeit, eine Gesellschaft, auch ein Staat keine moralische Instanz mehr hervorbringt, die sensibel funktioniert ... das finde ich sehr viel beunruhigender.

Es gibt ja dieses Wort vom Gewissen der Nation, das Graß und ich und andere sein sollten — das halte ich für le-

bensgefährlichen Wahnsinn; das Gewissen der Nation ist eigentlich ihr Parlament, ihr Gesetzbuch, ihre Gesetzgebung und ihre Rechtsprechung, das können wir nicht ersetzen und das maßen wir uns auch gar nicht an. Insofern ist das zwar etwas witzig formuliert, „Kardinal und Märtyrer", und zum Teil zutreffend, was eine Rolle betrifft, in die man mich und andere gedrängt hat; aber das ist eine zutiefst undemokratische Entwicklung, an der ich mich unschuldig fühle, so wie die anderen Autoren keine Schuld daran haben.

Insofern bin ich Herrn Schelsky regelrecht dankbar, daß er dieses Image zerstört. Aber er sollte sich gleichzeitig überlegen, wie solche Bilder entstehen; wie ein Mensch, der eigentlich nur ein Schriftsteller ist, in eine solche Rolle gedrängt werden kann, und warum er immer wieder von allen Seiten aufgefordert worden ist, diese Rolle zu übernehmen. Ich habe sie nicht übernehmen wollen. Mein Fehler mag sein, daß ich mich zwar nicht in die Rolle eines Kardinals und Märtyrers habe drängen lassen, wohl aber in die Rolle desjenigen, der hin und wieder Zeitgeschehen kommentiert, und zwar auf seine Weise — dann entstehen solche Instanzen.

Ich bin froh, wenn ich diese Instanz nicht mehr darstellen muß. Und was den Märtyrer betrifft: Als solchen fühle ich mich nicht; nur ist es so, daß, wenn man sich ein solches Bild oder Bildchen gemacht hat, man es natürlich andauernd beschießen muß.

Was einen Soziologen von der Intelligenz und dem Range Schelskys beunruhigen müßte, ist nicht meine Person, sondern die Tatsache, daß es zu dieser Entwicklung gekommen ist. Es ist ja nicht so, daß irgendein Schriftsteller oder zwei oder drei sich diese Autorität einfach genommen haben. Da ist also etwas leer. Da wird Autorität oder Einfluß von anderen nicht ausgeübt. Und diese Autorität wird dann einfach fast automatisch auf diese paar Leute übertragen, die sich hin und wieder zu Problemen äußern. Das finde ich viel beunruhigender. Und das beunruhigt mich mit Herrn Schelsky gemeinsam, daß die Autorität sich selbst zerstört hat und daß relativ unzuverlässige Kräfte wie Schriftsteller, wie Intellektuelle überhaupt an die Stelle moralischer Autoritäten gelangt sind. Das ist doch das Interessante.

LINDER: Man könnte sagen — so verstehe ich Sie jetzt —: Es ist ein Verfall der öffentlichen Meinung?

BÖLL: Ja. Ich sehe mich wirklich nicht als Autorität.

LINDER: Aber Schriftsteller sind doch natürlich immer auch Moralisten. Aber nicht diese Tatsache finde ich schlimm, schlimm finde ich vielmehr, wenn Moralismus zur Herrschaftsform wird, und wer sich moralisch äußert, will, glaube ich, immer auch Herrschaft ausüben. Die Herrschaft der

Schwachen, hätte Nietzsche jetzt gesagt. Moral ist nämlich auch immer ein Urteil, beinhaltet es ...

BÖLL: Moralismus verstehe ich eigentlich nicht als Herrschafts-, sondern als Ausdrucksform. Die Frage ist nur: Wie gelangen die Schriftsteller an diese ihnen unterstellte Herrschaft ...

LINDER: ... ist sie wirklich so völlig unterstellt?

BÖLL: Da bleibe ich bei: Sie ist in dieser Totalität unterstellt. Sicher ist ein Anspruch dabei, aber kein Herrschaftsanspruch ...

Der Verfall der öffentlichen Meinung, um auf diesen Begriff zurückzukommen, und der Verfall der öffentlichen Kontrollen ist die Ursache dafür, daß Intellektuelle und Schriftsteller und ähnliche Figuren eine Bedeutung bekommen haben, der ihre reale Macht nie entsprochen hat ...

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: den Freispruch für den Euthanasiearzt Dr. Borm. Das war wirklich eine fast unglaubliche Sache. In diesem Augenblick hätten alle moralischen Autoritäten aufschreien müssen, nicht um Herrn Borm ins Kittchen zu bringen, es ist ja kein Rachegedanke dabei, sondern ... also sagen wir mal: wenn die katholische Bischofskonferenz über den Schutz des Lebens redet und Euthanasie verwirft, hätte sie und hätten auch die evangelischen Instanzen in diesem Augenblick Alarm schlagen müssen ...

In dem Fall habe ich also gemeinsam mit Freunden eine Anzeige in verschiedenen Zeitungen aufgegeben, die wir selber finanziert haben. Wir haben also eine moralische Instanz gebildet. Verstehen Sie? Es funktioniert eben nicht. Es funktioniert noch nicht einmal die dauernd proklamierte moralische Autorität der Kirchen in einem solchen Fall. Dann kommen eben diese komischen Intellektuellen und denken, mein Gott, das kann doch nicht so einfach lautlos geschehen ...

Da entsteht nun wirklich Autorität und Anspruch, den wir gar nicht wollen. Wenn die staatlichen Instanzen nicht mehr genug Sensibilität haben, um zu sehen, wie schlimm ein solcher Freispruch ist, und keine Kirche und keine Partei, weder SPD noch CDU noch FDP, den Mut haben zu sagen: nein, das geht nicht, und Verfassungsbeschwerde einlegen und was weiß ich, dann entsteht so eine Leere, die völlige Entleerung der öffentlichen Moral, und es entstehen natürlich Kompetenzen, Instanzen, wie die von Herrn Schelsky geschilderten; aber er sollte nicht die Leute anklagen, die möglicherweise ohne ihren Willen in eine solche Rolle kommen, sondern die Gesellschaft und die Öffentlichkeit analysieren, die diese Instanz nicht mehr haben ...

Ich akzeptiere seine Unruhe über eine Entwicklung, die mich genauso beunruhigt, und ich bin froh, wenn er diese Images zerstört.

FILM

Hai Noon

Ein Film über einen mörderischen Hai bricht derzeit in den USA die Kassenrekorde des „Paten" und des „Exorzisten".

Über 15 Millionen Amerikaner ließen sich in den vergangenen vier Wochen von einem Fisch ins Kino locken.

Das Wundertier, ein 7,5 Meter langer und 1,5 Tonnen schwerer Hai, gebaut aus Stahl und Plastik, agiert als Star eines neuen Hollywood-Films, dessen Kassenerfolg beispiellos ist: „Jaws" (Der Rachen).

Das Acht-Millionen-Dollar-Spektakel über den Mordsfisch, der verheerend in eine sommerliche Badestrand-Idylle einbricht, hat in den ersten 22 Tagen seit der Premiere in den US-Kinos 49,5 Millionen Dollar eingespielt — dagegen verblaßt sogar der Erfolg des „Exorzisten", der nach einem Jahr auf 66,3 Millionen Dollar gekommen war. „Jaws", der im Dezember auch in deutschen Kinos starten soll, wird nach den Hochrechnungen seiner Produzenten bis zum Jahresende in den USA etwa 160 Millionen Dollar erbracht und damit auch den bislang führenden Film-Hit, den „Paten", überrundet haben.

An Grusel-Effekten und an Blutrünstigkeit steht der Raubfisch-Thriller dem Mafia-Reißer und dem Okkult-Schocker nicht nach. „Jaws" beginnt mit einer virtuos aus Unter- und Überwasseraufnahmen montierten Sequenz vom nächtlichen, verzweifelten Kampf einer nackten Schwimmerin gegen den zuschnappenden Riesenhai. Die gräßlichste seiner Horrorszenen beschließt den Film: Der Hai frißt mit Haut und Haar einen Mann, dem in Großaufnahme Blut aus Ohren, Mund und Nase rinnt.

Textvorlage für „Jaws" war der gleichnamige Bestseller-Roman von Peter Benchley, der in den USA eine Auflage von fünfeinhalb Millionen Exemplaren erreichte; die deutsche Ullstein-Ausgabe („Der weiße Hai") war weniger erfolgreich. Inszeniert wurde der Film von dem amerikanischen Ex-Fernsehregisseur Steven Spielberg, 27. Wie die meisten neueren Hollywood-Filme ist auch „Jaws" ein clever modernisiertes Remake erprobter Kino-Muster. Im technisch perfektionierten, optisch brillanten Trivialfilm-Stil wird eine simple Action- und Greuelstory erzählt — handfeste Moral wird beiläufig mitgeliefert.

So bezeichnet Spielberg seinen mörderischen Monsterhai, der wie ein U-Boot vor der schönen, friedlichen Küste Neuenglands kreuzt, ironisch als „Volksfeind". An Watergate, sagt der Regisseur, erinnere ihn der Film-Schauplatz: Der von stupiden Touristen bevölkerte Badeort wird von geldgierigen Geschäftsleuten und einem korrupten Bürgermeister beherrscht, die erst nach etlichen Hai-Toten die Strände sperren und die Badenden warnen lassen.





Haiopfer, Hai in „Jaws": „Lehrstück vom Überleben"

Einer der schockierendsten Unglücksfälle — ein kleiner Junge, der auf einer Luftmatratze ins Meer hinaustreibt, wird vor den Augen seiner Mutter vom Hai verschlungen — ereignet sich ausgerechnet am 4. Juli, dem US-Nationalfeiertag.

Im übrigen führt der Natur, Technik und Kampf verherrlichende Spielberg, der als Einsiedler in den Hügeln von Hollywood lebt und von der Filmindustrie als „Genie" gefeiert wird, seinem „amerikanischen Volk" ein „Lehrstück vom Überleben" vor.

„Amity", Freundschaft, heißt Spielbergs Film-Ferienort, in dem, umgeben

von Lug und Trug und nach viel blutigem Verstümmelungs- und Zerfleischungs-Terror, sich endlich — Hai Noon! — drei Supermänner zum Kampf gegen den tierischen Killer zusammenfinden. Mit einem altertümlichen Fischkutter stechen sie in See, um den Hai, wie weiland Käptn Ahab seinen Moby Dick, mit Harpunen zu erlegen.

Das Kommando führt ein alter Ex-Marineoffizier, der sich schon seit langem dafür rächen will, daß im Zweiten Weltkrieg Haie die Mannschaft seines gesunkenen Kreuzers angegriffen haben. Mit von der Partie sind ein von purer Neugier und Abenteuerlust getriebener Naturwissenschaftler und ein properer Polizeibeamter, der Frau und Sohn zurückläßt und sich dem Untier stellt, um ein Ideal zu verteidigen: Er hat seine Karriere aufgegeben, ist in das Provinznest umgesiedelt, um den „Ängsten, Unsicherheiten, Überfällen, Luft- und Umweltverschmutzungen" New Yorks zu entkommen.

Spielbergs „Jaws" ist der — möglicherweise nur vorläufige — Höhepunkt jenes neuen amerikanischen Angst- und Terrorkinos, das mit dem „Exorzisten" begann und dann solche Produkte hervorbrachte wie „Ein Mann sieht rot", „Erdbeben" und „Flammendes Inferno". So raffiniert wie „Jaws" hat keiner dieser Filme die Nerven und Emotionen der Zuschauer zu manipulieren vermocht — in einem Wechselbad von Hypnose und Hysterie.

Spielberg habe, so schrieb die Kritikerin Molly Haskell, eine „Schreckensmaschine konstruiert", die „mit Computer-Präzision" arbeitet: „Man fühlt sich wie eine Ratte, die einer Schockbehandlung ausgesetzt ist." Der Film nehme den Zuschauer mit einer mechanischen Kälte gefangen, urteilte die „New York Times", die „menschliches Reagieren" fast unmöglich mache: Man sei nur froh, „daß es denen auf der Leinwand passiert und nicht uns".

Ungewöhnlich forsch ging der Verleih vor, als er „Jaws" in 409 US-Kinos boxte: Viele mußten buchen, ohne den Film zu kennen — und die Verleihmieten liegen weit über dem Üblichen.

Mit seinem Profit-Hai hat sich der um die Zukunft des „guten, aufrechten, starken Amerika" besorgte Regisseur die Möglichkeit zur Realisierung seines Traumobjekts verdient: Steven Spielberg dreht nun einen Science-fiction-Film über „den Amerikaner auf der Suche nach seinem verlorenen Verstand".

TOURISMUS/DDR

Wohnen wie Honecker

2,5 Millionen Urlauber machen in diesem Jahr Ferien am DDR-Strand. Doch noch immer trüben Versorgungsmängel die sozialistischen Badefreuden.

Der Automobilbauer aus dem sächsischen Werdau, mit Frau und Kind für 14 Tage auf Gewerkschafts-Urlaub im Ostseebad Kühlungsborn, ist „einfach glücklich". Und auch der 18jährige Facharbeiter aus Dresden findet die Camping-Ferien mit Freundin auf der Ostsee-Halbinsel Darß „einfach große Klasse".

Die Begeisterung der beiden Sachsen, die im Juli und noch dazu bei makellosem Urlaubswetter einen Platz im Küstenbezirk Rostock ergattert haben, ist verständlich: Denn Urlaub am Meer gehört in der Ost-Republik, die immerhin über 360 Kilometer Strand und Küste verfügt, nach wie vor zum seltenen Luxus. Höchstens alle vier Jahre können seehungrige DDR-Bürger darauf hoffen, in den Ostsee-Bädern ein Urlaubs-Quartier zu bekommen. „Selbst wir", klagt eine Rostockerin, „kommen dort nicht mehr unter."

Nicht einmal persönliche Beziehungen zu Fischerfamilien oder Eigenheimbesitzern in den Ostsee-Orten helfen weiter. Wo es Spontan-Urlaubern in den vergangenen Jahren noch gelegentlich gelang, als Privatgast unterzuschlüpfen, hat inzwischen die staatsgesteuerte Total-Erfassung aller Quartiere den grauen Markt beseitigt.



Grenztafel in Kühlungsborn


Strand in Warnemünde


FDJ-Programm für Urlauber in Warnemünde

DDR-Ferienregion Ostseeküste: Grenze auf Schritt und Tritt



FDGB-Ferienheim in Kühlungsborn

Knapp 2,5 Millionen Feriengäste sollen in diesem Jahr die Bäder entlang der DDR-Küste zwischen Ahlbeck und Boltenhagen und auf der Insel Rügen bevölkern.

Fast jeder zweite von ihnen reist als Gewerkschaftstourist. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) ist der größte Ferien-Unternehmer der DDR. 1974 gaben seine Reisemanager nicht weniger als 234 Millionen Mark für „Urlaub und Erholung“ aus — 30,9 Prozent des gesamten Gewerkschaftsetats. Allein an der Ostsee unterhält der FDGB 633 eigene Häuser und eine Reihe angemieteter Privatpensionen. Seine Mitglieder zahlen für 13 Tage Vollpension lediglich zwischen 52,50 und 120 Mark, je nach Qualität der Unterkunft und Einkommen; Einheitspreis für Kinder: 30 Mark. Nicht selten indes bieten Großbetriebe in eigenen Ferienheimen noch günstigere Konditionen. „Der Arbeiter weiß schon im Januar“, so rühmt Genosse Günther Witt vom Rostocker FDGB-Bezirksvorstand die Perfektion des Verschickungssystems, „ich habe im Juli einen Platz in Kühlungsborn, das ist eine bombensichere Geschichte, und da weiß ich genau, was mich erwartet.“

Was die Urlauber am Ziel ihrer Reiseträume erwartet, unterscheidet sich indes nicht allzusehr vom DDR-Alltag. Versorgungsmängel und Verteilungspannen bleiben ihnen auch am Ostsee-Strand treu — vom Schlangestehen vor überfüllten Restaurants und belagerten Kiosken bis zur Pirsch auf seltene Westware in den „Intershop“-Läden.

Im Zingster HO-„Zentralhotel“ etwa verkündet ein muffelnder Kellner hungrigen FDGB-Urlaubern bereits um 19.30 Uhr den erst eine halbe Stunde später fälligen Küchenschluß. An der Theke des „Schinkenkrugs“ in Hinrichshagen verweist das Personal die Anstürmenden barsch auf die Reihenfolge: „Ich frage Sie schon, wenn Sie dran sind.“ Und in der Prerower Camping-Gaststätte windet sich allabendlich eine 80 Meter lange, geduldige Schlange von Bierholern an den Tresen.

Auch im „Boddenhaus“ in Ahrenshoop darf des Abends nur noch Flüssiges konsumiert werden. Pünktlich um neun Uhr wird der Topf mit Bockwürsten vom Feuer gerückt. Wer später kommt und noch hungrig ist, hat in mehreren Kilometern Umkreis kaum eine Chance.

Besser dran sind da schon die Gäste des von schwedischen Firmen gebauten Interhotels „Neptun“ in Warnemünde. Laut Beschluß des SED-Politbüros stehen 80 Prozent der „Neptun-Kapazität“ seit einigen Jahren FDGB-Urlaubern zur Verfügung, weil — so „Neptun“-Direktor Klaus Wenzel, 37, — „der Arbeiter auch mal unter dem gleichen Dach wohnen soll wie Honecker und Castro“. Drei Restaurants — „Koralle“, „Goldbroiler“ und „Seemannskrug“ — bieten gute Küche zum kleinen Preis: Kalbsteak au four etwa zu 5,35 Mark, Zander aus dem Oder-Haff für 5,80 Mark und Tatar-Beefsteak schon für 3,20 Mark.

310 Mark muß der FDGB-Gast für 13 Tage „Neptun“ anlegen. Pro Tag erhält er davon 18 Mark in Wertmarken als „Hausgeld“ zurück, die er in den Restaurants, in der Diskothek „Daddeldu“ oder — bei Türkenblut und Bloody Mary — in der Sky-Bar im 19. Stock ausgeben kann. Das sonstige Service-Angebot reicht von einer Diätkur „Schlank in 13 Tagen“ bis zum hoteleigenen Meeresbrandungsbad und zur Massage, von Kegeln bis zu Kultur.



Hotel „Neptun“ in Warnemünde

Nur noch einmal im Jahr dürfen Einheimische privaten Besuch beherbergen. Alle übrigen privat untergebrachten Gäste benötigen einen von den Gemeindeverwaltungen ausgestellten Quartierschein, der in der Urlaubszeit wichtiger ist als der Personal- oder Parteiausweis.

Auf der Insel Hiddensee etwa kontrollieren der Bürgermeister und der Ortspolizist schon frühmorgens, ob die Sommerfrischler am Strand dieses Papier vorweisen können. Wer nicht kann, zahlt 500 Mark Buße und muß die Insel mit dem nächsten Dampfer verlassen. Und auf dem Zeltplatz von Prerow wurde den „verehrten Camping-Freunden“ unlängst per Anschlag mitgeteilt, daß mehrere Brandenburger Bürger, die sich ohne Genehmigung auf dem Gelände aufgehalten hätten, „aus dem Ort Prerow ausgewiesen“ worden seien.

Das Planziel der staatlichen Urlaubs-Manager ist dennoch beachtlich:

Da bietet in der Diskothek zum Thema „Wer war Eduard Mörike?“ ein Herr Heyne seine Dienste an, den das Juniprogramm auch als Geburtstagsredner für Thomas Mann und den Tag des Eisenbahners ausweist. Wer den Kopf lieber schonen möchte, wird zum Abschwimmen der „Freundschaftsmeile“ und zur Wirbelsäulengymnastik gebeten. Direktor Wenzel kennt die Maßstäbe seines Staates: „Für den FDGB-Urlauber sind die Tage bei uns ein Höhepunkt seines Lebens.“

Im differenzierten Freizeitangebot seines Hauses sieht der „Neptun“-Chef denn auch den stärksten Unterschied zu den FDGB-eigenen Heimen: „Bei uns gibt's den individuellen Urlaub, jeder kann, wenn er will. Niemand muß zum Lichtbilderabend.“

Doch auch die FDGB-Betreuer beteuern, freiwilliges Mitmachen stehe bei ihnen obenan. Vorbei seien die Zei-

ten, wo jeder scheel angesehen wurde, der schon am Begrüßungsabend fehlte, und wo „die Heimleiter oft ein pädagogisch unqualifiziertes Regiment führten" (Pressechef Karl-Heinz Gummich vom DDR-Reisebüro).

Ganz ohne Ideologisches freilich kommt der DDR-Bürger nach wie vor auch im Urlaub nicht davon. Rechtzeitig zu Saisonbeginn warnte die Ost-Berliner Tageszeitung „Neue Zeit", sich „nicht das Gehirn von der Sommersonne austrocknen zu lassen". Denn, so belehrte das Blatt die für einen halben Monat aus dem sozialistischen Stress Entlassenen: „Die allseits gebildete, kulturell und geistig interessierte Persönlichkeit beurlaubt ihre Bedürfnisse nicht, sondern entspricht ihnen im Urlaub auf andere der Aktivierung ihrer Kräfte dienliche Weise."

besser markiert als jener zum FDGB-Quartierbüro.

Am Strand röstet der DDR-Sommerfrischler nicht selten neben dem Emblem seines Betriebes. So sind östlich von Zingst zahlreiche Strandkörbe als Eigentum des volkseigenen Chemie-Kombinats Bitterfeld ausgewiesen, und gleich nebenan melden säuberlich gemalte Tafeln den Anspruch einer Süßwaren-Fabrik aus dem Süden der Republik auf die „Suwa"-Strandkörbe an. Doch wer sich als Fremdling mit Handtuch und Badesachen dazwischenlegt, ist auch willkommen: „Nu freilich, is' doch noch Blatz."

Anders verhält es sich mit den Strandburgen der Herrschenden: In Dierhagen etwa, 30 Kilometer nordöstlich von Rostock, erschreckt den Küstenwanderer jäh ein Schild, daß „der Aufenthalt und das Lagern" auf einem 500 Meter langen Strand nur „Gästen des Heims" gestattet sei. Hinter dem Strand, hoch in den Dünen, liegt das Gästehaus des DDR-Ministerrats. Vor dem Wachhäuschen am Wasser sucht ein kräftiger Sicherheitsmensch immerfort mit einem Fernglas die Wellen ab — und zuweilen auch den Volksstrand nebenan, wo sich die werktätigen Massen drängen.



Regierungs-Gästehaus in Dierhagen: Reservierter Strand für Privilegierte

Was die Urlauber-Persönlichkeit bildet, unterscheidet sich indes — etwa in Kühlungsborn — kaum von kleinbürgerlichen Ferienvergnügen im Westen: Da bittet die HO-Gaststätte „Atlantik" jeweils mittwochs und freitags zum Sängerwettstreit („Jeder Teilnehmer erhält einen Preis") oder lädt für 4,10 Mark Eintritt zur Modenschau („Nachtwäsche und Abendbekleidung"). Am ehesten lassen sich die Urlauber von ihren Betreuern zu sportlicher Betätigung überreden: So konnte Rolf Lahn, Chef über 6000 FDGB-Betten in Kühlungsborn, mit einer jüngst eröffneten Fitnesshalle einen vollen Erfolg melden.

Auch Urlaubs-Appetit anderer Art ist dem Staat inzwischen hochwillkommen: Es gibt kaum noch ein Ostseebad, in dem nicht ein staatlicher Devisenladen zum Erwerb von Westprodukten lockt. Der Weg zum „Intershop" ist etwa in Kühlungsborn durch Hinweisschilder weit

Hier habe sich, so überliefern es die Anlieger der umzäunten Regierungsdatscha, Walter Ulbricht immer als rüstiger Wassersportler ablichten lassen. Und obwohl noch niemand einen Unterschied hat herausfühlen können, hält sich hartnäckig das Gerücht, das Meerwasser werde an dieser Stelle künstlich angewärmt.

Auch das westdeutsche Prominenten-Getto von Kampen auf Sylt hat sein DDR-Pendant. Wer sich in die sozialistische Oberklasse emporgearbeitet hat, versucht auf der (inzwischen für Privatbauten allerdings gesperrten) Insel Hiddensee Fuß zu fassen oder bemüht sich um ein Stück Pachtland in Ahrenshoop: „Millionenhügel" heißt im Urlauber-Jargon jene Ansammlung von DDR-Intelligenz in reetgedeckten Häusern, wo des Sommers verdiente Theaterleiter wie der Rostocker Hanns Anselm Perten neben Medizin-Professoren, Politiker wie der CDU-Chef Gerald Götting neben Größen aus Wirtschaft und Wissenschaft wohnen.

Als die SED vor einiger Zeit beschloß, an der Küste verstärkt Arbeiterwohnungen und Ferienhäuser bauen zu lassen, wurden auch in Ahrenshoop zehn weitere Parzellen freigegeben. Behördliche Auflagen für Ferienhäuser: maximal 45 Quadratmeter Wohnfläche, Schilfdach und pastellfarbener Anstrich.

Auf die Ausschreibung erhielt der Bürgermeister mehr als fünfhundert Bewerbungen, denen überwiegend hohe und höchste Empfehlungen beigegeben waren. Wie auch anderswo — auf drei neugebaute Ferienhäuser an Ostdeutschlands Ostsee kommt gerade ein Arbeiter-Eigenheim — hatten denn auch hier die Werktätigen das Nachsehen.

„Da kann man fast glauben, wir gelten als politisch nicht zuverlässig", argwöhnt ein Maurer aus Berlin, der sich bislang vergebens um eine Baugenehmigung in dem Ahrenshoop benachbarten Wustrow bemüht. Denn der DDR-Ostseestrand ist nicht einfach Erholungsgelände — er ist zugleich Staatsgrenze. Von Warnemünde nach Gedser auf der Dänen-Insel Falster sind es weniger als 50 Kilometer, und der SED-Staat tut alles, damit der Urlauber dies auch nicht vergißt.

Auf Schritt und Tritt ist, ganz oder in Auszügen, die DDR-Grenzordnung plakatiert. Individuelle Paddel- oder Segelpartien im eigenen Boot sind dem Feriengast ebensowenig erlaubt wie nächtliches Baden. Das Betreten eines Yachthafens, wo die Jollen der Sportorganisationen vertäut liegen, scheint schwieriger als der Einlaß ins Haus des SED-Zentralkomitees, und wer auch nur von Rostock nach Hiddensee mitsegeln möchte, braucht bereits eine politische Zuverlässigkeits-Bescheinigung.

Große Abschnitte der Küste — wie etwa der Ostteil der Halbinsel Zingst und die gesamte Halbinsel Wustrow — sind militärisches Sperrgebiet, teils unter sowjetischem, teils unter Volksarmee-Kommando. Des Nachts tasten starke Scheinwerfer jeden Meter Strand, jeden Spaziergänger und jedes Liebespaar ab. Denn, so sagt es FDGB-Sekretär Witt: „Unseren Werktätigen im Urlaub gilt die ganze Fürsorge unseres sozialistischen Staates."

Letzter Tango im All

Hermann Schreiber über die sowjetisch-amerikanische Weltraumverbrüderung

Optisch, auf den Fernsehschirmen in Ost und West, hat sich dieses überirdische Zusammentreffen eher unterirdisch ausgenommen: als hätten fünf psychedelisch angehauchte Kanalarbeiter ihren Stammtisch tatsächlich in die Kanalisation verlegt und feierten dort nun ein ziemlich verrücktes Fest.

Männer in Overalls, schwerelos und doch von vielerlei Kabeln umgarnt, durch enge Tunnelröhren schwebend; dann an einem winzigen Tisch zusammengedrängt und immer in Gruppenbild-Pose um situationsgerechte Sonntagsgesichter und ein paar hinlänglich große Worte bemüht; dabei ständig den Flugplan, das Drehbuch dieser Darbietung, konsultierend, als fehle ihnen dringend ein Souffleur — so sehen heutzutage die Helden aus, die Geschichte machen.

Denn Geschichte gemacht haben sie, die Astronauten des Raumschiffs Apollo und die Kosmonauten des Raumschiffs Sojus: Amerikaner und Russen im All vereint, Apollo und Sojus freundschaftlich aufeinandergetroffen und praktisch problemlos zusammengekoppelt — wenn schon nicht über der Elbe zwischen Deutschland und Deutschland, wie fälschlich vorhergesagt, dann doch immerhin über einem Stück westlicher Welt, das so weiß-blau heraufschimmert, als wäre überall Bayernland. Gesehen und gesendet letzte Woche, erstmalig live für Kapitalisten wie für Kommunisten zugleich.

Und so kommt zum guten Ende alles unter einen Hut, finden sich zwei konkurrierende Systeme und Technologien endlich doch in der Kooperation, wandelt sich der Wettlauf im All zum gemeinsamen Aufbruch in unerforschte Weiten, wird schließlich der Entspannung zwischen den ideologisch verfeindeten Supermächten ein Zeichen gesetzt, dem nun alle folgen werden.

Wie weiland die Weisen aus dem Morgenland dem Stern von Bethlehem?

Natürlich nicht. Sondern es ist auch jetzt wieder so, wie es bislang immer gewesen ist, wenn Politiker und andere Propagandisten die Errungenschaften der bemannten Weltraumfahrt vorsätzlich, oder auch nur fahrlässig, für symbolische Wegweiser des erdgebundenen Fortschritts ausgegeben haben: Es entsteht, gelinde gesagt, ein falscher Eindruck. Denn alles erscheint möglich. Aber geändert wird nichts.

Die Abbildungen amerikanisch-sowjetischer Togetherness, die Ende letzter Woche über unser aller Bildschirme geflimmert sind, haben denn auch nichts anderes dargestellt als die zweckgebundene Kumpelei hochspezialisierter Experten, als Testpiloten-Kameraderie. Selbst zu dem historischen Handschlag, den die politischen Auftraggeber in Washington und Moskau sogleich mit ebenso vollmundigen wie vagen Zukunftsverheißungen zu kommentieren wußten, ist den Ausführenden im All, außer Gelächter, nichts anderes eingefallen als „Hallo" und „wie steht's?" und „sehr erfreut, dich zu sehen".

Überhaupt hat die derzeit so viel gerühmte Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und sowjetischen Raumfahrern — gewiß die entscheidende Voraussetzung des ganzen Spektakulums — mehr Ähnlichkeit mit dem Geschlechtsverkehr der Igel als mit sachlicher Kooperation unter Technikern. Keinem jedenfalls, der an diesem bilateralen Striptease mitgewirkt hat, kann noch in den Sinn kommen, die Rivalität jener beiden Super-Organisationen, die sich zehn Jahre lang ein erbittertes Rennen zum Mond geliefert haben, sei plötzlich abhanden gekommen.



Astronauten, Kosmonauten in „Sojus 19": Sonntagsgesichter und große Worte

Daß der eine dem andern dabei nur das geoffenbart hat, was unbedingt geoffenbart werden mußte, wenn das gemeinsame Unternehmen überhaupt zustande kommen sollte, mag noch angehen. Die Amerikaner haben die Raffinessen ihrer Computer-Technik ebenso sorgsam vor den Russen gehütet wie diese es einzurichten wußten, zum Training erschienene US-Astronauten immer nur bei Nacht in einem begrenzten Bezirk des streng geheim gehaltenen sowjetischen Raketenbahnhofs Baikonur ein- und wieder auszufliegen.

Aber, daß es Monate gedauert hat, bis die Spielregeln für die erste amerikanisch-russische Weltraum-Pressekonferenz am letzten Freitag ausgehandelt waren, daß überhaupt die Zumessung der Sendeminuten und die Kamera-Aufteilung für die diversen Fernsehübertragungen aus Apollo und Sojus Verhandlungen erfordert hat, denen gegenüber das Proporz-Gerangel an deutschen öffentlich-rechtlichen Anstalten sich bloß wie eine Fingerübung ausnimmt — das zeugt nicht nur von fortbestehender Rivalität, sondern von unvermindertem Mißtrauen.

So richtig es im übrigen ist, daß solche Vereinbarungen die Russen zu Formen von Publizität veranlaßt haben, die im Vaterland der Werktätigen bislang nicht zu denken, geschweige denn gebräuchlich waren, so richtig ist umgekehrt, daß die traditionelle sowjetische Geheimniskrämerei unversehens auf die Amerikaner abfärbt — immer dann nämlich, wenn sie sich über ihre russischen Partner äußern sollen. Selbst die eloquentesten Sprecher, die Mission Control in Houston aufzubieten hat und die auch die kleinste Panne im eigenen System schonungslos vor der Öffentlichkeit ausbreiten, verfallen dann verlegen in eine Form von verkrampft positivistischer Sprachregelung, die erkennbar nur den einen Sinn hat: ihre wahren Gefühle zu verbergen

und die ganze Chose mit Anstand, ohne Ärger zu Ende zu bringen.

Denn ohne Zweifel zahlen Amerikas Raumfahrer drauf bei diesem Unternehmen, sowohl finanziell als auch technologisch, und natürlich wissen sie das. Sie haben solche Rendezvous schon vor fast zehn Jahren geflogen, nehmen jetzt den weniger gut ausgestatteten Russen die schwierigen Manöver ab und geben ihnen zugleich die (weidlich genutzte) Chance, den (falschen) Eindruck der Parität zu erwekken. Sie haben mit ihrem Geld und ihrer Erfahrung das neue, mehrseitig anwendbare Kopplungsgerät entwickelt, das Apollo und Sojus zusammengebracht hat, und können nun nichts mehr damit anfangen, weil ihnen, im Unterschied zu den Russen, auf Jahre hinaus für bemannte Raumflüge die Mittel gestrichen worden sind.

Kein Apollo-Raumschiff wird mehr starten und keine Saturn-Rakete. Dies war das letzte Mal — und es hat den gehabt hat — jedenfalls für jene fast vergessene Elite, die aus ihrer ehedem vergoldeten Hochburg, der Nasa, nun einen Ort der inneren Emigration gemacht hat; einen Ort übrigens, zu dem kein Russe jemals wirklich Zutritt findet, selbst wenn er, umständehalber, physisch dort präsent ist. Aber natürlich war dieses Freundschaftstreffen in der Erdumlaufbahn dennoch ein willkommener Anlaß für die Männer in Mission Control, den letzten Apollo-Flug so gut wie möglich zu machen weil es immer noch besser ist, mit den Russen zu fliegen als gar nicht mehr.

Man muß sie verstehen, diese resignierenden Ritter der Raumfahrt. John F. Kennedy hat sie, 1961, geheißen, die Russen auf dem Weg zum Mond zu schlagen, weil er ein Symbol für sein „New Frontier", nach dem Sputnik-Schock, einen wirksamen Beweis für die endliche Überlegenheit des „American way of life" brauchte. Richard Nixon hat sie, 1972, geheißen, mit den Russen zusammen um die Erde zu fliegen, weil er bei seinem Besuch in Moskau damals ein spektakuläres Ergebnis und ein Symbol für seine (beziehungsweise Kissingers) Entspannungspolitik brauchte. Sie haben beide Aufträge ausgeführt. Aber ihr Selbstverständnis hat Schaden genommen dabei.



Präsident Ford, Familie beim Apollo-Start: 250-Millionen-Dollar-Mißverständnis

Russen mehr eingebracht als den Amerikanern. Die heroische Phase der amerikanischen bemannten Weltraumfahrt endet mit einem 250-Millionen-Dollar-Mißverständnis.

Sechs Wochen vor diesem letzten Apollo-Start war George Low, einer der Bosse der Weltraumbehörde Nasa, noch einmal in Moskau und versuchte seinem dortigen Verhandlungspartner Wladimir Kotelnikow ein neues gemeinsames Unternehmen schmackhaft zu machen: den Besuch einer amerikanischen Apollo-Kapsel bei der sowjetischen Raumstation Saljut. Der Russe konterte mit dem — für die Amerikaner ziemlich sinnlosen — Vorschlag, doch den Apollo-Sojus-Flug noch mal zu machen. Die Öffnung der sowjetischen Raumstation (deren militärische Bedeutung außer Frage steht) für amerikanische Apollo-Besucher lehnte er unumwunden ab.

Was Wunder, daß die weltferne Entspannungsgymnastik der Raumschiffe Apollo und Sojus zuweilen etwas von der Freudlosigkeit des letzten Tango

Trotzdem haben sie auch heute noch zuweilen ihre kleinen vaterländischen Genugtuungen. Nach dem historischen Handschlag zum Beispiel, als die Politiker dran waren. Da erschien ihr Präsident, Gerald Ford, medientechnisch bestens placiert und auch in Moskau live zu empfangen, selber im Bild und verlas den vereinigten Raumfahrern nicht bloß seine Glückwunschadresse, sondern verwickelte sie, auch die Russen, obendrein in einen langen, wennschon ziemlich albernen Dialog.

Leonid Breschnew hingegen verpaßte die Chance zum weltweiten Auftritt. Er blieb unsichtbar. Seine Botschaft verlas ein schmucker, im Westen aber gänzlich unbekannter Mann: Rußlands beliebtester Nachrichtensprecher, sozusagen der Köpeke von Moskau.

MEDIZIN

Blick in die black box

Im Deutschen Herzzentrum in München lassen sich Werkstudenten für 1000 Mark das Herz katheterisieren. Die riskanten Versuche sollen die Wirkung eines Herzmittels aufklären.

Wenn's medizinische Versuche gibt", ist die Münchner Politologie-Studentin Sandra Meltes*, die sich ihr Studium durch Arbeit im Studenten-Schnelldienst verdient, „immer dabei". Mal läßt sie sich in einer Klinik „'ne Narkose verpassen", mal erprobt sie in einem Institut für Arbeitsphysiologie ein neues Schlafmittel — „250 Mark für dreimal schlafen".

Zuletzt ließ sie sich im Deutschen Herzzentrum in München durch die Oberschenkelvene einen 2,5 Millimeter dicken Katheter ins Herz schieben. Sie empfand das Experiment als „'nen Klacks", und ihr Motiv war „bestimmt nicht Idealismus" — sondern die 1000 Mark, die ihr für zwei Katheterisierungen ausbezahlt wurden.

Als „die leichtest verdienten 1000 Mark meines Lebens" empfand auch Kommilitone Karl Danzig das Honorar für die Prozedur, bei der er „mit Musik von Udo Jürgens im Hintergrund" allenfalls „ein komisches Druckgefühl" verspürte. Zuerst hatte er gezaudert, weil er sich „vorkam wie eine Nutte, die ihren Körper verkauft", dann aber überwog doch die Sehnsucht nach einem Führerschein, für den er das leichtverdiente Geld anlegen will.

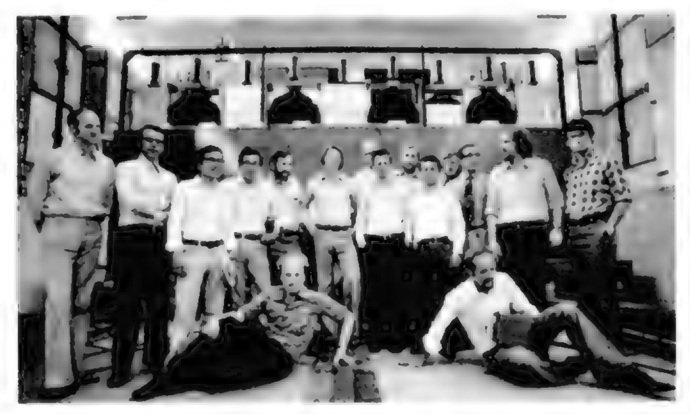
Auch die Jura-Studentin Paula Schwamm, die „wegen meiner fanatischen Reiterei" und einer geplanten „großen Reise nach Griechenland" Extrageld benötigte, empfand bei dem Job „nicht direkt einen Schmerz". Gerhard Remm, der an der Kunstakademie Malerei studiert und stets „jobbt, was gerade kommt", fühlte sich nach der Prozedur hingegen „wie Quasimodo ohne Krücken". Seine Freundin Vera Nahm, Amerikanistik-Studentin und nebenher Volontärin bei der Münchner „Abendzeitung", empfand bei der Katheterisierung gar „das, was vielleicht Todesangst sein könnte" — und blieb der zweiten Stich-Probe lieber fern.

Professor Dr. Werner Rudolph, Direktor der Klinik für Herz- und Kreislauferkrankungen im Deutschen Herzzentrum, will mit der Versuchsreihe mit insgesamt 15 Probanden — der letzte steigt am Donnerstag dieser Woche auf den wannenförmigen Operationstisch — bestimmte Nebenwirkungen des Herzpräparats „Clinium" erforschen. Der Professor, der sich „von den vielen Präparaten auf dem Markt überrollt" fühlt, möchte sich vor allem ein eigenes Urteil über die von ihm eingesetzten

* Namen von der Redaktion geändert.

Atomphysik: Deutsche wieder vorn

Deutschlands Physiker, einst ruhmreich repräsentiert durch Albert Einstein, Otto Hahn oder Max Planck, gewinnen den verlorenen Weltruf zurück — nicht zuletzt dank der jüngsten Forschungserfolge am „Deutschen Elektronen-Synchrotron" (Desy) in Hamburg: Dort hat ein Physiker-Team soeben ein neues Elementarteilchen entdeckt, einen subatomaren Materiebaustein, der den Wissenschaftlern endlich die Aussicht eröffnet, ein Ordnungsprinzip für den bisher eher chaotisch anmutenden „Teilchen-Zoo" zu formulieren. Schon


Desy-Forschungsteam in Hamburg

1974 meldeten die Desy-Forscher, damals fast gleichzeitig mit der US-Konkurrenz, zwei aufsehenerregende Partikel-Funde, Vorläufer des noch namenlosen Neulings. Diesmal gelang es ihnen, mit Hilfe eines selbstkonstruierten Detektor-Geräts die Amerikaner auszustechen. Die Deutschen, sagte ein Stanford-Sprecher, „haben uns geschrubbt".


Zigarrenraucher

Warnung vor Zigarren-Qualm

Zigarettenraucher, die auf Zigarren „umsteigen", können offenbar nicht umlernen — sie inhalieren weiter, meist unbewußt. Dabei, so berichtet der US-Lungenspezialist Allen L. Goldman, belastet Zigarren-Qualm die Atmungsorgane noch stärker: Im Blut von Umsteigern war der Gehalt an Carboxyhämoglobin — einer Verbindung von Kohlenmonoxid und Hämoglobin, unter der die Sauerstofftransport-Kapazität des Blutes leidet — im Vergleich zu Nichtrauchern um das Achtfache erhöht; bei Zigarettenrauchern lag der Wert viermal höher.

Monumental-Armee ausgegraben

Eine mehr als 2000 Jahre alte Monumental-Armee, die aus tönernen Kriegern, Pferden und Streitwagen in natürlicher Größe besteht, wurde bei Sian in Nordwest-China ausgegraben. Die 530 Ton-Soldaten waren in Phalanx-Schlachtordnung aufgereiht und mit Bögen, Speeren und Schwertern ausgerüstet — letztere, so berichtet die Nachrichtenagentur Hsinhua, „sind rostfrei und hellglänzend geblieben". Insgesamt wurden 10 000 Relikte freigelegt, darunter Gold- und Jadeschmuck. Im dritten Jahrhundert vor Christus war Sian die Hauptstadt der Tschin-Dynastie, deren Begründer Shihhuang Ti derzeit als „Befreier vom Sklavenjoch" und „Einiger Chinas" gefeiert wird.

Das Mittelmeer — einst Tal des Todes?

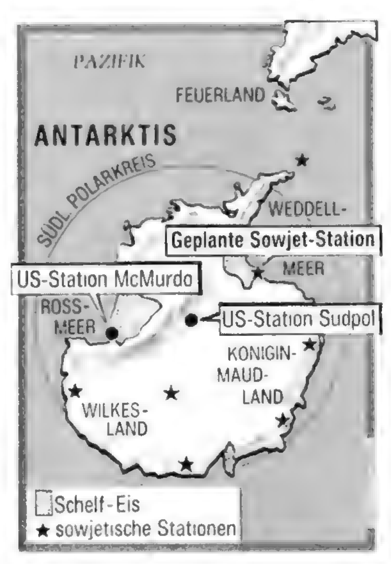
Vor etwa sechs Millionen Jahren wurde das Mittelmeer von einer katastrophalen „Salinitätskrise" heimgesucht: Vermutlich, weil die Straße von Gibraltar damals noch durch eine Gebirgskette geschlossen war, trocknete das Binnenmeer aus und verwandelte sich in eine Salzwüste, ähnlich dem „Death Valley" in Kalifornien. So interpretiert ein Forscherteam der University of California die Ergebnisse der zweiten Mittelmeer-Fahrt des US-Forschungsbohrschiffes „Glomar Challenger": Bei Bohrungen, die im Frühjahr dieses Jahres an acht Stellen im östlichen und westlichen Teil des Mittelmeer-Untergrunds niedergebracht wurden, entdeckten die Forscher Salzlagerstätten, die 60mal soviel Salz enthalten, wie gegenwärtig im Mittelmeer gelöst ist.

Radioaktives Gas aus Bombenfabriken

130 Tonnen Plutonium — genug für 26 000 Atombomben mit der Sprengkraft des Hiroshima-Typs — sind von den Welt-Atommächten bis Ende 1973 in militärischen Kernreaktoren erzeugt worden — als Zündmasse für Wasserstoffbomben oder als Spaltmaterial für taktische Atomwaffen. Zu dieser Schätzung gelangten die Heidelberger Physiker Wolfgang Roether und Jörg Schröder in einem Bericht an die Internationale Atomenergie-Kommission in Wien durch Messung des gegenwärtigen Krypton-85-Gehalts der Luft. Das krebserzeugende Krypton-85 ist ein radioaktives Isotop des Edelgases und entsteht überwiegend bei der Plutoniumherstellung; als natürliches Spaltprodukt des Urans etwa kommt es nur in kaum noch meßbaren Quantitäten vor.

Antarktis: Suche nach Öl und Gas

Rohstoffvorkommen „wie in Sibirien" will die Sowjet-Union nun auch in der Antarktis aufspüren: Direkt am Weddell-Meer (Tass: „Lagerhaus für Öl und Gas") wird Ende dieses Jahres die neue Station „Druschnaja" („Die Freundschaftliche") errichtet, in der 50 Forscher — Geologen und Geophysiker — Platz finden sollen. Auch die Amerikaner sind auf der Suche nach Öl- und Gasfeldern — im Ross-Meer, unmittelbar vor ihrer McMurdo-Station. Die Supermächte können in Ruhe explorieren: Im Ant-



arktis-Abkommen von 1959 wird das Problem der Rohstoffausbeutung nicht geregelt, und sowohl die USA als auch die UdSSR haben territoriale Ansprüche anrainender Länder wie etwa Argentinien und Australien bislang nicht anerkannt.



Herz-Spezialist Rudolph
Verstoß gegen gute Sitten

Medikamente verschaffen: „Die Kombi-Wirkung vieler Medikamente ist doch auch für uns eine black box."

Die Honorare für die Studenten, die Professor Rudolph einstweilen per Scheck über sein Privatkonto vorstreckte, werden freilich von der Düsseldorfer Pharma-Fabrik Janssen GmbH erstattet, die überdies den Münchner Mediziner von jeglicher Haftung freigestellt hat. Karl Kochs, Pressesprecher von Janssen: „Unsere Haftpflicht liegt höher als die Kraftfahrzeuginsassen-Versicherung, also bei mehr als einer halben Million Mark pro Person."

Gewiß ist aber auch das Risiko solcher Herz-Versuche höher als die Mitfahrt in einem Auto. Nach langjährigen Statistiken liegt die Mortalität bei Katheterisierung von herzkranken Patienten bei etwa eins zu tausend. Bei gesunden Probanden lassen sich laut Pharma-Sprecher Kochs die Todesraten wegen der noch zu geringen Erfahrungen nicht ermitteln. Im übrigen verläßt er sich auf die modernen Einrichtungen der vor gut einem Jahr eröffneten Münchner Klinik, wo „im Extremfall auch Thoraxöffnungen vorgenommen werden können".

Die Münchner Probanden sind denn auch von dem Klinik-Arzt Dr. Henning Petri, der die Untersuchungen leitet, eindringlich auf die Gefahren des Experiments — Blutungen, Embolie, Thrombose, Kammerflimmern — hingewiesen worden. Auf der hausüblichen „Einverständniserklärung" („Mit der Durchführung einer Herzkatheter-Untersuchung bin ich einverstanden") wurde handschriftlich hinzugefügt: „Über die Risiken der Untersuchungen bin ich aufgeklärt worden."

In den USA dürfen solche Herzuntersuchungen an Gesunden nur bei vielversprechenden neuen Medikamenten und mit einer Sondergenehmigung der Arzneimittelbehörde FDA vorgenommen werden — das westdeutsche Bundesgesundheitsamt hat solche Befugnisse nicht.

Professor Rudolph sieht sich mit diesem Beleg für die Freiwilligkeit und der Haftungsfreistellung durch die Düsseldorfer Pharmazeuten denn auch rechtlich außer jeder Gefahr. Rudolph: „Ich halte mich da sehr exakt an die geltenden Vorschriften."

Das mag schon sein, nur: Die geltenden Vorschriften selbst sind nicht sehr exakt. Die von Professor Rudolph herangezogene „Deklaration von Helsinki" etwa, die 1964 vom Weltärztebund verabschiedet wurde, enthält großzügig interpretierbare, rechtlich unverbindliche ethische Postulate über die „Pflicht des Arztes, Beschützer des Lebens und der Gesundheit der Versuchsperson zu sein".

Auch daß es sich bei dem mit den Probanden geschlossenen Vertrag um einen Verstoß gegen die guten Sitten (Paragraph 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches) handeln könnte, weil die Notlage armer Studenten durch die beachtliche Geldzuwendung ausgenutzt werde, ist für Professor Rudolph ausgeschlossen: „Eine der Studentinnen wollte sich von dem Geld ja sogar ein Pferd kaufen."

Maler-Student Remm fürchtet denn auch schon, daß durch Veröffentlichungen die medizinischen Offerten wieder geschmälert werden könnten: „Die Dinger sind sehr gefragt." Auch Rupert Wildbihler vom Münchner Studentenschnelldienst, der nur fünf Studenten ans Herzzentrum direkt vermittelt hat, weiß, daß solche Jobs „unter der Hand durch Mund-zu-Mund-Propaganda" weitergereicht werden — selbst solche, deren Vermittlung der Schnelldienst ablehnt.

Besonders begehrt ist bei den Studenten der Spermaverkauf. Wildbihler: „Da wird bis zu 250 Mark pro Schuß gezahlt."

FERNSEHEN

Tanz auf dem Eis

„Silberhochzeit zu zwölft". Dokumentation von Gerhard Konzelmann und Artur Müller. ARD, Mittwoch, 23. Juli, 20.15 Uhr.

Es hat in all den Jahren viel böses Blut gegeben; sogar mit Scheidung wurde gedroht. Doch nun, zur großen Jubiläumsfeier, herrscht schönste Eintracht in der Funkfamilie.

25 Jahre hat sie jetzt Bestand, die „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland". Unterm Markenzeichen ARD vereint sie seit Juni 1950 die (auch Fernsehen produzierenden) Landessender, den Deutschlandfunk, die Deutsche Welle und, als Gast, RIAS Berlin. Und zu dieser Silberhochzeit haben sich die Eheleute besonders fein herausgeputzt.

Dem Südfunk, der Domäne des ARD-Vorsitzenden Hans Bausch, ist das Ehrenamt übertragen worden, ein festliches Selbstporträt der Jubilare anzufertigen. Gerhard Konzelmann, Chef im TV-Bereich „Kultur und Gesellschaft" und einst bewährter Fernsehkorrespondent in Beirut, hat es sichtlich lustlos wahrgenommen. Hofberichte sind nicht seine Leidenschaft; aber — sagt er — „einer mußte es ja machen". So singt er nun ein Loblied



ARD-Autor Konzelmann (3. v. l.), Altmeier (l.): Eintracht der Zwölf

auf die ARD; kein Tadel trübt die Weihestunde. Das Medium feiert sich selbst, und alle, alle salutieren.

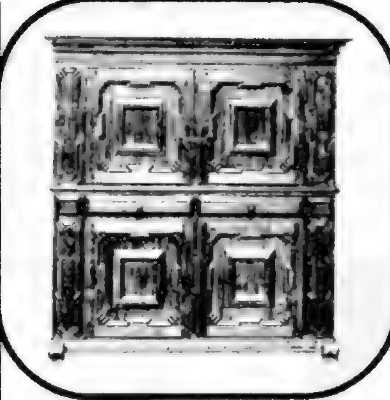
Von den Geburtswehen der ARD ist eingangs die Rede. Vergebens hatte sich damals der Weimarer Rundfunk-Pionier Hans Bredow für einen zentralisierten, unpolitischen Nachkriegsfunk stark gemacht. Die Föderalisten setzten sich durch, auch 1953, als die ARD den Fernsehvertrag ratifizierte. Groß und berechtigt war die Angst, eine einzige Fernsehanstalt könnte von der Bundesregierung beherrscht und mißbraucht werden — eine Situation, die 1960 beinahe Wirklichkeit geworden wäre: Adenauers Coup, ein Privatfernsehen zu etablieren, scheiterte am Einspruch des Bundesverfassungsgerichts. Selbst in der CDU, so bestätigt es nun noch einmal der ehemalige rheinland-pfälzische Regierungschef Peter Altmeier, hatte sich Widerstand gegen den Plan geregt, „das Fernsehen vom Gelde her aufzuziehen".

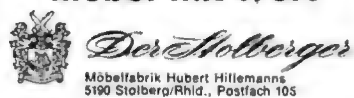
Doch, glaubt man der Südfunk-Chronik, dann ist die Ära der großen Bataillen um die Rundfunkfreiheit längst passé. Die Republik, daran rüttelt niemand, hat die besten und freiesten Televisionen der Welt. Und sogar Helmut Kohl, dessen Parteibrüder doch keine Gelegenheit versäumen, die ARD als „Rotfunk" anzuschwärzen, dankt gerührt für die „besonders glückliche Weise", in der die ARD den „Chor der deutschen Landschaften" und die „Köstlichkeit von Geschichte und Tradition" zur Geltung bringe. Aus den christlich regierten Ländern Bayern und Baden-Württemberg war jüngst das Gegenteil zu hören.

Wie es wirklich steht um die Allianz, die sich hier so selbstgefällig in Positur wirft, bringt der Report nicht zutage. Die Schulden, 600 Millionen, werden sie nicht ruinieren; eher wohl der Machtkampf der Parteien um das Medium, die freiwillige Selbstkontrolle eingeschüchterter Redakteure, der beharrlich und nicht ohne Erfolg wiederholte Unfug von „Linksdrall" und „Unausgewogenheit". Aber solche Themen sind nicht stubenrein.

Autor Konzelmann hat es schon zu spüren bekommen, als er zur Intendanten-Sitzung über die umstrittene TV-Dokumentation „Bürger gegen Atomkraftwerk Wyhl" anrückte. Dort durfte er zwar filmen, aber keinen Ton mitschneiden: Der Krach bei der ARD „hätte den Zuschauer irregeleitet".

Immerhin, bisweilen leistet sich der Chronist einen Anflug von Ironie. Dem Auftritt der WDR-Chefredakteurin Julia Dingwort-Nusseck, die für das Kürzel ARD endlich eine unanfechtbare Formel kreiert („Ausgewogen Richtig Dosiert"), kontrastiert er zum „heiteren Finale" Bilder vom ausgewogenen ARD-„Spiel ohne Grenzen": Da fällt beim Eistanz mancher auf die Nase. ◆





PERSONALIEN

John („Jack") Ford, 23, zweitältester Sohn des US-Präsidenten, will seinem Vater im Wahlkampf helfen und wird deshalb seit einem Monat von Mitgliedern des Stabes in die tägliche Arbeitswelt des Präsidenten eingeführt. Über Stabsarbeit und Wirtschaftsfragen informierte sich der „bei weitem politischste" aller Ford-Sprößlinge (Jack über Jack) bei Stabschef Donald Rumsfeld und dem Wirtschaftsberater seines Vaters, Alan Greenspan. Über den Präsidentenstab selbst kam Ford junior zu eigenem Urteil: „Ich weiß, wer hier die Windmacher sind und wer die harten Jungs." Auch Wahlkampf-Erfahrung hat Jack bereits: 1972 setzte er für ein Semester mit dem Studium aus, um an einer Studenten-Kampagne für die Wiederwahl Nixons mitzuarbeiten.

Hannes Messemer, 51, Schauspieler und Bundesfilmpreisträger, bereitete sich im „Studio Hamburg" auf seine TV-Rolle als Konrad Adenauer vor — mit Anproben typischer Garderobe seines Vor-Bildes, wie Strohhut und Gärtnerschürze (Photo l.), aber auch staatsmännisch vornehmer Tracht. Zwar erhielt Messemer die Kanzler-Rolle für die ZDF-Produktion „Adenauer", weil er „Ausstrahlung und Persönlichkeit hat" (Regisseur Claus Peter Witt), doch konnten die Filmemacher bei der Anprobe auch äußere Ähnlichkeiten mit **Konrad Adenauer** (r.) feststellen. Das Dokumentarspiel (Drehbuch: Peter von Zahn, Beginn der Dreharbeiten: diese Woche) soll das Wirken des 1967 verstorbenen ersten deutschen Bundeskanzlers als Oberbürgermeister von Köln und die Jahre bis zum Kriegsende zeigen und am 5. Januar 1976 — dem 100. Geburtstag Konrad Adenauers — ausgestrahlt werden.







Richard Nixon, 62, Expräsident der USA, läßt sich in den letzten Wochen wieder häufiger in der Öffentlichkeit sehen. In der Nähe seines Landsitzes in San Clemente ging der Ex-Präsident am vorletzten Wochenende stundenlang barfuß am Strand spazieren und unterhielt sich gutgelaunt mit Badegästen (Photo). Verschmerzt hat Nixon seinen Abschied vom Weißen Haus freilich nicht: Das Siegel der US-Präsidenten ziert nach wie vor die blaue Windjacke des Strandläufers.

Harald Heimsoeth, 58, Bonns Botschafter in Nairobi, half undiplomatisch und handgreiflich einen Unfallfahrer zu überführen — Ben Gethi, einen der mächtigsten Männer Kenias und Chef der Spezial-Polizeitruppe „General Service Unit". Gethi war vor der neuen deutschen Schule in Gigiri bei Nairobi, in der Heimsoeth eine Festrede gehalten hatte, mit seinem roten Alfa Romeo 2000 auf den Wagen einer Lufthansa-Angestellten geprallt und hatte ein weiteres Fahrzeug schwer beschädigt. Der nur leicht verletzte Polizeichef wollte sich absetzen, aber die aufgeschreckten Festgäste griffen ein: Einer der Deutschen nahm den offensichtlich volltrunkenen Havaristen in den Schwitzkasten und wollte ihn — nicht ahnend, wen er in der Mangel hatte — einer Streifenwagen-Besatzung übergeben. Doch zur Verwunderung der Zeugen ließ der sistierte Verkehrssünder die Beamten strammstehen und eilte davon. „Weil hier ganz klar Verdunkelung geplant war" (so ein Festteilnehmer), gab Heimsoeth Anweisung, „wenigstens den Unfallort zu photographieren". Als die Polizisten auch das verhindern wollten, griff Botschafter Heimsoeth selbst ins Handgemenge ein und sorgte dafür, daß „der Film belichtet werden konnte". Die Schadenersatzregelung mit dem mächtigen Gethi wird dennoch schwierig: Sein Alfa ist nicht versichert.

Willi Weyer, 58, Präsident des Deutschen Sportbundes, der nach 13 Jahren als FDP-Innenminister in Nordrhein-Westfalen sein Amt nach der Landtagswahl am 4. Mai dieses Jahres niedergelegt hatte, denkt an eine Rückkehr in die aktive Politik. Weyer wird sich vermutlich im Herbst nächsten Jahres um ein Bundestagsmandat für seine Partei bewerben. Der langjährige FDP-Landesvorsitzende: „Parteifreunde in Bonn haben mich darum gebeten", vor allem, weil nach dem Wechsel Burkhard Hirschs aus dem Bundestag in das Düsseldorfer Innenministerium in der Bonner FDP-Fraktion „eine große Lücke entstanden" sei.

Hans-Ulrich Rudel, 59 (M.), Träger des von Hitler nur einmal verliehenen „Goldenen Eichenlaubs mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes", hielt auf dem Döblinger Friedhof in Wien ordendekoriert und soldatisch knapp die Gedenkrede für Mussolini-Befreier Otto Skorzeny, der Anfang Juli in Madrid



gestorben war. Auszug: „Ich muß sagen, daß es mir aus gesundheitlichen Gründen schwerfällt, lange Abhandlungen zu machen, die du an sich verdient hast ... Gott sei mit dir, ruhe sanft, auf Wiedersehen." Nach der Beisetzung ließ sich der Ex-Oberst und Stuka-Heros mehr Zeit und gab Trauergästen (Rudel: „Nicht nur alte Kämpfer, auch viele junge Gesichter") Autogramme (Photo). Jugendliche Rudel-Bewunderer versuchten unterdessen, unerwünschte „Pressefritzen" zu vertreiben, „von denen die meisten einen Akt wie diesen doch nicht begreifen".

REGISTER

GESTORBEN

Gerhard Prager, 55. Eigentlich wäre der für seine Malmots im ZDF gefürchtete Programmchef („Wer nie sein Brot zum Fernseh'n aß, verdaut auch keinen andern Fraß“) viel lieber Dichter geblieben. Der Theaterwissenschaftler und „Salon-SPDist“ (Genossenurteil) startete seine Direktoren-Karriere 1973 unter Sparzwang mit dem Vorsatz: „Goethe mach' ich selber, für Adam Riese habe ich meine Leute.“ Im „täglichen Balanceakt zwischen künstlerischem Wollen und wirtschaftlichem Dürfen“ hatte sich Prager zuvor als Theater- und Hörspieldramaturg geübt. 1962 zum Fernsehspiel-Chef des eben gegründeten ZDF berufen, stellte sich der Sendungsbewußte die Aufgabe, das „Humanum“ durch „gewissenhafte Information auch über das Böse und seine Macht“ zu retten. Seine Lyrik und Prosa („Liebe und anderer Unfug“ unter dem Pseudonym Michael Moll) „quälte er sich fortan nur noch vom Nachtschlaf ab“. Letzten Donnerstag starb Prager an Herzversagen.

Kurt Pinthus, 89. Der in Erfurt geborene Literat, zeitweilig Dramaturg bei Max Reinhardt und Mitarbeiter der Verleger Ernst Rowohlt und Kurt Wolff, schrieb Tausende von Essays und Kritiken und veröffentlichte auch mehrere Bücher, unter anderem eines der frühesten theoretischen Werke über den Film („Kinobuch“, 1913). In die Literaturgeschichte ging er jedoch nicht als Autor, sondern als Autoren-Förderer, als Herausgeber ein: mit der „Menschheitsdämmerung“ (1919), einer von Pinthus als „Symphonie jüngster Dichtung“ (Untertitel) komponierten Anthologie expressionistischer Lyrik (von Benn und Heym bis Trakl und Werfel), die Literaturwissenschaftlern als „historische Tat“ gilt. Pinthus, 1937 in die USA emigriert und 1967 zurückgekehrt, starb vorletzten Freitag in Marbach.



BERUFLICHES

Diego Novelli, 43, kommunistischer Stadtrat und Journalist in Turin, wurde vergangenen Montag zum Bürgermeister gewählt. Turin (1,2 Millionen Einwohner) ist damit die größte von einem Kommunisten regierte Stadt in der EG. Bei den Kommunalwahlen am 15. Juni hatte die KPI in der Fiat-Metropole 38 Prozent der Stimmen erhalten, so daß sie zusammen mit den Sozialisten (13 Prozent) über die absolute Mehrheit im Stadtrat verfügt. Polit-Aufsteiger Novelli, einst Bote in einer Bücherei, später Lokalredakteur des KP-Blattes „L'Unità“, steht als Bürgermeister vor „extrem schwierigen Aufgaben“ (so die KPI); denn Turin, wo fast die Hälfte der Bürger vom Fiat-Konzern lebt, entwickelt sich chaotisch und ist hoch verschuldet. Zehntausende von zugewanderten Süditalienern hausen in Notunterkünften. Novelli versprach denn auch mehr Sozialwohnungen und neue Schulen; überdies strebt er ein „partnerschaftliches Verhältnis“ zwischen Industrie und Stadtverwaltung an. Gleichwohl warnt er: „Die Fehler von 25 Jahren kann man nicht über Nacht wiedergutmachen. Keiner soll von uns Kommunisten Wunder erwarten.“

Gerhard Heinze, 26, Bundesliga-Fußballprofi, stellte beim Arbeitsamt Ludwigsburg als erster deutscher Berufs-Kicker Antrag auf Arbeitslosenunterstützung (etwa 1300 Mark monatlich). Sieben Jahre lang war Heinze (Monatseinkommen zuletzt: 8500 Mark) Torwart beim VfB Stuttgart, dreimal stand er in der Junioren-Nationalmannschaft. Doch als der VfB Ende der Saison aus der Bundesliga abstieg, sollte auch der teure Heinze gehen. Kein Klub aber wollte bisher die Ablösungssumme von 400 000 Mark zahlen, die Stuttgart angeblich für einen Wechsel zu einem anderen Verein fordert. Heinzes Handikap: Mit 1,77 Meter Körpergröße ist er den meisten Trainern zu klein (Idealmaß für Torhüter: 1,85 Meter). Heinze (Sportartikel-Vertrieb, Lottogeschäft-Inhaber), der unversehens vom Tor- zum Ladenhüter der Bundesliga abstieg, hat „außer Fußball nichts gelernt“ und will sich nun mit Hilfe und auf Kosten des Arbeitsamtes zum Sportlehrer umschulen lassen.

Selbstverständlich 1 Jahr Garantie ohne km-Grenze:

Der Original-Mini



Den Original-Mini können Sie mit keinem anderen Kleinwagen verwechseln. Nur er hat die schon klassische Silhouette. Seine legendären Sporterfolge haben seinen Ruf begründet. Dieser Ur-Typ der modernen Kleinwagen-Generation erhebt nicht den unerfüllbaren, falschen Anspruch, eine große Kutsche zu sein.

Der Mini 1975 ist nach wie vor der Original-Mini. Typisch und unverwechselbar in Form und Funktion.

Dies *garantiert* British Leyland.

Mit Quermotor vorn und Frontantrieb.
Mit dem bewährten Sicherheits-Fahrwerk.
Außen mini – innen maxi.

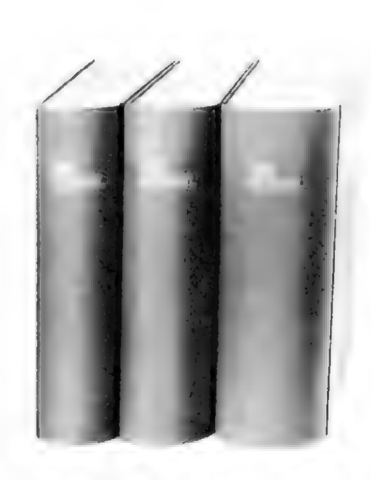
Original Mini

BRITISH LEYLAND

Er ist einfach so, wie er ist. Wendig und flink. Sparsam und chic. Handlich und gutwillig. Ein Lebensgefährte für unterwegs. Und der Original-Mini ist nett zu seinem Fahrer, und dieser zu ihm. Seien Sie nett zu sich selbst, leisten Sie sich einen Mini. Denn er paßt zu Ihnen, Ihr Original-Mini.

British Leyland-Importeur: A. BRÜGGEMANN + CO GMBH, 4 Düsseldorf, Harffstraße 53, Telefon 0211/78181

Es gibt kein authentischeres Nachschlagewerk zur Zeitgeschichte als eine komplette Sammlung gebundener SPIEGEL-Jahrgänge.



Füllen Sie die Lücken in Ihrer SPIEGEL-Bibliothek

Sie verfügen dann über das Grundlagenmaterial, das Sie für Ihr eigenes Urteil über Politik, Wirtschaft und Kultur Ihrer Zeit brauchen.

Einzelhefte älterer SPIEGEL-Jahrgänge – seit 1948 – werden geliefert, solange der Vorrat reicht.

Preis pro Heft:

DM 1,– (bis einschließlich 40/1964)
DM 1,20 (bis einschließlich 14/1967)
DM 1,50 (bis einschließlich 37/1971)
DM 1,80 (bis einschließlich 40/1972)
DM 2,– (bis einschließlich 37/1974)
DM 2,50 (ab 38/1974)

In fest gebundener Buchform
gibt es noch

1966	SPIEGEL Nr. 28–40	DM 29,25
1971	SPIEGEL Nr. 45–53	DM 29,85
1972	SPIEGEL Nr. 1–14	DM 37,05
	SPIEGEL Nr. 15–27	DM 37,05
	SPIEGEL Nr. 28–40	DM 37,05
1974	SPIEGEL Nr. 1–13	DM 47,21
	SPIEGEL Nr. 14–26	DM 49,21
	SPIEGEL Nr. 27–40	DM 52,71
	SPIEGEL Nr. 41–53	DM 55,71

(Preise inkl. Buchbindereikosten)

Außerdem können Sie beim SPIEGEL-Verlag bestellen:

Inhaltsverzeichnisse
(mit Personen- und Sachregister)

1948		DM 8,–
1950, 1957, 1958	je	DM 8,–
1962 bis 1964	je	DM 15,–
1966 bis 1967	je	DM 15,–
1968, 1970 bis 1972	je	DM 15,–
1973, 1974	je	DM 15,–

In den Jahren 1947, 1951 und 1952 sind keine Inhaltsverzeichnisse erschienen; die Verzeichnisse für 1949, 1953, 1954, 1955, 1956, 1960, 1961, 1965 und 1969 sind vergriffen.

Bestellungen mit genauer Angabe bitte an

Jahrgang-Sammler

mit Drahtaufhängung, für maximal 18 Hefte, die einzeln wieder entnommen werden können.

Preis pro Sammler DM 9,–.

Einbanddecken

zum Binden gesammelter Hefte in Buchform. Die Einbanddecken sind neutral gehalten und zu beziehen ab Jahrgang 1970. Jede Decke hat ein Fassungsvermögen von 11 bis 13 Heften – je nach SPIEGEL-Umfang. Wir liefern dazu bedruckte Selbstklebe-Etiketten mit Nummern-Angabe. Für die Jahrgänge 1970 und 1971 sind je fünf, für die Jahrgänge 1972, 1973 und 1974 je vier Einbanddecken erforderlich.

Preis pro Einbanddecke DM 6,–.

Preise inkl. Mehrwertsteuer.
Im Inland porto- und verpackungsfrei.

SPIEGEL-Verlag · Vertriebsabteilung
2000 Hamburg 11 · Postfach 11 04 20

Montag, 21. 7.

18.20 Uhr. ZDF. Diana

Diana Riggs Comeback-Versuch war in den USA ein totaler Flop: Die Serie um eine patente Modezeichnerin flog nach acht Wochen aus dem NBC-Programm.

19.30 Uhr. ZDF. Traum auf rotem Kanapee

Hommage an Henri Rousseau, den „Vater der Naiven". In seiner Geburtsstadt Laval wurden die „Bilder paradiesischer Unschuld und einer Welt der Verdrängungen" gefilmt und Epigonen interviewt.

20.15 Uhr. ARD. Report

Moderator: Franz Alt. Das Südwestfunk-Magazin will nachweisen, daß die Krebsvorsorge „hauptsächlich ein Gewinn für die Ärzte ist", und berichtet von den Ergebnissen eines Untersuchungsausschusses in Stuttgart, wonach einige Direktoren von Uni-Kliniken bis zu einer Million Mark Nebeneinkommen pro Jahr haben. Außerdem wird demonstriert, daß für die Rekruten der Treue-Eid „militärische Folklore" ist.

20.15 Uhr. ZDF. Kinder, Kinder

Das Erziehungsmagazin will Eltern typische Pubertäts-Syndrome erläutern.

21.15 Uhr. ZDF. Der Wittiber

Leuten, die „nach 100 Jahren noch wissen wollen, wie bayrische Bauern lebten und waren", empfahl Ludwig Thoma 1911 seinen Heimatroman, den Thoma-Experten heute als eine Art bayrisches Pendant zu Fontanes „Stechlin" beurteilen. Die TV-Verfilmung der Chronik vom Zerfall einer Großbauern-Familie (Regie: Franz Peter Wirth) wurde Mitte April vom Programm abgesetzt. Begründung: „zu bayrisch-deftig" und jenseits „der Schwelle hochdeutscher Verständlichkeit". Photo: Lisa Fitz und Gustl Bayrhammer.



21.45 Uhr. ARD. Der Schock danach

Die „Gespräche mit brustamputierten Frauen" — fünf Hausfrauen, einer Antiquitätenhändlerin, einer Buchhalterin, einer Cutterin, einer Lehrerin und einer Werbefilmerin — werden durch Statements von Psychologen, Gynäkologen und Chirurgen ergänzt. Bei „Problemen sexueller oder ästhetischer Art" empfiehlt Mildred Scheel, Initiatorin der Deutschen Krebshilfe, in der Sendung „Psychotherapeuten oder den Hausarzt".

Dienstag, 22. 7.

19.30 Uhr. ZDF. Stern von Rio (sw)

Star dieses Exotik-Kitsch-Films von 1940, an dem Adenauers späterer Bundespressechef Felix von Eckardt mitarbeitete: La Jana (Photo), Deutschlands umschwärmteste Tänzerin der 30er Jahre.



21.15 Uhr. ARD. Die Fledermaus auf der Antenne

Der Dramatiker Václav Havel, einer der literarischen Protagonisten des Prager Frühlings und nach seinem Publikationsverbot 1969 Brauereiarbeiter in Nordböhmen, klagte vor drei Monaten in einem offenen Brief an Parteichef Husák über „die brutale Einengung", „die allgegenwärtige Angst" und die „sozialistischen Spießer" in der ČSSR. Sein im Ostblock totgeschwiegenes, 1973 geschriebenes Stück — eine satirische Parabel über die Unfähigkeit der Intellektuellen zur Tat — hat sein Landsmann Jan David, heute TV-Regisseur in Hamburg, für den NDR inszeniert.



21.15 Uhr. ZDF. Kennzeichen D

Moderator: Joachim Jauer. Geplant sind ein Gespräch mit Willy Brandt zur KSZE und das Porträt eines privat wirtschaftenden Schlosserbetriebs in der DDR. Außerdem wird berichtet, wie Kölner Bürger gegen ein mongoloides Kind agitierten und warum das Berliner „Grips"-Kindertheater im Bezirk Steglitz Auftrittsverbot bekam.

22.00 Uhr. ZDF. Hinter Gittern

Zwei amerikanische Dokumentarfilme über den Strafvollzug: das Porträt eines Häftlings, der nach den Rassenunruhen 1967 verurteilt wurde, und ein TV-Stück über die Zustände in St. Quentin, von denen Häftlinge, Ex-Häftlinge und Wärter berichten.

Mittwoch, 23. 7.

20.15 Uhr. ARD. Silberhochzeit zu zwölft

Selbstgefällige TV-Feier der ARD zu ihrem 25jährigen Jubiläum (siehe Seite 88).

20.15 Uhr. ZDF Magazin

21.15 Uhr. ZDF. Wolfgang Sawallisch

Porträt des Münchner Generalmusikdirektors.

21.45 Uhr. ARD. Im Namen des Fortschritts: Mit Medizin ins Unglück

Am Beispiel der westafrikanischen Republik Senegal wollen Gordian Troeller und Claude Deffarge demonstrieren, wie das von den früheren Kolonialherren installierte Gesundheitswesen in vielen schwarzen Staaten „zur Karikatur" geworden ist.

22.05 Uhr. ZDF. Weltmeisterschaft im Schwimmen, Springen und Wasserball
Aufzeichnung aus Cali (Kolumbien).

Donnerstag, 24. 7.

20.15 Uhr. ARD. Plusminus

Moderator: Diether Stolze. Ein Porträt des „Top-Managers zwischen Politik und Wirtschaft", Ernst Wolf Mommsen, und ein Film über „die Unregierbarkeit unserer Großstädte, die allmählich der Apokalypse New York näherkommt". Außerdem eine Reportage über die Pläne für gemeinsame westdeutsch-sowjetische Firmen in der UdSSR.

20.30 Uhr. ZDF. Notizen aus der Provinz
Satirisches Magazin mit Dieter Hildebrandt.

21.15 Uhr. ZDF. England nach dem Volksentscheid: Europäer wider Willen?
Hans Herbert Westermann, England-Korrespondent des ZDF, interviewt Politiker, Industriebosse und Gewerkschaftsführer sowie Ralf Dahrendorf, Leiter der Londoner School of Economics, zur britischen EG-Entscheidung.

22.00 Uhr. ZDF. Bergung der Apollo-Kapsel im Pazifik
Bericht vom Abschluß des amerikanisch-sowjetischen Raumfahrt-Unternehmens.

22.15 Uhr. ARD. Titel, Thesen, Temperamente
Bei einem Pilgergang auf den Mont Ventoux bei Avignon will Junior-Verleger Hubert Burda („Bunte") mit Peter Handke, Bazon Brock, Lektoren und Literaten den von ihm gestifteten Petrarca-Literaturpreis vergeben. „TTT" begleitete die „Dichter auf Kletterpartie". Außerdem Berichte über das meist öde Sommer-Kulturprogramm der Großstädte und über eine verschollene Partitur von Max Bruch, die zwei junge Pianisten für elf Dollar ersteigerten.

Freitag, 25. 7.

20.15 Uhr. ARD. Liebe und Schmerz und das ganze verdammte Zeug

Hollywoods bisheriger Regie-Außenseiter Alan J. Pakula, der zur Zeit den Watergate-Film mit Dustin Hoffman und Robert Redford dreht, gilt seit seinem feministisch engagierten Thriller „Klute" (mit Jane Fonda) als Cinéasten-Geheimtip. Seine 1973 entstandene Komödie nennt er „eine absurde Love-Story um eine Art Sexual-Dick-und-Doof": die Romanze zwischen einem asthmatischen Professorensohn



und einer britischen Jungfer in den Vierzigern (Timothy Bottoms und Maggie Smith, Photo), die sich bei einer Busfahrt durch Spanien verlieben.

21.25 Uhr. ZDF. Heute im Parlament (sw)
Ausschnitte der Regierungserklärung und Bundestagsdebatte zur KSZE.

21.45 Uhr. ZDF. Depressionen
Fünf Jahre nach einem mit Skrupeln genossenen Ehebruch kündigt der Ex-Geliebte seinen Besuch an. Die sensible Dreißigjährige, promovierte Philosophin mit Vorliebe für Jaspers, versagt vor dem erwarteten Konflikt — Anfang einer aus verdrängtem Schuldgefühl resultierenden Depression, die mit Antriebsschwäche, Appetit- und Schlaflosigkeit beginnt, nach erfolgloser Kneipp- und Schockbehandlung in die Nervenheilanstalt führt. Das „Tagebuch einer Krankheit", in dem die Godesberger Hausfrau Dr. Charlotte Puhl



1970 unter dem Pseudonym Caroline Muhr akribisch die Stationen ihrer zweijährigen Psychose notiert hat, ist — mit Doris Kunstmann (Photo, l.) in der Hauptrolle — von Herbert Vesely fürs Fernsehen verfilmt worden. Das ZDF will mit dem Film die „meist unzureichenden und falschen Vorstellungen über den Charakter psychischer Krankheiten" korrigieren.

22.05 Uhr. ARD. Bericht aus Bonn
Leitung: Friedrich Nowottny.

23.10 Uhr. ARD. Der Teufelsschüler
Shaws Frühwerk (1897), eine ironische Attacke auf Puritanismus und Bigotterie während des amerikanischen Befreiungskriegs. Wiederholung von Ludwig Cremers TV-Inszenierung mit Heinz Bennent und Edith Heerdegen.

Samstag, 26. 7.

20.15 Uhr. ARD. Der Mörder am Quai
Zu dem ambitionierten Kriminalfilm des französischen Fernseh-Regisseurs Boramy Tioulong schrieb Jacques Loussier („Play Bach") die Musik. Mit Daniel Gélin.

20.15 Uhr. ZDF. Das Ekel
Deutsche Film-Komödie (1939) mit Hans Moser, der neuerdings wieder in Mode gekommen ist. Diesmal spielt er einen grantigen Weingroßhändler. Regie: Hans Deppe.

22.15 Uhr. ARD. Schinderhannes
Die Räuber-Schmonzette (1958) frei nach dem Zuckmayer-Stück wird in der Helmut-Käutner-Reihe der ARD gezeigt. In den Hauptrollen: Maria Schell und Curd Jürgens.

Sonntag, 27. 7.

10.30 Uhr. ZDF. Friedemann Bach (sw)
Den 34 Jahre alten Musik- und Kostümfilm mit Gustaf Gründgens wiederholt das ZDF zum 225. Todestag von Johann Sebastian Bach.

19.10 Uhr. ZDF. Bonner Perspektiven
Unter anderem soll untersucht werden, „ob der Haushaltsausschuß des Bundestags die Regierung noch wirksam überprüfen kann".

21.15 Uhr. ZDF. Nächstenliebe zwischen Kreuz und Kasse
In dem ZDF-Report wird vorgerechnet, was „die Kirche der Gesellschaft nutzt": Die „Diakonie" erspart beispielsweise — nach eigenen Angaben — dem Staat an Wohlfahrtsleistungen jährlich fast eine halbe Milliarde Mark.

21.50 Uhr. ARD. Unter sechs Augen
Nach „unserem nicht gerade idealen Einstieg" mit UN-Generalsekretär Waldheim und einem eher drögen Plausch mit Entwicklungsminister Bahr haben die TV-Chefredakteure Gert von Paczensky (Radio Bremen) und Peter Merseburger (NDR) Schwedens Ministerpräsidenten Olof Palme als Gesprächspartner eingeladen.

Océ: Vernünftiges Kopieren.

Einige wache Sekretärinnen sind auch der Meinung. (Und wer könnte ihnen schon was vormachen?)

Wenn es um Kopien im Büro geht, weiß eine Sekretärin Bescheid. Alle wollen Kopien haben und am liebsten gestern. Logisch, daß der Kopierer einfach zu handhaben sein muß. Und immer funktionieren muß. Natürlich soll er auch gut aussehen. (Möglichst so gut, wie die Damen selbst.)

Was den Kopierer betrifft, so sind wir sicher, daß wir sowohl die rechte Hand des Chefs, als auch die Einkaufsabteilung überzeugen können. Denn das Océ Angebot an Kopiergeräten bietet eine vernünftige Lösung für jede Situation und jeden Etat. (Es muß nicht immer ein aufwendiges System sein.)

Es ist unser Prinzip, unaufdringlich aufzutreten, aber Ihre Bedarfssituation für ein Kopiergerät präzise zu analysieren, um Ihnen einen optimalen Gegenwert anzubieten. Das ist vielleicht der Grund, warum Océ international als Experte anerkannt ist.

Bevor Sie sich nun für ein bestimmtes Kopiergerät entscheiden, reden Sie doch mit der Dame, die die Kopien machen soll.

Könnte sein, daß sie Ihnen Océ empfiehlt.



Kritisch prüfen - Océ kopieren.

Kopieren · Pausen · Drucken · Mikrofilm
Océ-van der Grinten GmbH
4330 Mülheim · Solinger Str. 5-7 · Tel.: (02133) 485091



HOHLSPIEGEL

In einem Bericht über ein neues Bordell erinnert die SPD-eigene „Hamburger Morgenpost“ an den ehemaligen Hamburger SPD-Bürgermeister Paul Nevermann, der seit 1967 Präsident des Deutschen Mieterbundes ist: „In diesem Haus im Jugendstil wohnte Dr. Nevermann, bis er sich nach dem Besuch der englischen Königin vor rund zehn Jahren von seiner — inzwischen verstorbenen — Frau trennte, sein Amt als Bürgermeister niederlegte, um in Ruhe seinen Lebensabend mit einer neuen Gefährtin zu verbringen. Die Liebe, die den Politiker aus dem Haus trieb, ist nun in vielfältiger Form wieder eingezogen.“

△

Aus dem Prospekt „Bäder zwischen Ammersee und Lech“ des bayrischen Landkreises Landsberg am Lech: „Schwimmen ist das Gesündeste für Alt und Jung, auch wenn Sie nicht die drei Kilometer zum nächsten Ufer schaffen.“

△

Kirchliche Anzeigen

Südtondern

Sonntag, den 6. Juli 1975

Leck
10 Uhr Gottesdienst
mit Abendmahl
Pestor Jesse
15 Uhr Taufgottesdienst
Pastor Jesse

Mittwoch, 9. Juli 1975

14.30 Uhr Altenkaffee
im Gemeindehaus
Pastor Bruchwitz

Sonntag, den 6. Juli 1975

Achtrup
10 Uhr Gottesdienst
mit Abendmahl
Pastor Bruchwitz

Karlum

... und nachher nach Husum in den Night-Club „Gi-Gi“

Aus dem Niebüller „Nordfriesland Tageblatt“.

△

In einem Fragebogen „zur Statistik der Baugenehmigungen“ führt das Niedersächsische Landesverwaltungsamt als „Nichtwohngebäude“ außer „Stall, Garage“ auch „Altersheim“ auf.

△

Aus einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster: „Apparate, die den Benutzer zu seiner Belustigung bewegen oder sich mit ihm fortbewegen, sind keine vergnügungssteuerpflichtigen Veranstaltungen.“

RÜCKSPIEGEL

Zitat

Verlautbarung des CSU-Ortsverbandes Sonthofen, die auf dem jüngsten Bezirksparteitag veröffentlicht wurde:

Bezeichnenderweise erschien die Sonthofener Strauß-Rede im SPIEGEL. Das Hamburger Nachrichtenmagazin hat aus seiner Gegnerschaft zum CSU-Chef noch nie ein Hehl gemacht. Dementsprechend ist auch die Veröffentlichung zu werten. Für eine Publizierung hätten — setzt man die Sorge um den Staat voraus — nur zwei Zeitpunkte oder Gesichtspunkte maßgeblich sein können: Entweder man hätte die Rede sofort nach der Sonthofener Tagung veröffentlichen müssen, um das Strauß vorgeworfene Konzept der „Staatsvernichtung“ aufzudecken und seine Verwirklichung zu verhindern. Oder man bringt die Rede, wie geschehen, nach vier Monaten — weil man nicht früher ihren Wortlaut kennt —, dann muß man aber Punkt für Punkt nachweisen, daß der CSU-Chef in der Zwischenzeit zum Nachteil des Staates seine „schädlichen Pläne“ zumindest teilweise durchgeführt hat.

Eine andere Begründung für die Veröffentlichung der Rede gibt es eigentlich gar nicht — außer man heuchelt Befürchtungen um unsere Demokratie und verfolgt einen anderen Zweck. Und dies dürfte der wirkliche Hintergrund für den Abdruck im SPIEGEL sein: Nach der Devise „Man schlägt den Sack und meint den Esel“ wird der Wortlaut der Strauß-Rede mit allen Beschuldigungen gegen die Koalition wiedergegeben, die, wie Strauß richtig sagte, „ein alter Hut“ sind, während es in Wirklichkeit um die in einigen Sätzen enthaltenen Vorwürfe gegen führende Unionspolitiker geht.

Kohl, Carstens, Barzel und Kiep sollen meinen, daß Strauß nur sehr wenig von ihnen hält und sich laufend — Sonthofen stellt ja nur ein Beispiel dar — in vertrautem Kreise abfällig über sie äußert. Der Zweck ist also, Zwietracht in der Union zu säen und vor allem möglichst viele führende CDU/CSU-Politiker gegen Strauß aufzubringen, damit dieser nicht Kanzlerkandidat wird ...

Strauß weiß nun, daß er auch in Klausurtagungen nicht mehr offen sprechen darf, obwohl bei diesen Gelegenheiten nicht nur bei der Union, sondern auch bei der SPD und FDP oft schon „die Fetzen geflogen“ sind.


Das einzig Wahre: Anspruchsvoll genießen. Warsteiner
Warsteiner Pilsener
EINE KÖNIGIN UNTER DEN BIEREN
Die Warsteiner Exklusiv-Tulpe.
6 Kristallgläser mit Golddekor zum Freundschaftspreis von DM 15.– Per Nachnahme zuzügl. Nachnahmespesen der Post.
EINE KÖNIGIN UNTER DEN BIEREN
Warsteiner Brauerei Gebr. Cramer KG
4788 Warstein · Telefon 02902/611

Daß die Atika neu ist, können Sie sehen.
Wie neu, sollten Sie schmecken.

Die neue Atika unterscheidet sich von anderen im Rauch nikotinarmen Cigaretten durch ihre neue, unverwechselbare Mischung – mit den wertvollsten Würz- und Leicht-Tabaken der Welt.

